Anträge 30. Landesparteitag

Anträge an den 30. Landesparteitag der LINKEN Bremen

Inhaltsverzeichnis

R - Regularien

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · *Empfehlung*	Seite
R 1	Tagesordnung und Zeitplan Landesvorstand	5

W - Wahlprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · *Empfehlung*	Seite
W 1-1	1. Vorwort Teil 1: Bremen weiter auf sozialen Kurs steuern Landesvorstand	5
W 1-2	1. Vorwort Teil 2: Was wir vorschlagen Landesvorstand	7
W 1-3	1. Vorwort Teil 3: Ohne DIE LINKE läuft es nicht gerecht Landesvorstand	11
W 2-1	2. Soziales Teil 1: bis Mindestsicherung Landesvorstand	13
W 2-2	2. Soziales Teil 2: Wohnen bis Armut und sozialräumliche... Landesvorstand	15
W 2-3	2. Soziales Teil 3: Gleiche Chancen... bis Stationäre Jugendhilfe Landesvorstand	17
W 2-4	2. Soziales Teil 4: Wohnungslosigkeit bis Ende Landesvorstand	20
W 3-1	3. Klimaschutz Teil 1: Anfang bis Wärmewemde Landesvorstand	23
W 3-2	3. Klimaschutz Teil 2: Verkehrswende bis Ende Landesvorstand	28
W 4	4. Wohnen Landesvorstand	31
W 5-1	5. Sozial-ökol Stadtentw. Teil 1 Landesvorstand	35
W 5-2	5. Sozial-Ökol. Teil 2: kostenl. ÖPNV bis Rad-und Fußverkehr Landesvorstand	39
W 5-3	5. Sozial-Oko usw. Teil 3: Maßnahmen z. Reduzierung Auto bis Ende Landesvorstand	43
W 6-1	6. Gesundheit Teil 1: bis Hebammenverzweifelt gesucht Landesvorstand	45
W 6-2	6. Gesundheit Teil 2: ges. Migration bis Notfallversorgung Landesvorstand	48
W 6-3	6. Gesundheit Teil 3: Gute Pflege bis Ende Landesvorstand	51
W 7	7. Drogenpolitik Landesvorstand	54
W 8	8. Sport Landesvorstand	55
W 9	9. Kultur und Medien Landesvorstand	57
W 10	10. Netzpolitik und Digitalisierung Landesvorstand	62
W 11	11. Recht und Justiz Landesvorstand	64

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · *Empfehlung*	Seite
W 12-1	12. Wirtschaft Teil 1 bis Gegen den verengten Blick Landesvorstand	66
W 12-2	12. Wirtschaft Teil 2: Innovation fördern bis Kleine und mittlere Unternehmen Landesvorstand	69
W 12-3	12. Wirtschaft Teil 3: Aktive Interessenvertretung bis Ende Landesvorstand	72
W 13-1	13. Arbeit Teil 1: bis Tarifbindung erhöhen Landesvorstand	75
W 13-2	13. Arbeit Teil 2: Gute Arbeit durchsetzen bis Ende Landesvorstand	79
W 14	14. Ausbildung Landesvorstand	82
W 15	15. Häfen und maritime Wirtschaft Landesvorstand	85
W 16-1	16. Frauen und Gleichstellung Teil 1: bis Pflegende Angehörige Landesvorstand	87
W 16-2	16. Frauen und Gleichstellung Teil 2: Alleinerziehende stärken bis Ende Landesvorstand	90
W 17	17. Inklusion und Behindertenpolitik Landesvorstand	94
W 18	18. Senior*innen Landesvorstand	95
W 19-1	19. Bildung und Schule Teil 1: bis Inklusion zum Erfolg verhelfen Landesvorstand	97
W 19-2	19. Bildung und Schule Teil 2: Personalmangel bekämpfen bis Ende Landesvorstand	101
W 20-1	20. Hochschule und Wissenschaft Teil 1: bis Hochschulzugang Landesvorstand	104
W 20-2	20. Hochschule und Wissenschaft Teil 2 Nachhaltige Entwicklung bis Ende Landesvorstand	107
W 21	21. Kita/Kinder und Familien Landesvorstand	109
W 22	22. Jugendliche Landesvorstand	114
W 23-1	23. Flucht und Migration Teil 1 bis beratungs- ... stärken Landesvorstand	116
W 23-2	23. Flucht und Migration Teil 2: Landesvorstand	120
W 24	24. Partizipation und Antirassismus Landesvorstand	122

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · *Empfehlung*	Seite
W 25-1	25. Haushalt und Finanzen Teil 1: bis Haushalt ohne und mit LINKS Landesvorstand	126
W 25-2	25. Haushalt und Finanzen Teil 2: Deswegen forert DIE LINKE: bis Ende Landesvorstand	129
W 26	26. Rekommunalisierung und Eigentumspolitik Landesvorstand	131
W 27	27. Verwaltung und Personal Landesvorstand	133
W 28	28. Bürgerbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik Landesvorstand	135
W 29	29. Inneres Landesvorstand	137
W 30	30. Queer Landesvorstand	139
W 31	31. Frieden und Internationales Landesvorstand	141
W 32	32. Bremen-Nord Landesvorstand	142
W 33	33. Bremerhaven Landesvorstand	145
W 34	34. Umwelt- und Naturschutz Landesvorstand	145
W 35	35. Verbraucher*innenschutz, Konsum und Lebensweise Landesvorstand	148
W 36	36. Tierschutz Landesvorstand	151

Antrag R 1: Tagesordnung und Zeitplan

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	R - Regularien

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Anmeldung für Delegierte ab 10:27
- TOP 1 Begrüßung 11:00
- TOP 2 Beschluss über TO und Zeitplan 11:05
- TOP 3 Grußwort 11:15
- TOP4 Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2023
  Einführung 11:30
  Behandlung von Änderungsanträgen 11:40
- dazwischen: Mittagspause (13:00)

Ende des ersten Beratungstages: 18.30

Beginn des zweiten Beratungstages: 11:00 (Anmeldung für Delegierte ab 10:30)

- TOP 4 Fortsetzung Behandlung von Änderungsanträgen 11:00
  dazwischen Mittagspause
  Beschluss des Wahlprogramms: 16:00
- TOP 5 Nachwahlen 16.05
- 5.1 ein Mitglied des Landesvorstandes (Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung)
- 5.2 ein Mitglied des Landesvorstandes
- 5.3 ein Mitglied des Bundesausschusses (Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung)
- 5.4 ein Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission (Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung)
- TOP 6 Anträge an den Landesparteitag 17:59
- TOP 7 Schlusswort 18.00

Antrag W 1-1: 1. Vorwort Teil 1: Bremen weiter auf sozialen Kurs steuern

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Vorwort

Bremen weiter auf sozialen Kurs steuern

Die Zeiten ändern sich schnell. Es scheint, als würde auf eine Krise die nächste folgen. Die Corona-Pandemie hat nicht nur schlimme gesundheitliche Folgen gehabt. Sie hat auch Jobs gekostet, Einkommen, Lebensperspektiven. Die Krise der Energiepreise hat bereits 2021 begonnen, sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine enorm zugespitzt, und kommt seit Sommer 2022 immer stärker bei den Verbraucher*innen an. Die Globalisierung hat sich verlangsamt und wird sich verändern, mit ungewissen Folgen für unser Wirtschaftsmodell, für Preise, Löhne und Arbeitsplätze. Und wir alle wissen: Die unvermeidliche Einstellung auf die Klimakrise, der notwendige Umbau von Wirtschaften und Leben, wird nicht nur viel Geld kosten. Sie wird auch viele vor große persönliche Herausforderungen stellen.

Bremen und Bremerhaven sind besser als andere durch die Corona-Krise gekommen. Das hat auch damit zu tun, dass die LINKE an der Landesregierung beteiligt war und dass zwei linke Senatorinnen für entscheidende Bereiche zuständig waren: Kristina Vogt für Wirtschaft Arbeit und Europa, und Claudia Bernhard für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. In keinem anderen Bundesland wurde so viel geimpft und die Gesundheitsvorsorge so nahe in die Stadtteile getragen. In keinem anderen Bundesland wurde so viel für gefährdete Branchen wie die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft oder die Gastronomie getan. Das Land Bremen hat es geschafft, einerseits die Zahl der Todesfälle und schweren Erkrankungen niedrig zu halten, und andererseits starke Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Die Abwägung war nicht immer leicht, aber sie war erfolgreich.

Die Regierungskoalition unter Einschluss der LINKEN war 2019 angetreten, die langen Jahre des Sparkurses und der Stagnation zu beenden, wieder mehr politische Gestaltung zu wagen, und Bremen und Bremerhaven auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt waren dabei unser Kernanliegen als LINKE.

Die Bilanz der neuen Koalition kann sich durchaus sehen lassen. Der Landesmindestlohn

wurde erhöht und fest an die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes gekoppelt. Der Preis für das Stadtticket, mit dem alle im Sozialleistungsbezug günstiger ÖPNV fahren können, wurde von fast 40 Euro auf 25 Euro gesenkt, und für Kinder und Jugendliche ganz kostenlos gemacht. Es gibt einen Härtefallfonds für Haushalte, die von Strom-, Gas- oder Wassersperren bedroht sind, eine zentrale Antidiskriminierungsstelle, eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Polizei, einen beaufsichtigten Drogenkonsumraum, damit weniger Drogenabhängige sterben. Ein neues Handlungsfeld Klimaschutz finanziert ressortübergreifend Maßnahmen zur CO2-Reduzierung. Die Dekarbonisierung der Stahlwerke beginnt und wird vom Land massiv finanziell unterstützt. Ausbildungsplätze werden verstärkt gefördert und unterstützt.
Der Umgang mit Cannabis für den Eigenbedarf wird großzügiger gehandhabt. Kulturprojekte wie das Irgendwo oder Güterbahnhof wurden vor der Verdrängung geschützt. Um auf die Corona-Krise reagieren zu können, wurde ein 1,2 Milliarden Euro
schwerer Hilfsfonds eingerichtet, aus dem auch langfristige Investitionen in den wirtschaftlichen Neustart finanziert wurden. Dass darin auch ein eigenes Programm zur
Stärkung der Krankenhäuser und des öffentlichen Gesundheitswesens Platz fand, geht auf das Konto der LINKEN. Wir können Krise, das haben wir bewiesen. Aber wir treiben auch langfristige Weichenstellungen voran.

Viele wünschen sich, dass die LINKE in Bremen weiter an der Landesregierung beteiligt
bleibt und dass ihre Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia Bernhard weitermachen. Wir sind dazu bereit, wenn SPD und Grüne ebenfalls bereit sind und sich mit uns dafür
einsetzen wollen, dass Bremen und Bremerhaven weiter auf sozialem Kurs bleiben.

Das wird nicht einfach. Weitermachen genügt nicht. Wir brauchen eine entschlossene, aktive Landespolitik, um endlich bei den strukturellen Problemen des Bundeslandes weiterzukommen, und um in unsicheren Zeiten dafür zu sorgen, dass soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen

Antrag W 1-2: 1. Vorwort Teil 2: Was wir vorschlagen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Was wir vorschlagen

Das fängt mit entschlossenen Maßnahmen gegen die Energiepreiskrise an. Wir wollen einen Gaspreisdeckel für Bremen und Bremerhaven, der eine bezahlbare Grundversorgung mit Energie für alle Haushalte sichert. Das geht durch Landesgesetz oder durch Vertrag mit der swb und erfordert eine Ausgleichszahlung des Landes. Produzierenden Kleinunternehmen mit hohem Energieaufwand wollen wir mit Zuschüssen helfen, damit sie die Krise überstehen. Das Personal in der Wohngeldstelle wollen wir dauerhaft mindestens verdoppeln und eine Beratung bei Antragsabgabe einführen, damit das Geld auch zügig bei denen ankommt, die es brauchen.

Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven bis 2038 klimaneutral werden. Die von der Klima-Enquetekommission erarbeiteten Ziele und Empfehlungen wollen wir umsetzen. Das ist auch notwendig, um Industrie und Arbeitsplätze zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Dazu gehören Investitionen in die Transformation der Produktion, insbesondere die Wasserstoffstrategie; eine Landeswärmestrategie; ein deutlich schnellerer Ausbau von Windkraft und Solarenergie; energetische Gebäudesanierung im Bestand; die Verkehrswende hin zu Bus, Bahn und Rad. Die erforderlichen öffentlichen Mittel wollen wir durch einen Klimafonds aufbringen, für den (wie bei Corona) die Ausnahmeregel von der Schuldenbremse gezogen wird - und dabei insbesondere auf Maßnahmen zum sozialen Ausgleich achten. Damit die beiden Stadtgemeinden, unabhängig von der Klima-Notlage, wieder kommunale Investitionen in Schul- und Kitabau und andere Infrastrukturprojekte tätigen können, wollen wir die Landesverfassung so ändern, dass die Stadtgemeinden wieder kommunale Kredite aufnehmen können.

Der ticketfreie ÖPNV ist für uns ein Schlüsselprojekt. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt,
wie stark Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, wenn der Preis stimmt.
Einfach Einsteigen ist auch ein Stück Freiheitsgewinn für alle – vor allem für

diejenigen, die sich Mobilität jetzt schon kaum noch leisten können. Finanzieren wollen wir das über die Anhebung der Grundsteuer auf Wohnen und der Gewerbesteuer. Das ist das sozial gerechteste Modell, weil die Belastung gestaffelt ist nach Lebensstandard bzw. nach Gewinn. Der ÖPNV muss aber auch ein leistungsfähiges, schnelles Angebot sein. Dafür brauchen wir insbesondere ein System von Expresslinien,
das die Orte verbindet, wo viele Menschen wohnen bzw. Arbeiten.

Den großen Fachkräftemangel in verschiedenen öffentlichen Bereichen (u.a. Lehrkräfte,
Erzieher*innen und Pflegekräfte) wollen wir dadurch angehen, dass Ausbildung bzw. Weiterqualifizierung und Berufspraxis gleichzeitig stattfinden – in Teilzeit und bezahlt. Dieses Modell der „praxisintegrierten Ausbildung“ hat sich bereits exemplarisch bewährt und ist der Schlüssel für alle Bereiche, wo sich die Katze in den Schwanz beißt: Zu wenig Personal führt zu unattraktiven Arbeitsbedingungen, die wiederum verhindern, dass mehr Personal gewonnen werden kann. Parallel dazu müssen Arbeitsbedingungen dauerhaft attraktiver gemacht werden, z.B. durch Entlastungs-Tarifverträge, mehr eigene Kontrolle über Arbeitszeiten, mehr Entscheidungskompetenzen, und Zuschläge für besondere Anforderungen.

Gutes und bezahlbares Wohnen für alle: Das wollen wir vor allem durch den Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnbestands erreichen. Mit einem Ankaufprogramm
für die kommunalen Wohnungsgesellschaften und einer auf 50 Prozent erhöhten Sozialquote im Neubau. Kommunal muss auch wirklich kommunal heißen: Wir wollen die GEWOBA wieder zu 100 Prozent in städtischen Besitz überführen und auf eine konsequent
sozial orientierte Mietenstrategie verpflichten. Brachgefallene Flächen sollen zuerst
an die Stadt verkauft werden, bevor es neues Baurecht gibt – so stärken wir den öffentlichen Einfluss auf die Stadtentwicklung. Als ersten Schritt sollen städtebauliche Verträge künftig die Abtretung von Teilflächen an die Stadt enthalten.

Die Krankenhäuser wollen wir stärken, indem die Landesförderung für Krankenhausinvestitionen dauerhaft auf dem jetzigen, gegenüber 2019 verdoppelten Niveau fortgeschrieben wird. An kommunalen Kliniken muss gelten: Ein Klinikverbund, ein Tarif. Das heißt: Wiedereingliederung der für Reinigung und Catering zuständigen Servicegesellschaft. Die stadtteilorientierte Gesundheitspolitik wollen wir stärken durch den Ausbau von Gesundheitszentren, Hebammenzentren und Pflegestützpunkten insbesondere in Stadtteilen mit hoher Armutsquote.

Kein Kind ohne Kita-Platz! Wir werden uns der Herausforderung stellen, dies ortsteilbezogen zu realisieren und Lern- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Schulen mit den größten Herausforderungen brauchen die stärksten Ressourcen und attraktivsten Arbeitsbedingungen. Dieses Prinzip muss konsequent zur Geltung gebracht

werden. Den “Schulkonsens”, der Reformen verhindert und Probleme auf die lange Bank geschoben hat, wollen wir nicht noch einmal verlängern. Die kommende Legislaturperiode wollen wir daher für eine Enquetekommission Bildungsgerechtigkeit nutzen. Sie soll ein ambitioniertes, aber realistisches Ziel erarbeiten, bis wann Bremen seine überstarke Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft überwinden kann, und welche Maßnahmen und Schulstrukturen wir dafür brauchen. Wir wollen, dass die Hochschulen im Land Bremen einen stärkenden Beitrag zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Klimakrise leisten und in allen Fächern gute Studienbedingungen gewährleisten.

Die Integration von Geflüchteten wollen wir dem Standard annähern, der für die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter angewendet wurde. Mit unbürokratischen Zugängen zu
Wohnraum, Arbeit, Bildung und Gesundheit, mit dezentralen Aufnahmeeinrichtungen und der vollen Ausschöpfung von rechtlichen Spielräumen für Duldungen und Aufenthaltstitel. Das gehört für uns dazu, um Bremen und Bremerhaven zu solidarischen
Städten zu machen, die für eine weltoffene Haltung stehen.

Mehr Entgeltgleichheit und eine höhere Frauenerwerbsquote wollen wir vor allem dadurch erreichen, dass die Erwerbsarbeit von Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuung beeinträchtigt wird. Die Landesstrategie zu Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit soll konsequent umgesetzt werden. Die Betreuungslücke im kritischen
Bereich zwischen 16 und 18 Uhr muss endlich geschlossen werden. Gegen die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund und von Menschen mit diversem Geschlecht auf dem Arbeitsmarkt wollen wir eigene, spezifische Gleichstellungsstrategien des Senats erarbeiten und umsetzen.

Stadtentwicklung beginnt in den Quartieren. Das gilt für die Verkehrswende genauso wie für soziokulturelle Infrastruktur und sozial gemischtes Wohnen. Gerade in den Quartieren, wo die Pkw-Dichte aus sozialen Gründen niedriger ist, wollen wir autoarme
Quartiersblocks schaffen und den Nachbarschaften Stadtraum zurückgeben. Die Zukunft der Innenstadt hängt vor allem davon ab, dass dort auch studiert und sozial durchmischt gewohnt wird, und dass so kleinräumig und bestandsorientiert wie möglich gebaut wird.

Zum Recht auf Arbeit gehört, dass Arbeit nicht für alle dasselbe bedeutet und es Angebote für alle gibt. Neben allen Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung, damit zukünftige Fachkräftestellen so weit wie möglich auch den Menschen in Bremen und Bremerhaven zugutekommen, brauchen wir auch ein hinreichendes Angebot an Arbeitsplätzen, die nur eine geringe Qualifizierung voraussetzen. Gerade in diesen Bereichen wollen wir Tarifbindung, Mindestlohn, Arbeitsstandards und Arbeitnehmer*innenrechte sicher gewährleisten und ihre Einhaltung stärker kontrollieren. Und wir brauchen auch ein Angebot für diejenigen, die mit den Anforderungen des heutigen ersten Arbeitsmarkts nicht, nicht mehr oder noch nicht zurechtkommen – durch einen starken Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung, der

nicht vorrangig auf die schnelle Überführung in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist, aber sinnvolle und existenzsichernde Arbeit schafft.

Abwasserentsorgung, Straßenreinigung, Müllabfuhr und Fernwärmenetze wollen wir zurück in die öffentliche Hand holen und vollständig rekommunalisieren. Die Energie- und Wärmewende wollen wir auch durch die Gründung eines kommunalen Energieversorgungs-Unternehmens vorantreiben. Unabhängig davon halten wir daran fest, dass wir die swb rekommunalisieren wollen. Für faire Löhne, faire Gebühren und eine langfristige Klimaschutzstrategie.

Antrag W 1-3: 1. Vorwort Teil 3: Ohne DIE LINKE läuft es nicht gerecht

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ohne DIE LINKE läuft es nicht gerecht

Viele Vorhaben, die in der jetzigen Legislaturperiode begonnen wurden, werden nur Bestand haben, wenn sie mit dem nötigen Engagement fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Das gilt vom umlagefinanzierten Ausbildungsfonds bis zur kooperativen Krankenhausplanung, vom Gewerbeentwicklungsprogramm bis zur Zentralisierung der Geno-Ausbildung am Hulsberg. Gerade unter den Bedingungen von Umbrüchen und schwer abschätzbaren Veränderungen brauchen Bremen und Bremerhaven weiterhin eine aktive Landespolitik, die das tut, was der Bund nicht leistet. Das Bundesland braucht eigene Strategien, um sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stabilität zu verteidigen und auszubauen.

Wir glauben, dass dafür eine starke linke Handschrift wichtig ist. Eine zielorientierte Politik, die die soziale Frage immer zentral mitdenkt, und die einen Plan hat. Die Raum lässt für Kooperation und Eigeninitiative, aber die bereit ist den Rahmen zu setzen und sich auch mit starken Interessengruppen anzulegen, wenn es sein muss. Verwaltung ist wichtig, aber verwalten alleine reicht nicht. Wenn wir so wie an die Corona-Krise auch an andere Bereiche herangehen, können wir den nötigen Schub entwickeln, soziale Probleme zu lösen und als Bundesland aufzuholen.

In den letzten vier Jahren waren wir als LINKE auf der Landesebene und in der Stadt

Bremen an der Regierung beteiligt, aber nicht in der Stadt Bremerhaven. So konnte Bremerhaven zwar von wichtigen neuen Maßnahmen auf Landesebene profitieren – vom erhöhten Landesmindestlohn und der stark gesteigerten Krankenhausförderung, von der Corona-Politik und vom Bremen Fonds, der Ausbildungsförderung und dem Härtefallfonds gegen Wasser- und Energiesperren. Aber ein günstiges Sozialticket für Bus und Bahn oder einen Plan für die Verkehrswende – das ist eben mit der Bremerhavener Koalition aus SPD, CDU und FDP nicht zu machen.

Gutes Krisenmanagement und langfristige Perspektiven sind keine Gegensätze. Man muss wissen, wo man hinwill. Wir stehen ein für das Ziel einer solidarischen, offenen, fürsorgenden Gesellschaft. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und dafür, Zukunft für alle zu sichern, gerade in einer Zeit von Veränderung und Übergang. Das geht nur,
wenn die öffentliche Hand eine starke, aktive Rolle spielt und die Steuerung nicht allein dem Markt und dem Profit überlässt. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der die individuellen Startbedingungen nicht definieren, wie der Rest des Lebens verläuft
– in der allen alle Wege offenstehen, wenn sie wollen. Wir stehen dafür, dass öffentliche Infrastruktur allen frei zur Verfügung steht, dass Arbeit mit Leben vereinbar ist, dass soziale Sicherheit ohne Bevormundung auskommt. Wir wollen die Herausforderung der Veränderungen annehmen und so gestalten, dass mehr soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle dabei herauskommt.

Unsere Vision für eine solidarische, offene und fürsorgende Gesellschaft ist angetrieben von der Überzeugung, dass die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse
und die heutige Wirtschaftsordnung nicht alternativlos sind. Kapitalismus führt zur ungleichen und ungerechten Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen, in Deutschland, in Europa und zwischen globalem Norden und globalem Süden, immer. Wir haben angesichts der kurzen Spanne, in der wir Überlebensfragen der Menschheit wie die Klimafrage lösen müssen, auch keine Zeit mehr, notwendige Weichenstellungen an Markt, Profit, Kapital und Patriarchat scheitern zu lassen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Geschlecht, Herkunft und ethnische Zuschreibung nicht mehr
darüber entscheiden, wer was hat und wer was zu sagen hat. Das kostet die Einen Privilegien, ist aber die Bedingung von Freiheit und Aufatmen für alle. Wir stehen dafür ein, dass alle gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können, und positionieren uns klar gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung. Das ist unser Kompass. Nach dem machen wir konkrete und pragmatische
Politik für das Bundesland Bremen.

Parlamentsmehrheiten und Regierungen sind nicht alles. Opposition ist wichtig, und ohne eine aufgeklärte, aktive Zivilgesellschaft geht sowieso nichts. Aber es macht schon einen Unterschied, wem man seine Stimme gibt und was dabei herauskommt. Wie wir
als Bremer LINKE handeln, haben wir in den letzten Jahren gezeigt. Was wir

vorschlagen und vorhaben, steht in diesem Programm.

Antrag W 2-1: 2. Soziales Teil 1: bis Mindestsicherung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

2. Soziales

Die soziale Situation hat sich seit 2020 auf eine Weise verschärft, die zunehmend Existenzen gefährdet, Zukunftsaufgaben lähmt und deshalb politisch aufgefangen werden
muss. Die Folgen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs haben die Einkommenssituationen, Kaufkraft und Reserven vieler Menschen drastisch verschlechtert. Inflation und Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, Kraftstoffen, Strom und Gas zwingen viele finanziell in die Knie, während die explodierenden Profite der beteiligten Konzerne von der Bundesregierung nicht angegangen werden.

Nicht nur Menschen, die mit geringen ALG-II-Regelsätzen, kleinen Renten oder Bezügen nach Asylbewerberleistungsgesetz leben müssen, sind mit ihrer Kaufkraft am Limit. Die
Tafeln kommen nicht mehr hinterher, Beratungsstellen berichten dramatische Fälle. Die
Notlagen reichen weit und werden deutlicher. Als LINKE setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass höhere Ausgaben umfassend kompensiert werden: mit dauerhaft höheren Sozialleistungen, einem Gaspreisdeckel, Mietenstopps und Energiegeldern für alle. Bremen muss eigene Maßnahmen auflegen, weil der Bund zu wenig unternimmt, um die Bevölkerung vor den Preiserhöhungen zu schützen.

Soziale Politik für alle

Wir halten es für ein zentrales Ziel, dass niemand weniger hat als zwei Drittel vom allgemeinen Durchschnittseinkommen, gewichtet nach Haushaltsgröße - also niemand mehr
arm ist. Das erfordert vor allem Änderungen auf Bundesebene, aber genauso Anstrengungen auf Landes- und kommunaler Ebene.

Soziale Politik handelt aber nicht nur davon, Armut zu verhindern, zu verringern und in den Folgen weniger schlimm zu machen. Soziale Politik meint generell, dass persönliches Einkommen, Vermögen und die Zufälle der Geburt nicht darüber bestimmen sollen, ob man anständig wohnen kann oder nicht; ob man gesund oder krank ist; ob man

Krisen des Alltags bewältigen kann oder nicht; ob man unabhängig für sich entscheiden kann; welche Bildung und welcher Beruf einem zur Verfügung stehen; was aus den eigenen Kindern wird.

Dafür braucht es eine starke, möglichst kostenlose öffentliche Infrastruktur für Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Kultur und Mobilität. Dafür braucht es Umverteilung und besondere Maßnahmen zum Chancenausgleich: Vom Elterngeld bis zu Sprachkursen, vom Wohnberechtigungsschein bis zu Schulen, die auch für die funktionieren, die nicht aus bildungsnahen Elternhäusern kommen, von der Frauenquote bis zur bezahlten Weiterbildung. Familien – jeglicher Art – sind einer der wichtigsten Orte, wo Solidarität, gegenseitige Unterstützung und Zukunftsinvestition stattfindet. Aber wir sehen mit Sorge, dass viele Familien das nicht mehr leisten können, was heute oft nötig ist, um das eigene Lebensmodell zu sichern und sozialen Aufstieg für ihre Kinder zu ermöglichen. Daher reichen die bestehenden sozialen Unterstützungssysteme nicht mehr aus. Und daher muss sich soziale Politik durch alle Politikbereiche durchziehen: Von Wirtschaft bis Verkehr, von Bildung bis Wohnen.

Für eine menschenwürdige Mindestsicherung für alle

Die soziale Spaltung in Deutschland und der Welt nimmt jährlich zu, an ausgleichenden Konzepten der Umverteilung und Steuergerechtigkeit fehlt es auf Bundesebene trotz allem weiterhin. Für DIE LINKE ist das inakzeptabel, die Bekämpfung von Armut sowie die gerechte Verteilung überbordenden Reichtums bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben – gerade in Bremen, denn Bremen ist das Bundesland mit der höchsten Armutsquote.

Erwerbslose sind die Gruppe von Menschen, die am meisten von Armut betroffen sind. Über Jahrzehnte kurz gehaltene Regelsätze und das Existenzminimum weiter aushöhlende Sanktionsmechanismen haben ihren Anteil daran. Darüber hinaus sind gerade auch Bremen und Bremerhaven zwei Städte, in denen viele Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können und gezwungen sind, ihre geringen Einkommen durch staatliche Leistungen aufzustocken. Die Anhebung des Landesmindestlohns, der Einsatz für mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge und eine verbesserte Arbeitsmarktpolitik in Bremen konnten Erfolge erzielen, die allerdings von den jüngsten Krisen erheblich gedämpft werden.

Hartz IV hat im Laufe seiner langjährigen Geschichte einen beispiellosen Flurschaden der Entsolidarisierung und Verarmung hinterlassen. Dass Hartz IV nun durch das Bürgergeld ersetzt und entschärft wird, ist nicht zuletzt dem ständigen Gegendruck seitens der LINKEN zu verdanken, aber ein Schritt nach vorne ist noch nicht das Ende dieser Auseinandersetzung.

Wir setzen uns für eine Existenzsicherung ein, die tatsächlich armutsfest und sanktionsfrei ist. Die Regelsätze müssen dafür deutlich erhöht werden und immer die vollen Preissteigerungen abbilden, also fair berechnet werden.

Antrag W 2-2: 2. Soziales Teil 2: Wohnen bis Armut und sozialräumliche...

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wohnen und gutes Leben im Leistungsbezug trotz Energiekrise ermöglichen

Von Anfang 2021 bis Ende 2022 haben sich die Preise, die Haushalte für Gas oder Heizöl bezahlen müssen, im Schnitt verdoppelt. Das bedeutet durchschnittliche monatliche Mehrkosten von 50 bis 100 Euro pro Haushalt. Im Einzelfall kann es auch erheblich mehr sein. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Die von der Bundesregierung beschlossene Gasumlage stellt eine unsoziale zusätzliche Belastung für die Haushalte und Betriebe dar.

Sämtliche Wohn- und Energiekosten (Strom, Wasser, Heizung) müssen Leistungsbeziehenden in tatsächlicher Höhe anerkannt und ausgeglichen werden. Das bedeutet auch, dass Stromkosten über die Kosten der Unterkunft gezahlt werden. Besonders seit den Preissteigerungen der vergangenen Monate wird deutlich, dass die Berechnungsgrundlagen für den Anteil für Strom in den Regelsätzen ein Witz sind.

Energiekosten steigen bei Betrieben noch sehr viel stärker. Zusammen mit Lieferengpässen und aufgeschobenen Preiserhöhungen während Corona heißt das: Die Kosten für Lebensmittel und Güter des Grundbedarfs gehen gerade durch die Decke. Das belastet vor allem die, die weniger Einkommen haben, denn sie müssen einen Großteil ihres Budgets für genau diesen Bereich ausgeben. Ein Ausgleich bei Löhnen und Sozialleistungen ist daher zwingend notwendig.

Zwangsumzüge durch Kostensenkungsverfahren müssen ausgeschlossen werden. Aber auch das Wohngeld muss angepasst und schneller ausgezahlt werden, ansonsten erzeugen wir unverantwortbare Belastungen bei Wohngeldbezieher*innen und Anspruchsberechtigte. Dafür muss die Zahl der Beschäftigten in der Wohngeldstelle kurzfristig verdoppelt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine weitere Erhöhung der Einkommensgrenzen
beim Zugang zu Wohngeld ein, da durch die Preissteigerungen jetzt auch Menschen mit einem Einkommen, mit dem sie gerade nicht mehr wohngeldberechtigt sind, an die Grenzen des Leistbaren kommen. Nur ein geringer Teil derer, die Anspruch auf Wohngeld
hätten, nehmen ihn auch wahr: Weil die Wartezeiten auf einen Bescheid endlos sind, das Antragsverfahren kompliziert. Das wollen wir ändern: Mit einer besseren Eingangsberatung für alle, auch dezentral in den Quartieren!

Wir wollen einen warmmietenneutralen „**Klimabonus**“ bei den **Kosten der Unterkunft** für Transferleistungsempfänger*innen einführen. Mit diesem soll die Bemessungsgrundlage

für die Kosten der Unterkunft erhöht werden, wenn eine energetische Gebäudesanierung vorliegt bzw. der Energieausweis für Wohngebäude einen entsprechenden energetischen Standard nachweist. Wir setzen uns dafür ein, dass höhere Kaltmieten in energetischen Wohnungen für Empfänger*innen von Grundsicherung und Wohngeld übernommen und damit hohe Energiekosten vermieden werden. Darüber hinaus fordern wir ein Maßnahmenpaket, das Leistungsbezieher*innen ermöglicht, energieeffiziente sogenannte weiße Ware, also Kühlgeräte und Waschmaschinen oder auch Balkonsolaranlagen, anzuschaffen.

In der letzten Legislatur wurde auf unsere Initiative hin durch die Regierungskoalition im Land Bremen der Härtefallfonds für Energie- und Wassersperren eingeführt. Dennoch wird in Bremen und Bremerhaven noch immer tausenden Menschen aufgrund unbezahlter Rechnungen jährlich der Strom oder das Wasser abgedreht.

Strom, Gas und Wasser sind jedoch soziale Grundrechte, die allen Menschen dauerhaft zur Verfügung stehen müssen. Energiesperren müssen deshalb verboten werden, und bis dahin muss der Bremer Härtefallfonds Energie- und Wassersperren stärker ausgeschöpft werden und tatsächlich zur Vermeidung von Sperren führen.

Soziale Einrichtungen und Anlaufstellen wie Rechts- und Sozialberatungen sowie Beratungsvereine für Schuldner*innen und Mieter*innen müssen strukturell gestärkt, finanziell abgesichert und ausgebaut werden. Die Mitgliedschaft in entsprechenden Vereinen soll die Stadt für Menschen mit geringem Einkommen bezahlen.

Armut und sozialräumliche Spaltung koordiniert bekämpfen

Armutsbekämpfung ist komplex; die Möglichkeiten, Armut auf Landes- oder Kommunalebene
entgegenzuwirken, sind begrenzt, aber ebenso wichtig wie auf Bundesebene. Wir wollen eine ressortübergreifende Strategie schaffen und setzen uns für die Schaffung einer Senatskommission Armutsbekämpfung ein, an der auch Betroffenenverbänden, Sozialberatungsstellen, Trägerlandschaft und Verbraucherzentrale mitwirken. Die Senatskommission muss fachlich und wissenschaftlich begleitet werde. Alle politischen
Entscheidungen im Land Bremen sollen darauf abgeprüft werden, wie sie sich auf die Armutsentwicklung auswirken.

Das Auseinanderdriften der Stadtteile hinsichtlich der Einkommenslage und der Ballung
der sozialen Problemlagen wollen wir stoppen. Erwerbslosigkeit, Renteneintritt oder Scheidung dürfen nicht dazu führen, dass man aus seinem Stadtteil verdrängt wird. Gleiche Lebensverhältnisse und soziale Durchmischung sollen in allen Stadtteilen gelten. Dafür wollen wir die Stadtteilzuschläge bei den Kosten der Unterkunft erhalten, die soziale und gesundheitliche Infrastruktur in den Quartieren ausbauen, genug Sozialwohnungen und kommunale Wohnungen in allen Stadtteilen realisieren.

Die von uns vorangetriebenen Gesundheitszentren wollen wir zu **Gesundheits- und Sorgezentren** weiterentwickeln. Sie sollen präventiv wirken und die besondere Lebenssituation von Menschen mit Sorgeverantwortung sowie soziale Belange berücksichtigen. Krankheit sollte nicht als persönliches Schicksal begriffen werden,

sondern auch als Ausdruck einer sozialen Lebenssituation. Die integrierten Gesundheits- und Sorgezentren adressieren auch die Unterstützung sowie die faire und gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit. Nur so kann die Spirale aus Armut, Krankheit, Einsamkeit, Gewalt etc. durchbrochen und Veränderung auch hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung erreicht werden. Ein solcher Ort dient
gleichzeitig als Treffpunkt und stärkt den Zusammenhalt in der Nachbarschaft.

Antrag W 2-3: 2. Soziales Teil 3: Gleiche Chancen... bis Stationäre Jugendhilfe

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gleiche Chancen und gute Möglichkeiten für alle

In einem Bundesland, in dem 28 Prozent der Menschen von Armut betroffen sind, ist gerade auch Kinderarmut ein massives Problem. Im Land Bremen sind 42 Prozent der Kinder armutsgefährdet. Gleichzeitig leben in Bremen rund 10.000 Millionär*innen, die
ihre Vermögen noch steigern konnten. Bremen belegt im Bundesvergleich Platz drei bei der Quote einkommensreicher Bewohner*innen. Nicht nur die Armutsquote, auch die Reichtumsquote im Land Bremen steigt. Die Zahl der Spitzenverdienenden (mehr als 250.000 Euro Jahreseinkommen) hat sich zwischen 2010 und 2016 um 34 Prozent vergrößert. Die soziale Spaltung, die Schere zwischen Arm und Reich, klafft immer weiter auseinander.

Diese Ungleichheit hat viele Facetten und Folgen: Kinder aus strukturell benachteiligten Stadtteilen haben eine kürzere Lebenserwartung, geringere Chancen auf
einen Bildungsabschluss und gute Berufsausbildung, finden seltener den Zugang zu einem Studium oder eine erfüllende Berufstätigkeit mit existenzsicherndem Einkommen und Perspektive.

Wir haben bereits viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, wie die besondere Ausstattung
von Kitas und kleinere Klassen sowie den Einstieg in die Doppelbesetzung an Grundschulen in den strukturell benachteiligten Stadtteilen. All diese Maßnahmen sind
eine wichtige Verbesserung, aber sie reichen noch nicht aus.

Wir müssen Armutsbekämpfung systematischer und umfassender angehen. Städtebau,

Verteilung von günstigem Wohnraum, Verhinderung von Segregation sind absolut entscheidend, denn in einem heterogenen und vielfältigen Quartier ist es für Kinder einfacher, Sprach- und Berufsvorbilder zu finden. Solange die soziale Segregation zwischen den Stadtteilen in Bremen hoch ist, stehen die benachteiligten Stadtteile besonders in den Fokus unserer Politik.

Wir sind uns sicher, dass in Bremen auf kommunaler und Landesebene Armut am besten bekämpft werden kann, indem die soziale Spaltung unserer Städte bekämpft wird. Wir müssen eine dezidiert sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik vorantreiben, bei der Bildungspolitik eng mit Stadtentwicklungspolitik verzahnt wird.

Alleinerziehende und Familien

Besondere Herausforderungen meistern die rund 17.000 Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren. Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil sind besonders oft im Sozialleistungsbezug, auch weil Erwerbstätigkeit und Kindererziehung oft viel zu schlecht vereinbar sind.

Für Familien, die Transferleistungen beziehen (bzw. »aufstocken« müssen), sind ganz normale Dinge des alltäglichen Lebens kaum bis gar nicht finanzierbar oder schierer Luxus: ein Schwimmbadbesuch, Kindergeburtstage, Kita-Ausflüge oder Ferienfahrten.

Die sogenannten Leistungen für Bildung und Teilhabe kommen zu schlecht bei den leistungsberechtigten Kindern in Bremen und in Bremerhaven an und sind zudem mit unnötigen bürokratischen und entwürdigenden Prozeduren verbunden. Die gesamten Familienleistungen sind ungerecht gestaltet. Heute werden wohlhabendere Familien durch den (steuerlichen) Kinderfreibetrag stärker entlastet als Familien mit geringem
oder gar keinem Einkommen – diese bekommen das Kindergeld, wenn sie im Leistungsbezug
sind, auch noch abgezogen. Einkommensarme Familien müssen endlich am stärksten unterstützt werden, und die staatlichen Leistungen müssen mit zunehmendem Familieneinkommen sinken. Daher setzen wir uns für eine sanktionsfreie Kindergrundsicherung auf Bundesebene ein, die derzeit 695 Euro betragen muss und allen Kindern aus ärmeren Familien voll zustehen sollte.

Auf Landesebene sind kostenlose Angebote für Kinder und Familien ein wichtiger Handlungsansatz, um Kinderarmut zu bekämpfen. Durch unsere Initiative können Kinder und Jugendliche, die Regelleistungen beziehen, bereits kostenlos in die in die städtischen Schwimm- und Freibäder. Wir wollen diese Möglichkeit für alle Kinder und Jugendlichen schaffen, ebenso wie den freien Eintritt in Stadtbibliotheken und Kultureinrichtungen. Wir setzen uns auch für ein öffentlich finanziertes kostenloses Frühstück für Kitas in benachteiligten Stadtteilen ein.

Familienpolitisch haben wir uns auf Bundesebene auch für mehr Kinderkrankentage engagiert. Durch die Coronapandemie wurden entsprechende Regelungen eingeführt, wir setzen uns dafür ein, dass diese verstetigt werden.

Räume für Kinder – Platz zum Spielen

Wir möchten nicht nur mehr, sondern auch bessere Spielflächen. Kinder müssen bei der Stadtentwicklung im Sinne einer »bespielbaren« Stadt mitgedacht werden. Dafür müssen Bremer und Bremerhavener Spielplätze weiterentwickelt werden, und zwar mit einer Spielleitplanung, die Kinder aus der Nachbarschaft einbezieht. Wer Wohnungen baut, ist gesetzlich verpflichtet, Kinderspielflächen einzuplanen. Im Land Bremen erlaubt die Landesbauordnung, eine Ablösesumme an die Stadt zu zahlen, wenn es bauliche Schwierigkeiten gibt oder in der Nähe öffentliche Spielflächen geschaffen werden. Wir wollen, dass die Stadt sie zweckgebunden für öffentliche Spielflächen in der Nähe verwenden muss.

Alle Spielplätze müssen zudem in einen guten Zustand versetzt, regelmäßig gewartet und instandgehalten werden. Sie sollen Angebote für Kinder allen Alters bieten. Dafür wollen wir wollen die städtischen Investitionen hier um 50 Prozent steigern.

Kinder und Jugendliche und ihre Familien unterstützen

Wenn eine gesunde Kindesentwicklung nicht mehr ohne Weiteres sichergestellt ist, dann hat die Kinder- und Jugendhilfe die Aufgabe, die Familien zu unterstützen. Die engagierten Jugendamtsmitarbeiter*innen tragen somit eine enorme Mitverantwortung für das Wohlergehen und den Schutz von Kindern und die optimale Förderung von Familien. Angesichts der wichtigen Aufgaben, die die Mitarbeiter*innen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien leisten, muss sich die Anerkennung für ihre verantwortungsvolle und oftmals belastende Arbeit auch in einer angemessenen Vergütung ausdrücken. Deshalb braucht es eine weitergehende tarifliche Aufwertung und Überleitung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). Denn auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe kämpfen wir gegen den Fachkräftemangel an. Um den Kinderschutz und die weiteren Aufgaben sachgerecht zu gewährleisten, ist es notwendig, die rund 70 fehlenden Case-Manager*innen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu besetzen und damit die Fallzahlen, für die jede*r einzelne Jugendamtsmitarbeiter*in zuständig ist, zu begrenzen.

Wir unterstützen das System der Personalbemessung und dessen dauerhafte Fortschreibung; im Casemanagement sollen nicht mehr als 28 Fällen pro Vollzeitstelle betreut werden müssen. Wir unterstützen die personelle Stärkung des Jugendamtes insgesamt und das Ziel, wieder mehr sozialarbeiterische Tätigkeiten im Jugendamt zu verorten.

Für uns gilt: gleiche Jugendhilfe für alle. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Fachdienst F 9, der nur für geflüchtete Jugendliche zuständig ist, zurückführen in die sechs Sozialzentren des Amtes für Soziale Dienste.

Stationäre Jugendhilfe

Bremer Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen mehr Einrichtungen in Bremen.

Für die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechts müssen die 70 Prozent auswärtigen Unterbringungen in der stationären Jugendhilfe zurückgefahren werden.

Das Programm »Bremer leben in Bremen«, das Unterbringung in Bremen fördern soll, muss
entsprechend umgesetzt werden. Bestehende Jugendhilfeplätze dürfen nicht abgebaut werden, stattdessen braucht es eine Umwandlung der Angebote und die gemeinsame Unterbringung von Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft in kleineren Wohngruppen.

Wir halten zudem eine weitere Ausdifferenzierung in den Jugendhilfeangeboten für notwendig. Es braucht mehr Eltern-Kind-Wohneinrichtungen, eine Jugendentgiftung, Notschlafstellen für von Obdachlosigkeit bedrohte Jugendliche. Wir wollen die ambulanten Hilfen in der Verselbständigungsphase evaluieren und die Straßensozialarbeit stärken. Freie Träger sind in Bremen und Bremerhaven unerlässlich
für die Erfüllung der Rechtsansprüche auf individuelle Jugendhilfeleistungen. Die Stadt muss den Trägern einerseits Freiheit in der pädagogischen Ausgestaltung geben; gleichzeitig braucht es eine bedarfsgerechte Finanzierung, die sowohl die Qualität sichert als auch eine Bezahlung entsprechend des Tarifvertrags ermöglicht. Gewerbliche Jugendhilfeträger lehnen wir ab.

Kinder und Jugendliche, die in stationären geschlossenen Jugend„hilfe“einrichtungen physische und psychische Gewalt erfahren haben ein Recht auf Unterstützung und Anerkennung. Wir setzen uns dafür ein, dass ihnen Opferentschädigung zusteht, etwa durch einen Entschädigungsfonds

Antrag W 2-4: 2. Soziales Teil 4: Wohnungslosigkeit bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wohnungslosigkeit verhindern und überwinden

Obdach- und Wohnungslosigkeit ist ein zunehmendes Problem. Schätzungen von Hilfsorganisationen gehen für die Stadt Bremen von 500 bis 600 Wohnungslosen aus. Wir
haben als Teil der Regierung in den letzten Jahren viel geschafft, um die Situation von Obdachlosen zu verbessern: vom kostenlosen Personalausweis über eine bessere medizinische Versorgung bis hin zur Schaffung von Housing First in Bremen. Trotzdem liegt noch ein langer Weg vor uns, um Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot in unserem Bundesland zu überwinden.

Wir wollen Angebote schaffen, die speziell auf die Bedürfnisse weiblicher Obdachlosigkeit ausgerichtet sind. Dafür setzen wir uns für einen Tagestreff sowie für Notunterkünfte nur für Frauen ein, die dabei in räumlicher Entfernung von anderen Notunterkünften liegen.

Housing First – das Projekt, das Obdachlosen voraussetzungslos eine Wohnung vermittelt, begleitet von sozialarbeiterischer Unterstützung – hat sich sehr bewährt.
Wir setzen uns dafür ein, dass Housing First ausgebaut und dann zum Regelansatz in der Bremischen Obdachlosenhilfe wird. Wir wollen Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 abschaffen, wie es Finnland bereits erreicht hat. Jede*r soll das Recht auf einen warmen, sicheren Schlafplatz in unserer Stadt haben, die Stadt muss für Unterbringung in Notunterkünften finanziell einspringen, wenn die Betroffenen von Sozialleistungen ausgeschlossen sind. Für eine dauerhafte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eigener Wohnraum unerlässlich. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung des Wohnungsbestandes für Wohnungslose ein (sogenannte OPR-Wohnungen), auf den das Amt für Soziale Dienste direkt zugreifen kann. Für kranke Obdachlose sind entsprechend dem Bedarf Krankenzimmer vorzuhalten, die auch die Unterbringung des ggf. begleitenden Hundes ermöglichen. Auch brauchen wir Aufenthaltstoleranzflächen, einen gut ausgestatteten Szenetreff, weitere öffentliche Toiletten und Trinkwasserbrunnen. Zwangsräumungen wollen wir verhindern und mindestens erreichen, dass Zwangsräumungen “auf die Straße”, d.h. ohne eine Anschluss-Unterbringung, verboten werden.

Menschen im Alter – für ein Leben in Selbstbestimmung und Selbständigkeit

Selbstbestimmung und Selbständigkeit bis ins hohe Alter machen für uns eine solidarische Gesellschaft aus. Dazu gehört für viele Menschen der Wunsch, so lange wie möglich im vertrauten Stadtteil und in den eigenen vier Wänden leben zu können. Hierfür hat die rot-grün-rote Koalition in Bremen in der letzten Legislatur einen Paradigmenwechsel in der Pflege eingeläutet mit dem Ziel, Pflegestrukturen im Quartier und die Unterstützung für ein Leben in der eigenen Wohnung im Alter auszubauen. Diese Ziele müssen nun mit Leben gefüllt werden. Damit dies gelingen kann, ist ein Netz aus wohnortnahen Strukturen und Angeboten nötig. Dazu zählen neue und bezahlbare Wohnkonzepte wie beispielsweise Alten-WGs, Mehrgenerationenhäuser oder auch Wohngruppen, aber auch alters- und behindertengerechtes Wohnen, um in der eigenen Wohnung weiter leben zu können. Dazu müssen aber auch sorgende Strukturen aufgebaut werden, die ältere Menschen unterstützen, etwa durch präventive Hausbesuche und Pflegeberatung zu Hause, durch Einkaufshilfe, durch niedrigschwellige und wohnortnahe Unterstützung für pflegende Angehörige. Wir fordern daher, zunächst in einkommensarmen Stadtteilen, den gezielten Aufbau einer öffentlichen ambulanten Pflege- und Gesundheitsversorgung. Um pflegenden Angehörigen Zeit für eine menschliche, nahe und gute Pflege zu ermöglichen, wollen wir uns im Bund für ein

Pflegegeld äquivalent zum Elterngeld einsetzen. Pflegende Angehörige bekämen so für 12 (Basis-Pflegegeld) oder 24 (Pflegegeld-Plus) Monate eine prozentuale Lohnersatzleistung ausgezahlt, die finanzielle Härten während der Pflegezeit abfedert. Hierdurch kann bestenfalls auch eine bessere und fairere Lastenverteilung von Care-Arbeit erzielt werden.

Auch ehrenamtliche und nachbarschaftliche Hilfen, um Senior*innen weiter in die Angebote in ihrem Quartier einzubinden, müssen gestärkt und finanziell unterstützt werden. Sie sollen in den kommunale Gesundheits- und Sorgezentren angebunden werden.

Immer mehr Menschen leben allein. Um einer Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken, ist ein breites Angebot an sozialer Infrastruktur, das Gesundheits- und Sorgezentren,
Stadtteilzentren, Beratungsstellen, Senior*innenbegegnungsstätten und Mobilitätsdiensten zu einem niedrigschwelligen und wohnortnahen Angebot verbindet, dringend auszubauen. Unabdingbar ist es auch, für eine senior*innengerechte Infra- und Dienstleistungsstruktur Vorkehrungen wie ausreichende Wegebeleuchtung und öffentliche Toiletten, barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen und einen barrierefreien und kostenfreien öffentlichen Nahverkehr zu treffen. Auch Angebote zur
Unterstützung digitaler Kompetenz sollten im Quartier stattfinden. Wir wollen 1000 neue Bänke bis 2025 schaffen, die Ruheinseln für alle Menschen schaffen. Aufenthalts-
und Sitzmöglichkeiten gehören auch in den "Bremer Standard” für alle Neubauvorhaben.

Altenpflege

Zur Unterstützung für pflegende Familienangehörige werden Pflegeheime mit Leistungen wie Tagespflege, Kurzzeit- und Verhinderungspflege benötigt. Für Menschen, die nicht in der eigenen Wohnung gepflegt werden können oder wollen, braucht es Angebote stationärer Altenpflege, die größtmögliche Autonomie bei gleichzeitig guter Versorgung gewährleisten. Leider ist dies bundesweit und in Bremen nicht immer der Fall – eher ist die Stationäre Altenpflege zu einem neuen Feld von Finanzspekulation geworden.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung 1995 wurde der Pflegemarkt, der bis dahin vor allem von Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen, kommunalen und gemeinwohlorientierten
Trägern dominiert war, für private Akteure geöffnet. Damit konnte zwar der Mangel an Heimen schneller überwunden werden, jedoch auf Kosten der Bewohner*innen und der Beschäftigten. Waren es zunächst kleine regionale Unternehmen, kam es im Laufe der Jahre zu enormen Konzentrationsprozessen und einer Transnationalisierung der dort tätigen Konzerne. Inzwischen sind die meisten großen Pflegekonzerne börsennotiert, z.B. beim französischen Marktführer Orpea hat sich der Aktienkurs seit 2015 verdoppelt. Seit etwa fünf Jahre erschließen außerdem Private-Equity-Fonds das Feld. Etwa 40 Prozent der Heime in Bremen gehören solchen Konzernen, die ihren Investoren teils zweistellige Renditen ermöglichen. Die Folge sind schlechte Arbeitsbedingungen mit teils nicht-legalen Vertragskonstruktionen, schlechte Löhne, Union-Busting und

häufig miserablen Versorgungssituationen. Für bessere Kontrollen braucht es eine personelle Verdoppelung der Wohn- und Betreuungsaufsicht. In den konzernbetrieben Einrichtungen werden überdurchschnittliche Gewinne erzielt. Hier muss regulierend eingegriffen werden, wofür wir uns als LINKE stark machen.

Es ist klar, dass kapitalistische Gewinnorientierung im Bereich sozialer Daseinsvorsorge zu einer Verschlechterung der Versorgung und einer Überlastung der Beschäftigten bei steigenden Kosten führt. Wo sonst sollen hohe Renditen herkommen? Als LINKE setzen wir uns gegen die geltende Gesetzeslage dafür ein, Wege zu finden, um gemeinwohlorientierten Anbietern einen Vorrang zu bieten. Perspektivisch ist es unser Ziel, die finanzgetriebenen Heime zu rekommunalisieren. Entsprechende Machbarkeitsstudien werden derzeit erstellt, um die gesetzlichen Spielräume auszuloten. Daseinsvorsorge und insbesondere die Versorgung alter Menschen gehört in Öffentliche Hand.

Zur Fachkräftesicherung im Bereich der Pflege wurden bereits verschiedene Maßnahmen zur Ausbildungsförderung, wie z.B. eine neue einjährige generalistisch ausgerichtete Ausbildung als Nachfolge der Altenpflegehilfeausbildung entwickelt. Wir wollen weiterhin In Kooperation mit der Agentur für Arbeit die Qualifizierung von angelernten Beschäftigten in der Altenpflegehilfe fördern, was auch für die Nachfolgeausbildung in der Pflegefachhilfe möglich sein wird. Wir wollen die Umsetzung einer Kommunikations- und Werbekampagne im Bereich der Pflege fortsetzen.

Der Großteil der Kosten für stationäre Pflege muss von den Pflegebedürftigen selbst getragen werden, die Pflegeversicherung zahlt nur einen begrenzten Teil. Für alle, die nicht über mindestens 2.500 Euro Rente verfügen, ist damit klar: Wer stationäre Pflege braucht, beendet sein Leben in der Grundsicherung und muss vorher sein gesamtes Erspartes aufbrauchen. Das ist unwürdig und ungerecht. Und es bedeutet, dass
für immer mehr Menschen bei stationärer Pflege die Sozialämter einspringen müssen und
entsprechend große Summen aus Steuergeldern finanziert werden. Wir setzen uns daher auf Bundesebene für den Umbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ein.

Die Einhaltung der neuen Tarifpflicht für Beschäftigte bei ambulanten Pflegediensten und in Pflegeheimen muss entsprechend kontrolliert werden. Das Ziel bleibt weiterhin ein allgemeinverbindlicher Tarif für alle Pflegebeschäftigten - wenn schon nicht bundesweit, dann wenigstens in Bremen und Bremerhaven.

Antrag W 3-1: 3. Klimaschutz Teil 1: Anfang bis Wärmewemde

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

3. Klimaschutz

Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven bis 2038 klimaneutral sind. Das heißt: Im Jahr 2038 soll das Bundesland nur noch in minimalem Umfang CO2 und andere schädliche Treibhausgase freisetzen. Das Land Bremen hat als erstes Bundesland eine Klima-Enquetekommission eingesetzt, um herauszufinden, wie das Land Bremen klimaneutral werden kann. Die Ergebnisse der Enquete wollen wir umsetzen: den beschriebenen Pfad, die Zwischenziele für einzelne Jahre, die Ziele für einzelne Sektoren (Energie/Abfall, Industrie, Gebäude/Wohnen, Verkehr/Mobilität) und die vorgeschlagenen Maßnahmen. Damit leisten Bremen und Bremerhaven ihren Beitrag zum Pariser Klimaziel, die Erderwärmung möglichst bei 1,5 Grad zu begrenzen. Das ist gut für alle, denn sowohl die Lebensqualität wie auch Jobs und Wohlstand werden davon abhängen, dass wir als Bundesland bei der klimapolitischen Transformation vorne mit dabei sind.

Die rot-grün-rote Landesregierung hat einen Klimaschutzplan erarbeitet, der die wirkungsstärksten Maßnahmen besonders intensiv vorantreiben soll („Fastlane“). Ebenso müssen aber auch die Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden, die mehr Zeit brauchen, weil sie sonst im zeitlichen Fahrplan nicht mehr zu schaffen sind. Die erforderlichen Investitionen wollen wir aus einem Klimafonds finanzieren, für den das Land Sonderkredite aufnimmt (weil die Klimakrise eine außerordentliche Notlage ist). Der Klimafonds muss auch die erheblichen Maßnahmen finanzieren, die zum sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich erforderlich sind – damit der Weg zur Klimaneutralität für alle sozial gerecht und fair abläuft.

Der Plan der Klima-Enquete ist keine Check-Box, die man nur abhaken muss. Er zeigt auf, was realistisch möglich ist, wenn entsprechende Anstrengungen unternommen werden. Damit es auch wirklich passiert, müssen auch Akteure gefunden werden. Dafür müssen Stadt und Land die notwendigen technischen, rechtlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen. Ein wichtiger Umsetzungsfaktor sind öffentliche Unternehmen und Einrichtungen, auch neu zu schaffende, wie z.B. ein kommunales Energieversorgungsunternehmen. Denn private Unternehmen kann man nicht auf politische Ziele verpflichten. Teilweise werden langfristige Aufträge ausgesprochen werden müssen, deren Details erst zu späteren Zeitpunkten verhandelt werden können. Das ist mit privatwirtschaftlichen Unternehmen keine gute Idee. Das Vergaberecht muss so angepasst werden, dass private Unternehmen entsprechend ihrer Kompetenz, Verlässlichkeit und Kooperationsbereitschaft eingebunden werden – und nicht der, der sich das billigste Angebot ausdenkt und später vielleicht gar nicht liefern kann. Für

den Weg zur Klimaneutralität haben wir nur einen Schuss – die bisherigen kapitalistischen Marktmethoden sind dafür nicht geeignet.

Produktionswende

Lange Zeit waren wir als LINKE die einzigen, die forderten, das Stahlwerk (das mehr als die Hälfte des CO2 verursacht) in die Klimabilanz und die Klimastrategie des Bundeslandes einzubeziehen. Mit der Enquete-Kommission ist das jetzt zur Grundlage geworden. Der Umbau zu einer klimaneutralen Stahlproduktion ist einer der wichtigsten
Beiträge Bremens zur Klimapolitik und muss vom Land mit aller Kraft unterstützt werden. Dies ist möglich, wenn der Hochofen 2 durch eine Direktreduktionsanlage mit grünem Wasserstoff ersetzt wird. Auf dem Weg dorthin wird ein Elektrolyseur eingerichtet, und die hohen Strombedarfe müssen durch eine Trasse gedeckt werden, die
die Verbindung zur Stromproduktion aus Offshore-Windkraft herstellt. Für all das muss
das Land vor allem die Ko-Finanzierung der Fördergelder des Bundes und der EU sicherstellen. Ebenso müssen weitere Projekte zur Entwicklung der „Wasserstoffregion“
Bremen und Bremerhaven finanziert werden, um bei der Vergabe von Fördermitteln vorne mit dabei zu sein.

Parallele Anstrengungen zur Produktionswende in der Industrie betreffen vor allem die
Nahrungsmittelindustrie, die Keramikproduktion und die Kfz-Herstellung.

Bremen ist mit seiner Wasserstoffstrategie auf dem richtigen Weg. Allerdings müssen Windparks auf See unter Bremer Beteiligung schnellstmöglich realisiert werden und die
nötigen Stromtrassen ausgebaut werden. Die Flächen der ehemaligen Bremer Kohlekraftwerke werden für die Herstellung, Lagerung und Verteilung von Wasserstoff benötigt, auch um die Versiegelung weiterer Flächen zu vermeiden. Bremen muss auf Bundesebene den Druck für die Förderung und die weitere Erforschung von grünem Wasserstoff erhöhen. Beim Ankauf von grünem Wasserstoff aus anderen Ländern müssen dringend soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Wir wollen Wasserstoff
nicht nur für die Energieversorgung der Industrie, sondern auch für den Betrieb von Bussen im ÖPNV nutzen und dafür die Entwicklung von Bussen mit Wasserstoffantrieb fördern.

Energiewende

Strom ist ein wichtiger Faktor der Klimawende: Für grüne Stahlproduktion, Wärmepumpen, E-Mobilität und vieles andere. Das bringt alles nichts, wenn der Strom selbst nicht klimaneutral aus erneuerbaren Energien erzeugt wird.

Die Enquete hat dafür ambitionierte Ausbauziele errechnet für Onshore-Windkraft und Solarenergie. Im Bereich der Windkraft ist dafür die Ausweisung neuer Vorrangflächen erforderlich, die überwiegend nur auf landwirtschaftlichen oder Naturschutzflächen

liegen können. Die Gewerbegebiete müssen ihren Beitrag leisten, können aber nur einen
kleinen Teil stellen.

Mit dem Programm Solar Cities und dem neuen Gewerbeentwicklungsplan wurden wichtige Grundsteine gelegt, um den Ausbau von Windkraft und Solarenergie zu fördern. Die Umsetzung beider Programme beinhaltet einen massiven Ausbau von Solaranlagen auf allen Flächen Bremens (sowohl Dächer als auch Fassaden), wo dies technisch möglich ist. Für Fälle, wo sich z.B. die Statik nicht eignet, muss nachgerüstet werden.
Hierfür bedarf es gezielter Förderung. Außerdem müssen auch die Regeln des Denkmalschutzes überprüft werden, damit auch denkmalgeschützte Häuser mit Solaranlagen ausgestattet werden können.

Wir wollen für kommunale Wohnungsgesellschaften eine Solarpflicht einführen. Außerdem
müssen auch (private) Parkplätze, Autobahnen und Lärmschutzwände mit Solaranlagen überdacht bzw. bestückt werden. Alle Bremer*innen sollten sich an der Energiewende beteiligen können, Balkonsolaranlagen müssen dauerhaft gefördert werden, die technischen Anpassungen in den Wohnungen dafür müssen kostenlos von Wesernetz übernommen werden. Für die Umsetzung der Energiewende, wollen wir die Ausbildung von Techniker*innen für Solarenergie verstärkt vorantreiben.

Alte Windkraftanlagen müssen durch neue leistungsstärkere Anlagen ausgetauscht (repowered) werden. Außerdem muss noch stärker in Offshore-Anlagen investiert werden.
Anlagen auf See produzieren viel gleichmäßiger Strom als Anlagen an Land, dadurch werden weniger Speicher benötigt. Hier sollte sich Bremen direkt an den Anlagen beteiligen. Geprüft werden müssen auch Beteiligungen an Windparks in Niedersachsen.

Für beide Energiearten gilt aber auch, dass das Stromnetz angepasst werden muss und Speicher ausgebaut werden müssen. Zudem müssen kleinteilige quartiersbezogene und partizipative Energienetze geplant, ausgebaut und gefördert werden. Hierzu gehören Mieterstrommodelle und Energiegenossenschaften genauso wie dezentrale Wärmeversorgung
wie Anenergienetze. Für die Erarbeitung von Konzepten fordern wir Klimaschutzmanager in den einzelnen Quartieren. Da die Energiewende sowohl kostenintensiv ist als auch einen hohen Grad an Planung, Organisation und Vernetzung bedeutet, ist es für uns LINKE klar, dass dies nicht ohne ein eigenes kommunales Energieunternehmen gelingen kann. Wir fordern daher den Aufbau eines kommunalen Energierunternehmens für die dezentrale Versorgung Bremens. Dies würde sich zukünftig auch wirtschaftlich für Bremen lohnen, denn die Umstellung auf erneuerbare Energien ist zwar teuer, später aber rechnen Studien wie z.B. des Fraunhofer-Instituts mit positiver Gewinnerwartung.
Diese Gewinne z.B. durch die Einnahmen durch Windkraftanlagen oder Stromtrassen müssen den Kommunen zugutekommen.

Wärmewende

Knapp ein Drittel des CO2-Ausstoßes in Deutschland, auch in Bremen, kommt aus dem

Gebäudesektor. Hier muss in den nächsten Jahren besonders viel besonders schnell getan werden. Die Maßnahmen wollen wir in einem Landeswärmegesetz absichern und einen Landeswärmeplan erstellen.

Zum einen muss die Sanierungsquote in Bremen dringend erhöht werden. Laut Enquete Bericht von momentan 1,35 auf 3,2 Prozent pro Jahr. Bei der Sanierung von Wohngebäuden stehen für uns die Gebäude im Vordergrund, bei denen die Energiebilanz besonders schlecht aussieht. Zum anderen muss bei Neubauten der Passivhaus-Bau zum Standard werden und die Energie-Infrastruktur entsprechend aus- und umgebaut werden.

Für die Wärmewende braucht es einen intelligenten Ausbau der Fernwärme, individuelle, möglichst bald standardisierte Lösungen wie Wärmepumpen und PV-Thermie, stadtteilbezogene Konzepte für Nahwärmenetze und kleinteilige Energienetze. Es werden Saisonwärmespeicher und Wärmepumpen in der Weser, sowie vermehrt Abwärme aus der Industrie benötigt. Die Kommune muss beim Aus- und Umbau der Energie-Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen. Rekommunalisierungen und/oder Neugründungen von Energieversorgern sind zu prüfen, etwa in Form von kommunal aufgebauten und betriebenen Wärme- und Kühlnetzen.

Damit die Wärmewende nicht zulasten von Mieter*innen geht, sind Warmmietenneutralität und eine Fortführung der Sozialbindung Bedingungen für staatliche Fördermittel bei der Sanierung. Mieter*innenstrommodelle wollen wir besser gefördert und uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass rechtliche Hürden gesenkt werden. Außerdem braucht es spezielle Förderprogramme insbesondere für ältere und/oder einkommensschwache Gebäudebesitzer*innen durch geförderte Kredite (gegen Grundbucheintrag). Insgesamt muss die Förderstruktur komplett zugunsten von einkommensschwachen Menschen geändert werden und schädliche Subventionen abgeschafft werden, hierzu muss Bremen den Druck auf Bundesebene erhöhen.

Daneben braucht es eine direkte Beratung: Stromsparberatungen müssen überall in Bremen kostenlos und dezentral erfolgen, Beratung und Planung von Sanierungsmaßnahmen müssen aus einer Hand erfolgen, hierzu muss die Bremer Energieberatungsagentur Energiekonsens zu einem Kompetenzzentrum ausgebaut werden. Außerdem brauchen wir ähnlich der erfolgreichen Bremer Corona-Impfkampagne eine Kampagne mit einer klaren Kommunikationsstrategie und der Vermittlung von Informationsflüssen zu den Themen Energetische Sanierung und Energiesparen.

Ein weiterer Faktor ist die Rohstoffgewinnung. Für die Umsetzung der Energiewende werden wichtige Ressourcen benötigt, sowohl für die Herstellung von Windkraftanlagen, Solarpanels, Wasserstoffkatalysatoren als auch für die Speicherbatterien. Der Abbau der meisten Ressourcen ist aus ökologischen und sozialen Aspekten kritisch, es kommt

zu Raubbau an der Natur und zu schweren Menschenrechtsverletzungen zudem sind einige der Rohstoffe bereits jetzt knapp. Daher spielt auch für das Gelingen der Energiewende der Ausbau einer echten Kreislaufwirtschaft eine wichtige Rolle. Zukünftig sollten über 99 Prozent der Rohstoffe wieder aufbereitet und wiederverwendet werden. Hierfür muss in Bremen die Infrastruktur geschaffen und auf Bundes -und Europaebene die Rahmenbedingungen verschärft werden.

Antrag W 3-2: 3. Klimaschutz Teil 2: Verkehrswende bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verkehrswende

Bis 2030 muss der Pkw-Verkehr um 30 Prozent reduziert und der Anteil der E-Mobilität auf 50 Prozent gesteigert werden. Für die Reduzierung des Pkw-Verkehrs wollen wir das
gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, nicht nur die Innenstadt oder die innenstadtnahen Gebiete. Dreh- und Angelpunkt ist das Angebot eines preisgünstigen und leistungsfähigen ÖPNV, der eine echte Alternative für die meisten Fahrten darstellt, der gegenüber der Pkw nur wenig oder gar keine Zeitersparnis bringt. Wir wollen die Einführung des ticketfreien ÖPNV, eine beschleunigte Ausbauplanung und eine Untersuchung, wie in Bremen ein Verbindungsnetz aufgebaut werden kann, das ähnlich schnell und leistungsfähig ist wie eine Metro.

Wesentliche Ausbauziele für ÖPNV, Rad- und Fußverkehr sowie Festlegungen zur Umverteilung von Investitionen zugunsten des Umweltverbunds wollen wir in einem Mobilitätsgesetz festhalten.

Gerechtigkeitswende

Die Umstellung auf klimaneutrales Produzieren, Arbeiten, Wohnen und Mobilsein stellt alle vor große Herausforderungen. Der Umbau muss so gestaltet werden, dass er gerecht
verläuft: Menschen und Haushalte mit schmalerem Budget dürfen keine Einkommensverluste dadurch erleiden; Beschäftigte müssen ihre Arbeit behalten (auch wenn sie sich vielleicht ändert); kleine und mittlere Betriebe müssen bei der Umstellung unterstützt werden; klimagerecht Leben darf kein Luxus sein; und Menschen dürfen nicht zum CO2-Sparen durch Wohlstandsverlust gezwungen werden. Das ist eine eigenständige Aufgabe, die für uns einen zentralen Platz in allen Klimaschutzstrategien haben muss.

Fakt ist: CO2-einsparendes Verhalten wird derzeit in erheblichen Teilen darüber

durchgesetzt, dass einkommensschwächere Haushalte zum Sparen an ihrer Lebensqualität gezwungen werden. Die Pkw-Dichte ist in Gröpelingen am niedrigsten, weil sich viele Einwohner*innen dort gar kein Auto mehr leisten können – aber der ÖPNV wird nicht besser. Es wird am Heizen und am Stromverbrauch gespart, nicht mit besseren Geräten und smarter Steuerung, sondern indem es zu kalt und zu dunkel ist – bis hin zur Energiesperre. Solchen Formen von „Klimawende“ widersetzen wir uns aufs Schärfste. Steuerung über den Preis ist nur akzeptabel, wenn es für diejenigen, die ohnehin schon rechnen müssen, preiswerte und leistbare Alternativen gibt.

Daher fordern wir, dass die Auswirkungen auf Menschen und Haushalte mit geringen Einkommen bei klimapolitischen Beschlussvorlagen in Senat, Ausschüssen und Deputationen geprüft und dargestellt wird.

Klimawende muss kein Wohlstandsverlust sein, im Gegenteil. Wir leben nicht „alle über
unsere Verhältnisse“, wir leben kollektiv falsch. Wohlstandserhalt und sogar Wohlstandsgewinne durch Produktionswende, Energiewende, Wärmewende und Verkehrswende
sind möglich, wenn sie politisch gewollt sind. Die Alternative lautet: Mehr steuernde
Eingriffe in die Wirtschaft und mehr öffentlich organisierte Umbauprozesse, oder Steuerung über Markt und Preis auf Kosten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit und Spaltung. Wir stehen für ersteres.

Auch Klimaanpassung muss sozial gerecht sein

Während Klimaschutz alle Maßnahmen beschreibt, die darauf abzielen, den Anstieg der Erderwärmung zu begrenzen und die CO2-Freisetzung zu verringern, handelt Klimaanpassung von Maßnahmen, mit denen wir uns auf die bereits unvermeidlichen Auswirkungen der Klimakrise einstellen. Klimaanpassung ist kein Ersatz für Klimaschutz, aber ein Politikfeld, dass immer drängender wird.

Viele Folgen der Klimakrise sind bereits jetzt schon spürbar und klar ist, wir werden
mit mehr Extremwettereignissen wie Hitzewellen, Starkregenereignissen, Flutkatastrophen, Wasserknappheit und auch Bränden in Bremen und Bremerhaven leben müssen.

Schneller müssen im Land Bremen die Deiche erhöht werden, Flächen entsiegelt, Kühlräume und Schattenplätze geschaffen werden, klimaresiliente Pflanzen gepflanzt sowie Regenwasser aufgefangen und möglichst verdunstet oder versickert werden. Wissen
über das richtige Verhalten im Katastrophenfall muss durch Informationskampagnen besser verbreitet werden.

Auch wissen wir spätestens seit dem letzten IPCC-Bericht, dass Menschen unterschiedlich vulnerabel gegenüber den Folgen der Klimakrise sind. Dies kann sich ebenfalls im Stadtbild ausdrücken. Es sind nämlich die unsanierten Wohnungen in Stadtteilen mit hoher Versiegelung und ohne viel Grünfläche, wo der Hitzestau am größten ist und Starkregen nicht versickern kann. Würden diese Flächen nun

entsiegelt
werden und die Wohnungen saniert, kann dies neue Anwohner*innen anlocken und somit die ärmere Bevölkerung aus ihren Wohnungen vertreiben (green gentrification).

DIE LINKE will daher sich dafür einsetzen, dass für die Städte Bremen und Bremerhaven
einheitliche Aktionspläne für Klimaresilienz geschrieben und in der nächsten Wahlperiode auch umgesetzt werden. Hierbei sollen auch die sozialen Verhältnisse in den Fokus genommen werden. Dazu zählen die Anpassung des Gesundheitswesens an die Klimakrise und ihre gesundheitlichen Folgen, die Förderung von regionalen und städtischen Anbaumethoden zur Lebensmittelversorgung, Entsiegelung und Schaffung von Naherholungsgebieten, die Erhöhung der Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet sowie die Förderung von öffentlichen gekühlten Orten und Gemeinschaftsgärten. Hierbei ist es auch wichtig Synergien mit dem Klimaschutz herauszustellen und zu nutzen, wie beispielsweise den Ausbau der Fernwärmeleitung und gleichzeitigem Kühlnetz für gesellschaftlich wichtige Orte der Versorgung und Infrastruktur. Eine klimaresiliente
Stadt bedeutet für Die LINKE eine Stadt zu schaffen, die für alle bewohnbar, Teilhabe
ermöglicht und somit lebenswert ist!

Alle mitnehmen beim Klimaschutz!

Damit der Umbau zur Klimaneutralität gelingt, müssen wir die gesamte Stadtgesellschaft mitnehmen. Energetische Sanierungen, der Fern- und Nahwärmenetzeausbau für die Wärmewende, Straßenumbauten für die Mobilitätswende, die Anpassung der Stadt an den Klimawandel: All das wird umfassende und für die Bremer*innen zeitweise auch nervige Baumaßnahmen mit sich bringen. Nach Vorbild der Coronakampagne wollen wir alle Bürger*innen für die Notwendigkeit des Klimaumbaus sensibilisieren und sie mit zielgruppengerechten und aktivierenden **Beteiligungsformaten** frühzeitig ins Boot holen.

Wir wollen den **Umbau zu Klimaneutralität und die Demokratisierung des städtischen Raums** miteinander verbinden. Dazu gehört auch, dass die Stadt Platz für das “gute Leben für alle” bietet, unabhängig vom Geldbeutel. Wir wollen mehr konsumfreie Zonen,
Spiel- und Treffplätze und Freiflächen, die Bürger*innen gemeinsam entwickeln können.
Wir wollen fest institutionalisierte und dauerhaft kommunal finanzierte Repaircafés und Materialtauschbörsen in allen Stadtteilen.

Sozial- und jugendpädagogische Angebote aus dem Bereich Klimaschutz wollen wir fördern und ausbauen. (Klimabewusstes) Kochen und Basiskompetenzen im Reparieren von Alltagsgegenständen sollen Teil der schulischen Curricula werden. Für mehr Verständnis für die Zusammenhänge von Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung wollen wir
schulische und/oder kinder- und jugendpädagogische Angebote des Stadt-Land-Austausches ins Leben rufen.

Antrag W 4: 4. Wohnen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

4. Wohnen

Gutes und bezahlbares Wohnen für alle

Wie man wohnt, hängt vor allem von der Eigentumsstruktur ab. Wer seine Wohnung selbst
besitzt, hat mit Renovierungs- und Nebenkosten, Kreditzinsen und Abgaben zu kämpfen, ist aber sicher vor Mietsteigerungen, und hat die Qualität selbst in der Hand. Wer zur Miete bei einem gemeinwohlorientierten Eigentümer wohnt – also bei einem kommunalen Wohnungsunternehmen oder einer Wohnungsgenossenschaft -, ist in relativ guten Händen, und die Stadt hat die Möglichkeit, auf die Mietpreisentwicklung Einfluss zu nehmen. Wer zur Miete bei privaten Eigentümern wohnt – also in einer Wohnung, die einem profitorientierten Wohnungsunternehmen oder einer Privatperson gehört – ist vor starken Mietsteigerungen am wenigsten gesichert. Oder davor, dass der Eigentümer sich nicht um die Wohnung kümmert, notwendige Reparaturen nicht vornimmt, überhöhte Umlagen erhebt, oder versucht, einen als Mieter loszuwerden. Das muss nicht so sein, aber es kann, und es passiert. Wer genug zahlen kann, kommt auf dem privaten Wohnungsmarkt klar – aber wer kann das schon!

Der Schlüssel für gutes und bezahlbares Wohnen für alle liegt daher darin, den gemeinwohlorientierten Anteil am Mietwohnraum hochzuhalten – idealerweise die Hälfte aller Mietwohnungen sollte das umfassen. Dann kann davon ein preisdämpfender Effekt ausgehen, und dann reicht der gemeinwohlorientierte Wohnraum, um alle die zu versorgen, die auf bezahlbaren Wohnraum dringend angewiesen sind – in Bremen etwa 40 Prozent aller Haushalte. Die Stadt Wien macht es vor. Hier sind 56 Prozent aller Mietwohnungen, oder 43 Prozent aller Wohneinheiten, entweder Gemeindewohnungen oder genossenschaftliche Wohnungen. Der Effekt: Wohnen ist in Wien so günstig wie in keiner anderen Metropole Europas. Ähnliche Anteile waren früher auch in deutschen Großstädten nichts Ungewöhnliches – bevor die alte Wohnraumförderung beendet, große kommunale Bestände verkauft wurden, und der Wohnungsmarkt für börsennotierte Investoren geöffnet wurde.

In der Stadt Bremen kommen die beiden kommunalen Wohnungsgesellschaften, GEWOBA und BREBAU, zusammen mit den Wohnungsgenossenschaften auf einen Anteil von 27 Prozent aller Mietwohnungen. Das reicht nicht. In Bremerhaven ist die Situation besser: STÄWOG, GEWOBA und die Genossenschaften besitzen zusammen etwa 43 Prozent aller Mietwohnungen. Da fehlt deutlich weniger bis zur Hälfte.

Auch im privaten Mietsektor sind Maßnahmen zur Mietbegrenzung wichtig. Aber das bleibt immer ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Fast alle Maßnahmen, die zur Verfügung
stehen, sind zeitlich begrenzt, haben Schlupflöcher, sind schwer zu kontrollieren. Der Berliner Mietendeckel hatte hier ein neues Kapitel aufgeschlagen, ist aber an der
bundesrechtlichen Lage gescheitert, an der die Ampelregierung im Bund nichts ändern wird.

Mehr kommunales und genossenschaftliches Wohnen

Entscheidend ist daher, den gemeinwohlorientierten Sektor auszubauen. Das war in Bremen und Bremerhaven bisher kein erklärtes Ziel, und das muss sich ändern. Zum einen gehört dazu, dass die kommunalen Wohnungsgesellschaften gezielt Bestände ankaufen, wenn sie auf den Markt kommen. Zur Unterstützung soll das Förderprogramm „Stabilisierung von Sozialstrukturen im Mietwohnungsbestand“ wiederaufgelegt werden, das einmalig beim Ankauf von Wohnungen in der Lüssumer Heide zum Einsatz kam. Ein Teil der Finanzierung kann aus der Gewinnausschüttung von GEWOBA und BREBAU bestritten werden. Noch besser ist es, wenn die Überschüsse gar nicht erst ausgeschüttet, sondern gleich für solche Ziele verwendet werden. Darum wollen wir die
Gewinnausschüttung der GEWOBA auf 4 Prozent vom Eigenkapital senken (von derzeit 18 Prozent).

Zum anderen soll die Sozialwohnungsquote im Neubau auf 50 Prozent erhöht werden. Neue
Sozialwohnungen sollen grundsätzlich von den kommunalen Wohnungsgesellschaften erworben werden. Parallel dazu soll die Förderung von Baugenossenschaften ausgebaut werden und bei größeren Neubauvorhaben ein fester Anteil dafür reserviert werden. Durch Rahmen-Bebauungspläne, die jetzt bundesgesetzlich möglich sind, sollen Flächen definiert werden, die nur für den sozialen Wohnungsbau vorbehalten sind. Ziel soll insgesamt sein, den gemeinwohlorientierten Anteil an allen Mietwohnungen jedes Jahr um etwa 1 Prozent zu steigern. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter für das Modell der Neuen Wohngemeinnützigkeit ein, das die zeitlich befristete Förderung von Sozialwohnungen durch eine dauerhafte Förderung sozial orientierter Wohnbauträger ersetzt.

Ausnahmen von der Sozialwohnungsquote lehnen wir ab, weil sie nur durchsetzbar ist, wenn sie ohne Wenn und Aber vorausgesetzt wird. Wir wollen aber, dass für die verschiedenen Stadtteile eigene Ziele erarbeitet werden für den Anteil an kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungen und für den Anteil an Sozialwohnungen. Daraus kann sich ergeben, dass in Stadtteilen mit hohem Mietniveau eine höhere Sozialwohnungsquote zu fordern ist, oder dass dort mit Rahmenbebauungsplänen mehr Vorrangflächen für sozialen Wohnungsbau ausgewiesen werden.

Mieten bremsen, Entwicklung steuern

Natürlich wollen wir ebenso alle Instrumente nutzen, die zur Verfügung stehen, um die

Mieten im privaten Vermietungssektor zu begrenzen. Die Begrenzung der Mietsteigerung auf 15 Prozent in 3 Jahren und auf 10 Prozent bei Neuvermietung muss z.B. erhalten werden. Wir wollen die staatliche Wohnungsaufsicht stärken. Sanierungen in Quartieren, wo damit hohe Mietsteigerungen und Verdrängung einhergehen, wollen wir genehmigungspflichtig machen, an Zusagen bei der Mietpreisbegrenzung binden und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbinden (d.h. Milieuschutzsatzungen erlassen). Beim Wohnraumschutzgesetz wollen wir die Definition von unzulässigem „Leerstand“ so erweitern, dass damit nicht nur unmittelbar nutzbarer Wohnraum gemeint
ist, sondern genauso leerstehende Gebäudeeinheiten auf Wohnbauflächen, die mit begrenzten Maßnahmen zu nutzbarem Wohnraum gemacht werden können. Baugenehmigungen
sollen bei Untätigkeit nicht mehr verlängert werden.

Bei allen Wohnbauprojekten, wo neues Baurecht geschaffen wird, sollen städtebauliche Verträge sich an einem „Bremer Standard“ orientieren, der die grundsätzlichen Vorgaben enthält. Anders als jetzt sollen das nicht überwiegend ökologische und klimapolitische Vorgaben sein, sondern gleichgewichtig soziale und städtebauliche Vorgaben: 50 Prozent Sozialwohnungsquote (oder 40 Prozent Sozialwohnungen und 20 Prozent preisgedämpfte Wohnungen) sowie ein fester Anteil für genossenschaftliche Wohnungen; eine Flächenquote für gemeinschaftlich nutzbaren Freiraum; keine Hochhäuser; Geschosswohnungsbau nur mit Balkon; keine städtebauliche Dichte über 2,5 Geschossflächenzahl; maximal 20 Prozent des Wohnraums sollen innerhalb der nächsten 10 Jahre in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Bei urbanen Gebieten soll eine Mischquote von 50 Prozent Wohnen, 30 Prozent gewerbliche und 20 Prozent öffentliche Nutzung vorgegeben werden und die öffentliche Nutzung durch Teilabtretung gesichert werden. Die Beteiligung der zuständigen Beiräte soll erfolgen, bevor Zusicherungen gegeben und städtebauliche Verträge geschlossen werden – nur dann ist tatsächlich Einfluss auf den Entwicklungsprozess möglich.

GEWOBA: Mietenstrategie ändern, vollständig rekommunalisieren

GEWOBA und BREBAU können die ihnen zugedachte Rolle nur ausfüllen, wenn sie im Einklang mit den wohnungs- und städtebaulichen Zielen der Stadt geführt werden. Das ist bislang nur unzureichend der Fall. Erforderlich ist eine Strategie der Bestandserweiterung, mit Gesamtzielen und stadtteilbezogenen Zielen. Die kommunalen Wohnungsgesellschaften sollen sich an einer Mietenstrategie orientieren, die real preisdämpfend wirkt: Keine oder nur geringe Mietsteigerungen, maßvolle und langfristige Umlegung von Sanierungs-Investitionen, gezielter Erhalt von Mietwohnraum
auch deutlich unter der Sozialwohnungsgrenze. Das Nutzen von „Mieterhöhungspotenzialen“ darf kein Automatismus der Geschäftspolitik sein. Diskriminierungsfreie Vergabe von Wohnraum muss eine Selbstverständlichkeit sein, GEWOBA und BREBAU sollen sich am Grundsatz der allgemeinen Gleichbehandlung orientieren, ohne die gesetzlichen Ausnahmen für den Wohnungsbau zu nutzen. Innovativer Neubau zu niedrigen Preisen muss wieder ein zentrales Aufgabengebiet werden.

Die GEWOBA wollen wir deshalb zu 100 Prozent in städtischen Besitz überführen, die Anteile der privaten Miteigentümer aufkaufen und die GEWOBA in eine GmbH umwandeln – so wie es bei der BREBAU auch der Fall ist.

Die mieterfreundlichen Regelungen der kommunalen Wohnungsgesellschaften sollen nach dem Vorbild Berlins entweder in Kooperationsvereinbarungen oder in einem Wohnungsversorgungsgesetz verankert werden.

Das Eindringen von börsennotierter Wohnbaukonzernen wie der Vonovia in den Bremer Wohnungsmarkt wollen wir umkehren und zurückdrängen. Wir begrüßen den Erfolg des Volksentscheids “Deutsche Wohnen und Co. enteignen” in Berlin. Wir wollen auch im Land Bremen profitorientierte Immobilienkonzerne vergesellschaften.

Für eine soziale und vorausschauende Flächen- und Eigentumspolitik

Um eine nachhaltige Flächenpolitik zu betreiben, die vorausschauend orientiert ist, ist ein städtischer Flächenfonds das geeignete Instrument. Er kann so gestaltet werden, dass er eigenständig kreditfähig ist (d.h. als öffentliches Unternehmen) und wiederum Verkaufs-, Miet- oder Pachtverträge mit kommunalen Nutzer*innen schließt. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass Flächenankauf oder Teilabtretungen nicht daran scheitern, dass das Geld für Schulen, Kitas, soziokulturelle Einrichtungen oder
Startup-Spaces erst für einen späteren Zeitpunkt im Haushalt eingestellt ist.

Grundsätzlich wollen wir städtische Flächen möglichst nicht mehr verkaufen, sondern in Erbbaurecht vergeben. Bei kommunalen Wohnungsbauunternehmen und bei Baugenossenschaften spricht allerdings nichts dagegen, dass diese ihre Flächen kaufen, denn es sind keine langfristigen Entwicklungen zu befürchten, die durch Weiterverkauf oder Nutzungsveränderung die städtebaulichen und wohnungspolitischen Ziele der Stadt gefährden. Bei Vergaben in Erbbaurecht soll der kommunale Flächenfonds (bzw. die kommunale Flächengesellschaft) als Erbbaugeber fungieren.

Egal ob in Erbbaurecht oder Verkauf: Wir wollen nach dem Vorbild anderer Kommunen das
Instrument der sozial orientierten Flächenvergabe einführen. Für Baugenossenschaften oder kommunale Wohnungsunternehmen, die sich auf entsprechende, sozial orientierte und mieter*innenfreundliche Kooperationsvereinbarungen verpflichten und günstige Mieten anbieten, für soziokulturelle Projekte, Gründer*innen-Spaces oder sozial orientierte Startups soll eine Vermarktung unterhalb der festgestellten Verkehrswerte
erfolgen. Unabhängig davon wollen wir die Mechanismen der Bodenwertfeststellung daraufhin überprüfen, ob Spielräume bestehen, sie weniger preistreibend zu gestalten.

Perspektivisch wollen wir auch in Bremen die gute Praxis einführen, die bereits in vielen anderen Kommunen angewendet wird: Wenn eine Fläche brachfällt und neues Baurecht benötigt, um sie zu entwickeln, dann soll diese Fläche zuerst an die Stadt verkauft werden – vorher gibt es kein neues Baurecht. Auf diese Weise geht der Planwertgewinn durch die veränderte Nutzung auf die Stadt über, und die Stadt hat sehr viel weitergehende Möglichkeiten, die künftige Entwicklung und Bebauung

festzulegen, als mit städtebaulichen Verträgen.

Die soziale Förderung von Wohnungseigentum wollen wir in der bestehenden Form fortsetzen. Familien mit Kindern erhalten einen festen Zuschuss, wenn sie in Bremen ein Haus oder eine Wohnung kaufen. Das gilt für alle Stadtteile, aber nur bis zu einem bestimmten Kaufpreis. Auf diese Weise bekommen den Zuschuss diejenigen, die ihn
wirklich brauchen. Wir wollen diese Förderung insbesondere Alleinerziehenden zugänglich machen.

Wir setzen uns ein für eine großzügige Praxis im Umgang mit ungewöhnlichen Wohnformen, von Bauwagenkolonien bis zu Kaisenhäusern. Die rechtlichen Möglichkeiten von temporärer Duldung, Einzelfallgenehmigung etc. sollen ausgeschöpft und möglichst angepasste, kreative Lösungen gefunden werden.

Antrag W 5-1: 5. Sozial-ökol Stadtentw. Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

5. Sozial-Ökologische Stadtentwicklung

Stadtentwicklung gehört zur **öffentlichen Daseinsvorsorge** und darf deswegen nicht Profitinteressen überlassen werden. Wo immer es geht, müssen Gebäude und Flächen in öffentliches oder gemeinwohlorientiertes Eigentum übertragen werden, etwa durch die Nutzung öffentlicher Vorkaufsrechte. Öffentliche Flächen dürfen nicht länger verkauft, sondern nur noch im Erbbaurecht vergeben werden. Das bestehende Wohnraumschutzgesetz gegen Leerstand und Überbelegung ist konsequent anzuwenden und um den Sachverhalt “Leerstand von potenziellem Wohnraum” zu erweitern. Für Gebäude, die ohne triftigen Grund länger als sechs Monate leer stehen, müssen Wohnnutzungsgebote ausgesprochen werden und bei Nichtbefolgung das Instrument der treuhänderischen Verwaltung angewendet werden.

Die Stadtentwicklung muss vor allem darauf ausgelegt sein, **benachteiligte Quartiere zu fördern** und Segregation abzubauen. Dazu müssen weiterhin ‚Integrierte Entwicklungskonzepte‘ (IEK) als Grundlage der Städtebauförderung aufgelegt werden. Milieuschutzsatzungen müssen stärker zum Schutz gegen Verdrängung eingesetzt werden.

Das Ziel muss stets **sozial und funktional gemischte Quartiere** sein, wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, in der alle zu Fuß alle Wege des Alltags begehbar sind. Dies reduziert Verkehrswege und die erhöht Lebensqualität. Bremen ist eine Stadt der Quartiere. Jeder Mensch soll in jedem Quartier wohnen können. Reine Wohnquartiere

(sogenannte ‚Schlafstädte') lehnen wir ebenso ab wie reine Büroquartiere. Es braucht eine gute Mischung aus Wohnen, Gastronomie, Nahversorgung/Einzelhandel, Dienstleistungen, Kultur, Bildung, sozialen und medizinischen Einrichtungen. Alle Dinge des täglichen Bedarfs müssen in höchstens zehn Minuten zu Fuß erreichbar sein. Auch Toiletten und öffentliche Trinkwasserangebote gehören dazu. Wir wollen 100 öffentliche Trinkwasserbrunnen bis 2025. Lebenswerte Quartiere brauchen Begegnungsräume mit Aufenthaltsqualität und ohne Konsumzwang. Für lebendige Straßen ist eine Gewerbenutzung der Erdgeschosszonen notwendig. Inhabergeführte Außengastronomie werden wir fördern, indem wir weiterhin die Gebühren für die Nutzung
öffentlicher Flächen erlassen. Die in der Pandemie gewonnenen Flächen sollen weiterhin genehmigt werden. Auch für gemeinnützige Organisationen, Vereine und Flohmärkte sind die Gebühren zu erlassen.

Bremen und Bremerhaven müssen so schnell wie möglich **an den Klimawandel angepasst** werden. Dazu gehört neben einem Ausbau des Hochwasserschutzes auch der Schutz vor Hitzewellen. Jede Straße, bei der das möglich ist, muss zur Allee entwickelt werden. Fassaden und Dächer sind verpflichtend zu begrünen, auch in Gewerbegebieten. Versiegelte Flächen und Schottergärten müssen entsiegelt werden. Alle öffentlichen Grünflächen und Gewässer sind zu erhalten und die Bepflanzung muss an den Klimawandel
angepasst werden. Zur Förderung der Biodiversität wird der Grünschnitt auf das absolut notwendige Minimum begrenzt. Alle Wohnungen brauchen nach Möglichkeit einen Balkon oder eine Loggia.

Es darf keine Bebauung im geschützten Außenbereich mit zusätzlicher Flächenversiegelung geben. Stattdessen muss eine Strategie der **doppelten Innenentwicklung** (= Bebauung und blau-grüne Infrastruktur) verfolgt werden. Das bedeutet, dass Bremen als wachsende Stadt baulich verdichtet werden muss – aber möglichst nicht dort, wo die bauliche Dichte ohnehin schon sehr hoch ist. Dabei sollte beachtet werden, dass eine Blockrandbebauung mit moderater Gebäudehöhe und kleineren Wohnungsgrößen vielfach eine höhere Bevölkerungsdichte bewirkt als eine Solitärbauweise. Zur Akzeptanz von städtebaulicher Verdichtung müssen die Beiräte beteiligt werden. Dabei muss es sich um echte Beteiligung handeln, die einen wirklichen Einfluss auf die jeweiligen Entscheidungen ausüben kann.

Eine lebenswerte Stadt muss auch **architektonisch ansprechend** sein. Viele der neugebauten Gebäude erfüllen dies nicht, weil sie einfallslos und monoton wirken. Stattdessen braucht es bei der Entwicklung von neuen Quartieren eine kleinteilige Parzellierung mit abwechslungsreichen Gebäuden. Dabei muss sich wieder auf das besonnen werden, was die schöne Architektur historischer Gebäude ausmacht: eine Vielfalt an Fassadenelementen und Farben. Um die Ressourcen bestmöglich zu schonen, sollte verstärkt modular und mit Holz gebaut werden. Wir wollen schrittweise den Einsatz von Materialien erhöhen, die recycelt, wiederverwertbar und ökologisch nachhaltig sind.

Die **Innenstadt** muss von einer Konsumwüste zu einem lebenswerten Wohn- und Arbeitsquartier für alle Einkommensgruppen entwickelt werden. Bezahlbares Wohnen,

Studieren in der Innenstadt und eine Architektur, die sich in die bestehende Qualität
einfügt, sind die entscheidenden Faktoren für eine gute Innenstadtentwicklung. Dazu ist es notwendig, dass die Stadt auch genügend Flächen und Gebäude in der Innenstadt in öffentlichem Eigentum behält oder sie ankauft. Die Abhängigkeit von Investoren wie
Zech, Jacobs muss ein Ende haben. Stattdessen muss Bremen über die kommunalen Unternehmen GEWOBA und BREBAU selbst tätig werden. Das Parkhaus Mitte muss in öffentlichem Eigentum bleiben und kommt als möglicher Uni-Standort in Betracht.

Stadtteile mit guter Innenstadt-Anbindung werden zunehmend attraktiv. Wir wollen nicht, dass das zu explodierenden Mieten und Bodenpreisen, zu Verdrängung, Entmischung und Verödung führt **("Gentrifizierung")**. Die Antwort muss heißen: Mieter*innen-Schutz durch Milieuschutzsatzungen, Umwandlungsverbote (in Eigentumswohnungen), starke Auflagen bei Neubauprojekten, mehr Wohn- und Gewerbeimmobilien in der Hand von GEWOBA und Brebau, Einsatz von Vorkaufsrecht und sektoralen Bebauungsplänen (mit Vorrangflächen für sozialen Wohnungsbau). Das gilt z.B. für Viertel und Neustadt, aber auch für das Umfeld neuer Entwicklungsflächen (wie Könecke/Coca-Cola in Hemelingen oder das Tabakquartier in Woltmershausen). Die Überseestadt braucht einen neuen Masterplan, der sich an den Themen Familienfreundlichkeit, Verkehrsanbindung und Quartiersentwicklung orientiert, statt ein neues Investorenprojekt an das nächste zu reihen.

Störendes Gewerbe rückt zunehmend in die Stadtteile, wo die Flächen günstig sind und der Autobahnring nah ist. Der kommende Ringschluss der A281 verstärkt diese Dynamik vor allem im Bremer Westen. Daher darf der Bremer Westen ansiedlungspolitisch kein Wilder Westen sein. Da die Ansiedlung von Gewerbegebieten auf Hafenflächen kaum kontrolliert und mit Auflagen versehen werden kann, wollen wir Flächen im Industriehafen (und genauso auch im Hemelinger Hafen), die keine echte Hafennutzung mehr aufweisen, ab einem gewissen Abstand von der Wasserkante zu Gewerbegebieten erklären, nach Möglichkeit kommunal ankaufen und in Erbpacht vergeben. Gleichzeitig muss es endlich echte Kompensation durch gezielte Ausgleichsmaßnahmen für stark belastete Stadtteile wie Oslebshausen geben. Für die geplante Bahnwerkstatt halten wir Flächen, die näher am Hauptbahnhof liegen, für die bessere Lösung und bestehen auf einer ergebnisoffenen Alternativenprüfung.

Stadtteile wie Gröpelingen oder Blumenthal erbringen eine hohe **Integrationsleistung** für die Stadt. Viele Zuwandernde und Geflüchtete finden hier ihre erste Wohnung und Arbeit, gestützt auch auf vorhandene soziale Netzwerke. Im Gegensatz zu Quartieren wie Tenever ist die Fluktuation hoch, was Strukturen zur sozialen Quartiersentwicklung erschwert. Damit Stadtteile diese Integrationsleistung als "Ankunfsquartiere" weiter erbringen können, brauchen sie gezielte Unterstützung und Bevorzugung: Bei der Stadtentwicklung, der Wohnraumaufsicht, der Sicherheitspolitik, der Wohnraum-, Kultur- und Kleingewerbeförderung, und nicht zuletzt bei der Schulpolitik. Gleichzeitig dürfen sich andere Stadtteile dieser Integrationsleistung nicht immer weiter entledigen, denn Integration funktioniert nur, wenn die soziale Mischung nicht kippt. Für entsprechende Stadtteilstrategien sehen wir eine hohe

Dringlichkeit.

Egal ob alt, jung, arm, reich, mit Kinderwagen, Behinderung(en) oder Hackenporsche: Alle Bremer*innen sollen mobil sein können. Und das so günstig wie möglich und CO2-neutral. Dafür braucht Bremen einen starken, ausgebauten und ticketlosen ÖPNV. Über den ÖPNV hinaus gilt es, Mobilität in der Stadt neu zu denken. Sich in der Stadt bewegen zu können, ist eine entscheidende soziale Frage: Das Weltkulturerbe Innenstadt, die Badeseen oder der Bürgerpark sind ebenso für alle Bremer*innen da wie
die Stadtbibliothek, soziale Einrichtungen oder die Gesundheitsversorgung. Doch wenn nicht alle Menschen diese Orte auch erreichen können, entsteht und verstärkt sich soziale Spaltung.

Gleichzeitig ist der Verkehr der einzige Sektor, in dem die Emissionen nicht sinken. Dies ist auch auf die „autogerechte“ Stadtplanung der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen, welche mehr PKW-Verkehr durch Infrastrukturausbau verursacht hat. Zukunftsfähige Mobilität sieht anders aus. Wie die Enquetekommission Klimaschutzstrategie unterstrichen hat brauchen wir aus ökologischen und sozialen Gründen dringend eine Mobilitätswende, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu
klimaneutralen Verkehrsmitteln für alle.

Aber seit der Verabschiedung des Verkehrsentwicklungsplans 2025 im Jahr 2014 ist nur für einen Bruchteil der darin beschriebenen neuen Ausbauschritte überhaupt mit der Planung begonnen worden. Diese Umsetzungsgeschwindigkeit ist angesichts der Dringlichkeit des menschengemachten Klimawandels eine Katastrophe. Wir wollen eine systematische Neuaufstellung der Prozesse beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV) zur Verbesserung der Planungsverläufe- und Zeiten, der Baustellenplanung und Baustellenführung.

Das Ziel der LINKEN ist eine ambitionierte, transformative Verkehrswende mit weniger motorisiertem Individualverkehr und mehr ÖPNV, Fuß- und Radverkehr. Nur so erreichen wir mehr soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Sicherheit, Effizienz, Energieunabhängigkeit, Gesundheit, und kommen dem Ziel einer entspannten, ruhigen Stadt näher. Die Verkehrswende wird zu einer höheren Lebensqualität für alle führen. Neben der Verbesserung der Alternativen zum Auto für einen einfachen Umstieg wollen wir den öffentlichen Raum wieder allen Bremerinnen und Bremern zugänglich und sicherer machen. Zur Absicherung dieser Verkehrswende-Maßnahmen wollen wir ein Mobilitätsgesetz nach Berliner Vorbild einführen, ein Ausschuss der Bürgerschaft soll
dessen Umsetzung kontrollieren. Wir wollen keine rein ordnungspolitischen Maßnahmen zur Durchsetzung der Verkehrswende, sondern eine demokratische Umgestaltung der Städte, um die Mobilität für alle zu Fuß, mit dem Rad und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

Für die nötigen Investitionen muss die Schuldenbremse ausgesetzt werden. Die Enquete-
Kommission Klimaschutz beziffert den Finanzbedarf allein im Sektor Verkehr auf rund

151 2,3 Milliarden Euro.

Antrag W 5-2: 5. Sozial-Ökol. Teil 2: kostenl. ÖPNV bis Rad- und Fußverkehr

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für einen kostenlosen und leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr

Weil Mobilität auch eine wichtige soziale Frage ist, muss der ÖPNV so günstig wie möglich sein und so schnell wie möglich kostenlos werden. Es war deshalb richtig, dass Bremen seit 2021 die Ticketpreise nicht wie zuvor jedes Jahr erhöht, den Preis des Stadttickets für Erwachsene gesenkt und das Stadtticket für Kinder kostenlos gemacht hat. Auch das 365-Euro-Ticket für Azubis und die Abschaffung des Nachtzuschlags waren wichtige Fortschritte. Hierfür hat sich DIE LINKE immer eingesetzt. Im von SPD, CDU und FDP regierten Bremerhaven gibt es trotz einer der höchsten Armutsquoten Deutschlands nicht einmal ein vergünstigtes kommunales Sozialticket. Das wollen wir ändern. Wir streiten in der Stadtverordnetenversammlung und Bremerhavener Stadtgesellschaft für ein Sozialticket für Bremerhaven.

Wir fordern den ‚kostenlosen' ÖPNV, der Mobilität dauerhaft als gesellschaftliches Gut zur Verfügung stellt, für dessen Nutzung dann nicht mehr einzeln bezahlt werden muss. Zur Finanzierung wollen wir die Grundsteuer auf Wohnen und die Gewerbesteuer entsprechend erhöhen (und natürlich Bundesmittel nutzen). Bei diesem Modell tragen diejenigen stärker bei, die “auf größerem Fuße” wohnen, während Empfänger*innen von Sozialleistungen freigestellt sind, denn die Grundsteuer ist meist Teil der Mietnebenkosten und wird über die Kosten der Unterkunft bezahlt. Bei den Betrieben zahlen die mehr, die höhere Gewinne machen, während Vereine und gemeinnützige Einrichtungen ausgenommen sind. Der Zusatzbetrag über Grund- und Gewerbesteuer soll so kalkuliert sein, dass genügend zusätzliche Mittel für den Infrastrukturausbau, die
Anschaffung neuer Fahrzeuge und für mehr Personal übrigbleiben. Wir wollen den ÖPNV in Bremen bis zum 1. Juni 2024 ticketfrei machen. Für den bundesweiten Regionalverkehr fordern wir die Wiedereinführung des 9€-Tickets. Wir setzen uns für einen höheren Bundesanteil an den Kosten ein und dafür, dass die Regionalisierungsmittel des Bundes erheblich aufgestockt werden.

Im Vergleich mit anderen Städten fällt auf: Bremen fehlt ein zentrales Hochleistungs-
Verkehrsmittel im ÖPNV, wie eine U-Bahn. Traditionelle Bus- und Straßenbahnlinien

sind zu langsam, um den ÖPNV im gesamten Stadtgebiet zu einer qualitativ gleichwertigen Alternative zum Auto zu machen. Denn am Ende des Tages fällen alle die Wahl des Verkehrsmittels vor allem danach, wie viel Zeit es sie täglich kostet. Nur den Autoverkehr langsamer zu machen, ist keine Lösung.

Der Bau eines U-Bahn-Netzes ist allerdings in 15 Jahren nicht zu schaffen (dem Zeithorizont der Klima-Enquete) und wäre gigantisch teuer. Daher braucht Bremen ein “Metro-Netz ohne Metro”, das vorhandene Ansatzpunkte (wie die Regio-S-Bahn) mit neuen Elementen kombiniert, um eine schnelle Verbindung zwischen den Orten zu gewährleisten, wo viele Menschen wohnen und wo viele Menschen arbeiten. Solche Elemente können Schnelllinien sein, die weniger Haltestellen bedienen und weitgehend unbehindert vom sonstigen Verkehr verlaufen, vielleicht aber auch andere Lösungen und spezielle Fahrzeuge. Dafür muss genügend Platz freigehalten und ggf. geschaffen werden. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode zügig einen entsprechenden professionellen Auftrag ausschreiben, wie ein “Metro-Netz ohne Metro” für Bremen aussehen kann, und auf dieser Grundlage zu einer politischen Entscheidung kommen, die Modell, Zeitplan und Investitionsplanung beinhaltet. Andere Kommunen in Europa sind bereits so vorgegangen.

Es gibt noch viele Quartiere, die mit dem ÖPNV nur schlecht angebunden sind. Das darf nicht sein! Die Verkehrswende erfordert einen Ausbau des ÖPNV-Netzes. Es braucht neue Straßenbahnlinien hinein in die Überseestadt, eine Verlängerung der Linien nach Osterholz und Oslebshausen, nach Woltmershausen und Findorff.

Der geplante Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (Regio S-Bahn) mit 7 neuen Haltepunkten und einer deutlich engeren Taktung muss erheblich beschleunigt werden, weil diese S-Bahnen weder im Stau noch vor Ampeln stehen müssen. Wir setzen uns für die Anschaffung der entsprechenden zusätzlichen Bahnen durch den Verkehrsträger ein.

DIE LINKE fordert mehr Abdeckung durch den ÖPNV über das ganze Stadtgebiet, vor allem durch mehr Querverbindungen, die nicht über den Hauptbahnhof führen. Hierdurch ergeben sich deutlich mehr Umstiegsmöglichkeiten, mehr Wegeoptionen und direktere Verbindungen. Bis die neuen Straßenbahnlinien und S-Bahn-Haltepunkte errichtet sind, sollen zusätzliche Buslinien verkehren. Innenstadtferne Quartiere und Gewerbegebiete sollen beim ÖPNV-Ausbau bevorzugt werden. Wir fordern eine Barrierefreiheit in Bus und Bahn von 100% bis 2030. Die Busse der BSAG müssen schnellstmöglich emissionsfrei werden.

Mit schnellen Weser-Fähren im Längs- und Querverkehr verkürzen wir Fahrtwege und verbinden bisher schlechter angebundene Stadtteile besser. Durch die Einbindung in

den ÖPNV wird der „Weserbus“ zudem auch für Alltagswege bezahlbar. Viel befahrene Straßen würden entlastet, Stau vermieden und ein Beitrag zum Klima- und Umweltschutz geleistet.

Zur weiteren Attraktivitätssteigerung fordern wir ÖPNV-Beschleunigung durch erheblich
mehr Expresslinien, die mindestens im Halbstundentakt fahren, mehr dedizierte Fahrspuren für Bus und Bahn sowie eine konsequente Vorrangschaltung des ÖPNV an Ampeln. Wir wollen eine bessere Taktung des ÖPNV, vor allem in Randzeiten, was zu mehr Flexibilität und kürzeren Umstiegszeiten führt. Dies kommt vor allem Beschäftigten im Schichtdienst sowie jungen Menschen zu Gute. Regio-S-Bahnen müssen mindestens halbstündig fahren, nach Bremen Nord 10-minütig.

Viele Menschen pendeln beruflich von und nach Bremen. Wir wollen den Ausbau von gut mit dem ÖV angebundenen Park-and-Ride-Angeboten (P+R), insbesondere für Menschen aus der Region, die auf ihren PKW angewiesen sind. Diese sind nicht in den Quartieren zu schaffen. Die P+R-Angebote sollen für die ersten 7 Tage pro Einfahrt kostenlos sein, denn sie sind nicht als Dauerparkplätze gedacht. Lademöglichkeiten für Elektroautos müssen vorhanden sein.

An einigen Stellen halten Busse und Straßenbahnen nicht an regulären Haltestellen, dies führt zu Gefährdungen und Wartezeiten. Wir fordern hochgepflasterte Zebrastreifen an jeder Haltestelle, die nicht am Straßenrand liegt.

Wir wollen mehr Schienenpersonenverkehr, Güterverkehr und Fernverkehr. Damit das möglich ist, wollen wir das Gleisnetz nach Bremerhaven und nach Bremen-Nord viergleisig ausbauen. Dadurch wird die Strecke weniger anfällig für Zugausfälle und Verspätungen. Wir wollen wieder mehr Güterverkehr vom LKW auf die Schiene und aufs Wasser verlegen. Dazu wollen wir u.a. die Reaktivierung von stillgelegten Gleisanlagen und die Realisierung von Alpha-E, der vom Dialogforum Schiene-Nord klar priorisierten Vorzugsvariante für einen bedarfsgerechten Ausbau von Bestandsstrecken im Dreieck Bremen-Hamburg-Hannover. Den Lärmschutz für die Anwohner*innen an den Güterschienennetzen gilt es auszubauen. Für all diese Maßnahmen braucht es zusätzliches Personal, dass bei den Verkehrsunternehmen durch attraktive Ausbildungs-
und Arbeitsbedingungen gewonnen werden muss.

Rad- und Fußverkehr-Verbesserungen

DIE LINKE will Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit, dazu gehört zentral mehr Raum
für Fuß- und Radverkehr. Das oberste Ziel muss sein: Keine Verkehrstote mehr (Vision Zero).

Wir fordern geschützte Radwege wo immer möglich. Dies steigert zudem die Barrierefreiheit. Wenn möglich, soll auch der Radverkehr vom Fußverkehr getrennt werden durch beispielsweise Poller. DIE LINKE fordert zudem durchgehende Fuß- und Radwege bei allen Kreuzungen von Hauptstraßen zu Seitenstraßen, was verkehrsberuhigend wirkt und die Sicherheit beim Abbiegen von PKW stark erhöht. Die Mittel für den Fußverkehr im städtischen Haushalt sollen verdoppelt werden.

Wir wollen deutlich mehr Kreisverkehre, da sie die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden steigern und für einen besseren Verkehrsfluss sorgen. Wo keine Kreisverkehre möglich sind, sollen Kreuzungen nach neuestem technischem Stand und niederländischem Vorbild umgebaut werden.

Fahrradpremiumrouten, regionale Radwege und Fahrradstraßen wollen wir konsequent ausbauen, hier müssen auch die Planungsverfahren schneller werden. Wir fordern eine echte, abgegrenzte und breite Radinfrastrukturen mit einer Spur pro Fahrtrichtung und
sinnvoller Routenführung. Hilfreich ist eine grüne Welle für Radfahrer*innen auf den priorisierten Routen und Fahrradstraßen. Das Radwegenetz sollte weiter ausgebaut und saniert werden, damit auch lange Strecken durch die Stadt etwa aus Huchting, Osterholz und Gröpelingen zum Vergnügen werden. Bei der Ausbauplanung der Fahrradpremiumrouten sind innenstadtferne Stadtteile stärker zu berücksichtigen. Die geplante Rad- und Fußbrücke bei Hemelingen ist zu priorisieren, da sie voraussichtlich den größten positiven Einfluss auf die CO2-Emissionen im Verkehr haben wird. Auch die geplante Brücke zwischen Walle und Woltmershausen ist u.a. wichtig zur besseren Erreichbarkeit des GVZ.

DIE LINKE fordert eine verbesserte Integration von Radverkehr und ÖPNV. Hierzu soll die Fahrradmitnahme vereinfacht werden und es sollen mehr sichere Fahrradstellplätze an Bahnhöfen geschaffen werden.

Wir wollen Bikesharing und Carsharing ausweiten, vor allem in innenstadtfernen Stadtteilen. Lastenräder sind in die Angebote zu integrieren. Bei der Förderung der Anschaffung von Lastenrädern sollen soziale Kriterien stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen die Trennwirkung von Hauptverkehrsstraßen reduzieren durch die Anforderung, bis 2033 mindestens alle 150m eine sichere Querungsmöglichkeit (Kreuzung, Zebrastreifen) zu schaffen.

Zebrastreifen sind bevorzugt angehoben zu gestalten für mehr Verkehrsberuhigung und Sicherheit.

Die Priorisierung des Autoverkehrs führt zu langen Wartezeiten an Ampeln für andere Verkehrsteilnehmende, dies wird besonders am Dobben, am Brill oder am Neustadtsbahnhof ersichtlich. DIE LINKE fordert eine generelle Verkürzung der Ampelphasen. Wir wollen, dass keine Rotphase für Fuß und Rad länger als 30 Sekunden dauert. Wo möglich ist der grüne Pfeil zum freien Rechtsabbiegen für Fahrräder einzuführen. Wir fordern außerdem die grüne Welle für den Radverkehr, was mit Tempo 30 für den Autoverkehr harmoniert. Zudem wollen wir intelligente Ampelschaltungen, die nach Bedarf schalten, nicht nach Zeit. ÖPNV, Fuß- und Radverkehr sollen hierbei priorisiert werden. Dies wird die Wartezeiten für alle verringern.

Die bremischen Parkwege fungieren als wichtige Verkehrsfläche für den Fuß- und Radverkehr. Für den Verkehr wichtige Parkwege sind daher zu befestigen. Zur weiteren Steigerung der Verkehrswegequalität und Barrierefreiheit, vor allem für den Radverkehr, sind Kopfsteinpflaster an geeigneten Straßen in Abstimmung mit den Anwohner*innen zu entfernen.

Wir wollen eine permanente Ermittlungsgruppe gegen Fahrraddiebstahl bei der Polizei.

Antrag W 5-3: 5. Sozial-Oko usw. Teil 3: Maßnahmen z. Reduzierung Auto bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Maßnahmen zur Reduzierung des Autoverkehrs

Es gibt zu viele Pkws in Bremen: Ihre Zahl ist in den vergangenen 10 Jahren um 10 Prozent gestiegen. In der Stadt kann nicht jede Person ein eigenes Auto besitzen, erst recht nicht, weil Autos (auch E-Autos, wenn sie massenweise hergestellt werden) Gift fürs Klima sind. Deshalb ist es notwendig den Anteil von PKW im Verkehr zu senken. Wir wollen möglichst vielen Autofahrer*innen den Umstieg auf den Umweltverbund ermöglichen. Gleichzeitig ermöglicht eine Kapazitätssenkung des MIV die
Rückumwandlung von öffentlichem Raum zu z.B. Grünflächen, Wohnraum oder breiteren Fußwegen.

Wir fordern Tempo 30 gekoppelt an verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Fahrbahnverengungen, Hindernisse durch z.B. Blumenkübel, Bremsschwellen, Einbahnstraßen. Feste Geschwindigkeitsprüfungen sind mindestens in der Nähe von Schulen, Haltestellen und großen Kreuzungen einzurichten. Ein positiver Nebeneffekt dieser Maßnahmen ist die starke Verringerung von Raserei. Tempo 50 gilt weiterhin für
ÖPNV auf dezidierten Spuren, vierspurigen Straßen und Kraftfahrstraßen. Wir fordern ein bundesweites Tempolimit von maximal 130 auf Autobahnen.

Wir wollen die Hochstraße beim Hauptbahnhof perspektivisch für den Autoverkehr stilllegen und zur Grün- und Freizeitfläche umnutzen. Die verbleibende Straße am Boden ist mit breiten Fuß- und Radwegen und einem Grünstreifen zu gestalten.

Wir fordern den Rückbau von vierspurigen Straßen auf zwei Spuren.

Wir wollen eine Parkraumreduzierung von insgesamt 25%. Der freiwerdende Raum muss umgewandelt werden zu breiteren Fußwegen, Grünflächen, Außengastronomie, Wohnraum und
Spielplätzen.

Wir wollen, dass auf Supermarktparkplätzen und auf Parkplätzen vor kommunalen Gebäuden außerhalb der Öffnungszeiten geparkt werden kann. Darüber hinaus wollen wir die Bereitstellung von E-Ladestationen auf Supermarktparkplätzen fördern.

DIE LINKE lehnt neue Autobahnen sowie den Ausbau von Autobahnen im Land Bremen nach

Fertigstellung der A281 ab. Bei den Bauarbeiten an der A281 muss die Neustadt vor Ausweichverkehren entlastet werden. Die B6n darf nur in der Variante Tunnel unterhalb
des Flughafens geplant werden. Wir sind gegen den Bau der A20. Die A20 würde das Aus für Moore bedeuten, die wichtige CO2-Senken und unverzichtbar für den Erhalt der Biodiversität sind.

Straßen in der Stadt versiegeln wichtige Flächen, die wir etwa für die Schwammstadt brauchen. Wir fordern einen besseren Lärmschutz an Bundesstraßen und Autobahnen. LKW-
Ausweichverkehre durch städtische Quartiere wollen wir durch verkehrslenkende und bauliche Maßnahmen reduzieren und vermeiden.

DIE LINKE steht hinter den Plänen für eine autofreie Innenstadt. Daher müssen auch Zufahrtsstraßen zur Innenstadt wie Langemarckstraße und Friedrich-Ebert-Straße zweispurig zurückgebaut werden.

Wir sehen die temporäre Sperrung für den motorisierten Verkehr am Ostertorsteinweg als Erfolg an und wollen die Straße permanent autofrei haben zur starken Steigerung der Aufenthaltsqualität.

Die Kontrollgruppe “Autoposer” soll aufgestockt werden. Autos mit illegalen Einbauten, wie den Klappauspuffsystemen, die willentlich unnötigen Lärm erzeugen, sollen im Falle von Autoposing beschlagnahmt und wo immer möglich zeitnah verschrottet werden

Wir wollen in geeigneten Wohngebieten sogenannte Kiezblocks/Superblocks einrichten, ähnlich denen in Barcelona. Diese sind innen für PKW-Durchgangsverkehr gesperrt, der Verkehr wird außenherum geleitet, Anwohnerverkehre sind zulässig. Der gewonnene Straßenraum wird der Nachbarschaft zurückgegeben - als öffentlicher Frei- und Aufenthaltsraum.

Wir fordern flächendeckend Anwohnerparken. Das ist die logische Konsequenz: Wenn Parkraum knapper wird, muss er den Anwohner*innen vorbehalten sein. Der Grundbetrag muss dabei sozial verträglich sein. Für besonders große und schwere Fahrzeuge sollen die Gebühren doppelt so hoch sein. Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung können für den Ausbau von Rad-, Fußverkehr und ÖPNV genutzt werden. Für Menschen aus der Region ohne Zugang zu Bus und Bahn werden Park-and-Ride-Angebote ausgebaut. P+R ist Quartiersgaragen vorzuziehen, insbesondere solange die vorhandenen Quartiersgaragen nicht ausgelastet sind.

Aufgesetztes Parken ist ein Problem, insbesondere in den Wohnquartieren mit schmalen Nebenstraßen. Zu Lasten von Fußgänger*innen, der Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit wird sich im gesamten Stadtgebiet Raum zum Parken angeeignet, der dafür nicht vorgesehen ist. Zusätzlich werden Gehwege, Grünflächen und Bäume beschädigt. Polizei, Ordnungsamt und Verkehrsbehörde haben viel zu lange nichts dagegen unternommen, es ist zu einer Art Gewohnheit geworden. Aufgrund der großen Anzahl an Autos, die aufgesetzt parken ist es aber realistisch betrachtet nicht möglich und angemessen, dieses Problem überall sofort mit ordnungspolitischen Maßnahmen zu lösen. Wir fordern deshalb einen Runden Tisch, bestehend aus den

zuständigen Behörden, dem Landesbehindertenbeauftragten und den Beiräten, um zeitnah Stellen im Stadtgebiet zu ermitteln, bei denen aufgrund von Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und Flächenschutz dringlicher Handlungsbedarf besteht. An diesen Stellen muss das aufgesetzte Parken prioritär unterbunden werden. Die Verkehrsbehörde
muss darüber hinaus ein Konzept entwickeln, wie das Problem des aufgesetzten Parkens flächendeckend gelöst werden kann. Darüber hinaus wollen wir einen kommunalen Abschleppdienst, damit dieser im Sinne der verkehrspolitischen Steuerung ohne kommerzielle Anreize eigenständig abschleppen kann.

Wir wollen einen weiteren Ausbau öffentlicher E-Bike und E-Auto Ladestationen. Die öffentliche Automobilflotte Bremens soll bis 2030 voll batterieelektrisch sein. Wir wollen Dienstfahrräder statt Dienstwagen fördern. Der Neuzulassungsstopp von nicht klimaneutralen PKW in der EU ab 2035 ist zu unterstützen. Die Förderung von Hybridfahrzeugen ist abzuschaffen. Wir lehnen zudem die Förderung von E-Fuel- und wasserstoffbetriebenen PKW aufgrund von zu geringer Energieeffizienz und Energieunabhängigkeit ab.

Antrag W 6-1: 6. Gesundheit Teil 1: bis Hebammenverzweifelt gesucht

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

6. Gesundheit

Gesundheit und Krankheit sind auch im 21. Jahrhundert nicht allein persönliches Schicksal, sondern Ausdruck unserer sozialen Lebenssituationen. Wohnen, Arbeit, Familie, Geschlecht, Herkunft, Armut, Lärm und Gewalt – all diese Faktoren bestimmen über unsere Gesundheit und auch über unsere Gesundheitsversorgung. Menschen in Armut sterben weiterhin früher und sind häufiger schwer krank. Trotzdem gibt es in den Bremer Stadtteilen, wo mehr ärmere Menschen wohnen, häufig weniger Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen als in wohlhabenden Stadtbezirken. Diese gesundheitliche Ungleichheit wollen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Im Mittelpunkt unserer guten Gesundheitspolitik stehen, neben den großen strukturellen Herausforderungen im Gesundheitssektor, somit all jene, die auf Grund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihres Sozialstatus von der gesundheitlichen Ungleichheit besonders betroffen sind: Frauen, Menschen in Armut, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit Gesundheits- und Sorgezentren zu einer guten Versorgung

Als zentralen Baustein zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit fordern wir die Schaffung von wohnortnah, integrativ, barrierefrei und partizipativ organisierten Stadtteilgesundheits- und Sorgezentren in öffentlicher Hand. In diesen sollen die Bürger*innen ein Angebot von Allgemein- und Fachärzt*innen, Pflegepersonal, Sozialarbeiter*innen, Hebammen sowie vielfältigem Beratungs- und Betreuungspersonal auf Augenhöhe vorfinden. Neben der Behandlung von Erkrankungen sind die Zentren auch dafür da, gesundheitsfördernde und belastende Faktoren in den jeweiligen Stadtteilen zu erfassen und geeignete Maßnahmen anzubieten, um die Gesundheit der Bevölkerung vor Ort zu verbessern und zu fördern. Die seit letztem Jahr vor Ort eingesetzten Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren haben sich sehr bewährt, stützen die Gesundheitsprävention- und versorgung und sind über 2023 hinaus zu verstetigen!

Unser Ziel ist es, mit 4 Pilotprojekten in besonders von Armut betroffenen Stadtteilen im Bremer Norden, Osten, Süden und Westen zu beginnen. Mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation möchten wir die Grundlage für die (Weiter-)Entwicklung neuer und bestehender Gesundheits- und Sorgezentren schaffen und
diese sukzessive auf alle Stadtteile ausweiten. Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten wie „LIGA“ in Gröpelingen wollen wir bei der Entwicklung der Zentren berücksichtigen.

Gesundheit und Frauen

Neben dem erhöhten Armuts- und Gesundheitsrisiko von Frauen in bestimmten Lebenslagen
(Altersarmut, Alleinerziehende etc.) lassen sich in Bremen die Themen Schwangerschaft, Schwangerschaftsabbruch und Hebammenversorgung als besondere Barrieren einer guten Frauengesundheit nennen (siehe unten). Insbesondere in armutsbetroffenen Stadtteilen gibt es eine sich zunehmend verschlechternde Versorgungslage mit gynäkologischen Fachärzt*innen und Hebammen.

Darüber hinaus besteht weltweit ein Nachholbedarf bei der Erforschung von Erkrankungen, die vorrangig Frauen betreffen, sowie deren korrekter Behandlung. Durch
die vorherrschenden Strukturen in Forschung und Wissenschaft galt lange Zeit der männliche Körper als Norm bei der Erforschung von Krankheiten und deren medikamentöser Therapie (Gender-Data-Gap). Diese Forschungslücken wollen wir durch die Förderung von entsprechenden Forschungsvorhaben auch im Bundesland Bremen verringern. Mittels einer Informationsoffensive zu frauenspezifischen Krankheiten und
Symptomen wollen wir zudem das medizinische Personal und die Bevölkerung für diese Themen sensibilisieren.

Schwangerschaftsabbrüche

Die Lage für Frauen in Bremen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen (wollen), ist besorgniserregend. Oft müssen die Frauen lange Wartezeiten hinnehmen oder in andere (Bundes-)länder ausweichen, um einen Abbruch vornehmen zu lassen.

Dies
ist nicht hinnehmbar. Das Land Bremen muss eine Beratung zu und die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen sicherstellen. Dafür wollen wir zukünftig mit allen uns verfügbaren Möglichkeiten sorgen und auch rechtlich prüfen, wie die bestehende Unterversorgung beseitigt werden kann. Den Sicherstellungsauftrag des Landes für ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch wollen wir in einem Sicherstellungsgesetz konkretisieren und umsetzen.

Die Bremer Krankenhäuser übernehmen nur einen geringen Anteil an Schwangerschaftsabbrüchen. Aktuell gibt es zu wenig Ärzt*innen, welche Schwangerschaftsabbrüche anbieten und durchführen. Wir wollen daher vermehrt Schulungen/Weiterbildungen zu Schwangerschaftsabbrüchen und zum sensiblen Umgang mit den Frauen für Ärzt*innen anbieten und setzen uns dafür ein, dass Schwangerschaftsabbruch Teil der allgemeinen Mediziner*innen-Ausbildung ist.

Medikamentöse Abbrüche werden nur selten durchgeführt und aktuell lediglich in 3 Praxen sowie durch ProFamilia in Bremen angeboten. Wir fordern eine Ausweitung des Angebots und eine entsprechende Vergütung für die Praxen.

Auf Bundesebene fordern wir die Abschaffung des § 218, um Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich zu legalisieren und eine eindeutig juristisch straffreie Situation für die durchführenden Ärzt*innen zu schaffen.

Hebammen verzweifelt gesucht

Die Versorgung von Schwangeren und Frauen nach der Geburt durch Hebammen muss wohnortnah gesichert sein. Auf Grund unzureichender Bezahlung und hohen Summen für Haftpflichtversicherungen von Hebammen ist diese wichtige Versorgung gefährdet. Fast drei Viertel der Hebammen im Land Bremen geben an, mindestens einmal pro Woche eine Betreuungsanfrage einer schwangeren Frau abzulehnen.

Wir wollen Hebammenstützpunkte als Teil der Gesundheits- und Sorgezentren in den jeweiligen Stadtteilen aufbauen um eine gute Versorgung zu sichern. Über Bundesratsinitiativen setzen wir uns für eine grundlegende, bundesweite Lösung der wirtschaftlich nicht darstellbaren Haftpflichtversicherung für Hebammen ein. Das System der Beleghebammen muss wieder eingeführt werden. Sie sichern eine Eins-zu-eins-Betreuung der Gebärenden und können so zu einer stressfreien, guten Geburt beitragen.
Das von vielen Frauen genutzte Angebot des hebammengeleiteten Kreißsaals am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide wollen wir auf andere Kliniken im Land Bremen ausweiten.
Wir
wollen damit natürliche Geburten fördern und die hohe Kaiserschnittrate senken. Die Ergebnisse des Runden Tisch „Natürliche Geburt“ sollten verpflichtend für die Geburtskliniken verankert werden.

Das Angebot der Familienhebammen und Frühen Hilfen für Frauen, Alleinerziehende und Familien in schwierigen sozialen und finanziellen Situationen muss ausgebaut werden und sollte perspektivisch über die aufzubauenden Gesundheits- und Sorgezentren organisiert werden.

Bei aktuell leergefegtem Arbeitsmarkt brauchen wir eine Ausbildungsoffensive .
Nachdem die berufsschulische Hebammenausbildung ihre letzten Kurse zum 31.12.2022
starten darf, bedeutet dass die Notwendigkeit eines erheblichen Ausbaus der
Hebammen-
Studienplätze im Land Bremen.

Antrag W 6-2: 6. Gesundheit Teil 2: ges. Migration bis Notfallversorgung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gesundheit und Migration

Das Menschenrecht auf Gesundheit wird für Menschen mit Migrationserfahrung auch in
Bremen durch hohe Hürden teilweise unmöglich gemacht. Diese durch Barrieren erzeugte
gesundheitliche Ungleichheit gilt es konsequent abzubauen. Das Pilotprojekt des
anonymen Krankenscheines für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus wollen wir
verstetigen. Weiterhin müssen Sprachbarrieren in der Gesundheitsversorgung durch
die
Hinzuziehung und die Kostenübernahme von Dolmetscher*innen überwunden werden.
Darüber
hinaus braucht das Gesundheitswesen eine interkulturelle Öffnung durch fortlaufende
kulturelle Schulungen des Personals.

Wir brauchen zudem ausreichende und niedrigschwellige psychotherapeutische Angebote,
um Menschen mit oft traumatischen Fluchterfahrungen behandeln zu können sowie eine
Sensibilisierung der Tätigen im Gesundheitssektor für die Bedarfe dieser Menschen.

Gesundheit und Menschen mit Behinderung:

Menschen mit Behinderung sind in besonderem Maße von Barrieren im Gesundheitssystem
betroffen. Diese lauern nicht nur in Form räumlicher Gegebenheiten und inadäquater
Untersuchungstechnik, sondern auch in Form einer schlecht zugänglichen Aufbereitung
von Informationen. Hindernisse beim Zugang zu ärztlichen Praxen, Krankenhäusern und
Gesundheitseinrichtungen müssen beseitigt werden, Untersuchungstechniken und
Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung angepasst
werden. Leichte Sprache, lesbare und verständliche Patient*inneninformationen sowie
entsprechende Beratungsleistungen müssen selbstverständlich werden. Um medizinischem
und pflegerischem Fachpersonal mehr Sicherheit im diskriminierungsfreien Umgang mit
Menschen mit Behinderungen zu vermitteln, setzen wir uns für die Implementierung
spezieller Module in Aus- , Fort – und Weiterbildung ein. Sie sollen von

fachkundigen
Peerkräften durchgeführt werden.

Die Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderung in der Pflege und in (teil-
)
stationären Einrichtungen müssen garantiert werden. Das schließt auch die Mitnahme persönlicher Assistenz zu medizinischen Untersuchungen, stationären Krankenhausaufenthalten und zum Besuch von Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen
ein, auch wenn sie nicht über das Arbeitgebermodell organisiert wird.

Ambulante und Stationäre Strukturen zusammen denken für eine gute Gesundheitsversorgung

Die historisch gewachsenen Strukturen im deutschen Gesundheitswesen sehen stark getrennte Sektoren für die ambulante und die stationäre Gesundheitsversorgung vor. Durch eine mangelhafte Vernetzung kommt es hierdurch zu Informationsverlusten, Doppeluntersuchungen und einer beeinträchtigten Behandlungsqualität. Die strikte Trennung der Sektoren und der jeweiligen Bedarfsplanungen müssen wir hinter uns lassen. Eine gute Gesundheitsversorgung und -planung muss beide Bereiche zusammendenken.

Die Einzugsbereiche bremischer Gesundheitseinrichtungen reichen häufig weit nach Niedersachsen hinein. Im Idealfall wäre eine Gesundheitsversorgungsplanung gemeinsam mit Niedersachsen durchzuführen.

Zentrale Bedingung für die Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft sowie der ambulanten Versorgung ist: Neustrukturierungen rechtfertigen keinen Personalabbau und
kein Outsourcing von Beschäftigten.

Krankenhäuser finanziell absichern

Mit der aktuellen Krankenhausfinanzierung über das Fallpauschalensystem ist eine gute
und solidarische Gesundheitsversorgung nicht möglich. Sie ist ein neoliberales Instrument, das Gewinne in Privatkliniken ermöglicht und Verluste über kommunale Krankenhäuser sozialisiert. Der hierdurch erzeugte Rationalisierungsdruck führt einerseits zu einer massiven Verschlechterung von Arbeitsbedingungen (=Personaleinsparung bei erhöhtem Arbeitsaufwand) und andererseits zu einer Verschlechterung der Behandlungsqualität durch Über-, Unter- und Fehlversorgung. Gleichzeitig kann beobachtet werden, dass unrentable, aber gesellschaftlich wichtige Versorgungsangebote wie Kinder- und/oder Frauenheilkunde abgebaut wurden.

Wir setzen uns für die Abschaffung der derzeitigen Fallpauschalenfinanzierung und für
die Einführung einer solidarischen, bedarfsdeckenden und qualitätssichernden Finanzierung der stationären Versorgung ein. Wir kämpfen für ein Krankenhaussystem in
öffentlicher Hand und befreit von Profitorientierung. Hierfür wollen wir mit einer

Bundesratsinitiative Druck machen, da sich das derzeitige Finanzierungssystem nur auf der Bundesebene ändern lässt. Als nächster Schritt sind Vorsorgepauschalen einzurichten, insbesondere für Notfallaufnahmen, Geburtshilfe und Pädiatrie.

Nichtsdestotrotz gibt es auch auf Landesebene genug zu tun. Durch eine in der Vergangenheit vollkommen ungenügende Investitionskostenfinanzierung (Finanzierung von Gebäudekosten, Strom etc.) wurde der Spardruck für die Kliniken noch verstärkt. Wir haben in dieser Legislaturperiode die Landesförderung für Krankenhausinvestitionen gegenüber 2019 verdoppelt, aber nur durch den Einsatz temporärer Mittel. Wir fordern deshalb eine dauerhafte Verstetigung der Landeskrankenhaus-Investitionsförderung auf dem derzeitigen Niveau.

Die von uns eingeführte Einzelförderung bei der Krankenhaus-Investitionsförderung hat es z.B. ermöglicht, dass das Klinikum Reinkenheide endlich die nötigen Mittel für den Neubau der Pädiatrie erhalten hat. Wir werden dieses Instrument weiter einsetzen, um gezielt Vorhaben zu unterstützen, die für die stationäre Gesundheitsversorgung besonders wichtig sind und um mehr Einfluss auf die Krankenhausplanung zu nehmen.

Das von uns im Bremen Fonds verankerte Sonderprogramm “Krankenhäuser und öffentliches Gesundheitswesen” muss eine Fortsetzung im regulären Haushalt finden. Der Umbau der Krankenhauslandschaft und des Gesundheitswesens für zukünftige Aufgaben (Pandemiefestigkeit, Vorbereitung auf mögliche gesundheitliche Notlagen, Hitzeaktionsplan, Klimaneutralität) wird weiterhin erhebliche Mittel benötigen, zu denen das Land einen substanziellen Beitrag leisten muss.

Kommunalen Klinikverbund sichern und stärken

Von den ungenügenden Zuweisungen für Krankenhaus-Investitionen waren in der Vergangenheit alle Kliniken im Land Bremen betroffen. In dem Zusammenhang gibt es bei der Geno spezifischen Finanzierungsbedarf. Wir fordern, dass alle restlichen Kredite, die von der GeNo für den Bau des Teilersatzneubaus (TEN) aufgenommen werden, von der Stadtgemeinde übernommen werden. Das gilt auch für den Teil des Betriebsmittelkredits, der nicht zur Vorfinanzierung dient, sondern in dem sich Defizite aus der Vergangenheit fortschleppen und den Spielraum verengen. Jedwede Planung, die Namensschuldverschreibung von 100 Mio. Euro aus den laufenden Einnahmen der GeNo ablösen zu wollen (“Ansparen”), lehnen wir strikt ab.

Die neu zu erstellende Krankenhausplanung muss die bestehende Über-, Unter- und Fehlversorgung reformieren. Um eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung zu garantieren, fordern wir eine umfassende Analyse der derzeitigen Versorgungsstrukturen und der Bedarfe in Bremen, Bremerhaven und dem Umland. Dies soll eine Grundlage für die Anpassung der stationären Versorgungsstruktur in und um

Bremen herum bieten.

Ausgliederungen verhindern, GND auflösen

Eine primär auf Kostendämpfung und Gewinnorientierung ausgerichtete Krankenhauspolitik hat in der Vergangenheit tiefe Spuren bei der Beschäftigungssituation vieler Kolleg*innen der kommunalen Kliniken hinterlassen. Mit der Ausgliederung von Dienstleistungen wie Reinigungs- und Cateringspersonal in das GeNo Tochterunternehmen „Gesundheit Nord Dienstleistungen“ (GND) im Jahr 2009 haben sich die Einkommens- und Arbeitsbedingungen dieser Beschäftigungsgruppen verschlechtert. Eine solche Praxis des Lohndumpings lehnen wir ab.

Gemeinsam kämpfen wir gegen weitere Ausgliederungsmaßnahmen, für die Auflösung der GND und für die (Wieder)Eingliederung der Beschäftigten in die GeNo und in die Beschäftigung nach TVöD.

Notfallversorgung

Die Notfallversorgung in Bremen erfolgt aktuell an acht Krankenhäusern, welche über die Stadtteile ungleich verteilt sind und teils sehr nah beieinanderliegen. Trotz der hohen Anzahl an Notaufnahmen ist es bisher nicht gelungen, eine qualitativ gute Notfallversorgung in Bremen zu gewährleisten. Das liegt zum einem an Personalmangel in allen Bereichen (Pflege, Ärzt*innen, Reinigung), aber auch daran, dass die einzelnen Notaufnahmen ungenügend ausgerüstet sind.

Wir fordern daher eine durchdachte Versorgung mit Schwerpunktkliniken und zentralen, hoch qualifizierten Notaufnahmen. Durch Abbau von Doppelstrukturen und unnötigen Transporten können die ohnehin knappen Personalressourcen besser eingesetzt werden, ohne dass eine Verschlechterung der Versorgungsqualität zu befürchten ist.

Um weiterhin eine wohnortnahe Notfallversorgung sicherzustellen, wollen wir neben wenigen zentralen Notaufnahmen mit Maximalversorgung ambulante Notfallstrukturen vorhalten. Diese Strukturen sollen gleichmäßig über das Land Bremen verteilte Anlaufstellen für nicht lebensbedrohliche Notfälle (Infektionen, Wundversorgung, Infusionen, Antibiotikagabe) außerhalb der Geschäftszeiten durch Notfallpraxen oder an die Kliniken angegliederte Notfallportale schaffen. Durch eine bessere Patient*innenselektion kann so eine Überinanspruchnahme der Notaufnahmen verhindert und Verzögerungen bei der Versorgung kritisch kranker Patient*innen vermieden werden.

Zwingend erforderlich ist darüber hinaus eine ausreichende Finanzierung der aktuell stark defizitären Notfallversorgung durch die Krankenkassen. Hierfür wollen wir uns im Bund einsetzen.

Antrag W 6-3: 6. Gesundheit Teil 3: Gute Pflege bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand

Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gute Pflege

Die Pflegekräfte im Krankenhaus brauchen dringend Entlastung. Trotz leichten Verbesserungen auf Bundesebene (Kosten für Pflege aus den DRGs ausgeklammert, Personaluntergrenzen für einige Bereich und Absicht einer verbindlichen Personalbemessung) ist der Pflegeberuf auf Grund teils katastrophaler Arbeitsbedingungen bei schlechter Entlohnung immer noch sehr unattraktiv. Viele Stellen bleiben unbesetzt und eine Besserung der Situation ist nicht in Sicht.

Daher setzen wir uns mit hohem Nachdruck für verbesserte Arbeitsbedingungen im Bereich der Pflege in Bremer Krankenhäusern ein. Wir wollen nicht auf die verbindliche Personalbemessung im Sinne eines PPR 2.0 warten und schlagen vor, im Bereich der GeNo einen Belastungsausgleich einzuführen, der sich im Ergebnis daran orientiert eine 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich zu realisieren. Dies bedeutet eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine indirekte Lohnerhöhung und insgesamt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch eine reduzierte Wochenarbeitsstundenzeit. Angesichts des leergefegten Arbeitsmarkts für Pflegekräfte, gehen wir davon aus, dass andere Bremer Kliniken und ggf. auch Kliniken
des niedersächsischen Umlands nachziehen werden und so eine breite Wirkung der Maßnahmen über die GeNo hinaus entfaltet werden kann. Damit die verringerte Wochenarbeitszeit nicht zu einer höheren Arbeitszeitverdichtung für die Pflegekräfte führt, ist eine konzentrierte Beschäftigungsoffensive notwendig.

Wir unterstützen den Ausbau der Pflegeausbildung bei der GeNo und die geplante Zentralisierung der Ausbildung am Standort Mitte, in den Gebäuden Akademie und Bettenhaus. Sie trägt auch dazu bei, das Neue Hulsberg Viertel weiterhin als Gesundheitsquartier zu prägen, und darf nicht an fehlenden Investitionsmitteln oder fehlender Beweglichkeit der GEG scheitern.

Ambulante Versorgung

Besonders in armutsgeprägten Stadtteilen fehlt es an Allgemein- und Fachärzt*innen. Ein Grund für diese Situation ist die derzeitige ambulante Bedarfsplanung in Bremen, die von der Kassenärztlichen Vereinigung vorgenommen wird. Beide Städte werden aktuell jeweils als ein Planungsbereich betrachtet ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfslagen in den einzelnen Stadtteilen. Das wollen wir ändern. Wir fordern eine ärztliche Bedarfsplanung auf Stadtteilebene. Die Planung soll sich zusätzlich an weiteren Faktoren wie Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit, Pflegebedarf und den räumlichen Gegebenheiten orientieren. Zusätzlich setzen wir uns auf Bundesebene für eine Neuordnung bei der Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung ein, mit der die Kompetenzen der Länder gestärkt werden und der Entscheidungsspielraum der Selbstverwaltungsorgane durch klare Bindung an

öffentliche
Versorgungsziele eingeengt wird.

Bis zu einer grundlegenden Neuordnung der ärztlichen Bedarfsplanung schlagen wir ein Verfahren zur gerechteren Verteilung von Ärzt*innen nach dem Vorbild Berlins vor. Dort werden Praxissitze aus Stadtteilen mit überdurchschnittlicher Versorgung nach dem Freiwerden schrittweise in Gebiete mit unterdurchschnittlicher Versorgung verlegt. Stadtteile mit hoher Armutsquote sollten zusätzlich einen Zuschlag bei der Zahl der haus- und kinderärztlichen Praxissitze erhalten.

Dem schleichenden Einfluss von Investor*innen in der ambulanten Versorgung, besonders
in der Form von Private Equity Gesellschaften, treten wir entschlossen entgegen. Gesundheit ist keine Ware – das Land Bremen muss sich auf Bundesebene stark machen, dem Betrieb von durch Privatinvestor*innen geführten Praxen die Rechtsgrundlage zu entziehen. Auf Landesebene ist zur Erfassung der Eigentumsverhältnisse insbesondere für medizinische und pflegerische Einrichtungen ein Landestransparenzregister einzuführen.

Psychische Gesundheit

Wir wollen eine menschenwürdige und gewaltfreie Psychiatrie. Die Personalausstattung und die räumlichen Bedingungen müssen eine qualitativ hochwertige Behandlung ohne Zwang und Gewalt ermöglichen. Wir wollen eine Verstetigung der ambulanten Modellprojekte für Menschen mit psychischen Problemen, einen Ausbau der ambulanten Versorgung und Unterstützung bei der Wiedereingliederung in den Alltag nach längeren Klinikaufenthalten, damit weniger stationäre Behandlungen notwendig sind. Dazu gehört
ein 24-stündiger Krisendienst mit der Möglichkeit einer aufsuchenden Intervention und
einer rund um die Uhr erreichbaren Hotline. Darüber hinaus braucht es ausreichende, zeitnah verfügbare, am tatsächlichen Bedarf orientierte ambulante Psychotherapieangebote.

Der Vorrang von »ambulant vor stationär« darf nicht zu einer Absenkung der Versorgungsqualität in der stationären Behandlung führen. Klar ist aber: Ohne verbindlichen Bettenabbau in der stationären Psychiatrie wird die Ambulantisierung nicht vorankommen. Menschen in geschlossenen oder forensischen Abteilungen der Psychiatrie muss durch ausreichendes fachärztliches Personal eine menschenwürdige Behandlung ohne Zwang und Gewalt ermöglicht werden.

Das PsychKG des Landes wollen wir daraufhin überprüfen, wie der Schutz vor Zwangsbehandlung konsequenter gestärkt werden kann. Die Genesungsbegleiter*innen sind
nachhaltig abzusichern und deren Arbeit ist konsequent zu integrieren und zu unterstützen. Der Krisendienst muss in den Stadtteilen 24/7 zur Verfügung stehen und muss durch den entsprechend ausgestatteten sozialpsychiatrischen Dienst abgesichert werden.

Gesundheitsförderung und Prävention

Jene Bevölkerungsgruppen, die durch einen schlechteren Gesundheitszustand am meisten von Prävention und gesundheitsfördernden Maßnahmen profitieren würden, werden durch diese am wenigsten erreicht. Um das zu verändern, legen wir einen besonderen Fokus auf aufsuchende, quartiersbezogene und partizipative Ansätze, die die Menschen in ihren Lebenswelten erreichen. In diesem Sinne bereits bestehende Projekte, wie beispielsweise die Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren, wollen wir erhalten und ausbauen und ggf. in die zu schaffenden Stadtteilgesundheits- und Sorgezentren integrieren. Ergänzend fordern wir den vermehrten Einsatz von Gesundheitslots*innen in armutsbetroffenen Stadtteilen.

Bestehende Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention sollen stärker aufeinander abgestimmt werden, sodass in den verschiedenen Lebensphasen die Gesundheit der Bürger*innen erhalten und gefördert wird. Hierfür wollen wir einen Gesundheitsplan für Bremen erstellen. Um den vielschichtigen Einflüssen auf unsere Gesundheit präventiv gerecht zu werden, setzen wir uns weiterhin für den Aufbau einer
gesundheitsfördernden und ressortübergreifenden Gesamtstrategie in Bremen ein.

Für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst

In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierender Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) für die Gesellschaft ist. Der ÖGD wurde von uns in dieser Legislaturperiode erheblich ausgebaut und der Personalbestand erhöht. Trotzdem ist ein weiterer Ausbau erforderlich, um bisherige und zukünftige Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Mit dem Pakt für den ÖGD hat der Bund umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um diesen zu reformieren. Wir wollen diese nutzen, um einen modernen, nachhaltigen und bevölkerungsnahen ÖGD in Bremen aufzubauen. Zukünftig soll ein Schwerpunkt des ÖGD auf den Themen der Gesundheitsförderung und Prävention liegen. Hierfür werden unterschiedliche Qualifikationen benötigt, neben Ärzt*innen brauchen wir auch Sozialarbeiter*innen und Gesundheitswissenschaftler*innen.

Einen besonderen Fokus wollen auch wir auf den Ausbau von Stellen für Präventions- bzw. Pflegefachkräfte legen. Einer Präventions- bzw. Pflegekraft soll eine bestimmte Anzahl an Bürger*innen zugeteilt werden, für die sie die feste Ansprech- und Begleitperson bei gesundheitlichen Fragestellungen und -problemen ist. Um das notwendige Personal zu gewinnen, setzten wir uns für attraktive Arbeitsbedingungen im
ÖGD ein (bspw. Tarifbindung, unbefristete Verträge, Weiterbildungsmöglichkeiten).

Antrag W 7: 7. Drogenpolitik

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

7. Drogenpolitik

Cannabis muss endlich entkriminalisiert werden, denn die Verbotspolitik ist gescheitert und nicht sinnvoll. Wir wollen eine kontrollierte Abgabe mit hohen Jugendschutzstandards erreichen, die der Bund zwar versprochen aber noch immer nicht umgesetzt hat. In Bremen wurde deshalb die sogenannte geringfügige Menge, bei der Strafverfahren eingestellt werden, deutlich erhöht. Wer bekifft ist, darf natürlich kein Auto fahren, gleichzeitig wollen wir aber nicht, dass Menschen, bei denen unabhängig vom Führen eines Fahrzeuges Cannabis gefunden wurde, an die Führerscheinstelle gemeldet werden.

Insbesondere rund um den Bahnhof hat in der jüngeren Vergangenheit die Problematik des Konsums von Crack stark zugenommen. Hierfür braucht es eine neue Strategie, weil diese Konsument*innen von bestehenden Angeboten der Drogenhilfe schwieriger erreicht werden können. Wir wollen Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Crack entwickeln, wie es auch in anderen Kommunen diskutiert wird.

Außerdem braucht es Toleranzflächen und Ausruh-Räume, wo sich die Drogenkonsument*innen aufhalten können. Auch der neu geschaffene Drogenkonsumraum ist
hierfür wichtig. Die Verdrängungspolitik am Bahnhof ohne gleichzeitige Schaffung von Ausweichflächen führt nur zu einer Verlagerung der Szene und dazu, dass sie für die bestehenden Hilfsangebote und –Strukturen schwerer erreichbar sind. Deshalb setzen wir auf einen ganzheitlicheren Ansatz, der nicht dem Motto folgt “aus den Augen aus dem Sinn”. Die wichtige Arbeit der Drogenhilfe muss weiter ausgebaut werden, insbesondere auch zur fremdsprachlichen Ansprache. Die Substitutionsangebote müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Wir wollen für Schwerstabhängige eine Reinstoffvergabe in Form einer Diamorphin-Ambulanz einrichten.

Konsument*innen sollen nicht wie Verbrecher behandelt werden. Deshalb wollen wir die gängige Praxis, wonach die Justiz Verfahren beim Besitz von beispielsweise Ecstasy in
kleinen Mengen für den reinen Eigenverbrauch einstellt (geringe Menge), offiziell in einer Richtlinie festhalten. Eine solche Richtlinie haben wir auch schon für den Besitz von Cannabis beschlossen und damit zur Entkriminalisierung beigetragen.

Wir wollen auch in Bremen ein Angebot für “Drug Checking” schaffen, um Konsumrisiken beispielsweise durch verunreinigte Stoffe zu reduzieren.

In der JVA gilt bisher eine „Nulltoleranzstrategie“, die selbst bei 0,1 Gramm Cannabis zwingend zu einem Ermittlungsverfahren führt. Diese Praxis wollen wir ändern, weil sie kontraproduktiv ist und unnötige Ressourcen bindet.

Antrag W 8: 8. Sport

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Sportmöglichkeiten für alle: Barrierefrei, leistbar und zugänglich

Breitensport und Teilhabe sind die Zielsetzung unserer Sportpolitik.
Sportmöglichkeiten für alle müssen barrierefrei, leistbar und zugänglich sein.

Deswegen wollen wir einerseits dem Sport ohne feste Mitgliedschaft in einem Sportverein stärkere Beachtung schenken. Das heißt, den Ausbau von frei nutzbaren Sportgeräten im öffentlichen Raum wie z.B. Fitnessgeräte und Calisthenics-Parks und Tischtennisplatten zu verstärken, Flächen in öffentlichen Grünanlagen für sportliche Betätigungen stärker nutzbar zu machen und insgesamt niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote auszubauen. Andererseits heißt das für uns aber auch, Sportanlagen zu erhalten und auszubauen. Es bedarf weiterhin, auch um den Schulsport zu stärken, der Sanierung von Hallen und Bezirksportanlagen, insbesondere der Kunstrasenplätze. Hierfür muss ein Sanierungsprogramm aufgelegt werden um den Investitionsstau abzubauen. Die Schließzeiten von Bezirkssportanlagen und Hallen etwa in den Sommerferien sollen vermieden werden. Außerdem brauchen wir eine Bedarfsanalyse für den Neu- bzw. den Umbau von Sportheimen und Kabinen an Fußballplätzen.

Sport kann die Lebensqualität einzelner, aber auch ganzer gesellschaftlicher Gruppen erhöhen: er fördert die Gesundheit und wirkt inklusiv und integrativ. Aber nur, wenn alle auch die Möglichkeit haben, sich sportlich zu betätigen. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen wird der Zugang zur sportlichen Betätigung aber immer noch erschwert. Deswegen wollen wir Zugangsmöglichkeiten zu Sportvereinen durch die Übernahme der Vereinsbeiträge erleichtern und möchten ein Sportförderprogramm für Transferleistungsbeziehende einrichten. Die bestehenden Förderprogramme Kids in die Clubs und Kids in die Bäder müssen auch zukünftig abgesichert werden. Wir wollen den Eintrittspreis von 1€ für Kinder und Jugendliche in den Bremer Freibädern erhalten und auch für die Hallenbäder übernehmen. Außerdem darf die momentane Energiekrise und
die auch in Zukunft auf uns zukommenden Preissteigerungen im Energiebereich nicht zu Lasten des Breitensports und der Sportvereine und Schulen gehen. Hier bedarf es der finanziellen Absicherung durch das Land.

Sport für alle bedeutet für uns, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft in den Vereinen und Verbänden abgebildet wird. Diese integrative und inklusive Arbeit funktioniert nur dank der Arbeit und des Engagements vieler Ehrenamtlicher. Wir wollen diese Arbeit noch stärker als bisher unterstützen. Hier bedarf es zum einen der Förderung der Integrations- und Inklusionsarbeit in den Vereinen, zum anderen der
Förderung der Diversität in den Verbänden und Vereinen selbst, auch in den Vorständen. Die Übungsleiter*innenpauschale wollen wir weiter erhöhen. Mit der

Einrichtung eines Förderprogramms für die Übernahme der Ausbildungskosten für Übungsleiter*innen und Schiedsrichter*innen, wollen wir Menschen mit niedrigem Einkommen und Menschen, die Transferleistungen beziehen, in der Vereinsarbeit stärken. Außerdem wollen wir queere Sportvereine stärker unterstützen und fördern.

Sportliche Betätigung muss in einem sicheren Umfeld stattfinden. Sexismus und Rassismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Gegen Belästigung, Missbrauch und Gewalt setzen wir Prävention und entschiedenes Eingreifen. Die Vereine und Verbände müssen hierbei die volle Unterstützung erfahren. Wir wollen gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden ein Konzept zum Schutz von Kindern und Jugendlichen erarbeiten. Außerdem bedarf es eines übergreifenden Konzepts gegen Gewalt beim (Jugend-)Fußball.

Zugleich wollen wir Spaß am Sport und auch die Befähigung zu sportlicher Betätigung schon früh vermitteln, denn nur so können wirklich alle am Sport teilhaben. Der Sportunterricht an den Schulen muss sichergestellt werden und sollte perspektivisch wieder zu einem höheren Anteil durch Fachlehrkräfte erteilt werden. Die Bedingungen in der Sportschule Ronzelenstraße wollen wir optimieren. Zudem müssen die aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallenen Schwimmkurse in den Schulen nachgeholt werden. Der Schwimmunterricht sollte von der dritten auf die zweite Klasse vorgezogen werden und durch Intensivschwimmkurse nach Bremerhavener Vorbild gezielt unterstützt werden.

Antrag W 9: 9. Kultur und Medien

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

9. Kultur und Medien

Bremen und Bremerhaven sind von einer vielfältigen, diversen und lebendigen Kulturszene geprägt. Traditionelle und große Kultureinrichtungen stehen gleichberechtigt neben neuen, innovativen Angeboten aus der Subkultur und der Freien Szene. DIE LINKE steht für eine Kulturpolitik, die alle diese Bereiche fördert und gleichzeitig Räume für neue Angebote schafft. Auch in der Kultur geben wir denen eine
Stimme, die sonst nicht gehört würden und unter Ausgrenzung und Diskriminierung leiden. Wir stehen dafür ein, dass Hürden beim Zugang zu Kultur abgebaut werden. Der Besuch einer Veranstaltung oder einer Ausstellung darf weder am zu hohen Eintritt noch an physischen Barrieren scheitern. Kultur muss dezentral in den Stadtteilen stattfinden, um alle Menschen in unserer Stadt zu erreichen.

Fortschritte in der Kulturpolitik

Unter unserer Regierungsbeteiligung ist es in der aktuellen Wahlperiode gelungen, die
kulturelle Szene in Bremen deutlich zu stärken und auszubauen. Es wurden zahlreiche **neue Orte** für Kunst und Kultur eröffnet oder dauerhaft abgesichert. Eine lang bestehende Forderung aus der Freien Szene wurde endlich verwirklicht: Das neue „Zentrum für Kunst“ (ZfK) im entstehenden Tabakquartier – ein Haus für die Freie Szene! Hier existieren Proben- und Auftrittsmöglichkeiten für Tanz, Musik und Theater, die von Ateliers für bildende Künstler*innen flankiert werden. Ergänzt wird das ZfK im Tabakquartier durch neue und moderne Probenräume für die Bremer Philharmoniker. Auch an anderen Stellen konnten Orte für die Subkultur dauerhaft erschlossen werden: So kann das „Irgendwo“ nun langfristig die Außenfläche in der Nähe des Flughafens nutzen, auf dem ehemaligen Kaffee Hag-Gelände in der Überseestadt
entsteht ein neuer Ort für Subkultur und dem Zucker-Projekt wurde endlich der Bunker in Walle verkauft.

Auch die **finanzielle Ausstattung** der Kultur wurde durch unser Mitwirken in den vergangenen vier Jahren erheblich gestärkt. Bisher nur befristet geförderte Projekte konnten in die unbefristete Förderung übernommen werden. Die Temporäre Projektförderung wurde massiv ausgeweitet: Alle Fördertöpfe wurden deutlich erhöht, wie zum Beispiel die Mittel für kulturelle Bildung. Es wurden auch neue Förderprogramme geschaffen: Junge Künstler*innen am Beginn ihres Arbeitslebens und Subkultur haben nun eigene Förderlinien und auch Queerkultur wird eigens unterstützt.
Mit dem Pop-Office wurde ein neuer Anlaufpunkt für den Bereich der Popularmusik geschaffen, bei dem Musiker*innen Unterstützung für Konzerte, Aufnahmen oder auch Coaching im Umgang mit der Musikindustrie bekommen.

Die vergangene Legislaturperiode war besonders von den **Herausforderungen der Corona-Pandemie** geprägt. Lockdowns und Veranstaltungsabsagen haben die Kulturszene mit voller Härte getroffen. Das Bundesland Bremen hat schnell und vorbildlich reagiert, und ein Stipendienprogramm für freischaffende Künstler*innen aufgelegt. So haben wir die wirtschaftliche Existenz von etwa 800 Kunstschaffenden im Bundesland abgesichert.

Kultur für alle und zu guten Bedingungen

Diese erfolgreiche Kulturpolitik wollen wir als LINKE weiter fortsetzen und ausbauen!

Wir schaffen **zugängliche Kultur für alle:** Die bestehenden ermäßigten Preise in den Kultureinrichtungen sind wichtig, reichen aber lange nicht aus. Wir bauen durch regelmäßige eintrittsfreie Tage in den Museen weitere Zugangshürden ab. Das muss mit
neuen Formen der Ansprache und Vermittlung ergänzt werden, um neue Zielgruppen für die Museen zu gewinnen. Dies geschieht schon jetzt mit dem 360 Grad-Programm, wodurch
sich verschiedene Kulturinstitutionen bereits auf den Weg machen, Diversität in

ihren
Angeboten fest zu verankern. Dieses Programm wollen wir ausbauen und verstetigen. Außerdem muss die Breminale als „umsonst und draußen“-Festival unbedingt erhalten bleiben.

Wir sorgen für **Kultur in allen Stadtteilen:** Bei der Erschließung neuer Baugebiete werden wir eine kulturelle Nutzung fest einplanen, denn wenn die Stadt wächst, müssen
auch neue kulturelle Angebote geschaffen werden. Diese Flächen stehen dann dauerhaft für Kultur zur Verfügung. Dringend erforderlich sind neue Proberäume für Bands, die in den nächsten Jahren geschaffen werden müssen. In der Bremer Innenstadt müssen die großen Einrichtungen wie beispielsweise die Glocke zukunftsfähig gemacht werden. Bei der Weiterentwicklung des Zentrums ist uns neben der Etablierung eines neuen Großprojektes wie dem Literaturhaus auch die Ansiedlung kleiner und subkultureller Angebote wichtig. Bundesweit ist Bremen Vorreiter mit seiner liberalen Regelung für Freiluftpartys. Diese wollen wir erhalten und auch in der praktischen Umsetzung darauf achten, dass Partys ermöglicht und nicht verhindert werden. Neue Orte für Graffiti-Kunst an öffentlichen Gebäuden und Brücken sollen geschaffen und kenntlich gemacht werden

Wir bauen die **Kulturfinanzierung** weiter aus: regelmäßig arbeitende Projekte wollen wir dauerhaft in die institutionelle Förderung überführen, gleichzeitig aber auch
die
Projektförderung nochmals ausbauen. Dabei achten wir darauf, dass Projekte von Frauen
zumindest gleichberechtigt in der Förderung vertreten sind. Das Pop-Office Bremen werden wir verstetigen. Außerdem wollen wir noch mehr Kulturförderung von der Bundesebene nach Bremen holen. Das schaffen wir, indem wir Projekten die anteiligen Mittel zur Verfügung stellen, die zum Erhalt der Förderung nötig sind (so genannter Matching Fonds). Die erfolgreich etablierte niedrigschwellige Förderung von Junger Szene & Subkultur führen wir fort und sorgen dafür, dass mit unbürokratisch stellbaren Anträgen ein leichter Zugang zur Förderung möglich ist. Nach dem Erfolg in
der Corona-Krise sollte ein öffentliches Stipendienprogramm für Kulturschaffende fortgeführt werden, um regelmäßig Künstler*innen eine freie Produktionsphase im Land Bremen zu ermöglichen.

Wir schaffen **gute Arbeitsbedingungen** in der Kultur: für bildende Künstler*innen führen wir Ausstellungshonorare in öffentlich geförderten Galerien und Museen ein. Wir achten darauf, dass die vereinbarten Mindesthonorare in der Projektförderung auskömmlich sind und eingehalten werden. In der Volkshochschule Bremen (VHS) setzen wir uns dafür ein, dass die Honorare erhöht und die Vereinbarungen zwischen VHS und Honorarkräften weiter umgesetzt werden. Durch eine Stärkung der Kunst am Bau schaffen
wir neue öffentliche Aufträge für die bildende Kunst.

Bremen verfügt über ein großes Angebot im Bereich der **kulturellen Bildung:** dieses wollen wir über einen Rahmenplan Kulturelle Bildung systematisch weiterentwickeln

und
vor allem die Kooperationen von Kulturakteur*innen und Schulen stärken. Oft stehen die Projekte vor dem Problem, bei zwei oder drei öffentlichen Stellen Anträge für ihre Arbeit stellen zu müssen. Hier muss die Verwaltung besser werden: eine zentrale Anlaufstelle und ein Antrag müssen reichen. Die Stadtbibliothek hat sich von einem Ort der Medienausleihe hin zu einem Begegnungsort verändert. Diese Entwicklung stützen wir, indem wir die Bibliothek mit weiterem Personal zu diesem Zweck ausstatten. Wir haben das Angebot der Bibliothek in der Fläche durch den Erwerb eines
zweiten Bibliotheksbusses erheblich verbessert. Für die Busse muss nun auch zeitnah das Magazin modernisiert werden.

Insbesondere in **Bremerhaven** schaffen wir in Leerständen temporäre Räume für kulturelle Initiativen. Wir ermöglichen es Künstler*innen verstärkt, in beiden Kommunen in unserem Bundesland aktiv zu sein und Angebote von der einen in die andere
Stadt zu transferieren.

Erinnerungspolitik

Das Gedenken an die koloniale Herrschaft Deutschlands, den Genozid an Herero und Nama
in Namibia und die Verantwortung Bremens als Hafenstadt für den kolonialen Handel ist
in den letzten Jahren zunehmend in den Blick gelangt. Wir unterstützen Initiativen zur Umbenennung von Straßennamen mit kolonialem Bezug, insbesondere wenn mit diesen Kolonialverbrecher*innen geehrt werden. Wir setzen uns für Straßennamen ein, die ein Gedenken an die Leidtragenden kolonialer Herrschaft in den Mittelpunkt stellen. Auch andere Spuren kolonialer Herrschaft in Bremen müssen sichtbar gemacht und kontextualisiert werden, zu denken sind beispielsweise an die Baumwollbörse oder das Relief im Bremer Hauptbahnhof. Insbesondere aber die Bismarck-Statue auf dem Domshof sollte im Rahmen einer künstlerischen Auseinandersetzung überformt werden, um auch symbolisch einen Bruch mit Autoritarismus und Kolonialismus herzustellen. Die Bremer Museen haben begonnen, die Herkunft ihrer Sammlungen zu erforschen und bemühen sich, geraubte oder anders unrechtmäßig erworbene Gegenstände zu identifizieren. DIE LINKE spricht sich für eine vollständige Rückgabe dieser Gegenstände an die Herkunftsgesellschaften aus. Nur wenn dies nicht möglich oder erwünscht ist, ist in Absprache mit den Herkunftsländern eine andere Lösung zu entwickeln. Vordringlich sind dabei menschliche Überreste in den Sammlungen zu identifizieren und zurückzugeben. Damit die Museen diese Aufgabe umsetzen, bedarf es weiterer finanzieller Mittel.

Auch das Gedenken an die nationalsozialistische Herrschaft müssen wir weiterentwickeln. Das neue Mahnmal zur Erinnerung an die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Jüd*innen am Fuß der Wilhelm-Kaisen-Brücke ist ein wichtiger Baustein einer neuen Erinnerungspolitik, die auch die Komplizenschaft von Wirtschaft und der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung mit in den Blick nimmt. Dieses Mahnmal sollte mit politischer Bildungsarbeit zu den Themen Raub und Arisierung regelmäßig

begleitet werden.

Die Erinnerung an die nationalsozialistische Herrschaft in Bremen und Bremerhaven ist
fragmentiert, wie auch die verschiedensten Orte, die an diese Zeit erinnern. Dazu gehören architektonische Zeugnisse, wie der Lichtbringer am Eingang der Böttcherstraße oder das Ehrenmal auf der Altmannshöhe. Auch diese sollten durch künstlerische Auseinandersetzungen und Überformungen deutlich erkennbar gemacht und architektonisch gebrochen werden. Verschämte Hinweistafeln sind keine ausreichende Form der Auseinandersetzung. Aber auch andere Orte, wie die Ostertorwache oder das Gräberfeld an der Reitbrake sind (Tat)orte der NS-Herrschaft und müssen als solche einer breiten Bevölkerung bekannt gemacht und erklärt werden.

Dafür hat das Land Bremen bis heute kein angemessenes Konzept. Wir wollen eine unabhängige Kommission beauftragen, ein solches Konzept zu erarbeiten und die Schaffung einer Stiftung bremischer Gedenkstätten zu prüfen. Diese sollte sich aus Expert:innen und Personen zusammensetzen, die pluralen Erinnerungskulturen gestalten können.

Den Denkort Bunker Valentin als zentrale Gedenkstätte des Landes wollen wir weiter stärken und es muss nun evaluiert werden, ob Personal- und Raumkonzept ausreichend für die dort stattfinde Arbeit sind, oder ob die Ausstattung noch verbessert werden muss. Der Denkort allein kann jedoch nicht die vielfältige Erinnerungslandschaft in Bremen und Bremerhaven abbilden und muss dringend um weitere Orte und Formate ergänzt
werden, die zivilgesellschaftliche Perspektiven für eine pluralistische Erinnerungskultur ermöglicht. Dazu gehört die Schaffung von Stellen in Wissenschaft, Bildung, Kultur und Verwaltung, die die Aufarbeitung und Vermittlung von globalen Gewaltgeschichten, und Nachfolgen des europäischen Kolonialismus für die beiden Stadtgesellschaft aufbereitet.

Formate des digitalen Erinnerns sollen dabei neu oder weiterentwickelt und besonders gefördert werden. Dazu benötigt es feste Stellen in der Demokratie- und Gedenkstättenarbeit und eine übergeordnete Institution, die lokale Expertise im Land Bremen bündelt und zugänglich macht. Wir unterstützen vor diesem Hintergrund auch die
Position der freien Mitarbeitenden in der Gedenkstättenarbeit, die bessere Arbeitsbedingungen, Entlohnungen und das Schaffen unbefristeter Stellen fordern.

Medien

Unabhängige Berichterstattung und Pressefreiheit sind ein Eckpfeiler demokratischer Gesellschaften. Verstärkte Attacken gegen Pressevertreter*innen, aber auch Überwachungsinstrumente, die den Quellenschutz gefährden und ökonomischer Konzentrationsdruck und steigende Kosten bei Verlagen und Rundfunkbetreibern gefährden die Pressevielfalt und damit die Möglichkeit, sich zu informieren.

Deshalb ist es uns besonders wichtig, dass Radio Bremen in der ARD nicht geschwächt

werden darf, sondern bedarfsgerecht finanziert werden muss. Der Rundfunkbeitrag muss aus unserer Sicht sozialer ausgestaltet werden, die Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen insgesamt muss aber erhalten werden weil nur so unkommerzielle Berichterstattung gesichert ist. Werbung soll es im öffentlich-rechtlichen Programm dafür nicht mehr geben. .

In den Redaktionen müssen gute Arbeitsbedingungen und mehr feste Stellen geschaffen werden, die Situation sogenannter Fester Freier ist teilweise prekär und von großen Unsicherheiten geprägt.

Aber auch der Öffentlich-Rechtliche braucht dringende Reformen, was Transparenz, Aufsichtsstrukturen und beispielsweise auch außertarifliche Vergütungen der Chefetagen angeht. Hierfür werden wir uns einsetzen.

Im Bereich Medienkompetenzförderung, Aufsicht über private Rundfunkbetreiber und der wichtigen Plattform-Regulierung für Anbieter von Streamingdiensten und –Portalen macht die Bremische Landesmedienanstalt eine sehr wichtige Arbeit. Die Anstalt muss erhalten und auskömmlich finanziert werden. Für die zusätzlichen Aufgaben, die sich aus den Medienstaatsverträgen und EU-Richtlinien ergeben haben, braucht sie zusätzliche Stellen.

Der Bürgerrundfunk ist ein wichtiges Angebot für Menschen, die selbst Radioformate produzieren wollen, wir wollen prüfen, ob hier Modernisierungen sinnvoll sind.

Das Medienkompetenz-Netzwerk wollen wir durch bessere Förderung stärken, hier werden Menschen allen Alters für den sicheren Umgang mit Social Media und anderen Online-Formaten geschult.

Antrag W 10: 10. Netzpolitik und Digitalisierung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

10. Netzpolitik und Digitalisierung

Die Digitalisierung unseres Lebens schreitet in einem hohen Maße voran, die Gestaltung
der Digitalisierung ist deshalb wichtiger denn je. Wir begreifen Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als Werkzeug zur Bewältigung von sozialen und ökologischen Herausforderungen. Eine aktive politische Gestaltung der

Digitalisierung
ist wichtig, um den Gefahren der staatlichen Überwachung und der Übermächtigkeit einzelner Plattformkonzerne zu begegnen. Wir wollen Digitalisierung in Bremen im Sinne von Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Gemeinwohlorientierung, individueller Selbstbestimmung, Datensicherheit und digitaler Souveränität gestalten.

Wir möchten das Internet als Grundrecht und frei öffentlich zugängliches Gut begreifen. Wir wollen, dass im öffentlichen Raum frei zugängliches WLAN verfügbar ist. So können Menschen unabhängig von ihrem Einkommen jederzeit auf die wichtigen Inhalte und Dienstleistungen des Alltags auf ihren Endgeräten zurückgreifen. Langfristig wollen wir Ansätze entwickeln, wie Bremen zu einer gemeinwohlorientierten
“Smart City” werden kann. Diese Entwicklung wollen wir auf keinen Fall großen Tech-Konzernen überlassen, sondern demokratisch planen und öffentlich begleiten.

Für die Nutzung des Internets ist oft die Geschwindigkeit entscheidend. Wir wollen sowohl den Ausbau von 5G-Technologien für das Mobilfunknetz, als auch den Ausbau des Glasfasernetzes für die Anschlüsse der Haushalte nach Möglichkeit beschleunigen. Sozial benachteiligte Stadtteile dürfen dabei nicht vernachlässigt werden. Ein Augenmerk legen wir auf die Modernisierung der Anschlüsse der Häuser zu den Verteilerkästen. Es ist zu prüfen, inwieweit Vermieter*innen zu einer Modernisierung verpflichtet werden können.

WLAN-Versorgung in Zügen des Nahverkehrs muss Teil der Ausschreibung der entsprechenden Verkehrsleistungen sein. Wir machen Druck, damit auf der gesamten Bahnstrecke nach Bremerhaven Mobilfunk und damit Internet im Zug verfügbar wird.

Bei Infrastruktur aller Art, die privatwirtschaftlich betrieben wird (z.B. Mobilfunk und unterirdische Leitungen), möchten wir eine Monopolisierung des Angebots vermeiden. Dafür ist die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist hierbei ein Kernelement zur Steuerung.

Wir wollen durch die Bereitstellung eines Fonds Menschen mit geringen Einkommen bei der Anschaffung digitaler Endgeräte unterstützen. Dieser Fonds soll über Stadtteilzentren, Hochschulen, Schulen und andere vergleichbare Einrichtungen bekannt
gemacht werden. Damit wollen wir die digitale Spaltung der Gesellschaft verringern und allen Menschen Zugang zu Technologien verschaffen, die Voraussetzung für die Teilhabe an vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens darstellen.

Darüber hinaus wollen wir für digitale Teilhabe Bildungsangebote fördern, die sowohl grundlegende Fähigkeiten für den Umgang mit digitalen Technologien vermitteln, als auch darüberhinausgehendes Wissen über Datenverarbeitung und Datenschutz, und so die digitale Selbstbestimmung stärken. Lern- und Innovationsorte wie das FabLab und das Digital Impact Lab, die einen niedrigschwelligen und kostenfreien Zugang zu digitalen
Produktionsmitteln anbieten, wollen wir fördern.

Bremen hat einen großen Schritt nach vorn gemacht, in dem alle Schüler*innen mit

Tablets ausgestattet wurden. Wir brauchen WLAN in allen Klassenräumen, um diesen Fortschritt umfassend nutzen zu können.

Wir wollen die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben. Die Kommunikation mit Behörden wie dem Bürgeramt muss über eGovernment-Angebote auch digital möglich sein. In der Kommunikation von Behörden untereinander, wollen wir das Faxgerät abschaffen und E-Mail zum Standard für schriftliche Kommunikation machen. Durch eGovernment-Angebote wollen wir die bei Behörden abgespeicherten eigenen Daten einsehbar machen.

Im öffentlichen Auftrag z.B. für die Verwaltung oder landeseigene Betriebe entwickelte Software muss nach dem Prinzip "public money, public code" nach open source Standards öffentlich zugänglich gemacht werden.

Wir wollen prüfen, inwieweit die bremische Verwaltung nach dem Beispiel Schleswig-Holsteins unabhängiger von proprietärer Software, isb. Microsoft-Anwendungen, werden kann. Durch die Förderung von open source Anwendungen können öffentliche Mittel so in
Allgemeingüter anstatt an kommerzielle Konzerne fließen und die digitale Souveränität
der öffentlichen Verwaltung gestärkt werden.

In der Innovationsförderung wollen wir nicht nur Start-Ups fördern, sondern die Förderung von Open-Source-Projekten, kooperativen Unternehmensmodellen und sozialen Innovationen mit Gemeinwohlfokus stärken.

Wir wollen durch eine Bundesratsinitiative Netzneutralität gesetzlich festschreiben lassen. Wir setzen uns auch ein für ein neues Urheberrecht ein, dass die Kreativität und Vielfalt digitaler Kultur würdigt und nicht bestraft. Hierfür muss die öffentliche Hand stärker auf die Prinzipien OpenSource und OpenAccess setzen. DIE LINKE lehnt Uploadfilter, Vorratsdatenspeicherung und die geplante Chatkontrolle der EU strikt ab.

Weil Datenschutz und Datensicherheit immer wichtiger werden, wollen wir die Behörde der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken.

Antrag W 11: 11. Recht und Justiz

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

11. Recht und Justiz

Unsere Ziele sind Resozialisierung und Haftvermeidung. Erfahrungen in Skandinavien zeigen, dass insgesamt weniger Straftaten und kaum Rückfälle in die Kriminalität

auch
eine Folge dieses Ansatzes sind. Dabei muss die Justiz selbstverständlich in allen Bereichen arbeitsfähig sein. Lange Verfahrensdauern an den Gerichten sind auch ein Gerechtigkeitsproblem (etwa beim Sozialgericht, Familiengericht oder Verwaltungsgericht). An den Strafkammern muss die personelle Ausstattung so gewählt werden, dass Prozesse – auch im Sinne der Opfer von Straftaten und Verbrechen – zügig
vorangebracht werden. Die präventive Wirkung von Gerichtsverfahren entfällt zudem häufig, wenn Täter*innen jahrelang auf ein Urteil warten. In den vergangenen Jahren wurden deshalb viele neue Stellen bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft geschaffen.

Einige bundesgesetzliche Vorgaben belasten die Justiz eher, als dass sie zu mehr Gerechtigkeit beitragen: Ersatzfreiheitsstrafen in Fällen, wo Menschen Geldstrafen nicht zahlen können, sind unsozial und kosten die öffentliche Hand Unsummen. Sie müssen endlich abgeschafft werden! Bis dahin fordern wir, dass die BSAG keine Strafanzeigen für Fahrgästen ohne gültigen Fahrschein erstattet.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung auf weitere „Armutsstrafen“ und sozial ungerechte Härten evaluiert werden. Im Bundesrat soll Bremen für entsprechende Reformen eintreten. Auch aus der Zeit gefallene Straftatbestände wie Gotteslästerung wollen wir abschaffen.

Das deutsche Strafrecht orientiert sich an den Täter*innen, während die Bedürfnisse der Betroffenen im Strafverfahren nur eine untergeordnete Rolle spielen. Diese einseitige Gewichtung halten wir für problematisch. In Bremen wollen wir deswegen
die
Betreuung und Beratung für Opfer von Straftaten ausweiten und die psychosoziale Prozessbegleitung insbesondere bei Sexual- und Gewaltdelikten intensivieren. Bestehende Programme zur Haftvermeidung sollen ausgebaut werden. Das Täter-Opfer-Ausgleichs-Programm muss ausfinanziert und ausgebaut werden.

Bei der Staatsanwaltschaft wollen wir ein Schwerpunktdezernat zur Verfolgung von Hasskriminalität und Queerfeindlichkeit einrichten. Die Berliner Staatsanwaltschaft verfügt bereits seit 2012 über eine solche Sonderzuständigkeit.

Jugendliche Inhaftierte brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit. Dazu gehört, dass die Jugendhilfe im Strafverfahren gestärkt und die Möglichkeiten für Ausbildung und Erlangung von Schulabschlüssen in den Gefängnissen massiv ausgeweitet werden.

Die meisten Strafgefangenen arbeiten. Die Löhne im Gefängnis wollen wir auf Mindestlohn-Niveau anheben. Inhaftierte sollen für diese Beschäftigung Rentenanwartschaften erhalten. Aus einer Zeit im Gefängnis entstehen immer wieder Überschuldungsproblematiken bei den Krankenversicherungen. Dieses Problem kann durch unbürokratische Beratung gelöst werden und leistet einen weiteren Beitrag zur Vermeidung von Rückfällen, denn wer verschuldet aus dem Gefängnis kommt, hat ein höheres Risiko, wieder straffällig zu werden.

Einen besonderen Unterstützungsbedarf haben außerdem psychisch- und suchtkranke Inhaftierte, hier sind weitere Substitutionsprogramme und psychotherapeutische Hilfe

wichtig.

Die Arbeit im Gefängnis ist ein verantwortungsvoller Beruf. Die Personalentwicklung und Zulagen für JVA-Beschäftigte müssen im Ländervergleich wettbewerbsfähig sein. In diesem Sinne haben wir uns erfolgreich für eine Höhergruppierung der Einstiegsgehälter eingesetzt.

Die Sanierung der JVA Oslebshausen soll zügig abgeschlossen werden. Auch im Land Bremen soll es Bürger*innen möglich sein, eine Landesverfassungsklage vor dem Staatsgerichtshof einzureichen. Den Begriff „Rasse“ wollen wir aus der Landesverfassung streichen und mit dem Verbot von Diskriminierung aus „rassistischen Gründen“ ersetzen.

Antrag W 12-1: 12. Wirtschaft Teil 1 bis Gegen den verengten Blick

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

12. Wirtschaft

Wirtschaftspolitik in stürmischen Zeiten

Die Wirtschaftslandschaft wird sich in den nächsten Jahren tiefgreifend verändern. Die **Transformation** zur klimaneutralen Produktion und zur klimaneutralen Gesellschaft wird kommen, Die Digitalisierung wird letztlich alle Wirtschaftsbereiche erfassen und
verändern. Innovation wird noch stärker zum bestimmenden Faktor, der über Standorte, Absatzmärkte und Arbeitsplätze entscheidet. Der demographische Wandel führt weltweit zu einem Fachkräftemangel, Innovation wird es ohne Qualifizierung nicht geben, wobei geschlechteruntypische Qualifizierung ein Schlüssel zur Resilienz sein wird. Fach- und Arbeitskräfte kann man nur über attraktive Arbeitsbedingungen binden.

Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund von Veränderungen der **globalen Arbeitsteilung** und weltweiten Handelsbeziehungen, deren mögliche Tendenzen noch nicht
wirklich absehbar sind. Die diskutierte Re-Regionalisierung von Lieferketten und kritischen Produktionsbereichen steht neben vertieftem Wettbewerb, wessen Produkte die weltweiten Standards setzen, und einer Globalisierung und Digitalisierung von Dienstleistungen. Nach der Phase der Hyperglobalisierung erleben wir weltweite Verschiebungen, die EU und vor allem Deutschland haben darauf derzeit keine Antwort. Viele deutsche Unternehmen haben sich aus langfristigen Innovations- und

Investitionsentscheidungen zurückgezogen und haben nicht mehr die Marktführerschaft, die sie so gerne für sich in Anspruch nehmen.

All das vollzieht sich ebenso vor dem Hintergrund, dass eine Steuerung durch Markt, Profit und private Eigentümerentscheidung (die immer noch der Kern einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind) immer stärker durch staatliche Rahmensetzungen, Zielvorgaben, Anreiz- und Kooperationsstrukturen ergänzt, überformt,
in Teilen sogar ersetzt wird. Autoproduktion gibt es nur, wenn sie sich auch lohnt; aber Verbrennungsmotoren werden nicht mehr produziert, wenn die EU es beendet. Stahlproduktion muss sich am Weltmarkt ebenso orientieren wie am CO2-Preis; klimaneutrale Stahlproduktion wird es nur geben, wenn die enormen Investitionskosten teilweise sozialisiert werden. Wir merken alle: Die staatliche Krisenintervention, mit stärkeren Eingriffen und Lenkungsfunktionen, wird ein Stück weit neue Normalität.
Der Bremer Senat hat sich zur anteiligen Investitionsförderung für die großen Dekarbonisierungsprojekte bekannt, dennoch müssen Unternehmen sich darauf einstellen,
dass die Nachfrage nach nachhaltig hergestellten Produkten schnell wächst. In absehbarer Zeit wird kein Autobauer mehr PKWs mit „dreckigem“ Stahl produzieren. Gerade die transnationalen Unternehmen müssen diesen Wettbewerb auch annehmen. **Neoliberales Laufenlassen** funktioniert nicht mehr. Zielorientierte Steuerung und Kooperation sind angesagt. Von all dem hängt das Wohl und Wehe von Beschäftigten, Städten und Regionen ab. Entwicklungschancen hängen davon ab, vorne mit dabei zu sein
und rechtzeitig Veränderungen voranzutreiben. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Darum ist **Innovation** so wichtig.

Wirtschaft als Stadtentwicklung

Unser Ziel ist: Die Bremen und Bremerhaven prägenden **industriellen Kerne** mit in die klimaneutrale Zukunft nehmen. Wir wollen auch weiterhin Hardware für die Transformation produzieren. So vermeiden wir einen Strukturwandel, bei dem Großbetriebe, Zulieferer und Branchen verschwinden und Beschäftigte massenweise ihre Jobs verlieren. Aber das geht nur, wenn wir die großen technischen Umstellungen: Klimaneutraler Stahl durch Wasserstoff, „grünes“ Fliegen, klimaneutrale Mobilität, mit aller Kraft unterstützen, begleiten und fördern.

Es reicht aber nicht aus. Die Zeiten, wo Städte als „Autostadt“ oder „Chemiestadt“ überleben konnten, sind vorbei. Attraktive Wirtschaftsstandorte müssen heute vielgestaltige, diversifizierte **Wirtschafts- und Innovationslandschaften** sein, wo technische Innovationen sich branchenübergreifend entwickeln. Wo Produktionsbetriebe mit hoher eigener Entwicklungsleistung koexistieren und vernetzt sind mit einer aktiven Gründer*innen-Szene und einer innovativen Kreativ- und Kulturwirtschaft. Wo man Fachkräfte findet und gewinnen kann, weil es attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen gibt und der soziale Zusammenhalt stimmt. Wo die Handwerkerin kommt, anspruchsvolle Dienstleistungen am Ort vorhanden sind, und wo man die Kinder gerne in Schule und Kita gibt.

Bei den industriellen Leitunternehmen und in vielen Produktionsbranchen kämpfen wir darum, die Beschäftigung zu erhalten. Tätigkeiten, die in naher Zukunft nicht mehr benötigt werden, werden durch andere ersetzt. Es ist wichtig, dass nicht die Beschäftigten ersetzt werden. Dies wird nur durch einen Wissenstransfer und Qualifizierung gelingen. Für das notwendige **Beschäftigungswachstum** sorgen inzwischen auch andere Sektoren, wie die wissenschaftsintensiven Dienstleistungen oder die Gesundheitswirtschaft, aber auch die Kreativwirtschaft, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, und die Logistik. Wir wollen wir diese Branchen aufwerten und haben diese in der vergangenen Legislaturperiode bereits verstärkt zum Gegenstand von
Wirtschaftsförderung gemacht. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter gehen.

Wirtschaft geht nicht isoliert. Flächen, Ressourcen und Fachkräfte sind begrenzt. An Flächeneffizienz, Ressourceneffizienz und umfassenden Fachkräftestrategien führt kein
Weg vorbei. Wirtschaft muss sich in Stadt und Region einfügen, sich zusammen mit ihnen entwickeln und Zielkonflikte aushalten – um Flächen, Auflagen und eine faire Arbeitsteilung zwischen Staat und Betrieben bei Aus- und Weiterbildung. Wirtschaft muss aber umgekehrt in ihren **Bedarfen** gesehen und anerkannt werden. Die Zukunft wird nicht so aussehen, dass wir alle in fassadenbegrünten Gebäuden nur noch isolierte Bürotätigkeiten ausführen oder dafür mit dem Fahrrad die Pizza liefern. Es geht nicht
ohne große Produktion, schwere Verkehre, teure Maschinen und zentrale Arbeitsorte. Und das ist auch gut so. Transformation braucht Platz, Gewerbe braucht Schutz vor Verdrängung, Betriebe brauchen Verlässlichkeit und Unterstützung bei ihrer Entwicklung: Auch das muss gewährleistet sein.

Weil Wirtschaft, Stadt und Region sich nur zusammen entwickeln können, weil das mehr Planung braucht und weil Zielkonflikte immer wieder neu gelöst werden müssen, haben wir das neue Gewerbeentwicklungsprogramm **„Stadtentwicklungsplan Wirtschaft“** genannt. Das meinen wir auch so.

Gegen den verengten Blick

Der Wohlstand einer Region hängt maßgeblich von ihrer **regionalen Außenhandelsbilanz** ab, oder einfach gesagt: Davon, dass sie mehr Wert schafft, als sie verbraucht. Dazu trägt bei, wenn Waren und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung produziert und exportiert werden – Maschinen, Autos, Stahl, Filme, Beratung, Entwicklung und Logistik für externe Firmen. Dazu trägt aber auch bei, wenn andere zu uns kommen, um hier Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und zu konsumieren – Tourismus, Krankenhäuser, Einzelhandel. Und dazu trägt bei, wenn ein hoher Anteil von Waren und Dienstleistungen, die hier genutzt werden, in der Region selbst produziert und geleistet werden und nicht von außen importiert werden müssen.

In traditionellen Betrachtungen wird der Blick verengt auf Warenexport und Warenproduktion und der Beitrag der anderen Branchen nicht gesehen. Das reicht bis zur Liste der Branchen, die in der Wirtschaftsförderung des Bundes üblicherweise privilegiert werden. Hier setzen wir uns für ein Umdenken ein. Das ist auch eine

Frage der **Geschlechtergerechtigkeit,** der Migrationsgerechtigkeit und der Qualifikationsgerechtigkeit. Typischerweise sind Branchen mit einem hohen Frauenanteil, einem hohen Anteil an migrantischer Beschäftigung und einem hohen Anteil von Jobs auch für gering Qualifizierte diejenigen, deren Beitrag heruntergespielt und deren Potenziale nicht gefördert werden. Das wollen wir ändern. Wir wollen Branchen öffnen für Frauen, migrantische Beschäftigung und Chancen für Geringqualifizierte, bei denen hier Nachholbedarf besteht. Aber wir wollen gleichzeitig die Branchen weiter aufwerten und auf Augenhöhe behandeln, in denen heute viele Frauen arbeiten, in denen Beschäftigte mit Migrationshintergrund bereits gute Chancen haben, oder die heute in großem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte bieten.

Am Ende geht es immer darum, dass man als Region Dinge besser kann als andere.

Antrag W 12-2: 12. Wirtschaft Teil 2: Innovation fördern bis Kleine und mittlere Unternehmen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Innovation fördern

Die Bedeutung von Innovation als Standortfaktor nimmt in Zeiten der Transformation weiter zu. Wissensintensive Prozesse werden entscheidend für die Wertschöpfung. Beschäftigte werden in höherem Maß kreative, soziale, kommunikative und kooperative Arbeitsleistungen erbringen müssen. Qualifikationsprofile, Arbeitsprozesse und Geschäftsmodelle werden sich schneller verändern.

Daher ist es entscheidend, bei allen Programmen, die sich mit der wirtschaftlichen Transformation beschäftigen,- **Aus- Fort- und Weiterbildung konsequent mitzudenken** und eigenständige Maßnahmen (und Ressourcen!) dafür vorzusehen. Das haben wir im Bremen
Fonds so gemacht, und das erwarten wir auch von einem zukünftigen Klima-Fonds oder von allen anderen Paketen zur Krisenbewältigung oder zur Innovationsförderung. Wir erwarten, dass die Unternehmen die Qualifizierung von Beschäftigten und die Ausbildung von Nachwuchs ebenfalls als ihre Aufgabe ansehen, und stärken kooperative Ansätze in Zusammenarbeit mit anderen Betrieben, mit Wissenschaft und Bildung, und mit der öffentlichen Hand.

Wir haben mit der neuen **Innovationsstrategie** die richtigen Weichen gestellt. Innovative Maritime Technologien, CO2-neutrales Fliegen, Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zeigen den Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Flankiert wird

dies durch die Schlüsseltechnologien, wie Digitalisierung oder Künstliche Intelligenz
(KI). Wir werden die Programme zur Innovationsförderung in Industrie, Logistik, Handwerk, Einzelhandel überarbeiten und den Bedürfnissen der Unternehmen und Beschäftigten anpassen. Wir sorgen für die Umsetzung der Regionalen Innovationsstrategie durch Förderung von Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Leichtbautechnologien, Wasserstofftechnologien oder sozialen Innovationen wie neue Arbeits- und Organisationsformen.

Mit dem KI-Transferzentrum und dem neuen DIGIHUB im Technologiepark kann Bremen an seine Stärken anknüpfen: die enge Verbindung von Industrie und Dienstleistung und die
anwendungsorientierte Forschung. Mit dem vom LINKEN Wirtschaftsressort entwickelten Food Hub schaffen wir Perspektiven für viele junge Startups im Bereich der Nahrungs- und Genussmittel.

Wir werden ein **Kompetenzzentrum Smart Services** schaffen, zur Förderung wissenschaftsintensiver Dienstleistungen und digitaler Dienstleistungen im Handwerk. Wir wollen den Dienstleistungsbereich mit seinem hohen Frauenanteil stärken und Förderprogramme so gestalten, dass die größtenteils kleinen Unternehmen und Soloselbständige davon profitieren können.

Wir werden einen **Masterplan „Kreislaufwirtschaft – Reparierbarkeit – Entsorgung“** erarbeiten, der Innovationsorientierung, Beschäftigungswachstum und Klimaziele zusammenbringt. Wir werden die Gesundheitswirtschaft verstärkt zum Ziel von Innovationsförderung machen.

Die WFB (Wirtschaftsförderung Bremen) werden wir stärker aufstellen. Bremen braucht eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung, die neben den eigentlichen Dienstleistungen
die ökologische Wende begleitet, nachhaltiges Gewerbegebietsmanagement betreibt, Cross-Cluster Projekte entwickelt und neue Formate zum interdisziplinären Wissensaustausch über Zukunftstrends bereitstellt. Die in der letzten Legislatur geschaffenen Projekte wie das DIGIHUB, das FOODHUB und das mittlerweile etablierte Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 müssen durch entsprechenden Förderprogramme begleitet werden.

Wasserstoff-Strategie und Energiewende

In der letzten Legislatur konnte Bremen sich erfolgreich bei den Wasserstoff-Förderprogrammen der EU und des Bundes aufstellen. Das ist eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft. Mit den sogenannten **IPCI-Projekten** (important projects of common interests) werden in zentralen Bereichen wie dem Flugzeugbau, der maritimen Wirtschaft und der Stahlindustrie strategisch bedeutende Vorhaben möglich. Neben wasserstoffbetriebenen Verkehren wird vor allem die CO2-neutrale Stahlproduktion durch neue Verfahren ermöglicht. Die Dekarbonisierung der Stahlwerke bleibt das wichtigste Projekt, um Bremen klimaneutral zu machen. Die grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekte sowie eine eigene Wasserstoffproduktion lösen nicht nur das Henne-Ei-Problem sondern bieten in der Zukunft auch das

Potential
für neue industrielle Ansiedlungen. .

In der kommenden Legislaturperiode müssen nicht nur diese Projekte ausfinanziert werden, sondern auch die Kooperation mit norddeutschen Ländern zum **Offshore-Ausbau** (ggf. auch in Form staatlicher Windparks) verstärkt werden. Für die Herstellung von grünem Wasserstoff brauchen wir große Mengen an grünem Strom – die gibt es nur, wenn wir den Offshore-Bereich massiv ausbauen. Bremen und Bremerhaven verfügen hier über die geografischen Möglichkeiten und über das dafür notwendige Knowhow. Wir werden uns
für die konsequente Umsetzung der Bremer Wasserstoffstrategie einsetzen. Im bereits beschlossenen Klimapakt des Senats müssen die dort skizzierten Projekte konsequent umgesetzt werden. Gleichzeitig bieten die bremischen Häfen auch die Chance Wasserstoff zu importieren. Insgesamt brauchen wir auch Raum für neue Projekte.

Im Baubereich werden wir die energetische Gebäudesanierung nach vorne treiben und entsprechenden Förderprogramme auf den Weg bringen. Wir wollen Photovoltaik und regenerative Energien bei gewerblichen Investitionen konsequent berücksichtigen. Neue
Gebäude wird es nicht mehr ohne Photovoltaik auf den Dächern geben. Wir setzen uns für bessere gesetzliche Rahmenbedingungen ein, damit die Stromerzeugung aus Solarenergie auch wirtschaftlich wird.

Bremen ist ein bedeutender Luft- und Raumfahrt-Standort, den wir stärken wollen. Mit dem ESA BIC haben wir Bremen zu einem Gründungsstandort im Bereich **Luft- und Raumfahrt** entwickeln können. Die Raumfahrt steht vor neuen Herausforderungen, wird aber zunehmend wichtiger. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Bundesregierung sowohl bei den ESA-Programmen wie auch mit dem nationalen Programm eine führende Rolle spielt. Mit Innovationsprojekten im Bereich des CO2-neutralen Fliegens verringern wir nicht nur perspektivisch die Emissionen der zivilen Luftfahrt, sondern
können auch den Airbus Standort langfristig absichern und die Arbeitsplätze erhalten.
Wir werden das ECOMAT deshalb weiter entwickeln. Grünen Antriebstechnologien gehört die Zukunft. Das gilt ebenso für die maritime Wirtschaft, für alternative Antriebe mit Wasserstoff bieten wir mit den ITZ eine gute Basis für Anwendungsforschung.

Kleine und mittlere Unternehmen stützen

Nur eine Handvoll Unternehmen im Land Bremen hat mehr als 3.000 Beschäftigte: Daimler, Airbus, die GeNo, die BLG, das Stahlwerk, Nordsee und Nordmilch. Wenn es bei
den Großen kriselt, hat das schwere Folgen für alle. Aber Beschäftigung für alle gibt
es nur, wenn wir den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stützen und fördern. Tendenziell nimmt ihr Anteil an der Zahl der Betriebe und der Beschäftigung immer weiter zu.

Die Anforderungen der Transformation sind für KMU eine besondere Herausforderung.

Wir
werden die Förderprogramme **Digitalisierung für Kleinst- und Kleinbetriebe,** inklusive Handwerk und Einzelhandel, fortsetzen und in einem Mix aus Information, Beratung und Finanzierung Unterstützung anbieten. Wir werden KMU verstärkt dabei unterstützen, Fachkräftemarketing zu betreiben, Organisationsentwicklung zu modernisieren, Gute Arbeit zu ermöglichen und den Anforderungen der jungen Generationen an ein ausgewogenes Verhältnis von Beruf und Familie gerecht zu werden.

Antrag W 12-3: 12. Wirtschaft Teil 3: Aktive Interessenvertretung bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Aktive Interessenvertretung für den Standort

Die Großen können manches mit eigenen Ressourcen stemmen, was die Kleineren nicht können. Sie sind aber besonders abhängig von Entscheidungen, die anderswo fallen: In Konzernzentralen, bei der Bundesregierung oder in der EU. Wirtschaftsressort und Senat sind daher gefordert, eine aktive Interessenvertretung der Bremer Wirtschaftsregion auf überregionaler Ebene zu betreiben, insbesondere gegenüber der **Bundesregierung** und den Bundesministerien.

Das ist uns bei den Wasserstoffprojekten gelungen. Wir unterstützen die Forderungen des Stahlwerks nach einer fairen Importpolitik der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass
die deutsche Seite bei Airbus ihre Beteiligung am Gesamtkonzern besser organisiert und zielgerichteter einsetzt, um Einfluss auf die Standortstrategie des Konzerns zu nehmen.

Ebenso brauchen kleine und mittlere Unternehmen eine aktive Vertretung ihrer Interessen in der Energiepreiskrise und in der anstehenden klimapolitischen Transformation. Wir werden weiterhin auf Bundesebene die notwendige Unterstützung für
sie fordern, konkrete Vorschläge einbringen und für gemeinsame Initiativen mit anderen Bundesländern werben. Parteipolitische Stillhalteabkommen mit der Bundesregierung dürfen da nicht im Weg sein.

Eine attraktive Gründungslandschaft

Das LINKE Wirtschaftsressort hat mit dem Programm **„she starts“** im STARTHaus erreicht,
dass deutlich mehr Frauen von den Angeboten zur Gründungsberatung profitieren

konnten. Das Ziel für die kommende Legislatur ist es, dieses Potential in nachhaltig erfolgreiche Gründungen zu überführen.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden soziale Unternehmen **(Social Entrepreneurship)**, die einen Schwerpunkt der Gründungsaktivitäten in den vergangenen Jahren eingenommen haben. Dieser Bereich wächst stark und besitzt einen überdurchschnittlichen Frauenanteil.

Alternative Unternehmensformen wollen wir fördern und unterstützen. Wir werden ein Förderprogramm für die Gründung von gewerblichen Genossenschaften auflegen. Genossenschaften, Social Entrepreneurship, belegschaftsgeführte Betriebe, gemeinwohlorientierte Unternehmen und Kooperationsformen von Kleinbetrieben erhöhen die Resilienz der Wirtschaftsstruktur und können wichtige Beiträge zu Innovation und Transformation leisten. Ihre Förderung und Unterstützung muss daher ein bewusster Teil der zukunftsorientierten Strukturpolitik sein.

Wir erkennen Migrationshintergrund als Chance und wollen einseitig nachteils- und defizitorientierte Ansätze überwinden zugunsten einer Förderung der spezifischen Chancen und Potenziale. Wir werden mit spezifischen Angeboten den Anteil **migrantischer Gründungen** deutlich erhöhen und regionale Informationszentren aufbauen,
damit die Ansprache potentieller Gründer*innen direkt im Quartier erfolgen kann. Darüber hinaus wollen wir die erfolgreiche aufsuchende Beratung gezielt auch auf migrantische Gründungen übertragen.

Nach wie vor ist die Zurverfügungstellung von Kapital neben der Beratung der zentrale
Erfolgsfaktor für den Gründungsstandort Bremen. Es bedarf daher neuer Formen der Finanzierung und auch der direkten **Zuschussförderung für Startups**. Insbesondere werden wir auch Investitionsmittel in kleineren Größenordnungen verstärkt anbieten. Wir werden die Beteiligungsprogramme ausbauen und stärken, sowie mehr Beteiligungskapital für den Gründungsbereich bereitstellen.

Gewerbeflächen

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik braucht Ansiedlungen und Betriebserweiterungen. Industrie, Handwerk, Dienstleistung müssen auch weiterhin Raum
dafür in Bremen und Bremerhaven finden. Nachverdichtung schafft mehr Möglichkeiten auf begrenztem Raum. Wir wollen Gewerbeimmobilien weiterhin nach ökologischen Kriterien erschließen und nach den Konzepten der produktiven Stadt für eine gute Durchmischung von Gewerbe, Wohnen, sowie sozialer und kultureller Nutzung sorgen. Grundstücke wollen wir konsequent in Erbpacht vergeben, damit das Land auch in späteren Jahren noch die Hand auf den kostbaren Flächen hat und für eine effiziente Nutzung sorgen kann.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass ein angemessener Anteil der Flächen auch für kulturelle Nutzung zur Verfügung steht. Projekte wie das Irgendwo und der Güterbahnhof wurden vom Senat langfristig abgesichert. Auch in Zukunft benötigen wir attraktive Flächen für soziokulturelle Nutzung. Das schafft nicht nur

Gestaltungsräume für junge Menschen in Bremen, sondern erhöht auch die Attraktivität des Standorts für Studierende, Familien und Fachkräfte.

Die Ansätze, Flächen in Bremerhaven explizit für die Green Economy zu entwickeln, werden wir konsequent fortführen.

Tourismus-Strategie und Stadtmarketing

Der Tourismus-Sektor ist in besonderer Weise darauf angewiesen, dass er von der Stadt- und Landesregierung strategisch unterstützt wird. Denn er ist keine eigenständige Branche, sondern ein Geflecht von Angeboten und Dienstleistungen, das wiederum aufs Engste mit dem Stadtmarketing und der städtischen Imagepflege verbunden
ist.

Mit der neuen Marketingstrategie der WFB haben wir die Weichen für ein erfolgreiches Tourismus-Marketing geschaffen. Die Tourismusstrategie wollen wir konsequent umsetzen
und weiterentwickeln.

Wir werden die durch die Pandemie stark geforderte Messe in Bremen weiter stärken, um
den Messestandort Bremen in der begonnenen Richtung weiterzuentwickeln. Wir wollen das Messe- und Kongresswesens durch Ertüchtigung der Veranstaltungsinfrastruktur (ÖVB-Arena, Glocke) in die Lage versetzen wettbewerbsfähig zu bleiben.

In der Pandemie hat das Wirtschaftsressort die das Überleben der Veranstaltungsbranche in Bremen durch finanzielle Unterstützung und Projekte wie den Club 100 gesichert. Wir wollen dafür sorgen, dass die Branche vielfältig bleibt und die Unternehmen in Bremen weiterhin ein attraktives Angebot an Konzerten, Events und Kongressen anbieten kann.

Wir werden das Fachkräftemarketing der Stadt durch WFB in enger Kooperation mit der Wirtschaft weiterentwickeln und mit Angeboten wie dem Dual Career Service und neuen Projekten, dafür sorgen, dass Bremen für Fachkräfte ein attraktiver Standort bleibt. Fach- und Arbeitskräftemarketing bleibt ein zentraler Punkt der Fachkräftestrategie des Landes.

Die Innenstadt lebenswert gestalten

Die Innenstadt braucht Experimentierräume. Wir wollen Trends aufgreifen und Geschäftsräume für innovative neue Ideen öffnen. So können wir Gründer*innen die Möglichkeit geben, sich auszuprobieren und gleichzeitig innovative Angebote und Vielfalt erzeugen. B und C Lagen wollen wir aufwerten, um auch diese Gebiete wirtschaftlich und kulturell in Wert zu setzen.

Um neuen Konzepten für Einzelhandel und Gastronomie eine Chance zu geben, ist es zwingend, dass wir die Mieten in den Gewerbeimmobilien deckeln. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass den Kommunen entsprechende Instrumente in die Hand gegeben und Regelungen wie die Mietpreisbremse für Wohnimmobilien auch auf Gewerbeimmobilien übertragen werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, Immobilien durch das Land anzukaufen und zu

vermieten, damit wir mehr Einfluss auf die Gestaltung der Innenstadt nehmen können. Nur so lässt sich eine Vielfalt an Einzelhandel herstellen, der auch für das Umland eine hohe Attraktivität darstellen kann.

Das in der vergangenen Legislatur gestartete Innenstadtprogramm wollen wir nachhaltig
fortführen und auch für die Quartiere erweitern. Projekte wie das Open Space und die verschiedenen Kulturangebote sollen evaluiert und verstetigt werden. Den Domshof werden wir neu gestalten. Die Innenstadt wird durch einen neuen Mix aus Gewerbe, Kultur, Wohnen und öffentlicher Nutzung ein anderes Gesicht bekommen. Die Rahmenbedingen müssen dafür gleich zu Beginn der Legislaturperiode gesetzt werden.

Antrag W 13-1: 13. Arbeit Teil 1: bis Tarifbindung erhöhen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

13. Arbeit

Transformation sozial gestalten

Arbeitsleben und Wirtschaft verändern sich in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit durch Digitalisierung und den sozial ökologischen-Umbau von Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt. DIE LINKE ist dabei die Partei, die an der Seite der Arbeitnehmer*innen steht und dafür sorgen will, dass in diesen Zeiten des Umbruchs niemand auf der Strecke bleibt.

Es geht darum, allen Bürger*innen im Land Bremen eine Option auf Arbeit zu sichern. Die Zukunft wird noch digitaler als sie jetzt schon ist. Bestimmte Branchen werden unter starken Druck durch den globalen Wettbewerb geraten, andere werden neu entstehen. Hier müssen so viele Arbeitsplätze wie möglich gesichert werden. Dort wo weniger qualifizierte Arbeitsplätze wegfallen und die Möglichkeiten zur Höherqualifizierung nicht gegeben sind, muss staatlich geholfen werden.

Die unternehmerische Landschaft wird sich massiv verändern. Das hat in jedem Fall große Auswirkungen auf die Beschäftigten, die von diesen Veränderungen betroffen sind. Berufsbilder werden sich ändern und es wird nötig werden, von der einen in die andere Branche zu wechseln. Das soziale Gleichgewicht auf Basis eines akzeptablen Wohlstandsniveaus ist die zentrale Voraussetzung für die Realisierung der positiven Prognosen der Transformation. Das gibt es aber nicht von alleine, sondern es muss politisch erstritten werden.

Erfolgreiche Betriebe und gesicherte Arbeitsplätze sind eine wichtige Voraussetzung

für gelingenden Klimaschutz und eine Gesellschaft im sozialen Gleichgewicht. Wir wollen deshalb die ökologische Transformation mit der sozialen Transformation in Einklang bringen.

Mit der Optimierung der Jugendberufsagentur, den Ausbildungsverbünden und den Grundlagen für einen Ausbildungsunterstützungsfonds, mit der Installation der Landesagentur für berufliche Weiterbildung, wie auch der Landesstrategie Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit stärken wir gute Arbeitsverhältnisse. Mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Tarife, mit einem neuen Auszubildenden Wohnheim, mit der Erhöhung des Landesmindestlohns und dem neuen Tariftreue- und Vergabegesetz, sowie Programmen für Frauen in der IT und Arbeitsmarktprogramme für Migrant*innen, haben wir die richtigen Weichen gestellt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, um noch mehr Menschen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu bieten.

Unser Ziel ist, dass auch für die Mitbürger*innen die ihren Arbeitsplatz verlieren oder aus Gründen wie Flucht oder sozialem Hintergrund schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben, die gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet wird.

Unter den Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz entscheidet gerade die Phase der wirtschaftlichen Erholung darüber, ob Unternehmen, Regionen und Beschäftigte profitieren oder abgehängt werden. Wie dieser Prozess sich gestaltet und wem er zugutekommt wird von der Politik entscheidend beeinflusst. Wir wollen daher als LINKE
aktiv die Weichen für eine wirtschaftliche Erholung in Bremen stellen, die nachhaltig
und sozial gerecht ist.

Fachkräftegewinnung und Qualifizierung als zentrales Instrument zur Beschäftigungssicherung

Innovation ohne Qualifizierung ist nicht denkbar, Digitalisierung nicht ohne neue Arbeitsformen. Die Ausrichtung auf klimaneutrale Produktion erfordert Innovationen in
den Betrieben und neue Qualifikationen der Beschäftigten. Gleichzeitig sind die vorhandenen Mitarbeiter*innen das wichtigste Potential an Know-How und müssen deshalb
in der Transformation im Mittelpunkt stehen. Das Handwerk spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, wir wollen es bei den Herausforderungen von Ausbildung, Qualifizierung und Fachkräftesicherung unterstützen. All das stellt die Sozialpartner*innen vor neue Herausforderungen, Veränderungsprozesse gemeinsam zu
gestalten, und erfordert starke betriebliche und überbetriebliche Interessensvertretungen der Beschäftigten.

Nur wer neue Qualifikationen erwerben kann, kann von den Chancen profitieren und dem Risiko entgehen, dass die bisherige Berufsbiografie entwertet wird. Sich qualifizieren aber kostet Geld und Zeit. Bislang hängt die Möglichkeit, sich in der Phase des Erwerbslebens weiter zu qualifizieren, überwiegend von privaten Ressourcen ab. Wer es sich nicht leisten kann, Arbeitszeit zu reduzieren und begleitend neue

oder zusätzliche Qualifikationen zu erwerben, hat das Nachsehen. Das betrifft diejenigen, deren Einkommen geringer ist und die stärker durch unbezahlte Care-Arbeit belastet sind – also wiederum vor allem Frauen, queere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund. Hier setzen wir mit unseren Programmen an.

Wir müssen die Möglichkeiten für Beschäftigte sich zu qualifizieren erweitern. Dazu gehört auch die tarifliche Absicherung für Teilzeitausbildung und Qualifizierung bei vollem Lohnausgleich.

Mit der Einrichtung der Landesagentur für berufliche Weiterbildung haben wir eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zur beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten geschaffen, die die zahlreichen Akteure vernetzt, die Angebote im Bereich der Weiterbildung sichtbar macht und dazu berät. Grundlegendes Ziel der Landesagentur ist es, dass alle Menschen in Bremen sich beruflich weiterqualifizieren können.

Wir wollen diese Strukturen verstetigen und folgende Projekte umsetzen:

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen: Auch in Bremen gibt es viele Menschen ohne anerkannten Abschluss, die nicht in dem Beruf arbeiten können, in dem Sie bereits viele Jahre gearbeitet haben. Es spricht alles dafür, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen zu erleichtern und die Beratungsangebote auszuweiten und weiterhin entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen für die am häufigsten fehlenden Zusatzqualifikationen anzubieten.

Qualifizierungsbonus: Bislang konzentrieren sich die Förderungen auf Menschen, ohne Abschluss. Das reicht in der heutigen Zeit nicht mehr aus. Wir wollen Anreize für Weiterbildung schaffen. Qualifizierung von Beschäftigten darf nicht daran scheitern, dass der Betrieb diese Möglichkeiten nicht eröffnet. Die Teilnahme an einer Weiterbildung auch ohne Berufsabschluss soll daher zukünftig mit einem monatlichen Qualifizierungsgeld von 200 Euro flankiert werden.

Nachqualifizierung stärken: Wir wollen die etablierten Angebote für die Nachqualifizierung weiter ausbauen und verstetigen. Nur so stellen wir eine Durchlässigkeit her und schaffen Perspektiven, das Qualifikationsniveau kontinuierlich weiterzuentwickeln. Das ist ein Gewinn für die Menschen im Land ebenso wie für die Unternehmen, die ihren Arbeitskräftebedarf decken müssen.

Förderprogramme des Bundes modifizieren: Die bestehenden Programme des Bundes für die Qualifizierung von Fachkräften und die berufsbegleitende Weiterbildung passen nicht auf jede Situation. Daher wollen wir uns im Land für eine Flexibilisierung der Förderung einsetzen, damit mehr Menschen diese Programme nutzen können. Hierbei geht es vor allem um die Beschäftigten, die von einer Branche in die andere wechseln wollen.

Recht auf Weiterbildung durch ein Landesunterhaltsgeld: Für Geringqualifizierte, die

unabhängig vom Arbeitgeber vom Ungelernten- auf das Fachkräfteniveau aufsteigen wollen, gibt es keine Unterstützung. Die Förderlücke soll durch ein Landesunterhaltsgeld geschlossen werden. Auf diesem Weg soll das Recht auf Weiterbildung vorangetrieben werden. Das Landesunterhaltsgeld übernimmt die Weiterbildungskosten und für diesen befristeten Zeitraum werden die Leistungen zum Lebensunterhalt übernommen.

Berufliche Umstiege durch Transitionsgesellschaft ermöglichen: In der Transformation werden Beschäftigte auch gezwungen sein, die Branche oder den Beruf zu wechseln, weil
Beschäftigungsverluste zu verzeichnen sein werden und Arbeitslosigkeit droht. Bei diesen Umstiegen brauchen sie Unterstützung über das Regelinstrumentarium hinaus. Daher soll eine Transitionsgesellschaft – wie sie auch von der Bremer Klima-Enquete vorgeschlagen wird - gegründet werden, die Arbeitnehmerinnen in der Phase des Übergangs berät, begleitet, unterstützt und nach einer Weiterbildung in andere Betriebe vermittelt.

Gute Arbeit mit o□ffentlich gefo□rderter Bescha□ftigung

DIE LINKE Bremen setzt einen klaren Schwerpunkt auf aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere im Hinblick auf Frauen, Geringqualifizierte und Beschäftigte in Bereichen, die von Beschäftigungsverlusten durch Transformationsprozesse bedroht sind. Wir brauchen in Bremen Innovative Arbeitsmarktprogramme, die geförderte Teilzeitbeschäftigung mit Teilzeitweiterbildung und Teilzeit-Ausbildungsvergütung verbinden, damit alle sich Qualifizierung leisten können; Darüber hinaus müssen wir den sozialen Arbeitsmarkts ausbauen, gerade in den Quartieren, um auffangende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und um soziale Destabilisierung und Zunahme individueller Problemlagen zu verhindern.

Der Bund hat sich leider weiter aus der Arbeitsmarktfo□rderung fu□r erwerbslose Menschen zuru□ckgezogen und Mittel für Langzeitarbeitslose gekürzt. Bremen hat eine hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen. Wir wollen die vorhandenen Programme entfristen und die Dauer der Beschäftigung verlängern. Für die Menschen, die nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt Platz finden können, wollen wir dauerhaft öffentlich geförderte Arbeitsmöglichkeiten vorhalten. Daher werden wir in den Quartieren u□berwiegend sozialversicherungspflichtige, mindestens nach Landesmindestlohn bezahlte, Arbeitsstellen schaffen, die gesellschaftlich gewinnbringend sind und den dort Bescha□ftigten neue berufliche Perspektiven ero□ffnen.

Wir fordern, dass der Senat sich im Bund dafür einsetzt, die Zuverdienstmöglichkeiten
für Bedarfsgemeinschaften zu verbessern. Wir wollen, dass insbesondere Jugendliche auch Anreize zur Arbeitsaufnahme haben, ohne, dass die oft geringen Verdienste auf die Bedarfsgemeinschaft angerechnet werden.

Die **unabha□ngigen Beratungsstellen fu□r Erwerbslose** wollen wir sta□rken und ausko□mmlich finanzieren. Es soll künftig alle zwei Jahre einen Bericht zur Lage der Erwerbslosen im Land Bremen erstellt werden. Ebenso soll eine vom Jobcenter unabha□ngige o□ffentliche Beschwerdestelle eingerichtet werden.

Tarifbindung erhöhen – Arbeitsbedingungen verbessern

Der sozial-ökologische Umbau wird nur gelingen, wenn er von einer Mitbestimmungs- und
Mitgestaltungsoffensive begleitet wird. Wenn Veränderungsprozesse von Unternehmen, Beschäftigten, Mitbestimmungsgremien und Politik gemeinsam gestaltet werden müssen. Landespolitik muss diesen Prozess aktiv unterstützen. Dazu gehören Branchendialoge und Zukunftsforen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften zu stärken, wenn es um neue Arbeitsformen, Digitalisierung, Strukturwandel und Qualifizierung geht.

Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden. Nur so schaffen wir Arbeitsplätze, die gute Lebensverhältnisse ermöglichen und Altersarmut vorbeugen.

Mit dem in der letzten Legislaturperiode verbesserten **Landesmindestlohngesetz** mit der
Kopplung an den TVL, sowie der Neufassung des Tariftreue- und Vergabegesetz hat die Linke in der Regierung wichtige Voraussetzungen für bessere Entlohnung der Beschäftigten geschaffen. Diese gilt es nun konsequent umzusetzen. DIE LINKE will daher, den Landesmindestlohn bis zur Rentenfestigkeit weiter ausbauen. Dafür ist die bereits erfolgte Kopplung an den TVL ein erster Schritt. Mittelfristig wollen wir einen rentenfesten Landesmindestlohn von mindestens 14€ erzielen. Mit dem vom Senat geschaffenen neuen **Tariftreue-** und Vergabegesetz wurden die Rechte der Arbeitnehmer*innen bei öffentlichen Aufträgen gestärkt. Diesen Weg sollen wir konsequent weitergehen und weitere Kriterien zur Voraussetzung von Aufträgen machen, wie z.B. die Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit.

Wir wollen noch mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären. Das haben wir auf Landesebene in der letzten Legislaturperiode im Bereich der Sicherheitsbranche erreicht. Wir wollen solche Erklärungen auch im Gastrobereich und anderen Branchen herstellen. Wir wollen, dass das Bundesland Bremen sich im Bund dafür einsetzt, die **Allgemeinverbindlichkeitserkla?rung** zu erleichtern.

Antrag W 13-2: 13. Arbeit Teil 2: Gute Arbeit durchsetzen bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gute Arbeit durchsetzen

Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns dafu?r ein, dass alle Menschen einen

sicheren Arbeitsplatz haben und von ihrem Einkommen gut leben ko nnen. Wir wollen die
exzessive Nutzung der Leiharbeit bekämpfen und in reguläre Beschäftigung umwandeln. Auf Bundesebene werden wir uns für die weitgehende Abschaffung der Leiharbeit einsetzen.

Faire Arbeitsbedingungen lassen sich oft nur durchsetzen, wenn die Einhaltung von Mindestlöhnen und Tariftreue auch kontrolliert werden. Wir fordern eine Stabstelle “Faire Arbeitsbedingungen” im Arbeitsressort, die sich um die Umsetzung und Kontrolle
der Vorgaben kümmert.

Eine verla ssliche soziale Infrastruktur ist fu r die Gesellschaft und unsere Städte unverzichtbar. Doch die Arbeitsbedingungen sind in diesen Bereichen ha ufig noch schlecht. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Beschäftigten der Träger nach den Tarifverträgen der öffentlichen Hand bezahlt werden. Bei der Refinanzierung der Arbeit der freien Tra ger sind auch jene Kosten zu beru cksichtigen, die den freien Tra gern durch die Arbeit der bei ihnen gebildeten Betriebsra te entstehen.

Bei **landeseigenen Unternehmen** und u berall dort, wo das Land und die Stadtgemeinde Bremen die Arbeitsbedingungen der Bescha ftigten direkt beeinflussen kann, setzen wir
uns weiter fu r sichere und tariflich bezahlte Beschäftigung ein. Wir wollen, dass alle Tochterfirmen aller öffentlichen Unternehmen tarifgebunden werden. Wir wollen Tarifbindung fu r alle Landesbeteiligungen und eine zumindest schrittweise Angleichung des Tarifniveaus von Tochterunternehmen landeseigener Unternehmen oder anderer Landesbeteiligungen an das Tarifniveau ihrer jeweiligen Mutter- unternehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Mitarbeiter im Jobcenter gleich bezahlt werden, unabhängig davon, ob sie bei der Bundesagentur oder bei der Kommune angestellt sind.

Schutz vor Diskriminierung, Realisierung von Gleichstellung im Erwerbsleben

Viele Frauen gehen zwar bereits einer Erwerbstätigkeit nach, allerdings häufig zu reduzierter Arbeitszeit und oftmals in Branchen mit geringerer Entlohnung. Hier gilt es, das Rollenverständnis zwischen Frauen und Männern in den Fokus zu rücken und die Rahmenbedingungen zu stärken, die die Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit
erleichtern. Dazu gehört im Wesentlichen die Sicherstellung einer flexiblen Kinderbetreuung

Es ist notwendig, Frauen zu ermöglichen, in besser bezahlten Arbeitsmarktsegmenten Fuß zu fassen und berufliche Nachteile, die durch die Familienphase entstehen auszugleichen und den Wiedereinstieg zu erleichtern. Im Zuge der Transformationsprozesse ist es wichtig, frühzeitig für MINT-Berufe zu sensibilisieren
und die traditionellen Rollenbilder bereits bei der Berufswahl aufzubrechen.

Projekte wie F.IT – Frauen in IT soll verstetigt werden, um in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und der Digitalbranche Frauen für die IT Branche zu

gewinnen und zu qualifizieren. Gleiches gilt für die Vernetzungsplattform Avanja– die
digitale Plattform zur Gewinnung von Frauen als Fachkräfte für die IT-Branche.

Für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, die ihre Beschäftigung in einer von der Corona-Pandemie direkt oder indirekt betroffenen Branchen verloren haben, hat
das LINKE Arbeitsressort, die Programme PAM und PAF entwickelt und umgesetzt, um Perspektiven in zukunftsfähigen Arbeitsgebieten, wie z.B. in Schulen und KITAS zu eröffnen. Diese Programme sollen verstetigt und ausgeweitet werden.

Die im Rahmen der vom Arbeitsressort entwickelten Landesstrategie Gendergerechtigkeit
und Entgeltgleichheit beschriebenen Maßnahmen sollen mit Mitteln hinterlegt und so zur Umsetzung gebracht werden. Dazu gehören Pilotprojekte zur Verbesserung der Situation von Frauen ebenso wie die Aufstockung der EFRE Mittel für diesen Bereich. Auf Bundesebene werden wir uns für die Weiterentwicklung des Gleichstellungsgesetzes einsetzen.

Wir werden die bereits in der letzten Legislatur geschaffenen Projekte zur Unterstützung von **Alleinerziehenden.** Dazu gehört die flexible Kinderbetreuung ebenso wie Beratungsangebote zur Orientierung und Vorbereitung auf Maßnahmen. Mit der LINKEN
wir es mehr Projekte wie Kinderbetreuung mit dem Jobcenter geben und auch Angebote wie VIA und MOKI werden ausgebaut. In diesem Kontext werden wir die Angebote für alleinerziehende Frauen aus afrikanischen Ländern evaluieren und ggf. ausweiten

Auf dem Arbeitsmarkt erfahren Menschen mit Migrationshintergrund immer noch viel Diskriminierung. Um allen Menschen in Bremen die gleichen Perspektiven zu ermöglichen, muss die Förderung der spezifischen Chancen und Potenziale von Menschen und Gruppen mit Migrationshintergrund, z. B. bei Unternehmensgründungen, Netzwerken, Bildungsressourcen und kulturellem Kapital gestärkt werden. Spezifische Zugangshindernisse und Diskriminierungen müssen angegangen und überwunden werden. Der
Erwerb von erforderliche Sprachkompetenzen soll bei allen Förderprogrammen von Anfang
an mitgedacht werden. Um alle Menschen zu erreichen werden wir die Zahl der bereits in vielen Projekten erfolgreichen eingesetzten Sprachmittler erhöhen.

Beschaftigte, die ihren Wohnsitz in einem anderen EU- Land haben und im Rahmen der Arbeitnehmerfreizugigkeit hier arbeiten, haben es besonders schwer, ihre Arbeitsrechte und die ihnen zustehende Bezahlung durchzusetzen und einzuklagen. Die »Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle fur mobile Beschaftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung« (MoBA) ist eine wichtige Errungenschaft, um Beschaftigte zu unterstutzen. Wir wollen sie ebenso wie die unabhangige Beratungsstelle »Antidiskriminierung am Arbeitsplatz« (ADA) verstetigen und dauerhaft finanziell absichern

Vereinbarkeit von Leben und Beruf, neue Arbeitsformen

Die Menschen wollen zunehmend ein ausgewogenes Verhältnis von Beruf und Familie. Das geht nur mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und mit Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Wir wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern ein Modellprojekt **4-Tage-Woche** in ausgewählten Betrieben umsetzen und wissenschaftlich evaluieren.

Die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf und der Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuungsangebote sind essentielle Bestandteile der einer gendergerechten Arbeitswelt. Hier müssen die Kapazitäten weiter ausgebaut werden. Auch eine unterjährige Anmeldung muss ermöglicht werden. Die bereits geschaffenen Angebote zur Vereinbarkeit, wie zum Beispiel das Siegel „Ausgezeichnet Familienfreundlich“ des RKW
sollen weiterentwickelt und finanziell abgesichert werden.

Die Arbeitswelt verändert sich massiv und vor allem junge Menschen entwickeln ein neues Verhältnis zur Arbeit. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bekommen einen immer größeren Stellenwert. Flexible Arbeitszeiten und Teilzeit gehören in modernen Unternehmen zum Standard. Um die Generation Z für sich zu gewinnen, müssen die Unternehmen sich verändern. Auf diesem Weg wollen wir die Unternehmen begleiten. Remote Work und Nutzung von Plattformen muss neu gestaltet werden, auch und vor allem, um einer Entgrenzung der Arbeit vorzubeugen. .

Wir müssen das Arbeitsrecht reformieren und auf der einen Seite mehr Flexibilität ermöglichen und auf der anderen Seite die Beschäftigten vor Selbstausbeutung schützen. Dafür braucht es entsprechende Initiativen im Bund und Förderprogramme auf Landesebene für die Organisationsentwicklung in den Unternehmen.

Mehr als jede*r zehnte Erwerbsta□tige ist inzwischen als Soloselbststa□ndige*r ta□tig, besonders in der Kreativwirtschaft, dem Bildungssektor und in neuen digitalen
Bescha□ftigungsformen. Ha□ufig gelingt es diesen Soloselbsta□ndigen nicht, Einnahmen zu erwirtschaften, die den Lebensunterhalt decken, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung zu bezahlen oder gar fu□r das Alter vorzusorgen.

Wir setzen uns dafu□r ein, auch in diesem Bereich unsichere Arbeit, Ausbeutung und Scheinselbststa□ndigkeit zuru□ckzudra□ngen. Wir unterstu□tzen die Entwicklung und Festschreibung von branchenspezifischen Mindesthonoraren sowie von Mustervertra□gen mit Standardregelungen, um die Interessen der Auftragnehmer:innen bei Fragen wie Materialkosten, Ausfallhonorar oder Versicherung abzubilden.

Eine besondere Herausforderung stellt das sogenannte Gig-Working dar: Soloselbststa□ndige erbringen dabei u□ber digitale Plattformen vermittelte Dienstleistungen, wie etwa Essenslieferdienste. Wir wollen Interessenvertretungen fu□r die Gig-Worker:innen der unterschiedlichen Plattformen fördern. Außerdem soll gepru□ft werden, ob o□ffentliche oder selbstorganisierte Vermittlungsplattformen geschaffen werden ko□nnen, die unserio□se private Anbieter ersetzen und die Einhaltung von Mindestkonditionen sicherstellen.

Antrag W 14: 14. Ausbildung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

14. Ausbildung

Ausbildungskrise beenden: Fu?r ein Recht auf Ausbildung

Die Ausbildungsplatzlu?cke in Bremen wa?chst seit Jahren. Nur etwa ein Drittel der Schulabga?nger*innen im Land Bremen tritt eine duale Ausbildung an.

Viele Bremer Unternehmen entziehen sich ihrer Verantwortung auszubilden. Weniger als die Ha?lfte aller ausbildungsberechtigten Betriebe bilden aus. Die Jugendarbeitslosigkeit in Bremen ist mit neun Prozent doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Ho?chste Zeit zu handeln! Wir wollen, dass jeder Jugendliche eine
Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält.

Wir wollen Unterstu?tzungsangebote ausbauen, die den jungen Menschen als Hilfe dienen, erfolgreich durch die Ausbildung zu gehen.

Große Betriebe müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Ausbildung gerecht werden und kleine Betriebe benötigen Unterstützung, vor Allem wenn sie auch Auszubildenden mit größeren Herausforderungen eine Chance geben.

Darum wollen wir den vom Linken Arbeitsressort entworfenen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds in die Realität umsetzen. Der Fonds, in den alle Betriebe einzahlen,
dient der Unterstützung und der Qualität der Ausbildung und damit allen Betrieben. Es
müssen mehr Jugendliche ausgebildet werden, auch die, die bisher keine Chance bekommen haben. In einem solidarischen System zahlen die großem mehr als die kleinen und die nicht ausbildenden für die ausbildenden Unternehmen. Dazu soll ein Unterstützungsangebot aus Sprachkursen, fachspezifischen Angeboten, sozialpädagogischer Betreuung und überbetrieblicher Ausbildungskooperationen aufgebaut werden. Wir brauchen vorbereitende und begleitende Maßnahmen, damit die duale Ausbildung unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgreich
sein kann.

Jugendliche besser unterstützen

Wir wollen sicherstellen, dass alle Schüler*innen ab der 8. Klasse Angebote zur Berufsorientierung und Praktika erhalten. Hierbei wollen wir neben den Angeboten der Agentur für Arbeit auch vermehrt Träger*innen einsetzen und innovative Formate ausprobieren.

Die in der letzten Legislaturperiode in Kooperation mit der Wirtschaft entwickelten Berufsparcoure sollen verstetigt und auf alle Bremer Schulen ausgeweitet werden.

Wir wollen die Qualität der Schulbildung kontinuierlich verbessern, aber mit den klassischen Mitteln der Berufsorientierung erreichen wir nicht alle Jugendlichen. Ob noch in oder auch nach der Schule. Wir wollen die sehr erfolgreiche aufsuchende Beratung ausbauen und stärker mit Partner*innen in den communities zusammenarbeiten. Durch die muttersprachliche Ansprache in den Communities können wir ein zusätzliches Potential an jungen Menschen für die Ausbildung gewinnen und so neue Perspektiven schaffen.

In Bremen gibt es eine zunehmende Zahl von Jugendlichen, die in ihrer Ausbildung erfolgreich sind und von den Betrieben gerne als feste Mitarbeiter*innen eingestellt werden wollen. Oft scheitern diese Jugendlichen in der theoretischen Prüfung aufgrund
der nicht ausreichenden Sprachkenntnisse. Wir wollen durch sprachsensiblere Prüfungen
dafür sorgen, dass talentierte Azubis auch einen Abschluss bekommen und nicht an ein paar umständlichen Formulierungen scheitern.

In der vorangegangenen Legislaturperiode haben wir die Jugendberufsagentur verbessert und den Bereich der Kommunikation durch Social Media Maßnahmen gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, um die Ausbildungsquote erhöhen und enger mit den außerbetrieblichen Ausbildungsverbünden verzahnen.

Wir haben das erste Azubiwohnheim auf den Weg gebracht. Außerdem können Azubis nun für 30 Euro im Monat mit Bus und Bahn fahren. Um die Situation für Auszubildende zu verbessern, sollen weitere Projekte zur Unterbringung von Azubis auf den Weg gebracht
werden.

Duale Ausbildung stärken und weiterentwickeln

In der letzten Legislaturperiode haben wir über fünfhundert zusätzliche Ausbildungsplätze im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildungsverbünde in Bremen und Bremerhaven geschaffen. Dadurch konnte in der Pandemie vielen Jugendlichen eine Perspektive geboten werden. Wir wollen das erfolgreiche System weiterentwickeln damit
noch mehr Auszubildende aus den Verbünden in Betriebe wechseln.

Wir wollen den Frauenanteil in der dualen Ausbildung verbessern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass mehr Angebote für Teilzeitausbildung geschaffen werden. Damit können mehr Menschen, die Kindern betreuen oder Angehörige pflegen, für die duale Ausbildung gewonnen werden. Projekte zur Stärkung der geschlechteruntypischen Ausbildung, bestärken junge Menschen eine geschlechteruntypische Ausbildung zu beginnen. Diese Aktivitäten wollen wir ausbauen.

Insbesondere für die Bereiche Pflege und Erziehung benötigen wir in den nächsten Jahren viele neue Fachkräfte. Die fachschulische Ausbildung soll gebührenfrei und vergütet sein. Um die Attraktivität zu erhöhen und die Anwärter*innen mit anderen

Berufsausbildungen gleichzustellen, sollen fachschulische Ausbildungen teilweise in duale Ausbildung überführt werden.

Antrag W 15: 15. Häfen und maritime Wirtschaft

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

15. Häfen und maritime Wirtschaft

Häfen und maritime Wirtschaft nachhaltig und gerecht gestalten

Die Logistikwirtschaft ist nicht zuletzt durch den Hafen ein zentraler Wirtschaftsfaktor für Bremen. Tausende von Menschen arbeiten hier in alle Qualifikationsniveaus. Durch die Krisen der vergangenen Jahre ist auch diese Branche stark gefordert gewesen. Durch den starken nationalen und internationalen Wettbewerb ist die Logistikbranche gefordert sich zunehmend zu digitalisieren und auf Veränderungen zu reagieren. Daher werden wir die Modernisierung vorantreiben und Möglichkeiten der Kooperation mit Häfen wie Hamburg fördern. Die teilweise in die Jahre gekommenen Infrastrukturen der Häfen wie z.B. die Kajen müssen den Erfordernissen angepasst und erneuert werden, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben und so Beschäftigung zu sichern.

Für das Land Bremen ist es von zentraler Bedeutung, in der deutschen Logistikbranche weiterhin eine herausgehobene und führende Rolle zu spielen. Das Ziel, Logistikketten
schnellstmöglich sozial und klimaneutral zu gestalten, ist dabei nur mit einem Zusammenspiel der Norddeutschen Seehäfen zu erreichen. Die Stadt Bremen ist dabei zentraler Logistikstandort für die drei wichtigsten norddeutschen Seehäfen: Hamburg, Wilhelmshaven und Bremerhaven.

Mit der konsequenten Fortführung der „Greenport Strategie“, den festgelegten Zielen zur Dekarbonisierung der BLG Logistics Group, dem hohen schienengebunden Verkehrsanteil der bremischen Häfen, den anwendungsbezogenen Wasserstoffprojekten in Bremerhaven, den Kompetenzen im Off-Shore-Windanlagenbereich und dem Beschluss für ein Kompetenzzentrum für „faire Logistik“, haben wir gute Voraussetzungen geschaffen.

Nun heißt es diesen Weg konsequent fortzuschreiben, wobei auch schwierige Entscheidungen mit grundlegenden Zielkonflikten zu treffen sind.

Wir lehnen die Weservertiefung bis nach Brake aus klima- und umweltpolitischen Gründen klar ab. Die Planfeststellung auf Grundlage des

„Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetzes“ untergräbt die Hoheit der zuständigen Länder, wie wollen sie verfassungsrechtlich hinterfragen.

Die geplante und beantragte Vertiefung der Außenweser auf 13,5 m Fahrrinnentiefe hat erhebliche ökologische Auswirkungen und wird bereits dazu führen, dass z.B. Sturmfluten sich stärker bis nach Bremen auswirken. Eine weitere Vertiefung über diese Maßnahme hinaus kommt daher nicht in Frage.

Wir fordern eine norddeutsche Hafenkooperation, deren Ziel es sein muss, die gesamten
Logistikketten vom Hersteller, über die Seehäfen, bis zu den Endkunden schnellstmöglich klimaneutral zu gestalten.

Die Sanierung der Bremer und Bremerhavener Hafenkajen, die Modernisierung der Hafenumschlagsinfrastruktur und der Ausbau der schienengebunden Verkehrsanteile sind zentrale Aufgaben, die dringend angegangen werden müssen.

Trimodale Wirtschaftsstandorte, die LKW-, Zug- und Schiffsverkehre optimal miteinander verbinden, sind dabei zu stärken, zu sanieren und auszubauen. Dies gilt insbesondere für den Holz- und Fabrikenhafen und der Verzahnung vom Gewerbegebiet GVZ
in Strom und dem Neustädter Hafen.

Nach dem vernünftigen Ende der OTB (Offshore-Terminal-Bremerhaven)- Planungen in Bremerhaven, sind die weiteren Entscheidungen für weitere wasserseitige Verkehrsanbindungen und zukünftiger ökologisch ausgerichteter Gewerbegebiete, zu treffen.

Die BLG muss als weltweiter Konzern eine Vorreiterrolle von der Entwicklung sozialer und klimaneutraler Lieferketten einnehmen. Dabei ist neben Aspekten sozial-ökologischen Standards der gesamten Lieferketten, eine besondere Verantwortung für gute, faire und tariflich abgesicherte Arbeit im gesamten Bereich des Konzerns zu legen. Die qualifizierten Arbeitsplätze in den Hafenbetrieben müssen sicher sein und dürfen nicht gefährdet werden. Überstunden dürfen nicht die Regel sein und müssen durch ausreichendes Personal abgefedert werden. Tarife müssen den Lebenshaltungskosten angepasst werden. Sicherheitsstandards in den Häfen zeugen von Qualität und sind gleichermaßen eine Qualitätsgarantie für die Umschlagsbetriebe. Wir
unterstützen die Betriebsräte in den Hafenbetrieben, die sich für die Sicherheit der Hafenarbeiter*innen einsetzen.

Die Lieferketten der Zukunft müssen auf die Aufgabe der kompletten Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Um diesen Prozess zu unterstützen, muss nun schnellstmöglich das „Zentrum für Faire und nachhaltige Logistik“ auf- und ausgebaut werden.

Gerade auch die Schifffahrt muss fair und klimaneutral aufgebaut werden. Dafür setzen
wir uns als Werftenstandort für die Förderung von klimaneutralen Antrieben ein und schaffen die notwendigen Versorgungsinfrastrukturen in unseren Häfen. Dazu gehört

aber ein fairer Umgang mit den internationalen Seeleuten. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Reeder nur noch staatliche Unterstützungen bekommen, wenn
sie tatsächlich unter deutscher Flagge fahren. Ebenso setzen wir uns dort für ein internationales Regierungsabkommen ein, das eine echte Verbindung zwischen der Flagge, unter der ein Schiff fährt, und der Nationalität oder dem Herkunftsland seiner Eigentümer, Verwalter und Besatzungen verlangt. Damit würde das Billigflaggensystem vollständig ausgelöscht.

Wir wollen und werden die Chancen auf dem Weg zur Klimaneutralität für Bremen und Bremerhaven nutzen, für mehr und gute Arbeitsplätze. Klimaschutz, faire Arbeitsbedingungen und Bekämpfung der Armut gehören für uns zusammen.

Antrag W 16-1: 16. Frauen und Gleichstellung Teil 1: bis Pflegende Angehörige

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

16. Frauen und Gleichstellung

Feminismus heißt gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Corona-Pandemie hat für viele Menschen, die Reproduktions- bzw. Sorgearbeit leisten, zu massiven Doppelbelastungen geführt. Bei der Kinderbetreuung tragen nicht nur Alleinerziehende, welche zu über 90% Frauen sind, diese Last, sondern auch in Zwei-Eltern-Familien wird diese Last vor allem von Frauen getragen. Die Pandemie hat viele Errungenschaften der Gleichstellung umgekehrt, also dazu beigetragen, dass Frauen vermehrt für unentgeltliche Arbeit im Bereich der Reproduktions- und Sorgearbeit zuständig sind.

Feminismus heißt: Gleicher guter Lohn, selbstbestimmte Zeit, gleiche Rechte und Chancen

Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern sind kein Auslaufmodell, sondern haben in den letzten Jahren zwischen Pandemie und anderen Krisen wieder zugenommen: Einkommen und Vermögen, Jobs, Freizeit, Zugänge und Möglichkeiten wie auch Lasten und
gesellschaftlich notwendige Arbeit sind zwischen den Geschlechtern massiv ungleich verteilt. Das wollen wir ändern.

Wir setzen uns für die Umsetzung einer ressortübergreifenden **Strategie gegen Entgeltungleichheit** im Land Bremen ein. So sehr es für Lohngerechtigkeit andere

Bundesgesetze braucht, so sehr treiben wir in Bremen und Bremerhaven die nötigen Weichenstellungen und Instrumente voran: ausreichend gute Kitaplätze, verstärkte Tarifbindung, Lohn- und Steuergerechtigkeit, partnerschaftliche Familienpolitik, lebenslange Ansprüche auf zeitgemäße Qualifikation und Weiterbildung für alle.

Die Erwerbsquote von Frauen in Bremen und Bremerhaven liegt mit rund 70 Prozent bundesweit hinten und deutlich unter der Erwerbsquote von Männern. Dahinter steht eine Rollenverteilung, die in Bundesländern mit klassischer Industriestruktur gewachsen ist, aber nicht mehr den Transformationen dieser Zeit entspricht, hier müssen wir ran: mit dem Aufbau neuer Jobs in Zukunftssektoren und der Unterstützung von Erwerbsbiografien, in denen ausreichend Raum für Familie und Privates, für bezahlte Qualifizierung, Auszeiten und Neuorientierung ist. Es braucht eine höhere Beschäftigungs- und Qualifizierungsquote von Frauen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, in Fach- und Führungspositionen, die Förderung der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf, geschlechtergerechte und inklusive Unternehmenskulturen.

Branchen und Berufsfelder mit überdurchschnittlichem Frauenanteil wie z.B. die Pflege wollen wir umfassend aufwerten. Die Arbeitsbedingungen wurden über Jahrzehnte vielfach kaputtgespart und sind Grund für unfreiwillige Teilzeit oder „Flucht aus der Pflege“. Dieses Missverhältnis müssen wir aufbrechen und bessere Arbeitsbedingungen dort schaffen, wo zunehmend Unterbezahlung und Überlastung herrschen, oft sind das Bereiche mit hohem Frauenanteil. Es braucht eine bedarfsgerechter Personalbemessung, eine angemessene Entlohnung in der Pflege, in Reinigungsdiensten, den Sozial- und Erziehungsberufen, für Hebammen, in Gastronomie und Einzelhandel.

Um die **Gleichstellung in Betrieben** weiter voranzubringen, ist die Stärkung von Frauen in Betriebsräten (z.B. durch Bildungs- bzw. Mitbestimmungsprogramme) und die Einrichtung von Gleichstellungsausschüssen wichtig. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, das Betriebsverfassungsgesetz dahingehend zu ändern, dass die Einrichtung von Gleichstellungsausschüssen verpflichtend wird.

Die derzeitige Ausgestaltung des Steuersystems für Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften verfestigt über die Anreize des Ehegattensplittings traditionelle Rollenbilder und „Alleinernährer“-Modelle, mehrheitlich zulasten der Erwerbsquote von Frauen mit Folgen bis hin zur Rente. Wir wollen das Ehegattensplitting durch ein **Realsplitting** ersetzen, wo beide Ehepartner*innen individuell mit übertragbarem Grundfreibetrag veranlagt werden. Gleichzeitig setzen wir uns weiter für die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit ansteigenden Sozialversicherungsbeitragssätzen bis zur Höhe von 1.800 Euro monatlich brutto ein.

Feminismus heißt: Unbezahlte Arbeit vergesellschaften

Unbezahlte Arbeit ist zwischen den Geschlechtern extrem ungleich verteilt. Ohne

Reproduktions- bzw. Sorge-Arbeit, ob hauptverantwortliche Tätigkeiten in Familie und Haushalt, in Nachbarschaft und Beziehungen, bei der Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen, geht nichts, aber die entsprechende Anerkennung und politische Unterstützung fehlt. Die Organisation unseres privaten und familiären Zusammenlebens,
die Reproduktion unseres Daseins und „Funktionierens“ wird nachweislich überwiegend –
traditionell selbstverständlich und unsichtbar – von Frauen erbracht. Wer Verantwortung für Sorge- und Care-Arbeit übernimmt, also pflegt, erzieht und aufräumt, Familiäres regelt, ansprechbar für die Aufgaben des sozialen Zusammenhalts ist, bezahlt dafür mit beruflichen Nachteilen, der Abwertung von Kompetenzen und Fähigkeiten, Zeit- und Vereinbarkeitsdruck, dem ständigen Gefühl, doppelte Anforderungen oder Daueraufgaben alleine zu tragen. Wir akzeptieren diese Abwertung sorgender, unbezahlter Arbeit nicht.

Neben besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleichen Löhnen für gleichwertige
Arbeit und die Aufwertung der Berufe und Arbeitsbereiche, in denen überwiegend Frauen
tätig sind, möchte DIE LINKE dafür sorgen, dass Reproduktions- bzw. Sorge-Arbeit aufgewertet und gerechter verteilt wird.

Für ein gutes Leben braucht es nicht nur Geld, sondern auch Zeit, weswegen wir perspektivisch eine **30-Stunden-Woche** mit einem Lohnausgleich fordern, der ein gutes Leben sichert und vor Armut bis zur Rente schützt. Es braucht ein neues „Normalarbeitsverhältnis“. Eine Abkehr von der 40-plus-Stunden-Woche, wie beispielsweise die 35-Stunden-Woche für Pflegekräfte in Krankenhäusern der Gesundheit
Nord, wäre auch ein Beitrag gegen Fachkräftemangel, Burn-Out-Erkrankungen und Arbeitslosigkeit. Umfragen bestätigen, dass sich viele Erwerbstätige im Land Bremen eine Arbeitszeitverkürzung wünschen, während andere in geringer Teilzeit mehr bezahlte Stunden benötigen – eine 30- bis 35-Stunden-Woche wäre hier die Lösung.

Pflegende Angehörige

Für diejenigen, die besonders viel Sorge und Verantwortung für andere übernehmen, muss es besondere Unterstützung geben. Fast 70 Prozent der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Sie helfen aus, wenn sich Pflegebedürftige professionelle Pflegekräfte nicht leisten können oder es zu wenige Angebote gibt. Sie reduzieren ihre berufliche Arbeitszeit oder geben ihre Jobs ganz auf, mangelnde gesellschaftliche Teilhabe und weibliche Altersarmut sind vorprogrammiert.

Wir fordern deshalb als **Entlastung für pflegende Angehörige** eine Stärkung und den Ausbau der professionellen Pflege sowie einen Ausbau wohnortnaher und professioneller
Beratung und Betreuung in Form von Sorge-Zentren.

Insbesondere durch die Umsetzung eines Konzepts **"Pflege im Quartier"** soll diese Entlastung wohnortnah sein und sich flexibel an tatsächliche Lebensverhältnisse

anpassen lassen. "Pflege im Quartier" soll unter anderem die Unterstützung Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger und Nachbar*innen im Quartier, die Einführung flächendeckender präventiver Hausbesuche als Angebot für Senior*innen und die Ausweitung des Angebots der Pflegestützpunkte beinhalten. Zudem wollen wir Kurzzeitpflegeplätze in Bremen und Bremerhaven ausbauen, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Antrag W 16-2: 16. Frauen und Gleichstellung Teil 2: Alleinerziehende stärken bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Alleinerziehende stärken

Besonders häufig ist die wachsende Gruppe der Alleinerziehenden von prekären Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung betroffen. Über 90 Prozent der Alleinerziehenden in Bremen sind Frauen. Mehr als jede vierte Familie mit Kindern unter 18 Jahren ist alleinerziehend. Deutlich über die Hälfte aller Alleinerziehenden
bezog 2020 Leistungen nach SGB II. Diese Schieflage hat gravierende Auswirkungen auf Bildungserfolg, Teilhabe und Lebenschancen und signifikant häufig negative gesundheitliche Folgen.

In der Corona-Pandemie standen Alleinerziehende durch den Wegfall von Kinderbetreuungsangeboten unter besonders hohem Druck. Alleinerziehende geflüchtete Frauen stehen zusätzlich vor der Herausforderung, sich in einem fremden Land ohne Unterstützungsnetzwerk zu orientieren, die Sprache zu lernen, mit der Unsicherheit des Aufenthalts umzugehen und sich gleichzeitig um ihre Kinder zu kümmern und ihnen Halt zu geben. DIE LINKE will **bestehende Landesprogramme für Alleinerziehende fortsetzen** und erweitern und so das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen ermöglichen, noch mehr Teilzeitausbildungen ermöglichen und langfristige Begleitung und Beratung gewährleisten. Die Aufnahme von Erwerbsarbeit wollen wir durch Kinderbetreuung über die üblichen Betreuungszeiten hinaus sowie durch die unterjährige Aufnahme von Kindern in die Kinderbetreuung absichern. Für geflüchtete Alleinerziehende wollen wir bestehende zielgruppenorientierte Angebote ausbauen und neue schaffen, um Spracherwerb und berufliche Qualifizierung möglichst niedrigschwellig zu unterstützen.

Um diejenigen zu unterstützen, die besonders viel unbezahlte Arbeit leisten, wollen wir eine **Care-Karte** einführen, mit der diese Personen bevorzugte oder vergünstigte Zugänge zu sozialen Angeboten bekommen sollen - wie zum Beispiel ein Vorrecht auf

wohnortnahe Kitabetreuung, aber auch Vergünstigungen für soziale und kulturelle Einrichtungen.

Feminismus heißt: Gegen Gewalt, für sexuelle und körperliche Selbstbestimmung

Gewalt, Sexismus und sexuelle Belästigung sind für Frauen und queere Menschen viel zu
oft alltägliche Realität. Gerade im häuslichen Bereich, wo eigentlich Vertrauen, Schutz und Geborgenheit herrschen sollten, ist die Zahl der von Gewalt betroffenen Frauen am höchsten – Tendenz steigend. Aber auch am Arbeitsplatz sind sexuelle Übergriffe weit verbreitet. Prävention von Sexismus und Gewalt beginnt in Kitas und Schulen. Dazu gehören eine stärkere Aufklärungsarbeit und die regelmäßige Auseinandersetzung mit Sexismus und Rollenklischees. Dazu gehört eine gezielte Verbesserung von Bundesgesetzen zum Schutz gegen digitale Gewalt sowie die Steigerung
von Medienkompetenz. Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Ausbildung, insbesondere in den sozialpädagogischen Berufen und als verpflichtender Bestandteil für alle Lehrberufe. Diese Bildungsinhalte müssen eine kritische Reflexion traditioneller Rollenverständnisse ebenso einschließen wie eine Sexualaufklärung, die
geschlechtliche Vielfalt umfasst.

Istanbul-Konvention

Das Land Bremen soll Femizide, also frauenfeindliche Tötungen von Frauen durch Männer
- aufgrund dem Verständnis von hierarchischen Geschlechterverhältnissen und männlichen Dominanzansprüchen - auch als solche benennen und sich auf Bundesebene für
eine unabhängige Beobachtungsstelle einsetzen. Wir werden uns daher weiterhin für eine schnelle Umsetzung der im Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vorgeschlagenen Maßnahmen einsetzen. Dazu gehören das Schaffen verpflichtender Schulungen für die betroffenen Institutionen, wie auch der Ausbau von
Frauenhausplätzen und das Einsetzen eines wirksamen Risikomanagementsystems.

„Nein heißt nein“

Um Vergewaltigungen und andere Sexualstraftaten besser verfolgen zu können, hat die Landesregierung unter unserer Federführung die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung ausgebaut, bei der Betroffene Beweise sichern können, bevor sie sich zu einer Anzeige gegen den oder die Täter entscheiden. Dieses Angebot wird nun auch auf andere Gewaltstraftaten ausgeweitet uns sollte noch bekannter gemacht werden.

Bei Sexualdelikten soll bei Polizei und Justiz besondere Sensibilität im Sinne der Betroffenen geschult und umgesetzt werden. Hier sind u.a. die lokalen Projekte von Schattenriss wichtig und müssen ebenso wie Angebote der präventiven Täterarbeit verstetigt und ausgebaut werden. GBL und andere sogenannte K.o.-Tropfen müssen konsequent als Betäubungsmittel eingestuft und verboten werden.

Das Land Bremen braucht **mehr Frauenhausplätze** und auch die Berücksichtigung spezieller Bedarfe. Für Frauen mit minderjährigen Söhnen braucht es genauso Angebote wie für Betroffene von Zwangsprostitution und Menschenhandel. Wir wollen eine zentrale Vergabestelle für Frauenhausplätze schaffen, um Betroffenen einen niedrigschwelligen und unkomplizierten Zugang zu ermöglichen. Wir wollen die Schaffung von Schutzräumen, Beratungsangeboten und Notschlafstellen für wohnungslose,
suchtkranke und sich prostituierende Frauen weiter vorantreiben. Es braucht auch eine
akzeptierende Anlaufstelle für wohnungslose suchtkranke Frauen, die im bisherigen Hilfesystem nicht aufgefangen werden. Diese Hilfsangebote müssen so finanziert sein, dass diese Frauen professionell unterstützt werden können. Für diese Angebote bauen wir auf eine Trägerstruktur aus bestehenden und neuen Organisationen. Um diese Personengruppe vor Gewalt im Alltag zu schützen, braucht es einen kostenlosen Zugang zu Toiletten und Duschen. Zur besseren **Beratung und Unterstützung von Sexarbeiter*innen** fordern wir eine sichere Ausfinanzierung von Nitribitt e.V. und der
Beratungsstelle MARIE in Bremerhaven ein.

Für geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrungen wollen wir **bedarfsgerechte Schutzeinrichtungen** gewährleisten und angemessene medizinische und psychologische Versorgung absichern. Wir kämpfen weiterhin für ein uneingeschränktes Bleiberecht dieser Frauen. Wir fordern Schulungen beim Jobcenter und dem Amt für Soziale Dienste zum Umgang mit Gewaltbetroffenen.

Zum Schutz von Frauen und queeren Menschen in der Öffentlichkeit setzen wir uns für die verlässliche Finanzierung der Awareness-Arbeit im Viertel und darüber hinaus ein.
Auch in Bremerhaven braucht es Strukturen, die hilfesuchenden Personen auf Veranstaltungen und im Nachtleben die Möglichkeit geben, eine Anlaufstelle zu finden,
die unabhängig von der Polizei und anderen staatlichen Institutionen Unterstützung im
Fall von Grenzüberschreitung, Diskriminierung und Gewalt da ist.

Feminismus heißt: Sorgende Städte Bremen und Bremerhaven - eine Infrastruktur für alle

Die Reproduktions- und Sorgearbeit, also beispielweise Pflege, Kinderbetreuung oder Assistenz, muss zwischen den Geschlechtern gerechter verteilt sein. Um eine öffentliche und demokratische Versorgung zu gewährleisten, muss die **Reproduktions- bzw. Sorgearbeit im Zentrum des politischen Handelns stehen.** Reproduktions- und Sorgearbeit soll sich durch gemeinschaftliche Organisierung und gezielte kommunale Angebote auszeichnen, um Geschlechterungerechtigkeit zu bekämpfen. Es braucht eine Verschiebung aus dem privaten, traditionell feminisierten Bereich.

Städte müssen gute Sorgearbeit in den Fokus nehmen: Quartiersnahe Gesundheit muss sich in kommunalen Gesundheits- und Sorgezentren zeigen. Dort sollen neben der

Sicherung der gesundheitlichen, interdisziplinären Versorgung, Angebote der Selbsthilfe und Interessensvertretung sowie Vernetzungsorte und Beratungsangebote geschaffen werden. Die dort angestellten Sorgearbeitenden brauchen gute Arbeitsbedingungen, die flexibel und familiengerecht sind. In sogenannten Pflegestützpunkten soll die Beratung von Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörigen ausgebaut werden. Teil dessen muss auch die arbeitsrechtliche Beratung von Menschen sein, die in haushaltsnahen Dienstleistungen tätig sind.

Die Stadtplanung in Deutschland beruht in erster Linie auf einer überholten, patriarchalen Norm. Dies wollen wir ändern. Zum Beispiel finden wir es wichtig, breitere Fußwege für Kinderwägen oder körperbehinderte Menschen zu bauen, kurze Wege zum Kindergarten oder in die Tagespflegeeinrichtung zu ermöglichen, flächendeckende öffentliche Toiletten zu etablieren und ein Stadtbild zu stärken, dass frei von sexistischer Werbung ist.

Unterstützung von politischem Engagement sowie Angeboten für Mädchen, Frauen und queeren Menschen

Feministische Politik zielt nicht nur auf Gleichstellung in einzelnen Bereichen und Aspekten, sondern auf die **Auflösung von Machtstrukturen**, die Frauen gleiche Teilhabe und eine freie Wahl von Lebensentwürfen verwehren. Dazu gehört ebenso die Erkenntnis,
dass rassifizierte, behinderte oder arme Frauen und queere Menschen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind.

Es braucht Freiräume für Frauen und queere Personen und Vernetzungsangebote für politisches Engagement. Für bestehende Freiräume braucht es eine **Finanzierung, die über befristete Lösungen hinausgeht.** In Bremen und Bremerhaven zählen hierzu Mädchen-
und Frauentreffs und Beratungsinstitutionen (wie Lilas Pause, das Mädchenhaus oder Mädchenkulturhaus). Dazu gehört auch die Erhaltung wichtiger Strukturen, die Sichtbarkeit von Frauen fördern (wie belladonna e.V. oder das Bremer Frauenmuseum). Die Zuwendungen müssen so gestaltet sein, dass die Beschäftigten tarif- und qualifikationsgerecht vergütet werden können. Für projektbezogene Arbeit werden flexible Finanzierungsstrukturen benötigt, die auch außerhalb der Haushaltsverhandlungen erlauben, auf veränderte Bedingungen einzugehen. Die ZGF soll für die gestiegenen Bedarfe zusätzliche Mittel und der Frauenrat eine institutionelle
Förderung erhalten.

Ohne das politische Engagement von Frauen würde einiges stillstehen und vieles nicht benannt, ohne die gleiche Teilhabe der Geschlechter mangelt es an Demokratie und Gerechtigkeit. Frauen sind in politischen Zusammenhängen nicht nur zahlenmäßig unterrepräsentiert, sondern übernehmen auch häufiger “politische Care-Arbeit" und verantwortliche Rollen, die notwendig, aber wenig anerkannt sind: Termine planen, Protokolle schreiben, Moderation, etc. Damit wir mehr Frauen in Politik gewinnen und halten, braucht es eine Unterstützung politischer Kulturen, die für Fragen der Vereinbarkeit, unsichtbare Aufgaben, feministische Themen und Schutzbedürfnisse

sensibel sind und diese stärken. Dafür setzen wir uns in der eigenen Organisation, in der Verwaltung, politischen Bildung sowie auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen Bremens und Bremerhavens ein.

Frauen sind in Parlamenten nach wie vor unterrepräsentiert, insbesondere in Kommunalparlamenten, aber auch im Bundestag und im Bremischen Landtag. DIE LINKE hält am Ziel eines **Paritätsgesetzes** fest, um eine mindestens gleiche Repräsentanz von Frauen in Bürgerschaft, Stadtverordnetenversammlung und Beiräten zu erreichen.

Antrag W 17: 17. Inklusion und Behindertenpolitik

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

17. Inklusion und Behindertenpolitik

Echte Teilhabe für Alle bedeutet für uns, dass auch Menschen mit Behinderungen eine selbstständige Lebensführung in einer barrierefreien Stadt realisieren können. Dafür muss der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent zusammen mit den Betroffenen weiterentwickelt und vom Land ausfinanziert werden.

Barrierefreiheit ist dabei für uns ein Querschnittsthema, dass sowohl im Wohnungsbau, in der Bildung, im Verkehr oder beim Gang zu Behörden zügiger als bislang erreicht werden soll. Alle öffentlichen Stellen müssen dafür verstärkt auf Informationen in Leichter Sprache und auf barrierefreie Webseiten verpflichtet werden.

Die Behindertenvertretungen und -Selbstorganisationen ebenso wie das Behindertenparlament wollen wir stärker fördern und ihre Anliegen im politischen Prozess abbilden.

Ein zentrales Problem ist nach wie vor der exklusive Arbeitsmarkt: Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten bei den Werkstätten weit unterhalb des Mindestlohns, und zwar auch dann, wenn sie wichtige Produkte für große Firmen herstellen. Das wollen wir ändern: Der Mindestlohn muss auch in den Werkstätten für behinderte Menschen gelten.

Die Prozesse zur Feststellung des Schwerbehindertengrades beim Amt für Versorgung in Integration müssen verschlankt und beschleunigt werden. Es darf nicht sein, dass Menschen, die schon eine festgestellte Schwerbehinderung haben, teilweise Monate auf

die Fortschreibung ihres Status warten müssen.

Für Menschen, die sich in einer psychiatrischen Behandlung befunden haben, muss schon
während des Aufenthaltes in der Klinik eine verzahnte Anschlussbetreuung eingerichtet
und abgesichert werden.

In Schulen und KiTas sollen Kinder mit Beeinträchtigungen von gut ausgebildeten und entsprechend bezahlten Assistenzkräften begleitet werden. Die Absenkung von Standards
in diesen Bereichen lehnen wir ab und wollen stattdessen bezahlte Ausbildungsangebote
zur Erlangung von anerkannten Abschlüssen erreichen. In der Abschlussphase sollen an Schulen nach niedersächsischem Vorbild Scouts zur Beratung und Berufsorientierung eingesetzt werden.

Wir wollen ein Schwerhörigengeld nach dem Vorbild anderer Bundesländer einführen.

Antrag W 18: 18. Senior*innen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

18. Senior*innen

In Bremen ist fast ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre oder älter. Diese fast 200.000 Menschen leben in sehr unterschiedlichen Lebenslagen und tragen wichtige Funktionen im Erwerbsleben, Ehrenamt, Familienarbeit und gesellschaftlichem Zusammenhang. Damit sie das können, müssen ihre Bedarfe – bei aller Unterschiedlichkeit - stärker und konsequenter in allen Politikbereichen mitgedacht werden. Vieles, was für Senior*innen wichtig ist, ist für alle gut, aber für Senior*innen besonders dringlich.

Es ist wichtig, die Lebensqualität und die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen im Alter zu sichern und zu stärken. Das fängt mit sehr unmittelbaren Voraussetzungen an: Wege zu Einrichtungen, Verkaufsstellen und wichtigen Bereichen der Versorgung müssen kurz sein und barrierefrei zugänglich gemacht werden. Hierzu gehört auch das Schließen von Mobilitätslücken, durch einen ausgebauten Personennahverkehr. Für Senior*innen sind auch Maßnahmen der Klimaanpassung, wie sonnengeschützte Plätze, Bänke und Trinkbrunnen besonders wichtig.

Teilhabe für Senior*innen fördern

Selbstbestimmung und Teilhabe bedeuten aber auch, Zugang zu modernen Kommunikationsformen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene zu fördern und Berührungsängste mit Technik abzubauen. Damit Digitalisierung als fortschreitender Prozess sinnvoll fortgeführt werden kann, ist es wichtig, niemanden zurückzulassen. Aus diesem Grund wollen wir die digitale Kompetenz älterer Menschen praxisnah und vor
Ort fördern, ohne analoge Zugänge zu Systemen und Institutionen einzuschränken. Digitalisierung darf nicht bedeuten, Generationen abzuhängen. Das Nebeneinander der technischen Nutzungsgewohnheiten erfordert, dass alle die Möglichkeit bekommen, Dienstleistungen der Verwaltung anderweitig – sei es persönlich oder telefonisch – ohne Einschränkung wahrnehmen zu können.

In immer mehr Bundesländern wird das Seniorenmitwirkungsgesetz verankert, auch Bremen
muss hier nachziehen! DIE LINKE unterstützt die Rolle der Landesseniorenvertretung, um die Interessen von Senior*innen besser vertreten zu können. Wir wollen mehr Menschen für das ehrenamtliche Engagement in der Seniorenvertretung motivieren.

Strukturen des Erwerbslebens an die alternde Gesellschaft anpassen

Die Rente mit 67 ist für viele Berufe weit von der gesellschaftlichen Realität entfernt. Eine altersgerechte Gestaltung der Erwerbsarbeit erfordert bessere Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit auf andere Tätigkeiten und Anforderungsprofile zu
wechseln, Angebote zu Weiterbildung auch für Menschen jenseits der 50.

Gleichzeitig darf es keinen Zwang geben, immer länger Erwerbsarbeit zu leisten, um sich das Leben jenseits der Erwerbsarbeit leisten zu können. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Rente mit 65 ein, für bessere Möglichkeiten der Altersteilzeit und für ein auskömmliches Rentenniveau, um den Übergang möglichst selbstbestimmt gestalten und entscheiden zu können.

Lebensleistung honorieren, Altersarmut bekämpfen

Armut im Alter ist nach wie vor eine große Sorge vieler Menschen. Die durchschnittliche gesetzliche Altersrente im Rentenbestand in Bremen betrug im vergangen Jahr 1.240 Euro für Männer und 782 Euro für Frauen. Der Handlungsbedarf ist
groß: gerade für Frauen, denen die Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen als Lücke im Lebenslauf zum Nachteil ausgelegt wird. Der Anteil von Menschen, die auf
Grundsicherungsleistungen im Alter angewiesen sind, steigt obwohl die meisten jahrzehntelang in die Rente eingezahlt haben.

Um die notwendige finanzielle Absicherung zu schaffen und Lebensstandards aufrechtzuerhalten, fordert DIE LINKE auf Bundesebene eine Mindestrente von 1.200 Euro sowie eine Rückkehr der Rentenniveaus auf 53 Prozent. Eine Teilprivatisierung des Rentensystems über eine Aktienrente lehnen wir ab.

Den sozialen Zusammenhalt fördern

Für die Unterstützung des sozialen Zusammenhalts will DIE LINKE generationsübergreifende Wohnformen und Quartiere fördern. Zum Beispiel Mehrgenerationshäuser als Begegnungsstätten für Jung und Alt. Einsamkeit und soziale Isolation waren schon vor der Corona Pandemie ein Problem im Alter und wurden durch diese lediglich noch verstärkt. Um dem entgegenzuwirken braucht es niedrigschwellige Angebote, die ein Miteinander fördern. Dazu gehört die Verstetigung von kulturellen und kreativen Treffs sowie Angebote im sportlichen Bereich.

Auch ehrenamtliche und nachbarschaftliche Hilfen, um Senior*innen weiter in die Angebote in ihrem Quartier einzubinden, müssen gestärkt und finanziell unterstützt werden. Sie sollen in den kommunale Gesundheits- und Sorgezentren angebunden werden.

Immer mehr Menschen leben allein. Einsamkeit im Alter ist ein zunehmendes gesellschaftliches Problem. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir ein breites Angebot an sozialer Infrastruktur sicherstellen, dass Gesundheits- und Sorgezentren, Stadtteilzentren, Beratungsstellen, Senior*innenbegegnungsstätten und Mobilitätsdienste niedrigschwellig und wohnortnah verbindet.

Antrag W 19-1: 19. Bildung und Schule Teil 1: bis Inklusion zum Erfolg verhelfen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Bildung und Schule

Schulreform vorantreiben - Eine inklusive Schule für Alle!

Der seit 2008 in Bremen bestehende Schulkonsens zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien erweist sich zunehmend als Innovationshemmnis für die Schullandschaft. Modellschulen werden verhindert, Schulentwicklung denkt nur in den engen, vom Konsens vorgegebenen Bahnen. Gleichzeitig hat der Konsens den Druck von den Gymnasien genommen, sich weiterzuentwickeln, inklusiv zu arbeiten und Unterricht zu individualisieren. DIE LINKE plädiert deswegen dafür, den Konsens 2028 auslaufen zu lassen. Wir wollen kein Schulsystem, das die soziale Spaltung zementiert. Die Zeit
des Gymnasiums ist vorbei, sie sollen in inklusive Schulen für alle umgewandelt werden.

Dieser Systemwechsel muss ab der kommenden Legislaturperiode vorbereitet werden. Wir schlagen dazu die Einsetzung einer Enquete-Kommission “Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg” vor. Nach dem Vorbild der Klima-Enquete soll eine

solche, paritätisch aus Wissenschaft und Politik besetzte Kommission Vorschläge erarbeiten für eine realistische Zielsetzung und konkrete Maßnahmen im Land Bremen.

Zur Vorbereitung des Systemwechsels gehört auch das vermehrte Ausprobieren neuer pädagogischer Ansätze in Versuchsschulen. Die Gründung einer Jugendschule zur Fortführung der Kinderschule unterstützen wir und halten hier die Ansiedlung in einem benachteiligten Stadtteil für wichtig. Auch ermutigen wir weitere Schulen, sich mit moderner Lernkultur zu profilieren. Unser Ziel ist dabei, die besten und innovativsten Schulen in den ärmsten Quartieren zu etablieren. Es muss einen systematischen Wissenstransfer von den Modellschulen ins allgemeine Schulsystem geben. Wo möglich sollen Grund- und Oberschulen Verbünde auf einem gemeinsamen Campus bilden. Das Institut zur Qualitätsentwicklung (IQHB) soll die Schulen auf dem Weg zu einem besseren Unterricht unterstützen. Wir erwarten, dass es vermehrt auf Grundlage der Datenanalysen Fortbildungsangebote für Schulen und Lehrkräfte unterbreitet.

Wir unterstützen Schulen dabei, überkommene Instrumente wie Hausaufgaben, Klassenarbeiten und Noten zu überwinden und durch moderne Methoden des Lernens, der Prüfung und des Feedbacks zu ersetzen. Durch die Reform des Schulverwaltungsgesetz haben wir in der aktuellen Legislaturperiode die innerschulische Demokratie erheblich gestärkt. Das Gesetz muss nun an den Schulen mit Leben gefüllt werden, hierbei sind vom Land Unterstützungsangebote zu unterbreiten. Wir wollen aber bei dem Erreichten nicht stehen bleibe. Schüler*innen sollen noch intensiver in die Gestaltung des Unterrichtes einbezogen werden. Zu diesem Zweck müssen die Bildungspläne flexibler und moderner gestaltet werden. Wir möchten die Selbstverwaltung der Schulen stärken und den demokratisch gewählten Schulgremien noch weitere Entscheidungskompetenzen geben.

Schulen können aber bereits jetzt einiges selbst entscheiden und wir ermutigen Schulen, verstärkt von diesen Rechten Gebrauch zu machen. Beispielsweise können Schulen den Beginn ihrer Unterrichtszeit selbst gestalten. Die LINKE unterstützt einen Schulbeginn um 9 Uhr für Jugendliche, da dies nachweislich ihrem Schlafrhythmus besser entspricht. Das Raster eines Unterrichts in 45 Minuten-Einhalten ist nicht mehr zeitgemäß und soll erheblich flexibler gestaltet werden. Wir unterstützen insbesondere Grundschulen, jahrgangsübergreifendes Lernen einzuführen und eine offene Schuleingangsphase zu schaffen.

Digitales Lernen ist heute ein selbstverständlicher Teil des Schulalltags. Das Land Bremen hat als erstes Bundesland flächendeckend alle Schüler*innen und Lehrkräfte mit iPads ausgestattet, auch dies ist ein Erfolg der amtierenden Landesregierung. Dieses Programm muss nun ergänzt werden: Auch alle Sozialarbeiter*innen und Assistenzkräfte müssen ein Tablet erhalten. Alle Klassenräume, für die dies gewünscht ist, sollen ein

Smartboard bekommen. Alle Schulen müssen mit Servicestunden für IT-Kräften ausgestattet werden. Wie bei den Kosten für die Endgeräte erwarten wir auch hier, dass sich der Bund im Rahmen eines zweiten Digitalpakts Schule in erheblichem Maße an
den Kosten beteiligt. Wo die Bundesmittel nicht reichen, muss das Land Bremen einspringen. Der Zustand, dass Lehrkräfte IT-Geräte administrieren, statt Unterricht zu gestalten, muss schnell beendet werden. Den Anschluss aller Schulen an ausreichend
Bandbreite und die Ausstattung aller Räume mit WLAN soll zeitnah abgeschlossen werden.

Schulen in benachteiligten Stadtteilen stärken, Kindern eine echte Chance geben

Freier Zugang zu Bildung ist als Menschenrecht ein Kernanliegen linker Politik. Bildung ermöglicht Teilhabe an der Gesellschaft, dem demokratischem Prozess und auf dem Arbeitsmarkt. Dass in Bremen Menschen aufgrund von Armut oder ihrer Migrationsgeschichte von Bildung ausgeschlossen werden, lässt uns keine Ruhe. In Folge der Corona-Pandemie hat sich dieser Prozess nochmals verschärft. Schulschließungen haben die Kinder und Jugendlichen besonders hart getroffen, die vorher schon schlechtere Chancen hatten.

Unser Ziel ist es, diese Kinder besonders zu unterstützen und so einen fairen Zugang zur Bildung für alle zu gewährleisten. Daher müssen vor allem die Schulen besonders gestärkt werden, an denen besonders viele von der Gesellschaft benachteiligte Schüler*innen lernen. Das Land Bremen hat schon erste Schritte in diese Richtung unternommen, die Anzahl der Kinder pro Klasse in den Quartieren mit hoher Armut abgesenkt und den Lehrkräften an diesen Schulen zusätzliche Arbeitszeit für Elternarbeit zur Verfügung gestellt. Unter unserer Regierungsbeteiligung hat Bremen angefangen, an Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen die Doppelbesetzung mit einer zweiten Fachkraft im Unterricht einzuführen. Diese bewusste Umverteilung von Geldern und Stellen anhand der Sozialdaten der Quartiere muss konsequent fortgesetzt werden:

- Die Doppelbesetzung mit einer zweiten Fachkraft muss auf alle Schulen der Sozialstufe IV und V ausgeweitet werden.
- Wir wollen Personal zukünftig wieder zentral den Schulen zuweisen, damit nicht die größten Personallücken bei den schwächsten Schüler*innen bestehen.
- In den benachteiligten Stadtteilen sollen die Schulen zuerst zu Ganztagsschulen ausgebaut. Das Schulmittagessen im Ganztag muss für alle Schüler*innen kostenlos
  sein.
- Die Sprach- und Matheförderung gehört an diesen Grundschulen weiter ausgebaut, aber nicht auf Kosten sog. Nebenfächer, wie z.B. der ästhetischen Bildung.
- Im aktuellen Haushalt haben wir die Sachmittel für die Schulen der Sozialstufen IV und V erhöht, diese Erhöhung muss beibehalten und an regelmäßig steigende Preise und Honorare angepasst werden.

- Es sollen neue Quartiersbildungszentren (QBZ) gebaut werden, zuerst in Kattenturm, Blumenthal und Bremerhaven-Lehe. Diese Ortsteile bekommen eine*n Bildungsmanager*in für das Quartier, auch wenn das Gebäude noch nicht fertig ist. Bestehende und neue QBZ werden über eine institutionelle Förderung dauerhaft abgesichert.
- Wir setzen uns auch auf Bundesebene dafür ein, dass Fördermittel anhand von Sozialkriterien an Bundesländer verteilt werden und nicht nach dem Königsteiner Schlüssel, der reiche Bundesländer belohnt und arme bestraft.

Inklusion zum Erfolg verhelfen

Das Land Bremen entwickelt sein Schulsystem konsequent inklusiv weiter. Ziel ist, dass alle Kinder gemeinsam lernen und unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen
Herkunft, Migrationsgeschichte oder Behinderung bestmöglich gefördert werden. Bremen setzt die UN-Behindertenrechtskonvention bereits weitgehend um und garantiert fast allen Kindern das gemeinsame Lernen in einer inklusiven Schule. DIE LINKE steht hinter diesen Zielen und versteht sich als Motor dieser Entwicklung hin zu einer Schule für alle. Dafür benötigen die einzelnen Schulen aber erhebliche zusätzliche Unterstützung. Damit alle Einrichtungen sich zu einer Schule der Vielfalt mit moderner Lernkultur entwickeln und jedes Kind auf seinem aktuellen Lernstand unterstützen können, leiten wir folgende Schritte ein:

- Wir fordern temporäre Lerngruppen an allen Schulen der Sozialstufen IV und V.
- Die Regionalen Bildungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) sollen gestärkt werden. Bei steigenden Beratungsfällen wird der Personalschlüssel automatisch angepasst. Außerdem werden die Bildungsangebote an allen ReBUZ im Rahmen einer eigenen Bildungsabteilung ausgebaut. Auf dieser Grundlage können wir auch die Schule an der // Fritz-Gansberg-Schule // zeitnah auflösen, da ein wohnortnahes Betreuungsangebot dann sichergestellt ist.
- Auch die drei verbleibenden Förderzentren wollen wir zu inklusiven Schulen weiterentwickeln, indem wir im Sinne einer „umgekehrten“ Inklusion auch Kinder ohne Förderbedarf an diesen aufnehmen.
- Der Entwicklungsplan Inklusion 2.0 soll zeitnah beschlossen und umgesetzt werden. Hierzu gehört auch, dass die formale Statuierung von Kindern mit Förderbedarf aufgehoben wird und die Förderstunden auch den Oberstufen systemisch zugewiesen werden.
- Schulassistenzen sollen fest in einer Klasse arbeiten, statt nur für ein Kind zuständig zu sein. Falls das derzeit laufende Pilotprojekt positiv evaluiert wird, wollen wir diesen Systemwechsel schnell an allen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen nachvollziehen.
- Wir wollen den Ausbau der Schulsozialarbeit fortsetzen und statten alle Schulen im Land mit mindestens einer vollen Stelle aus.
- Multiprofessionelle Teams an den Schulen stärken wir durch verbindliche Teamzeiten, die auf Arbeitszeit und Stundendeputat angerechnet werden.

- An den Grundschulen erhöhen wir die Zuweisung von Förderstunden anhand des in den letzten Jahren massiv gestiegenen Bedarfs.
- Im Sinne einer schnelleren Hilfe für die Kinder stärken wir die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts für Bildung, Gesundheit und Soziales durch feste Kooperationsstrukturen auf Arbeitsebene der Behörden.
- Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Gebärdensprache als Fremdsprache anzuerkennen.
- Wir schaffen zusätzliche Angebote für herkunftssprachlichen Unterricht und setzen uns dafür ein, dass die Herkunftssprache als eine Fremdsprache bei Abschlussprüfungen anerkannt wird.
- Wir wollen auch Geflüchtete weiterhin schnell in den Schulalltag integrieren und
zu diesem Ziel das bewährte System der teilintegrativen Vorkurse ausbauen. Separierte Willkommensklassen oder Willkommensschulen wollen wir schnellstmöglich wieder schließen.

Antrag W 19-2: 19. Bildung und Schule Teil 2: Personalmangel bekämpfen bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Personalmangel bekämpfen

Die größte Herausforderung für die Schulen stellt der Fachkräftemangel dar. Dieser betrifft alle Berufsgruppen: Lehrkräfte, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und persönliche Assistenzen fehlen. Diesem Personalmangel kann mittelfristig nur mit einer Ausbildungsoffensive abgeholfen werden. An der Universität und im Referendariat
müssen die Ausbildungsplätze für das Lehramt ausgebaut werden. Hierbei sind insbesondere die Mangelfächer zu berücksichtigen. Der Studieneinstieg in Inklusive Pädagogik muss deutlich erleichtert werden, z.B. durch eine Ausweitung der Fächerkombination oder vereinfachte Zulassung im Zweitfach. Es darf nicht passieren, dass im Bereich Inklusive Pädagogik Studienplätze an der Universität Bremen unbesetzt
bleiben. Auch die Studiengänge für Soziale Arbeit an den Hochschulen und die Fachschulen für Sozialpädagogik benötigen zusätzliche Kapazitäten. Es muss dabei den angehenden Erzieher*innen ermöglicht werden, auch Schulen als Ausbildungsstätten für Praxisphasen oder das Anerkennungsjahr zu wählen. Bis ausreichend Fachkräfte zur

Verfügung stehen, werden weiterhin Studierende parallel zum Masterstudium oder Masterabsolvent*innen an den Schulen als Vertretungskräfte benötigt. Diese wollen wir direkt bei der Stadt Bremen beschäftigen und den Einsatz von Leiharbeit an Schule über die Stadtteilschule beenden.

Den Ausbau der Ausbildungskapazitäten kann Bremen nicht allein stemmen, sondern nur in Absprache mit dem Bund und den anderen Bundesländern. Die Bundesländerkonkurrenz um Fachkräfte muss durch ein gemeinsames, solidarisches Programm zur Fachkräftegewinnung ersetzt werden. Hierzu bedarf es eines Staatsvertrages zwischen dem Bund und den Ländern, der mit einer stetigen Finanzhilfe des Bundes und auf Grundlage realistischer Personalprognosen die Ausbildungskapazitäten erhöht. Hierzu ist eines Bundesratsinitiative von Bremen zu starten.

Es bedarf aber auch kurzfristiger Lösungen, um den schon heute brisanten Mangel zu begegnen. Beispielsweise möchten wir vermehrt einen eng begleiteten Seiteneinstieg in das Lehramt anbieten, der aber immer zu einem vollwertigen Lehramtsabschluss führt. Auch die Anerkennung ausländischer Lehramtsabschlüsse soll erleichtert werden. Außerdem muss es neben dem regulären Lehramtsstudium weiterhin auch den Weiterbildungs-Master für Inklusive Pädagogik an der Universität Bremen geben.

Wir erkennen an, dass insbesondere Lehrkräfte in den letzten Jahren zunehmend neue Aufgaben übernehmen mussten, sich ihre Arbeitszeit immer mehr verdichtet hat und eine permanente Überlastungssituation eingetreten ist. In den 1990er Jahren wurde zur Einsparung von Stellen das wöchentliche Stundendeputat erhöht, das aber heute mit den vielen zusätzlichen Aufgaben in Inklusion und Elternarbeit nicht mehr zu leisten ist.
Eine grundsätzliche Neuberechnung der Arbeitszeit von Lehrkräften, die alle Tätigkeiten mit in den Blick nimmt, erscheint erforderlich. Die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle in Kooperation mit Personalvertretungen und Gewerkschaften muss im Laufe der nächsten Legislatur erfolgen. Hierzu sind auch Modelle von Lebensarbeitszeitkonten mit in den Blick zu nehmen.

In einem ersten Schritt muss aber sofort die Arbeitsbelastung von Lehrkräften reduziert werden, indem deutlich mehr Aufgaben für die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung anerkannt werden. Zu denken sind an vermehrte Elternarbeit an Schulen mit Sozialstufe IV oder V, Teamzeiten in den Inklusionsklassen oder auch die Übernahme von Klassenleitungen. Außerdem wollen wir zusätzliches Personal in der Schulverwaltung einstellen, um Lehrkräfte und Schulleitungen zu entlasten.

Schulbau

Mit der Schulstandortplanung sowohl für die allgemeinbildenden als auch die beruflichen Schulen hat die Stadt Bremen zwei ambitionierte Ausbauprogramme für die öffentliche Daseinsvorsorge geschaffen. Mit diesen Programmen reagiert die Stadt auf

die geburtenstarken Jahrgänge, die bereits an die Schulen drängen. Trotzdem befürchten wir, dass noch nicht genügend Plätze an den Bremer Schulen geschaffen werden. Deswegen passen wir die Schulstandortplanung schnell an die aktuelle Geburtenentwicklung an, um ausreichend Schulraum zu schaffen. Die Differenzierungs- und Fachräume an den einzelnen Schulen werden dringend für den individualisierten Unterricht benötigt und dürfen nicht in weitere Klassenräume umgewandelt werden. Wir gründen und bauen zusätzliche Schulen, statt die bestehenden bis an die Grenze der Belastbarkeit mit Klassen zu füllen. Moderne Lernorte für alle Kinder und Jugendliche
sowie zeitgemäße Arbeitsplätze für die Beschäftigten an Schulen sind das Ziel.

Für und LINKE steht fest, dass Schulgebäude in öffentliche Hand gehören. Schulen in größerem Ausmaß anzumieten, belastet mittelfristig den Bildungshaushalt unnötig und massiv. Um öffentlichen Schulbau zu gewährleisten, reservieren wir frühzeitig und ausreichend Platz für Schulbauten bei der Weiterentwicklung von Baugebieten. Wir statten die Bauabteilungen in der Bildungsbehörde und bei Immobilien Bremen so aus, dass sie die geplanten Bauvorhaben auch stemmen können. Wenn in Ausnahmefällen doch Schulbauten durch externe Partner realisiert werden, setzen wir auf Kooperationen mit
GEWOBA oder Brebau statt auf die private Bauwirtschaft.

Politische Bildung fördern, Schulen diskriminierungsfrei gestalten

Wir stärken die Schulen als Ort der politischen Bildung. Zu diesem Ziel werden wir die Bildungspläne überarbeiten und konsequent Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität als Querschnittsaufgabe der Schule verankern. Neben der Erinnerung an den Nationalsozialismus werden wir auch
die Erinnerung an die deutsche Kolonialherrschaft als wesentliches Thema im Curriculum verankern.

Die Lehrkräfte sensibilisieren wir für Diskriminierung im Schulalltag. Über Fortbildungen geben wir ihnen das Handwerkszeug an die Hand, um zum Schutz der Opfer intervenieren zu können und die genannten Themengebiete im Unterricht aufgreifen zu können. Ein wichtiger Kooperationspartner hierzu sind die Antidiskriminierungsstellen
an den ReBUZ, die auf unsere Initiative hin in der aktuellen Legislaturperiode aufgebaut wurden. Wir unterstützen Netzwerke zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, die sich um einen diskriminierungsfreien Schulalltag bemühen. Das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule für Courage“ ist dabei ein wesentlicher und erfolgreicher Akteur. Innerhalb der Landeszentrale für politische Bildung muss es mit zusätzlichen Personalmitteln abgesichert werden.

Eine Kooperation von Schulen und Bundeswehr lehnen wir weiterhin ab. Werbung für eine
Karriere bei der Bundeswehr hat auf dem Schulhof nichts zu suchen. Jugendoffiziere sind keine neutralen Ansprechpartner für politische Bildung.

Berufsschulen stärken

Moderne und gut ausgestattete Berufsschulen sind die Voraussetzung, um Jugendlichen einen guten Start in das Berufsleben zu ermöglichen und die regionale Versorgung mit Fachkräften zu sichern. Nach jahrzehntelanger Unterfinanzierung sind die beruflichen Schulen aber kaum noch in der Lage, diese Aufgabe adäquat zu erfüllen. DIE LINKE fordert deutliche Investitionen in Bremens Berufsschulen von mindestens 1.000 Euro mehr pro Schüler*in pro Jahr, um in Bremen gleichwertige Ausbildungsstandards wie in den anderen Stadtstaaten zu etablieren.

Inzwischen liegt eine ambitionierte Schulstandortplanung vor, die einen Neubau oder die Sanierung aller Berufsschulen vorsieht. Geplant wird eine zeitgemäße Lernumgebung, die sowohl Veränderungen in der Arbeitswelt als auch in der Pädagogik nachvollzieht und mit der Digitalisierung und aktuelle Technik in den Werkstätten endlich flächendeckend in den Schulen ankommt. Aufgabe in der kommenden Legislaturperiode ist es nun, diese Planung auch umzusetzen. Die vagen Zeit- und Finanzpläne sind schnell in eine konkrete Bauplanung umzuwandeln und mit den entsprechenden Haushaltsmitteln zu hinterlegen.

Zur Modernisierung der Berufsschulen gehört auch, dass die schulischen Ausbildungsgänge neu strukturiert werden. Dass geflüchtete oder behinderte junge Erwachsene in separierten Gruppen lernen, entspricht nicht mehr dem inklusiven Verständnis unserer Stadt. Gemeinsamer Unterricht muss auch an Berufsschulen das Leitbild werden. Zu diesem Ziel müssen die beruflichen Schulen nicht nur mit weiteren
Lehrkräften, sondern auch mit mindestens eine*r Soziarbeiter*in pro Schule sowie weiteren pädagogischen Fachkräften ausgestattet werden.

Um geflüchteten jungen Erwachsenen und Neuzugewanderten den Weg in die Ausbildung zu öffnen, muss das Recht auf Schulbesuch bis zur Altersgrenze 25 ausgeweitet werden. Schüler*innen in den Berufsorientierungsklassen mit Spracherwerb müssen die Möglichkeit haben, die Klasse zu wiederholen, wenn sie mehr Zeit zum Lernen brauchen.
Nach dem Abschluss muss es ausreichend qualifizierte Anschlussangebote geben.

Antrag W 20-1: 20. Hochschule und Wissenschaft Teil 1: bis Hochschulzugang

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Hochschule und Wissenschaft

Angesichts schwerer gesellschaftlicher und ökologischer Krisen sind Hochschulen wichtiger denn je. Sie erforschen den Klimawandel und dessen Folgen, untersuchen soziale Ungleichheit und Armut sowie die Ursachen von innen- und außenpolitischen Konflikten und vieles mehr. Dabei stehen Grundlagenforschung und angewandte Wissenschaft gleichberechtigt nebeneinander. Die Hochschulen produzieren Wissen und vermitteln es in Gesellschaft und lokale Wirtschaft (Wissenstransfer). Sie bilden kritische Studierende und liefern dringend benötigte Fachkräfte in der Region (Fachkräftemangel). So leisten die Hochschulen einen Beitrag zur Lösung der Krisen unserer Zeit.

Aber nur finanziell gut ausgestattete Hochschulen können diesen Beitrag tatsächlich leisten und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftliche Verantwortung ergänzen sich, weil eine nachhaltige Wissenschaftspolitik die Grundlage zukünftiger Lehre und Forschung bildet. Dafür müssen die Hochschulen eine nachhaltige Entwicklung garantieren, insbesondere aber die zentralen Anliegen der Klimagerechtigkeit, der sozial-ökologischen Transformation und der Klimaneutralität fördern. Sie müssen gute Arbeitsverhältnisse mit langfristiger beruflicher Perspektive schaffen. Außerdem müssen sie den Hochschulzugang sozial inklusiver gestalten.

Die Hochschulen müssen sich an ihre gesetzlich verankerte Verpflichtung halten, ausschließlich zu friedlichen Zwecken zu lehren und zu forschen. Die LINKE steht hinter der Zivilklausel. Deshalb erwarten wir von den Hochschulen, dass bestehende Kooperationen mit der Bundeswehr oder Rüstungsbetrieben beendet werden.

Auch die Affenversuche an der Universität Bremen sind unverzüglich zu beenden, da das verursachte Leid der Tiere in keinem Verhältnis zum Forschungsertrag steht.

Ausfinanzierung der Hochschulen

Aufgrund der erheblichen finanziellen Herausforderungen für die Bewältigung der Coronapandemie ist es in der aktuellen Legislaturperiode nicht gelungen, den Wissenschaftsplan 2025 aus dem Landeshaushalt vollständig auszufinanzieren. Eine finanzielle Gleichstellung der Bremischen Hochschulen mit den anderen Bundesländern hat deshalb nicht stattgefunden. Es konnte zwar eine Anhebung der Grundetats der Hochschulen erreicht werden. Gleichzeitig wurde jedoch der Investitionsstau beim Hochschulbau nicht aufgelöst und wesentliche Bau- und Sanierungsvorhaben wurden verschleppt.

In den kommenden vier Jahren muss ein neuer Wissenschaftsplan vorgelegt werden. Mit diesem Plan müssen die Bremischen Hochschulen in der Grundfinanzierung mindestens an den Bundesdurchschnitt aufschließen. Dieses Ziel ist verbindlich in die mittelfristige Finanzplanung des Landes Bremens aufzunehmen und darf nicht zur Disposition gestellt werden.

Gute Arbeitsbedingungen und sichere Karrierewege

Die LINKE steht für gute Arbeitsbedingungen auch an den Hochschulen. Nach der Promotion muss sich zeitnah eine langfristige Berufsperspektive in der Wissenschaft anschließen. Das Sonderbefristungsrecht der Hochschulen nach der Promotion lehnen

wir
ab und erstreben auf Bundesebene die Abschaffung des Wissenschaftszeitvertrages für die Post-Doc-Phase. Im Anschluss an eine Evaluation der Arbeitsverhältnisse an den Bremer Hochschulen muss das Bremische Hochschulgesetz mit dem Ziel überarbeitet werden, dass eine unbefristete Anstellung nach der Promotion die Regel wird. Mit der Novelle des Hochschulgesetzes muss auch die Lehrverpflichtungsverordnung fundamental überarbeitet werden, um Lehrende zu entlasten und zeitgemäße Lehrformate, wie beispielsweise Teamteaching, zu fördern. Drittmittel müssen auch zur Finanzierung entfristeter Stellen eingesetzt werden können. Zu diesem Zweck bilden wir für die Bremer Hochschulen einen Überbrückungsfonds und setzen uns auf Bundesebene dafür ein,
dass die Förderrichtlinien entsprechend geändert werden.

Unter den unsicheren Karrierewegen in der Wissenschaft leiden insbesondere junge Eltern – und hier zumeist die Mütter –, für die unsichere Berufsperspektive und Familienleben nicht vereinbar sind. Wir wollen Förderrichtlinien und -zeiträume konsequent so umgestalten, dass Betreuungs- und Pflegezeiten großzügig angerechnet werden können und fordern dies auch von den Drittmittelgebern. Wenn diese hierzu nicht bereit sind, schaffen wir einen Landesfonds, um Förderverlängerungen für Familienzeiten zu ermöglichen.

Lehraufträge haben das Ziel, das grundständige Lehrangebot um Einblicke aus der Berufspraxis zu ergänzen. Vor der Vergabe aller Lehraufträge ist zu prüfen, ob sie diesem Ziel entsprechen. Wenn dies nicht der Fall ist, dürfen sie nicht genehmigt werden und ist alternativ die Ausschreibung einer zur Vertretung befristeten sozialversicherungspflichtigen Stelle anzustreben. Wir lehnen Kettenlehraufträge über
mehrere Semester ab. Die Vergütung muss regelmäßig an die Gehaltsentwicklung der tariflich Beschäftigten angepasst werden und zukünftig auch Vor- und Nachbereitung der Lehr-veranstaltungen beinhalten. Wir möchten eine Vertretung der Lehrbeauftragten
durch die Personal-räte an den Hochschulen und Wahlrecht für die Hochschulgremien ermöglichen.

Wir unterstützen die studentischen Hilfskräfte, die für einen eigenen Tarifvertrag kämpfen und erwarten, dass die Tarifgemeinschaft der Länder endlich in entsprechende Verhandlungen eintritt.

Hochschulzugang

Wir möchten den Zugang zu den Hochschulen erleichtern – gerade und gezielt vor allem für Kin-der aus Familien, in denen die Eltern keine Akademiker*innen sind. Deswegen werden wir den Zugang ohne Abitur entbürokratisieren. Zugangshürden wie einen Numerus
Clausus (NC) lehnen wir ab. Wo wir diesen nicht abschaffen können, setzen wir uns für
alternative Zulassungskriterien – wie beispielsweise eine abgeschlossene Berufsausbildung – ein. Im NC-Verfahren müssen Bewerber*innen, die über den zweiten

Bildungsweg kommen, wieder bevorzugt werden.

Eine Studienaufnahme ist aber nicht nur eine Frage des Schulabschlusses, sondern auch der finanziellen Möglichkeiten. Wir verstetigen das Studienstartstipendium des Landes Bremen für Kinder aus Bedarfsgemeinschaften und öffnen es für weitere Empfänger*innen.

Die Verwaltungsgebühren an den Bremer Hochschulen schaffen wir ab.

Auf Bundesebene kämpfen wir für eine echte BAföG-Reform, in der es einen elternunabhängigen Vollzuschuss gibt, mit dem man die steigenden Mieten in einer Großstadt wie Bremen finanzieren kann.

Auch für Geflüchtete muss die Studienaufnahme leichter werden. Hierzu müssen ausländische Schulzeugnisse und Studienleistungen leichter anerkannt sowie zusätzliche Plätze in Brücken- und Sprachkursen zur Studienaufnahme geschaffen werden.

Antrag W 20-2: 20. Hochschule und Wissenschaft Teil 2 Nachhaltige Entwicklung bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nachhaltige Entwicklung, Klimaneutralität und Hochschulbau

Die LINKE spricht sich mit Nachdruck für eine Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus, die im Abschlussbericht der Enquetekommission „Klimaschutz-Strategie für das Land Bremen“ im Handlungsfeld „Klimabildung und Wissenschaft“ formuliert worden sind.

Ferner müssen nach unserer Auffassung die Hochschulen ihr Klimaschutzmanagement zu einem umfassenden Nachhaltigkeitsmanagement weiterentwickeln, in dem sowohl ökologische Rahmenbedingungen als auch soziale Aspekte ihre Berücksichtigung finden. Die Hochschulen müssen dafür eine verbindliche Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln, in der insbesondere konkrete Ziele, Maßnahmen, Verfahren und Verantwortlichkeiten der
Förderung von nachhaltiger Entwicklung, Klimagerechtigkeit und Klimaneutralität in den genannten Handlungsfeldern enthalten sind. Wir sehen gut ausgestattete Klimaschutzmanager*innen an den Hochschulen dabei als eine Möglichkeit, diesen Prozess zu beschleunigen. Die Förderung von Biodiversität muss an allen Hochschulen vorangebracht werden. Wo nicht bereits vorhanden, müssen Flächen entsiegelt und neue Grünflächen geschaffen werden.

Entsprechend des Solar-City-Gesetzes müssen auch die Hochschulen alle Dächer mit PV-

Anlagen aufrüsten. Wo das technisch nicht möglich ist, muss die Statik der Gebäude nachträglich angepasst werden. Die LINKE wird darauf achten, dass bei allen Neubauten
der Hochschulen dieses Gesetz eingehalten wird.

Der Hochschulbau muss einen Schwerpunkt bilden. Die notwendigen energetischen Sanierungen und der Ausbau von PV-Anlagen, um die Hochschulen klimaneutral zu gestalten, können aber nicht allein aus dem Wissenschaftshaushalt finanziert werden, sondern müssen über Sonderprogramme gestemmt werden.

Bei allen Neubauten und Sanierung muss konsequent die Barrierefreiheit der Gebäude erreicht werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass der Hochschulbau wieder zu einer gemeinsamen Aufgabe des Bundes und der Länder wird.

Studierendenwerk

Das Studierendenwerk muss deutlich besser vom Land gefördert werden. Aktuell, um steigende Essenspreise in der Mensa oder höhere Mieten im Wohnheim zu verhindern. Dauerhaft, um ausreichend Wohnheimplätze zu bauen, die Mensen klimaneutral umzugestalten und das Essensangebot so zu reformieren, dass vegetarische und vegane Speisen noch stärker im Mittelpunkt stehen. Wir wollen 1000 zusätzliche Wohnheimplätze schaffen, die preisgedämpft sind und so indirekt auch den allgemeinen Mietmarkt entlasten.

Ausbau Lehrangebot

Das Lehrangebot an den Hochschulen bauen wir gezielt aus. An der Universität schaffen
wir zusätzliche Studienplätze im Bereich des Lehramtes, insbesondere für die Inklusive Pädagogik. In Bremen gibt es bisher keinen Lehramtsstudiengang für Philosophie. Diesen wollen wir einrichten. Für den neu einzurichtenden Studiengang Sport müssen schnellstmöglich neue Sportanlagen hergerichtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Approbationsmaster „Klinische Psychologie und Psychotherapie“ tatsächlich im Wintersemester 2023/24 an den Start gehen kann.

An der Hochschule Bremen werden die Gesundheitsberufe, insbesondere die Hebammenausbildung gestärkt. Für Hebammen/Geburtshelfer mit einer schulischen Berufsausbildung schaffen wir eine deutlich erleichterte Möglichkeit, den Bachelorabschluss über eine berufsbegleitende Fortbildung zu erlangen.

Sowohl in Bremen als auch an der Hochschule Bremerhaven benötigen wir zusätzliche Kapazitäten für die Soziale Arbeit.

Demokratische Mitbestimmung

Die Hochschulen als Ort der demokratischen Mitbestimmung werden von uns gestärkt. In den Gremien der akademischen Selbstverwaltung streben wir eine Viertelparität an und werden per juristischem Fachgutachten prüfen, wie sich diese demokratische Erneuerung
konsequent durchsetzen lässt. Die Studierendenvertretungen sollen über ein allgemeinpolitisches Mandat verfügen.

Teilumzug Uni Bremen

Wir sprechen uns für einen Teilumzug der Universität in die Bremer Innenstadt aus. Hierbei sollten alle Gebäude- und Flächenoptionen geprüft werden, um eine für den Betrieb der Universität sinnvolle und langfristig finanzierbare Lösung zu finden. Dieser Teilumzug muss durch eine frühzeitige und intensive Einbeziehung der universitären Gremien gestaltet werden.

Neben einem Universitätsstandort wollen wir in der Innenstadt einen Gesundheitscampus etablieren, an dem Hochschulen, schulische Pflegeausbildung, Forschungseinrichtungen und Gesundheitswirtschaft zusammenfinden.

Antrag W 21: 21. Kita/Kinder und Familien

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Kita/Kinder und Familien

Mit Kitas mehr Bildungsgerechtigkeit ermöglichen und Armut verhindern

Frühkindliche Bildung für alle ist das Fundament für Bildungsgerechtigkeit und spätere Bildungswege. In den Kitas wird Vielfalt gelebt, sie wirken Benachteiligungen und Diskriminierungen früh entgegen, für jedes Kind braucht es hier einen guten Platz. Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen endlich mehr investieren. Ein individueller Rechtsanspruch auf gute frühkindliche Bildung ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit und der Armutsbekämpfung. Ihre Verfügbarkeit entscheidet über Lebenswege, dieser Anspruch darf an der Schuldenbremse nicht scheitern. Statt Kita-Notlage wollen wir eine Landschaft frühkindlicher Bildungsangebote, die Kinder angemessen fördert und zusammenbringt, Eltern entlastet, Beschäftigten gute Bedingungen bietet.

Aber wir werden aufgrund fehlender Kitaplätze und aufgrund des Fachkräftemangels die Qualität frühkindlicher Bildung nicht überall durchgängig halten können, während der notwendige Platzausbau umgesetzt wird. Hier wollen wir in enger Abstimmung mit Trägern und Interessenvertretungen handeln und gemeinsame Lösungen entwickeln. Dies setzt Kompromisse auf allen Seiten und eine Strategie zur langfristigen Behebung des Fachkräftemangels voraus.

Kitas als Teil einer sorgenden Stadt

Wir wollen Kinder- und Familienzentren als Mittelpunkte einer sorgenden Stadt und

sorgender Quartiere die den Menschen für Begegnungen, Austausch und ein solidarisches Leben offenstehen. Wir schaffen damit einen Platz für Differenzierung und Bewegungsangebote, mit Ruheräumen, mit Eltern- und Familien-Cafés, für Väter- und Müttergruppen, Beratungsangebote und Selbsthilfestrukturen. Unser Ziel ist dabei auch Einrichtungen, in denen eine durchgängige Bildung und Betreuung vom ersten Lebensjahr bis zur Einschulung angeboten wird. Kinder- und Familienzentren können Anlaufstellen in den Stadtteilen sein, die kostenlose Angebote für Kinder und ihre Familien in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und frühkindliche Bildung bereithalten. Wir wollen auch mehr Familienhebammen, gerade in benachteiligten Stadtteilen. Gerade in Zeiten, in denen Menschen vor Krieg fliehen oder andere Krisen durchleben, steigt auch der Bedarf an frühen Hilfen. Familienhebammen sind hier eine große Unterstützung und sollen in den Kinder- und Familienzentren sowie Häusern für Familie für Eltern in den ersten Lebensjahren eines Kindes da sein können.

Alle Kinder und Familien haben das Recht auf einen Kita-Platz

In Bremen ist – wie in der gesamten Bundesrepublik – der schulische Erfolg stark abhängig von der sozialen Herkunft eines Kindes. Deshalb kommt bereits der Kita für die Bekämpfung von Armutsfolgen eine besondere Bedeutung zu.

Ein Kitaplatz ist auch zentral dafür, ob und in welchem Umfang Eltern berufstätig sein können. In Zeiten, in denen in unserem Bundesland fast jedes zweite Kind in Armut aufwachsen muss, fällt den Kitas eine besondere Bedeutung zu. Kinder mit unterschiedlichsten Herkunftssprachen und Biografien brauchen in der Kita auch die sprachliche Förderung, die unerlässlich für ihren weiteren Bildungsweg ist.

Doch ausgerechnet in den Stadtteilen, in denen die Armut am größten ist, fehlen die meisten Kitaplätze. Dieses Problem muss mit höchster Priorität bearbeitet werden.

Wir wollen bis zum Jahr 2025 für unter 3-jährige eine Versorgung von 60 Prozent und für über 3-jährige bis zum Schuleintritt 100 Prozent erreichen – **in allen Stadtteilen.**

In Zukunft investieren – Kita-Qualität verbessern und Fachkräfte gewinnen

Dieser Kita-Ausbau darf nicht am Geld scheitern. Notwendige qualitative Verbesserungen, auch wenn sie aufgrund des Fachkräftemangels nicht unmittelbar umgesetzt werden können, müssen planerisch einbezogen werden. Dies gilt für Größe und Ausstattung der Kitas, Ausbau der Digitalisierung, Differenzierungs- wie Sozialräume und strukturell auch die Möglichkeit der unterjährigen Aufnahme von Kindern. Die Familienplanung richtet sich schließlich nicht nach dem Kita-Jahr.

Das Ziel, eine bedarfsdeckende Versorgungsquote mit Kita-Plätzen in allen Stadtteilen zu erreichen, hängt maßgeblich von der Gewinnung neuer Fachkräfte ab. Trotz eines

erheblichen Ausbaus der Kita-Plätze ist die Lage noch immer prekär. Aktuell sind nicht die räumlichen Bedarfe die größte Herausforderung – die größte Ausbaubremse ist der eklatante Fachkräftemangel. 2022 hätten fast 600 räumlich fertiggestellte Kitaplätze mehr besetzt werden können, wenn es entsprechend sozialpädagogische Fachkräfte gegeben hätte.

Ausbildung attraktiver machen, Plätze ausweiten

Um den Fachkräftemangel aufzulösen, müssen die Ausbildungsformate attraktiver und die Zugänge flexibler werden. Die Einführung der „Integrierten Regelausbildung“ ermöglicht zwar endlich eine Finanzierung u.a. über das Aufstiegs-BAföG, dennoch blieben rund 200 Ausbildungsplätze in den öffentlichen Fachschulen unbesetzt. Für die „praxisintegrierte Ausbildung“ mit tariflicher Ausbildungsvergütung (PiA) hingegen mussten Absagen erteilt wurden, weil es nicht genügend Plätze gibt. Wir fordern die Ausweitung und Verstetigung dieser Ausbildung auch an den öffentlichen Schulen. Die praxisintegrierte Ausbildung zum/zur Erzieher*in sollte perspektivisch zur Regelausbildung für alle Erzieher*innen im Land Bremen werden, sie muss auch als Teilzeitausbildung möglich sein.

Vor dem Hintergrund des Ganztagsschulausbaus müssen insbesondere Grundschulen hier auch als Ausbildungsorte für sozialpädagogische Fachkräfte entwickelt werden. Daneben befürworten wir die zeitnahe Entwicklung eines dualen Bachelor-Studiengangs Elementarpädagogik, vergleichbar dem dualen Studiengang Soziale Arbeit. Dieser muss ein zusätzliches universitäres Angebot sein. Grundständige Studienplätze dürfen nicht abgebaut werden.

Um Fachkräfte zu gewinnen, müssen auch Quereinstiege und die Anerkennung pädagogischer Abschlüsse, die in EU- oder Nicht-EU-Ländern erworben wurden, verbessert und erleichtert werden. Die Qualifikationen sind jedoch bisher ausschließlich auf das deutsche Ausbildungssystem ausgelegt, angrenzende Qualifikationen aus dem Ausland sind nicht enthalten. Das Quereinstiegsprogramm sollte daher auch für ausländische Abschlüsse und Qualifikationen geöffnet werden, flankiert durch Sprachkurse.

Dabei muss bei allen Ausbildungs- und Quereinstiegsformaten eine hochwertige Praxisbegleitung strukturell abgesichert sein. Hierfür muss es Verfügungszeiten geben.

Arbeitsbedingungen verbessern, Qualität erhöhen

Die Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen brauchen einen Attraktivitätsschub. Ein Ausdruck für die überbordende Belastung und schwierigen Arbeitsbedingungen ist, dass bundesweit mehr als 20 Prozent der Berufseinsteiger*innen binnen der ersten fünf Jahre den Beruf der Erzieher*in wieder verlassen.

Insbesondere hohe Arbeitsbelastung, wenig Aufstiegsmöglichkeiten und unzureichende Rahmenbedingungen für gute Arbeit machen den Beruf nicht attraktiv genug, um mehr Menschen dafür zu begeistern und sie zu halten.

Eine umfassende Aufwertung des Erzieher*innenberufes ist unerlässlich. Wir brauchen eine grundsätzliche Höhergruppierung durch Neubewertung der Tätigkeit und zusätzliche
Zuschläge für Erzieher*innen bei besonderen Herausforderungen. Dies muss sich auch für Beschäftigte in Elternvereinen niederschlagen.

Gesundheitsschutz und Entlastung verbessern

Ausreichend Pausenräume, Lärmschutz und ergonomisches Mobiliar sind notwendige Faktoren für einen verbesserten Gesundheitsschutz. Für Krankheits- und Urlaubsvertretungen sowie für Fortbildungen ist der bedarfsgerechte Ausbau von Vertretungspools unabdingbar, wirksame Maßnahmen zur Altersentlastung, die sich nicht
nachteilig auf die Rente auswirken dürfen, müssen eingeführt werden. Erfahrene Kolleg*innen könnten z.B. für die Anleitung und Begleitung von Quereinsteiger*innen mit attraktiven Zulagen und einer Reduzierung ihrer Gruppenstunden gewonnen werden.

Die verbindliche Einführung einer „mittelbaren Arbeitszeit“ für Vorbereitung, Nachbereitung, Elterngespräche etc. ist unerlässlich, ebenso die Erhöhung der Leitungsstunden vor dem Hintergrund ständig erweiterter Aufgaben. Die Digitalisierung
in den Kitas muss konsequent vorangetrieben werden.

Kleinere Gruppen für bessere Arbeit mit und für Kinder

Gruppengrößen müssen verkleinert und die personelle Grundausstattung verbessert werden (Fachkraft-Kind-Schlüssel), zunächst in Kitas in Indexquartieren und mit heilpädagogisch-therapeutischem Profil, dann flächendeckend. Wir setzen uns für kleinere Elementargruppen von 15 Kindern ein. Kleinere Gruppen verbessern nicht nur in benachteiligten Stadtteilen die Möglichkeiten der Sprachförderung, Lernprozesse können stärker auf die Bedarfslage einzelner Kinder ausgerichtet werden. Die geplante
Einstellung des Bundesprogramms Sprach-Kitas muss zurückgenommen werden und wir sprechen uns für die Wiedereinsetzung und Ausweitung des Programms aus. Wenn Bundesmittel fehlen, müssen entsprechende Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.
Bildungschancen dürfen nicht von der Finanzsituation einzelner Bundesländer und Kommunen abhängen!

Kleinere Gruppen in den Kitas sind auch für das richtige Gebot der inklusiven Ausrichtung aller Kitas unerlässlich. Inklusion muss zur Regel werden, separate Schwerpunkteinrichtungen für heilpädagogisch-therapeutische Förderung von Kindern sind in der Regel der schlechtere Weg. Wir teilen den Wunsch von Eltern nach wohnortnaher Betreuung und Förderung. Kitas brauchen eine entsprechende Ausstattung: kleine Gruppen mit einem guten Fachkraft-Kind-Schlüssel, multiprofessionelle Teams auch mit der Möglichkeit des Poolings von Assistenzen, inklusionsgerechte

Räumlichkeiten. Wir wollen eine inklusive Kita, in der alle Kinder, ausgehend von ihrer aktuellen Entwicklung, gezielt gefördert werden. Zu den multiprofessionellen Teams gehören neben sozialpädagogischen auch psychologische, heil- und sonderpädagogische wie therapeutische Fachkräfte.

Beitragsfreiheit auch in Bremer Krippen und Horten

Die Beitragsfreiheit für Kinder in Kitas ab 3 Jahren muss ausgebaut werden. Auch die Unter-Dreijährigen-(U3-)Betreuung und der Hortbesuch müssen kostenfrei sein, denn Gebühren halten Kinder von der Kita und überwiegend Mütter vom Berufseinstieg fern.

Betreuungsangebote für herausfordernden Lebenssituationen (auch kurz im Gleichstellungskapitel)

Ein-Eltern-Familien verdienen Unterstützung in ihrer familiären Situation. Dafür haben wir unsere Regierungsbeteiligung genutzt und erreicht, dass **Alleinerziehende** bei der Kitaplatzvergabe besonders berücksichtigt werden. Wir fordern darüber hinaus,
dass Alleinerziehende den Betreuungsumfang bewilligt bekommen, den sie als Bedarf anmelden, etwa auch einen Vollzeitplatz, ohne in Vollzeit erwerbstätig zu sein. Damit
Alleinerziehende mehr Zeit- und Planungskapazitäten haben, müssen Betreuungsangebote in Randzeiten vorgehalten werden. Wir setzen uns für eine Ankereinrichtung pro Stadtteil ein, die bedarfsgerechte Betreuungsplätze speziell für Alleinerziehende und
Eltern, die irreguläre Arbeitszeiten haben, anbietet. Für **Schichtarbeiter*innen** wollen wir außerdem die Kindertagespflege im Haushalt der Sorgeberechtigten so ausgestalten, dass sie bereits ab einem Kind existenzsichernd für die Tagespflegeperson ist, und insbesondere alleinerziehenden Schichtarbeiter*innen damit
eine passgenauere Unterstützung gewähren.

Mobile Kindertagesbetreuung **(MoKi)** als flexibles, ergänzendes Angebot für Menschen in
geförderter Beschäftigung verbessert die Betreuungslage im Stadtteil, schafft geförderte Arbeitsplätze für Erwerbslose und hat sich sehr gut bewährt. Deshalb wird über den Bremen-Fonds bereits ein weiterer Standort geschaffen. Wir setzen uns für weitere MoKi-Standorte und die langfristige Sicherung der MoKi-Standorte ein.

Kinder- und Familienzentren als Mittelpunkte einer sorgenden Stadt

In Bremen werden bereits viele niedrigschwellige, sozialräumliche und offene Angebote
mit Leben gefüllt. Dazu gehören die Häuser der Familie, das Zentrum für Alleinerziehende, Kinder- und Jugendfarm, Mütterzentren, Bürgerhäuser und Spielhäuser. Diese Angebote müssen erhalten und bedarfsgerecht von der Stadt refinanziert werden.

In Bremen gibt es auf einigen Spielplätzen „Spielhäuser“, in denen Elterncafés, Sprach- und weitere Kurse für Eltern angeboten werden. Sie werden von Pädagog*innen

geleitet, Spielangebote, Kinderbackstuben etc. werden vorgehalten. Diese Angebote sind optimal niedrigschwellig – es reicht, mit dem eigenen Kind auf den Spielplatz zu gehen, um damit in Berührung zu kommen. Wir wollen die Spielhäuser personell stärken und streben an, dass noch weitere Spielplätze, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, mit Spielhäusern ausgestattet werden.

Wir wollen ein Sanierungsprogramm für die Bestandsgebäude und Neubauten, auch durch die öffentliche Hand. In Bremen wurde der Ausbau zuletzt verstärkt privaten Investoren überlassen. Das reicht bis hin zur Trägervergabe an Kita-Ketten, die zu Aktienkonzernen gehören, und zum Flächenverkauf an Bauinvestoren, die auch große Kaufhausketten besitzen. Einer solchen Kommerzialisierung der Kita-Landschaft in Bremen stellen wir uns entschieden entgegen! Die Trägervergabe soll in einem Dreiklang kommunaler Träger, lokaler gemeinnütziger Träger und Elternvereine stattfinden. Wir unterstützen Trägervielfalt und begrüßen Vielfalt auch im Hinblick auf unterschiedliche Konzepte. Profite aus der Einrichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu schlagen, lehnen wir als LINKE kategorisch ab.

Freie Träger und Elternvereine sollen bedarfsdeckend finanziert werden. Wir wollen die ehrenamtliche Vorstandsarbeit in Elternvereinen von administrativen Aufgaben entlasten und das TräGA Projekt (Trägerstrukturen gemeinsam aufbauen) dahingehend ausbauen. Für einen angemessenen Anteil der Stadt am Kita-Ausbau wollen wir eine Personalverstärkung bei Immobilien Bremen mit dem Ziel, dass mindestens jede zweite Neubau-Kita in öffentlicher Hand gebaut wird. So behält die Stadt eigene Flächen und Gebäude und damit verbundene Gestaltungsspielräume. Gerade in wachsenden Stadtteilen sind sehr intensiv „Campus-Lösungen“ zu prüfen, alsoKrippe, Kita und Grundschule an einem Ort.

Kinderbetreuung außerhalb von Kindertageseinrichtungen

Die Kindertagespflege ist ein Baustein zur Wahrung des Wunsch- und Wahlrechts von Eltern, die z. B. eine familienähnliche Betreuungssituation wünschen oder besondere Betreuungszeiten benötigen. Das betrifft insbesondere diejenigen, die höchst flexibilisierte Arbeitszeiten haben oder in Schichtarbeit tätig sind, z. B. im Einzelhandel oder in der Pflege. Hier können Tagesmütter und -väter eine wichtige Ergänzung sein. Wo Tagespflege als notwendige Unterstützung im Haushalt der Sorgeberechtigten stattfindet (z.B. bei Schichtarbeit), muss sie unabhängig von der Kinderzahl existenzsichernd sein. Die Sachmittel und Betriebskostenerstattungen müssen, auch angesichts steigender Energiepreise, deutlich erhöht werden. Außerdem fordern wir weitere Standorte der „angestellten Kindertagespflege“, die auf unsere Initiative entstanden ist. [O8] Es müssen ausreichend kostenfreie berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen zur Verfügung stehen, um allen in diesem Berufsfeld tätigen Personen die Qualifikation zur sozialpädagogischen Fachkraft zu ermöglichen.

Antrag W 22: 22. Jugendliche

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

22. Jugendliche

Jugendliche Mitbestimmung und Teilhabe gezielt fördern

Jugendliche brauchen sichere Orte an denen sie sich aufgehoben und geschützt fühlen vor Diskriminierung und Ausgrenzung. Sie brauchen Orte, wo sie sie selbst sein dürfen
und sich ausprobieren können. Und sie brauchen Erwachsene, die sie in ihrer Vielfalt wahrnehmen, begleiten und ihre individuellen Kompetenzen stärken. Unser Anspruch und Ziel ist es, allen Jugendlichen gleiche Chancen auf Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit, auf Teilhabe und ein glückliches Leben zu garantieren.

Dafür bedarf es auf der einen Seite gut ausgestattete und finanziell abgesicherte öffentliche Jugendarbeit mit gut ausgestatteten Jugendfreizeitheimen, Angeboten zu Ferienreisen, interkulturellen Begegnungen und kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten dezentral in allen Stadtteilen. Es ist wichtig, dass Angebote der offenen Jugendarbeit auch für Gruppen wie queere Jugendliche, geflüchtete Jugendliche
oder Jugendliche mit Behinderung zugänglich sind oder bei Bedarf zielgruppenspezifische Angebote geschaffen werden. Zudem müssen Einrichtungen und Träger, die mit jungen Menschen arbeiten, sich darauf verlassen können, dass ihre Arbeit gewürdigt und finanziell gesichert ist. Hierzu gehören die Stärkung und finanzielle Absicherung der Offenen Jugendarbeit und ihre qualitative Weiterentwicklung und die Absicherung guter und zuverlässiger Arbeitsbedingungen bei den Trägern und Initiativen der Offenen Jugendarbeit.

Auf der anderen Seite muss den Jugendlichen aber auch der Raum gegeben werden, sich selbst zu organisieren. Hierfür bedarf es die Unterstützung selbstorganisierter Jugendkultur und die Bereitstellung von öffentlichem Raum zur Selbstorganisation und neue Formen der Gebühren- und Kostenfreiheit für Jugendliche im öffentlichen Raum. Jugendprojekte müssen abgesichert und weiter gefördert werden, die Förderung der Jugendverbandsarbeit muss finanziell abgesichert werden. Das ehrenamtliche Engagement
der Jugendlichen muss anerkannt werden, die Jugendleiter*innencard (JULEICA) muss aufgewertet werden.

Außerdem müssen die Mittel für die Jugendbeiräte in den Stadtteilen abgesichert und erhöht werden. Zudem wollen wir die Einführung eines Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes nach dem Vorbild Berlins prüfen. Hierbei insbesondere die Aufnahme von einem Anspruch auf Sonderurlaub für ehrenamtlich in der Jugendarbeit

tätige Personen, die Einführung eines Landesjugendförderplans, welche die Fachplanung und -steuerung der Angebote der Jugendarbeit erleichtern sollen und die Verpflichtung der Ortsämter, rechtzeitig erforderliche Standorte und Freiflächen für Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen den Ausbau und Erhalt von Bewegungsflächen für Jugendliche und junge Erwachsene fördern. In Bremen soll es flächendeckend Spielflächen für Ballsportarten geben. In dicht besiedelten Gebieten möchten wir die Anzahl erhöhen. Dabei möchten wir auch den Fokus auf neue junge Sportarten, wie Skateboarding und BMX, legen. Diese sind zum Erhalt ihrer Anlagen in einem hohen Maße auf Spenden oder Investitionen der öffentlichen Hand angewiesen. Wir möchten, dass der Anteil öffentlicher Zuwendungen für Organisiationen wie den „Sportgarten e.V." erhöht wird. Außerdem soll Bremen sich dafür einsetzen, dass der Skatepark im P5 erhalten wird. Die BMX-Anlage am Schlachthof soll in einem Projekt mit Freiwilligen aus der Szene erneuert werden.

Wir möchten, dass Nachtschwärmer*innen sich in Bremen wohlfühlen. Die Aufenthaltsqualität auf den Grünflächen, die im Sommer von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Feiern genutzt werden (z.B. Osterdeich, Werdersee, Neustadtswallanlagen), möchten wir erhöhen. Dazu gehören auch genug sanitäre Einrichtungen. Überall wo Menschen feiern und viel Alkohol trinken möchten wir flächendeckend Awareness-Teams in Kooperation oder nach dem Vorbild des Awareness-Konzepts im Viertel einsetzen, um übergriffiges Verhalten zu unterbinden.

Ein großes Problem für Jugendliche und junge Menschen in Bremen ist das Finden von günstigem Wohnraum nach dem Auszug aus dem Elternhaus oder ihren Wohngruppen. Hierzu bedarf es dringend Unterstützungsstrukturen und gezielter Förderung von Wohnraum. Außerdem müssen Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche in der Offenen Jugendarbeit und bei den Jugendverbänden und Initiativen für diese Problemlage sensibilisiert und weitergebildet werden. Auch die Verbraucher*innenzentrale sollte hierzu Angebote bereithalten. Wir möchten prüfen inwieweit es möglich ist einen Fonds zu errichten, der jungen Menschen bei der Finanzierung einer Ersteinrichtung der ersten Wohnung hilft.

Antrag W 23-1: 23. Flucht und Migration Teil 1 bis beratungs- ... stärken

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

23. Flucht und Zuwanderung

Migration gehört in unsere Welt – gute Ankommensstrukturen sind notwendig

DIE LINKE steht für ein solidarisches Bremen, dass als sicherer Hafen die gleiche Teilhabe aller hier lebender Menschen garantiert. An der Seite von Geflüchteten sowie antirassistischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Bewegungen stehen wir weiter für die Vision einer Welt ohne Grenzen, für gute Lebensbedingungen und Perspektiven für geflüchtete und migrierte Personen in Bremen und Bremerhaven. Denn weltweit sind angesichts von Kriegen, ökologischen Katastrophen und wirtschaftlicher Not mehr Menschen auf Suche nach einer neuen, sicheren Perspektive als je zuvor. Flucht vor Verfolgung aufgrund der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit, der politischen Überzeugung, des Geschlechts und der sexuellen Orientierung, wegen Krieg oder wegen existenzieller Not ist ein Menschenrecht. Aber anstatt diese Menschen in ihrem Recht auf ein sicheres Leben zu unterstützen, schottet sich Europa ab, sortiert Geflüchtete nach ökonomischer Nützlichkeit. DIE LINKE lehnt diese tödliche Migrationspolitik, die durch Kooperation mit Warlords und Folterregimen aufrechterhalten wird, ab. Die Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten hat gezeigt: Es geht besser. Durch den Abbau von Bürokratie und die schnelle Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen, konnten lange Zeiten der Ungewissheit vermieden werden. Dies sollten zukünftige Mindeststandards für die Aufnahme aller Fliehenden sein.

Wir stehen für bessere und legale Fluchtwege. In Bremen wollen wir ein **Landesaufnahmeprogramm** für afghanische Ortskräfte, zivilgesellschaftlich Engagierte und Familienangehörige von Bremer*innen. Viele Afghan*innen sind nach dem Rückzug u.a. Deutschlands der Gewalt der Taliban in akuter Lebensgefahr ausgeliefert. Von der Bundesregierung werden bedrohte Menschen in Afghanistan im Stich gelassen. Bremen soll sich weiter intensiv für die Umsetzung des vom Senat beschlossenen Landesaufnahmeprogramm für afghanische Familienangehörige einsetzen. Für die Aufnahme von Familienangehörigen darf das Einkommen keine Rolle spielen: Das Recht auf Familie gilt für alle! Im Falle der Ukraine müssen Geflüchtete aus der Ukraine ohne ukrainischen Pass Geflüchteten mit ukrainischem Pass gleichgestellt werden. Dafür müssen auf Landesebene auch vorläufige Möglichkeiten wie Fiktionsbescheinigungen genutzt und Strukturen zum Beispiel an Hochschulen und in Betrieben ausgebaut werden.

Rom*nja die am meisten diskriminierte Minderheit Europas, bekommen fast nie Schutzstatus, obwohl sie häufig brutaler Marginalisierung und Verfolgung ausgesetzt

sind. Das muss sich ändern. Wir lehnen das Konzept der angeblich **sicheren Herkunftsstaaten** ab. Wir setzen uns zudem für politisches Asyl für Whistleblower*innen ein. Betroffenen von Zwangsprostitution, rechter Gewalt und Arbeitsausbeutung wollen wir durch das humanitäre Bleiberecht ermöglichen, sich aus Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnissen zu lösen.

Ankunftsinfrastrukturen schaffen - Wohn- und Unterbringungslandschaft neu gestalten

Die Unterbringung Geflüchteter bleibt zukünftig eine Daueraufgabe. Sie ist Ausgangspunkt des Ankommens. Bestehende Massenunterkünfte erfüllen das Recht auf Wohnen aber nicht in angemessener Weise: Sie erzeugen Isolation, verhindern Rechtsschutz und funktionieren als Abschiebelager. In Bremen wurde eine Struktur verfestigt, die immer wieder Notunterkünfte und teure Anmietungen nötig macht. Ankommende werden lange Zeit in Massenunterkünften zentralisiert. Ziel einer LINKEN Unterbringungspolitik ist im Gegensatz dazu, die Bereitstellung einer kleinteiligen, dezentralen Wohn- und Unterbringungslandschaft als Element umfassender sozialer Wohnungspolitik.

Oberstes Ziel ist es, auf individuelle Bedarfe Geflüchteter einzugehen und Selbstbestimmung zu fördern und der frühzeitige Übergang in eigenen Wohnraum für alle Geflüchtete, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Darum braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum – in allen Stadtteilen und die engere Zusammenarbeit von Behörden, städtischen und privaten Wohnungsbaugesellschaften, den Wohlfahrtsträgern und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Kooperationsvereinbarungen mit Wohnungsbaugesellschaften wie der GEWOBA sind ein auszubauendes Mittel, um rassistische Benachteiligungen auszugleichen und ein Kontingent an Wohnungen zu sichern. Es braucht mehr Gewährleistungswohnungen für Geflüchtete und andere wohnungslose Personen. Bestehende Beratungs- und Vermittlungsangebote für Wohnraum müssen besser ausgestattet werden. Die Bereitstellung von Immobilien für die Unterbringung und das Wohnen Geflüchteter ist eine öffentliche Aufgabe, die über die Anmietung auf dem privaten Markt teuer, prekär und unflexibel gelöst wird. Durch eine eigene Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) oder die Aufgabenerweiterung bestehender städtischer Gesellschaften soll Bremen eine aktive Rolle bei Neu- und Umbau von Immobilien für die Unterbringung Geflüchteter spielen. Bei Zweckentfremdung von Wohnraum kommt bei hohem Bedarf auch Vergesellschaftung in Betracht, um bezahlbaren Wohnraum zu gewährleisten.

Das Asylgesetz schreibt eine Zentrale Erstaufnahmestelle (ZASt) vor. In der bestehenden Form lehnen wir die ZASt in der Lindenstraße aber ab. Auch wenn auf unsere Initiative hin eine unabhängige Asylverfahrensberatung geschaffen wird, selbst wenn überzeugende Gewaltschutzkonzepte erarbeitet werden: die Einrichtung ist und bleibt zu groß! Wir konnten in dieser Legislaturperiode eine Senkung der Belegungsgrenze von 750 auf 500 Bewohner*innen durchsetzen, die auch über Coronopandemie hinaus gilt, aber das reicht nicht. Wir setzen uns weiter für die Verkleinerung und Dezentralisierung der ZASt ein. Für die Feststellung besonderer

Schutzbedarfe von unterzubringenden Personen ist ein frühzeitiges Clearing zu schaffen, das eine sichere Unterbringung vulnerabler Personengruppen von Anfang an gewährleistet.

Beim Neu- und Umbau sind Appartement- und Wohnungsstrukturen zu schaffen. Eine Kombination mit Azubi- und Studierendenwohnheimen streben wir an. Bei Neubauten müssen je nach Bedarf des Stadtteils weitere Angebote wie Kitas, Sozial- und Kulturzentren, Ärztehäuser usw. integriert werden, um die häufig bereits baulich erzeugte Isolation durch integrative Strukturen zu beenden. Es braucht Fördermöglichkeiten, für kreative Ansätze wie die Zusammenarbeit mit Künstler*innen oder Privatunterbringung in WGs sowie Mischformen, die Hostels, Ferienwohnungen oder andere temporäre Nutzungen integrieren.

Ausstattung und Mitbestimmung in Unterbringungen

An die Erstaufnahme anschließende Wohnheime sind nur Übergangslösungen, für den Fall,
dass regulärer Wohnraum nicht zur Verfügung steht. Wir wollen eine wohnungsartige Unterbringung die ausreichend Privatsphäre, eigene Sanitäranlagen sowie Kochmöglichkeiten bietet. Unterbringungen müssen ihren Bewohner*innen Schutz bieten und nicht zu weiteren Traumatisierungen führen. Sie sind individuelle Rückzugs- und Entfaltungsräume. Die im Grundgesetz festgehaltene Unverletzlichkeit der Wohnung gilt
auch für Geflüchtete, auch gegenüber Betreuer*innen, Sicherheitspersonal, Behördenmitarbeiter*innen und der Polizei. Sie muss in allen Unterkünften z.B. über die Hausordnung sichergestellt werden. Diese Rechte müssen den Bewohner*innen verständlich mitgeteilt werden. Jede Gemeinschaftsunterkunft braucht ein Gewaltschutzkonzept.

Die Situation in Unterkünften muss durch bessere Personalschlüssel sowie finanziell abgesicherte Unterstützung durch entlastende Kräfte wie Sprachmittler*innen und professionelle Dolmetscher* innen entlastet werden. Insgesamt wird in der Bremer Aufnahmelandschaft die Situation von vulnerablen Gruppen wie queeren Personen und Menschen mit psychologischen Bedarfen und körperlichen Einschränkungen trotz Verbesserungen noch nicht ausreichend berücksichtigt. Zielgruppenspezifische Angebote
für geflüchtete Frauen sollen braucht es weiterhin, sie sollen aber nicht nach Herkunftsregionen belegt werden, sondern Schutzbedarfe im Fokus haben. Weiterhin braucht es spezifische Angebote für junge queere Geflüchtete.

Das diese Legislatur endlich eingeführte unabhängige Beschwerdemanagement für Geflüchtete bewerten wir weiter und wollen es gegebenenfalls ausbauen. Für Wohnheime ist zudem das Recht auf demokratische Teilhabe der Bewohner*innen durch finanzielle Mittel zu gewährleisten.

Beratungs- Unterstützungs- und Selbstorganisationsstrukturen stärken

Die Mehrheit der Bremer Stadtgesellschaft schätzt eine offene Willkommenskultur und beteiligt sich an ihr. Die entsprechende Unterstützung die Geflüchtete bei ihrem Ankommen in Bremen durch professionelle und ehrenamtliche, zivilgesellschaftliche

Strukturen bekommen, ist stärker zu würdigen. Gleichzeitig dürfen Aufgaben von staatlichen Stellen und der professionellen Wohlfahrt nicht systematisch auf Ehrenamtliche ausgelagert werden. Die LINKE setzt sich daher für eine bessere Ausstattung mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ein. Die Budgets für Lots*innen und Mentor*innenprogrammen, (Deutsch-)Lernorte und Übersetzungshilfen müssen ausgebaut und leichter zugänglich werden. Für Beratungsangebote in den Bereichen Wohnen, Aufenthaltsrecht und (psychische) Gesundheit sollen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen ausreichende Beratungsangebote für junge Geflüchtete dauerhaft absichern. Mehr schulische und außerschulische Nachhilfeangeboten für Schüler*innen mit Fluchterfahrung sind notwendig. Für junge Erwachsene muss es auch nach Erreichen der Volljährigkeit die Möglichkeit geben, Schulabschlüsse nachzuholen, um Ausbildung oder
Studium beginnen zu können. Projekte von Menschen mit Fluchterfahrung für Menschen mit Fluchterfahrung sollten weiterhin gefördert werden. Hier ist es besonders wichtig, niedrigschwellige Zugänge zu schaffen, damit gute Ideen nicht an Bürokratie scheitern!

Antrag W 23-2: 23. Flucht und Migration Teil 2:

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bleiberecht statt Angst – kein Mensch ist illegal

Menschen aus Krisengebieten und Personengruppen, die systematisch diskriminiert werden, müssen einen dauerhaft gesicherten Aufenthalt bekommen. Unsicherer Aufenthalt
ist psychisch extrem belastend. Landesrechtliche Möglichkeiten zur Aufenthaltserteilung müssen deshalb ausgeschöpft werden. DIE LINKE Bremen lehnt **Abschiebungen** grundsätzlich ab. Die beim Innensenator angesiedelte Task-Force Abschiebung wollen wir abschaffen.

Abschiebungen in Länder, in denen Menschenrechte nicht gewahrt werden und in Krisenregionen sind inakzeptabel. Wir lehnen die Politik der »sicheren Herkunftsstaaten« und ihre Folgen ab, denn sie ignoriert ethnische und andere systematische Verfolgung und lebensbedrohliche Erkrankungen. Wir fordern daher aufenthaltsrechtliche Sicherheit für Rom*nja, sowie die Anerkennung und Berücksichtigung gesundheitlicher Abschiebehindernisse. Die Ampel-Koalition hat im Koalitionsvertrag Änderungen im Aufenthaltsrecht vereinbart. Wir wollen in Bremen durch sogenannte Vorgriffsregelungen die vereinbarten Änderungen frühzeitig

umsetzen.
Das umfasst die Abschaffung der „Duldung light“, die Einführung des „Chancen-Aufenthaltsrechts“, die Ausstellung von Aufenthaltstiteln für Geduldete in Ausbildung, die Entfristung der Beschäftigungsduldung und die Fristenverkürzung für die Antragsfrist für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach AufenthG §25a und §25b. Für die Erteilung von Aufenthaltstiteln stellt die Passpflicht oft eine unüberwindbare Hürde dar, da nicht alle Herkunftsstaaten Pässe ausstellen. Wenn es nicht möglich ist, einen Pass vorzulegen, soll durch die Ausstellung von Ersatzpapieren die Erteilung von Aufenthaltstiteln ermöglichen.

Für in Bremen geborene Babys von Müttern aus einigen afrikanischen Ländern und Vätern
mit deutscher Staatsbürgerschaft oder gültigem Aufenthalt ist es schwierig Geburtsurkunden zu erhalten. Damit werden diesen Kindern massive Steine für den Start
in ihr Leben in den Weg gelegt. Denn ohne Geburtsurkunde gibt es keinen Zugang zur Krankenversicherung und anderen existenzsichernden Leistungen. Familien werden so in der herausfordernden Zeit nach der Geburt vor große Schwierigkeiten gestellt. Die pauschale Unterstellung des Migrationsamt, dass sich Müttereinen Aufenthalt ‘erschleichen’ wollen, muss beendet werden.

Viele Menschen, die in Bremen ankommen und sich bei der Migrationsbehörde melden, werden Monate nach ihrer Ankunft durch sogenannte Umverteilungen aus ihrem Umfeld gerissen und innerhalb von Deutschland an andere Orte geschickt. Dabei werden bestehende Verwurzelungen oder gesundheitliche Notwendigkeiten wie eine begonnene Therapie oft nicht berücksichtigt. Wir wollen, dass bei Umverteilungen familiäre Verwurzelung, gesundheitliche Aspekte und begonnene Integration zum Beispiel im Rahmen des Schulbesuchs mit einbezogen werden. Falls diese gegen die Umverteilung sprechen soll die Aufnahme in Amtshilfe erfolgen.

Die aufenthaltsrechtliche Legalisierung von papierlosen Menschen in Bremen ist ein LINKEs Projekt, für das wir uns auch in Zukunft einsetzen! Die Zahl der Menschen, die
ohne jeden Aufenthaltstitel in Bremen leben, steigt als Folge starrer Verteilungsquoten, unzureichender Aufenthaltsmöglichkeiten sowie eines ausgehöhlten Aufenthalts- und Asylrechts. Schätzungen gehen für Bremen von 2 000 bis 4 000 Menschen aus. Diese sogenannte Papierlosigkeit ist eine Gefahr für Kindeswohl und Gesundheit der Betroffenen. Sie ist ein Einfallstor für Ausbeutung und Lohndumping. In einigen Punkten wurde die Situation von papierlosen Menschen von der rot-grün-roten Koalition in Bremen deutlich verbessert. Mit dem anonymen Krankenschein hat die
Gesundheitssenatorin in der vergangenen Legislaturperiode ein Modellprojekt gestartet, dass die Gesundheitsversorgung papierloser Menschen gewährleistet. Wir wollen das Projekt während der Modellphase eng begleiten, evaluieren und anschließend
durch eine auskömmliche Finanzierung im Landeshaushalt dauerhaft etablieren.

Alleinstehende und alleinerziehende Bewohner*innen von Übergangswohnheimen erhalten

von den Sozialämtern seit 2019 um 10% gekürzte Leistungen nach AsylbLG mit der Begründung, dass sie mit anderen Bewohner*innen in den Gemeinschaftsunterkünften gemeinsam haushalten könnten. Obwohl es auch vonseiten der Sozialbehörde Zweifel an der Verfassungskonformität dieser Kürzung gibt, wird sie in Bremern weiterhin umgesetzt. Wir fordern diese Kürzungen zurücknehmen und alle landesrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen um bereits kurzfristig Lösungen zu finden.

Flüchtende Kinder besonders schützen

Minderjährige die sich alleine auf die Flucht begeben, sind besonders schutzbedürftig. Das Jugendamt übernimmt hier die elterliche Sorge. Der Bund schreibt
eine länderübergreifende Verteilung und verbindliche Altersfestsetzung vor. Als Kind oder jugendlicher Mensch alleine zu flüchten, die Flucht selbst, ihre Ursachen und die Erfahrung in gefährlichen Situationen auf sich selbst gestellt zu sein hinterlässt oft schwere psychische Folgen. Soziale Anbindung, Therapieangebote und das infrastrukturelle Umfeld einer Großstadt wie Bremen können stabilisiere. Einige unbegleitete minderjährige Geflüchtete folgen deshalb der behördlichen Umverteilungsentscheidung nicht. Sie bleiben aber zuallererst schutzbedürftige Minderjährige, müssen hier in Amtshilfe in Obhut genommen und beschult werden. Psychologische Gutachten die gegen eine Umverteilung sprechen, dürfen nicht missachtet werden. Eine Bewertung von psychologischen Gutachten soll nur von Personen
mit entsprechendem fachlichem Hintergrund vorgenommen werden.

DIE LINKE Bremen lehnt medizinische Untersuchungen ohne Indikation zur **Altersfestsetzung** ab. Entscheidend für die Gewährung von Jugendhilfe ist der pädagogische Bedarf. Da der nicht in einem einmaligen Gespräch feststellbar ist, wollen wir für alle unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ein Clearing-Verfahren einführen. Dafür sind weitere Clearing-Einrichtungen nötig, in denen pädagogische, therapeutische, Bildungs- und weitere Bedarfe eruiert und ggf. in die Wege geleitet werden können.

Antrag W 24: 24. Partizipation und Antirassismus

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

24. Partizipation und Antirassismus

Rassismus bekämpfen - Antidiskriminierungsstrukturen stärken

Wir, DIE LINKE, stehen für unsere plurale Gesellschaft ein. Niemand darf aufgrund (zugeschriebener) Herkunft diskriminiert werden. Doch Rassismus und rassistische Ausgrenzung durchziehen die Gesellschaft auf allen Ebenen. Für Betroffene von Rassismus bedeutet das, Grenzüberschreitungen, abwertende Kommentare bis hin zu körperlicher Gewalt zu erleben und mit Ausschlüssen, z.B. auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt konfrontiert zu sein. Akzeptanz und Anerkennung sind für rassifizierte Menschen schwerer erreichbar als für weiß positionierte Menschen. Die rechten und rassistischen Terroranschläge seit der Selbstenttarnung des NSU, von München 2016 über Halle 2019 und Hanau 2020 bis hin zu den Brandanschlägen in Bremen und im Bremer
Umland in jüngster Zeit zeigen auf schreckliche Art und Weise, wie tödlich Rassismus ist. Gleichzeitig ist deutlich, wie blind viele Behörden für rechte Strukturen sind. Nicht selten existieren sogar Verbindungen zwischen rechtsradikalen Milieus und Sicherheitsbehörden existieren. Die Aufklärung der meisten rassistischen Taten wird verschleppt oder behindert. Wir stehen an der Seite von Betroffenen von Rassismus, setzen uns für eine Politik ein, die zuhört und auf Forderungen von Betroffenen eingeht. Es gilt die Bedingungen, die rechte Gewalt und rechten Terror ermöglichen aufzulösen. Dazu gehört auch, rassistische Kontinuitäten staatlicher Institutionen zu
beleuchten, zu diskutieren und zu beenden.

Betroffene von Diskriminierung brauchen rechtliche Beratung, wo gesetzliche Grenzen überschritten werden: bei Diskriminierung am Arbeitsplatz, bei der Ausbildungs- oder Wohnungssuche, am Club-Eingang oder in der Schule. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist eine gute Grundlage – es muss aber bekannter und gelebte Realität werden. Deshalb haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich dafür eingesetzt, eine Landesantidiskriminierungsstelle zu schaffen.

Dass es einen hohen Bedarf gibt, etwas zu ändern hat im Bereich Wohnen der Brebau-Skandal gezeigt. Der soziale Wohnungsbau sollte gesellschaftliche Nachteile ausgleichen, anstatt diese noch zu verstärken. Es braucht daher transparente und diskriminierungssensible Wohnungsvergabestandards für öffentliche Wohnungsgesellschaften.

In den Schulen arbeiten viele hoch engagierte Lehrkräfte. Doch in seiner aktuellen Form ermöglicht das Bildungssystem nicht allen Kindern die gleichen Chancen. Herkunft
spielt eine Rolle und wirkt sich (nachteilig) aus. Auch kommt es vor, dass das einzelne Lehrer*innen (unbewusst) rassistische Vorurteile wiedergeben. Die Schaffung von Antidiskriminierungsstellen an den Regionalen Beratungszentren für Schüler*innen,
Lehrkräfte und Eltern sind eine LINKE Errungenschaft, die dem begegnet. Wir wollen, dass für Lehrkräfte mehr Fortbildungsmöglichkeiten zur Sensibilisierung für Diskriminierung und Rassismus angeboten werden. Ähnlich ist es bei den Sicherheitsbehörden: Viele Polizist*innen arbeiten sehr engagiert, couragiert und deeskalativ. Dennoch sind nicht-weiße Bremer*innen von rassistischer Polizeigewalt betroffen und werden überdurchschnittlich oft von Polizist*innen kontrolliert. Der

Feuerwehrskandal hat gezeigt, dass auch die internen Strukturen bremischer Sicherheitsinfrastruktur nicht frei von Diskriminierung und Mobbing sind. Wir haben deshalb in der vergangenen Legislaturperiode für eine unabhängige Polizei- und Feuerwehrbeauftragte eingesetzt. Dieses Angebot muss durch Öffentlichkeitsarbeit bekannter werden. Racial Profiling ist nicht hinnehmbar, daher wollen wir die polizeilichen Gefahrengebiete abschaffen, in denen verdachtsunabhängig kontrolliert wird. Die in der vergangenen Legislaturperiode eingeführten Quittungen bei Polizeikontrollen sollen breiter bekannt werden.

Gute Zukunft und gute Arbeitsbedingungen unabhängig von der Herkunft

Eine solidarische Gesellschaft muss allen Menschen Zukunftsperspektiven bieten –unabhängig von Herkunft und Einkommen. Der Armuts- und Reichtumsbericht des Senats hat gezeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund seltener und später in die Kita gehen – z.B. aufgrund fehlender Kita-Plätze in migrantisch geprägten Stadtteilen. Da ein früher Kita-Besuch die späteren Bildungserfolge steigert, ist ein sozial gerechter Krippen- und Kita- Ausbau dringend und unerlässlich.

Das Bildungssystem geht noch nicht ausreichend auf die Bedarfe migrantischer Kinder ein. Die Quote der Jugendlichen mit Migrationshinweis, die die Schule ohne Abschluss oder mit Berufsbildungsreife verlassen, ist rund ein Drittel höher als im Gesamtdurchschnitt; Bei den Abiturient*innen liegt sie ein Drittel unter dem Gesamtdurchschnitt liegt. Diese Selektivität wollen wir aufheben. Aus unserer Sicht ist Mehrsprachigkeit als **Kompetenz** mehr in die pädagogische Arbeit einzubinden. Wir wollen mehr Erzieher*innen und Lehrkräfte mit Migrationserfahrung. Sie können eine Vorbildfunktion einnehmen. Die Institutionen frühkindlicher und schulischer Bildung brauchen eine Personalausstattung, die migrationsspezifische Anforderungen in der Pädagogik, Bildung, Eltern- und Netzwerkarbeit berücksichtigt. Die Schaffung von Sozialpädagog*innenstellen in Kitas und Schulsozialarbeit ist ein guter Ansatz, der ausgeweitet werden muss. Kita-Anmeldungen müssen auch auf anderen Sprachen als Deutsch möglich sein.

Bei der **Ausbildungsplatzsuche** werden junge Menschen mit Namen, die auf einen Migrationshintergrund verweisen, bei gleicher Qualifikation regelmäßig benachteiligt.
Um dieser Diskriminierung entgegenzuwirken, setzen wir uns für die Ausweitung von anonymisierten Bewerbungsverfahren bei öffentlichen und privaten Arbeitgeber*innen.
Mit der zu begrüßenden Ausbildungsduldung werden Geflüchtete verletzbarer für Ausbeutung. Viele beginnen eine Ausbildung in Bereichen, die sie nicht interessieren oder in denen sie erhöhter Diskriminierung und unzulässiger Arbeitsbelastung ausgesetzt sind. Aus Angst vor Abschiebung entscheiden sich viele, solche Situationen
auszuhalten anstatt sich für ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen einzusetzen. Um dies zu vermeiden, braucht es u.a. mehr Zeit und Angebote für Studien- und Berufsorientierung.

Bremer*innen ohne deutschen Pass sind mehr als doppelt so häufig von Armut betroffen.

Sie werden oft in schlechten Arbeitsverhältnissen beschäftigt oder ausgebeutet. Wir wollen **ausbeuterische Strukturen** auf dem Arbeitsmarkt durch die Stärkung der bestehenden Beratungsstellen sowie Arbeitgeberkontrollen unterbinden. EU-Bürger*innen und Drittstaatsangehörige, die Opfer von Arbeitsausbeutung geworden sind, sollen hier Schutz durch das humanitäre Bleiberecht erhalten.

Die biografische Geschichte, der Bildungshintergrund und soziale Status der migrantischen Bremer*innen ist sehr unterschiedlich. Für viele ist Migration aber mit einem Statusverlust verbunden: Abschlüsse werden nicht anerkannt, erlernte Berufe können nicht ausgeübt werden. Wir wollen eine vermehrte **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** durch die zuständigen Behörden, in Zusammenarbeit mit der Handels-, der Handwerkskammer und weiteren Berufsverbänden erreichen. Gute Arbeit ist die beste Prävention gegen Kinder- und Altersarmut und ein wichtiger Baustein gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig muss die Sprachbildung erwachsener Migrant*innen ausgebaut werden: Derzeit müssen viele Migrant*innen unter Zeitdruck Sprachkurse absolvieren. Wir fordern, dass Jobcenter und Sprachschulen besser zusammenarbeiten, um bedarfsgerechte Kurse anzubieten.

Wahlrecht und politische Teilhabe

Von den 670 000 Bremer*innen haben rund 200 000 einen Migrationshintergrund. Über 100 000 von ihnen haben keine deutsche Staatsbürger*innenschaft. Sie dürfen nicht wählen, obwohl sie im Durchschnitt bereits seit 15 Jahren hier leben. Das wollen wir ändern: Wer hier dauerhaft lebt, ist Teil der Gesellschaft. Wer von den hier geltenden Gesetzen betroffen ist, der/die sollte die Gesetzgebung mitbestimmen dürfen. Wir wollen eine gleichberechtigte politische Teilhabe: Wer fünf Jahre hier lebt, soll das uneingeschränkte **Wahlrecht** erhalten.

Politische Teilhabe bedeutet aber nicht nur wählen: Menschen sollen für sich selbst sprechen. Deshalb werden wir migrantische Selbstorganisierung und politische Artikulation stärken. DIE LINKE strebt an, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in allen Organisationen und Institutionen wie dem öffentlichen Dienst, Parlamenten, Gewerkschaften, Parteien oder Vereinen auch in Leitungsfunktionen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sind.

Außerdem wollen wir in einem Landesantidiskriminierungs- und Partizipationsgesetz Beteiligungsrechte migrantischer Selbstorganisationen wie des Bremer Rats für Integration festschreiben. Mit dem Partizipationsgesetz soll zudem die Mehrsprachigkeit und einfache Sprache in der Verwaltung ausgebaut sowie die Inanspruchnahme von Dolmetscher*innendiensten geregelt werden.

Antrag W 25-1: 25. Haushalt und Finanzen Teil 1: bis Haushalt ohne und mit LINKS

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Haushalt und Finanzen

Kredite für Klimaschutz und Armutsbekämpfung

Zur Bewältigung der aktuellen und kommenden Krisen müssen Kredite aufgenommen werden können. Die Folgen des Ukraine-Kriegs und die Energiepreisexplosion stellen vor allem
diejenigen vor finanzielle Schwierigkeiten, die ohnehin schon wenig haben. Der Staat muss hier eingreifen und einkommensschwache Haushalte deutlich unterstützen und vor Armut bewahren.

Unter normalen Bedingungen wäre es seit 2020 möglich, die laufenden Ausgaben Bremens aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten. Aber die Bedingungen sind nicht normal. Es
gilt, die Folgen der Coronapandemie und des Ukrainekrieges zu bewältigen, den eklatanten Fachkräftemangel zu beheben, Schulen und Kitas zu bauen, in Maßnahmen für den Klimaschutz zu investieren, die Armut und soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen und vor allem: den gewaltigen Sanierungsstau zu beseitigen. Denn sonst kippen in Zukunft nicht nur Leuchttürme um.

Es wäre fatal, weiterhin an der Schuldenbremse und der sogenannten schwarzen Null im Haushalt festzuhalten. Denn das alles kann nicht annähernd aus den laufenden Einnahmen finanziert werden. Allein für Klimaschutzmaßnahmen werden in den nächsten 10 Jahren ca. 1 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich benötigt.

Ausgaben durch Kreditaufnahme zu finanzieren ist laut Grundgesetz und Landesverfassung grundsätzlich verboten (Schuldenbremse). Aus der Bremer Landesverfassung wollen wir die Schuldenbremse streichen. Insbesondere das Kreditverbot für die Kommunen Bremen und Bremerhaven, sowie die engen Regeln für Eigenbetriebe und Beteiligungen verhindern sinnvolle Investitionen. Eine Regelung, deren Absurdität sich in den letzten Jahren deutlich erwiesen hat und die DIE LINKE nach wie vor ablehnt.

DIE LINKE unterstützt das Vorhaben schon 2023 eine Notsituation vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Energiepreiskrise zu erklären und die notwendigen Mittel für
den Klimaschutz und zur Abwendung der Energiepreiskrise per Kredit zu finanzieren.

Denn das Parlament kann mit der Erklärung einer Notsituation eine Ausnahme von der Schuldenbremse beschließen, wie es in der Coronapandemie mit dem Bremen Fonds geschehen ist. Dann ist es möglich, Ausgaben zur Bewältigung der Krisenfolgen über Kredite zu finanzieren.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Erklärung der Notsituation auf Grund des Klimawandels rechtlich möglich. Das bedeutet aber auch, das Kredite für die Bewältigung der Klimakrise ausschließlich für
diesen Zweck ausgegeben werden dürften.

DIE LINKE sagt aber auch, dass ausreichend Mittel freigesetzt werden müssen, um Armut
zu bekämpfen, Sanierungsstau und Fachkräftemangel zu beheben, sowie genug Schulen und
Kitas zu bauen.

Klima schützen, aber Armut in Kauf nehmen ist für DIE LINKE nicht akzeptabel.

Alle Möglichkeiten nutzen

Im Haushalt umverteilen: Wenn Klimaschutzmaßnahmen durch Kredite finanziert werden können, dann werden gegebenenfalls im normalen Haushalt Mittel frei. Diese sind zur Behebung des Sanierungsstaus, zur Armutsbekämpfung, etc. einzusetzen.

Öffentliche Unternehmen nutzen: Die Möglichkeiten von Unternehmen in öffentlicher Hand oder mit bremischer Beteiligung, Investitionen per Kredit zu finanzieren, sind rechtlich neu zu bewerten. GeWoBa und BREBAU müssen verstärkt zum Bau von Schulen und
Kitas herangezogen werden.

Die Anstalt für Versorgungsvorsorge nutzen: Die Anstalt für Versorgungsvorsorge (AVV)
sitzt immer noch auf ca. 515 Mio. Euro, die für sinnvolle Investitionen, z.B für bessere Schulausstattungen oder für die Energiewende verwendet werden müssen.

Die Finanzpolitik der Partei DIE LINKE wird sich in den kommenden Jahren an folgenden
Leitlinien orientieren:

Wir setzen uns weiterhin für die Streichung der sogenannten Schuldenbremse aus dem Grundgesetz und der Landesverfassung ein.

Die Erklärung der Notsituation vor dem Hintergrund der Klimakrise ist richtig, aber nicht hinreichend.

Auch die Folgen der Energiekrise und Preisexplosion stellen eine Notsituation für einen breiten Teil der Gesellschaft dar. Für diese Situation müssen ebenfalls Kredite
aufgenommen werden können.

Die Möglichkeiten öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen sind neu zu bewerten und

verstärkt zu nutzen. Die Mittel der AVV sind in den sozialen Ausgleich zu investieren.

Klimaschutz nicht privatisieren

Wenn in Bremen in den nächsten Jahren eine Mrd. Euro pro Jahr in den Klimaschutz investiert werden soll, braucht es in Bremen das nötige Personal und Knowhow in der Verwaltung. Entscheidend ist, ob wir im Zuge der Investitionen in den Klimaschutz nachhaltige öffentliche Strukturen schaffen, die in der Lage sind, faire Verträge auszuhandeln, zügige und kostensichere Umsetzung der Projekte sicher zu stellen und überhöhte Preise abzuwenden. Dazu wird eine große Zahl von Fachkräften gebraucht. Deswegen sind neben investiven Mitteln auch Gelder für neue Fachkräfte vorzusehen.

Wir wollen keine Privatisierung des Klimaschutzes. Es gilt windige PPP (Public private Partnership) Verträge mit nicht gerechtfertigten, langfristigen Haushaltsbelastungen zu verhindern. Das Prinzip, >Gewinne werden privatisiert und Verluste werden sozialisiert<, darf keine fröhlichen Urstände feiern. Mit der Gründung einer ressortübergreifenden kommunalen Planungsgesellschaft, in Form eines Eigenbetriebes oder einer Anstalt öffentlichen Rechts, wollen wir dem entgegenwirken.

Haushalt ohne und mit LINKS

2010 standen in den bremischen Haushalten 5,25 Mrd. Euro Ausgaben nur ca. 4 Mrd. Euro
Einnahmen entgegen, das bedeutet ein Haushaltsdefizit von rund 1,25 Mrd. Euro. Damals
war die Schuldenbremse schon beschlossen und um 2020 einen Haushalt ohne Kreditaufnahme aufstellen zu können, wurde in einer Vereinbarung mit dem Bund festgelegt, dieses Defizit um 125 Mio. Euro jährlich abzubauen.

Das bedeutete:

Investitionen für Neubau, Bauunterhalt und Sanierung wurden reduziert bzw. eingefroren. Daraus entstand ein Sanierungsstau der im Jahr 2019 allein für die bremischen Schulen auf ca. 750 Mio. Euro und für Bremen insgesamt auf ca. 1,5 Mrd. geschätzt wurde (ohne Ausgaben für die energetische Sanierung).

Der Personalabbau der letzten Jahrzehnte hat die Bremer Verwaltung vor erhebliche Probleme gestellt. Altersbedingt freiwerdende Stellen in der Verwaltung, im Schuldienst und bei der Polizei und Feuerwehr wurden nicht oder zumindest nicht vollständig wiederbesetzt. Lange Wartezeiten bei den Behörden, Überstunden bei der Polizei und Lehrkräftemangel, aber auch der Verlust von Kompetenzen in der Verwaltung, waren die Folgen.

Diese falsche Kürzungspolitik konnte mit Beginn der Regierungspolitik der LINKEN beendet werden.

Die Haushalte, die unter der rot-grün-roten Landesregierung beschlossen wurden, unterscheiden sich deutlich von den Haushalten vergangener Jahre. Neben 400 Millionen
Euro Sanierungshilfen und höheren Steuereinnahmen, wurden seit der

Regierungsbeteiligung der LINKEN 89,5 Millionen Euro aus dem Vermögen der Anstalt für Versorgungsvorsorge dem Haushalt zugeführt. Der beschlossene Bremen Fonds war im Vergleich zu den finanziellen Rettungspaketen anderer Bundesländer eines der finanzstärksten. Es hat die Bremische Wirtschaft wieder in Fahrt gebracht und einen erheblichen Anteil zur Sicherung der Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven beigetragen. Das waren mutige und richtungsweisende Beschlüsse, die eine Vielzahl von Möglichkeiten eröffnet haben.

Mit diesen Haushalten konnte der Pfad der Zwangssanierung verlassen werden. Durch unseren Einsatz konnte eine deutliche Trendwende bei der Personalbeschaffung für die Verwaltung erzielt werden. Erstmals arbeiten mehr Menschen als im Jahr 2000 in der Kernverwaltung. Wahr ist aber auch, dass sowohl die Folgen von 10 Jahren sogenannter Sanierungspolitik wie auch jene der Pandemie noch lange nicht bewältigt sind.

Das wird an der **Gesundheit Nord (GeNo)** deutlich sichtbar. Sie hat in den Pandemiejahren eine ausgezeichnete gesundheitliche Versorgung sichergestellt und stellt sie weiterhin. Die damit verbundenen finanziellen Belastungen für das Unternehmen sind zum großen Teil vom Bund und der Rest vom Land Bremen geschultert worden. Jetzt steht die finanzielle Sanierung auf der Tagesordnung. Es geht um Gebäudesanierung und eine neue Medizinstrategie. Beides darf am Ende nicht zu einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung oder zu einer Belastung für die Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten, führen. Für uns ist klar: **Die GeNo ist auch in der Zukunft finanziell abzusichern.**

Antrag W 25-2: 25. Haushalt und Finanzen Teil 2: Deswegen forert DIE LINKE: bis Ende

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Deswegen fordert DIE LINKE:

Eine Initiative zur Gewinnung von Fachkräften für die Verwaltung, von Personal für Schulen und Kitas, von Pflegekräften, et cetera. Eine deutliche Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und eine Steigerung der finanziellen Attraktivität des öffentlichen Dienstes und des Pflegebereiches.

Einen zügigen und bedarfsgerechten **Ausbau der Schul- und Kitakapazitäten.** Mobilbauten

sind in der Regel ein Übergang, aber keine Lösung.

Die Einrichtung einer **ressortübergreifenden Planungsgesellschaft**, welche für alle Investitionsvorhaben genügend Planungs- und Umsetzungskapazitäten bereitstellt.

Ankauf von Wohnungen aus den Beständen privater Wohnungsbauunternehmen.

Gründung eines kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Private Energieversorger haben gezeigt, dass sie in erster Linie ihren Profiten verantwortlich sind. Trotz in der Krise erzielter Milliardengewinne wollen sie die sogenannte Gasumlage an die Kundschaft weitergeben. Energieversorgung gehört wieder in öffentliche Hand.

Finanzielle Absicherung der Gesundheit Nord. Kommunale Krankenhäuser sollen nicht länger ausschließlich betriebswirtschaftlich geleitet saniert werden.

Die Krankenhausfinanzierung muss durch den Bund neu geregelt werden. Insbesondere Pandemiefolgen gehören komplett ausgeglichen. Pflegekräfte und andere, in den Krankenhäusern beschäftigte Menschen, gehören besser bezahlt.
Krankenhausinvestitionen können nicht von Bremen allein geschultert werden. Das Prinzip der Fallpauschalen und DRGs hat sich als untauglich erwiesen.

Schrittweise Auflösung des Vermögens der AVV. Es ist sinnlos, 450 Millionen Euro auf einem Konto zu haben und gleichzeitig kein Geld für die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur.

Neues öffentliches Eigentum schaffen. Langfristige Mietverträge für Büros und ähnlichem sind am Ende teurer als selber bauen oder kaufen.

Kommende Tarifabschlüsse übertragen. Kommende Tarifabschlüsse sind auf Beamt*innen zu
übertragen. Unter Umständen gilt es, Stellen im ÖD durch Zulagen attraktiver zu machen.

Die sogenannte Schuldenbremse gehört aus der Landesverfassung gestrichen.
Insbesondere das Kreditverbot für die Kommunen Bremen und Bremerhaven, sowie die engen Regeln für Eigenbetriebe und Beteiligungen, verhindern sinnvolle Investitionen.

Altschuldenregelung. Vor allem aufgrund der wieder steigenden Zinsen wäre eine Schuldenübernahme durch den Bund eine sowohl sinnvolle als auch haushaltswirksame Lösung. Derzeit bezahlt Bremen circa 550 Millionen Euro pro Jahr.

Unsere Schuldenbremse heißt Vermögenssteuer

Öffentliche Ausgaben durch Kredite zu finanzieren ist selbstverständlich keine dauerhafte Lösung. Wird es steigende soziale Ungleichheit und fehlende Einnahmen der öffentlichen Hand geben, müssen wir dringend eine höhere Besteuerung von Gewinnen und
Vermögen nutzen.

Zusätzlich wollen wir kleinere und mittlere Einkommen endlich angemessen entlasten.

Deshalb fordert DIE LINKE:

Wir wollen eine Vermögenssteuer von 1% ab einem Vermögen von einer Millionen Euro,

wie sie im Grundgesetz vorgesehen ist. Der Senat soll prüfen, ob eine landesrechtliche Vermögenssteuer rechtlich umsetzbar ist.

Wir wollen außerdem eine Vermögensabgabe ab einem privaten Geldvermögen von 2 Mio.€ in Höhe von mindestens 10%. Angesichts der Pandemiefolgen, der Belastung durch den Krieg in der Ukraine und des Klimawandels, ist es höchste Zeit, dass private Vermögen zum Ausgleich der sozialen Ungleichheit herangezogen werden.

Es ist fatal, dass die Gewinne von Unternehmen nicht hinreichend besteuert werden. Die in Folge des Ukraine-Kriegs erzielten Gewinnsprünge, die viele Unternehmen ausweisen, wollen wir mit einer Übergewinnsteuer von 50% besteuern.

Die Einkommensteuer gehört reformiert. Kleine und mittlere Einkommen müssen entlastet werden, sehr hohe Einkommen müssen diese Entlastung finanzieren.

Vor allem Superreiche können ihr Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder zu Lebzeiten verschenken. Wir fordern, dass diese Steuervorteile abgeschafft werden. Die Erbschaftssteuer muss an das wachsende Erbschaftsvolumen angepasst werden. Selbstbewohntes Wohneigentum soll davon unberührt bleiben.

Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Produkte des alltäglichen Bedarfs auf 7% senken.

Es ist ungerecht, dass Einkommen aus Gewinnen deutlich niedriger versteuert werden, als Einkommen aus Erwerbsarbeit. Deshalb wollen wir die Kapitalertragssteuer ändern.

Wir fordern eine Digitalsteuer, damit Firmen wie Facebook und Google ihre Umsätze dort versteuern, wo sie anfallen.

Für einen schnellen und fairen Steuervollzug braucht es zusätzliches Personal im Finanzamt und der Steuerverwaltung. Wir wollen mehr Betriebsprüfende und Personal zur Bekämpfung von Geldwäsche und Schwarzarbeit.

Antrag W 26: 26. Rekommunalisierung und Eigentumspolitik

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

26. Rekommunalisierung und Eigentumspolitik

Faire Gebühren und faire Löhne

Damit 2028 das Jahr der Rekommunalisierung werden kann, müssen schon jetzt die Weichen gestellt werden. Energieversorgung (SWB), Abwasserentsorgung, Straßenreinigung, Müllentsorgung und anderes mehr waren bis in die 90er Jahre Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sind dann verkauft worden. Diese Privatisierung war insbesondere für die Menschen, die auf diese Dinge angewiesen sind, ein teures Vergnügen. Diese Unternehmen wirtschaften nun gewinnorientiert, obwohl sie aus Gebühren der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziert werden.

Im Jahr 2028 laufen diverse sogenannte Leistungsverträge mit Unternehmen aus, die Ende der 1990iger Jahre Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge gekauft haben. Nach Ablauf dieser Verträge wollen wir, dass Bremen diese Dinge wieder selbst in die Hand nimmt!

Faire Gebühren in der Abwasserentsorgung

Das Unternehmen Hansewasser hat in den Geschäftsberichten von 2006 bis 2021 circa **287**
Millionen Euro gebührenfinanzierte Gewinne ausgewiesen. Allein im vergangenen Jahr waren es 17 Millionen. Das war unter anderem deswegen möglich, weil vorangegangene Landeregierung auf regelmäßige Preisprüfungen verzichtet haben.

Diese Gewinne haben also die Menschen in Bremen über ihre Gebühren bezahlt. Aus unserer Sicht sollte das unzulässig sein: Gebühren dürfen nur in der Höhe erhoben werden, wie auch Kosten anfallen. Das wird durch die Leistungsverträge umgangen, da zählen die im Vertrag vereinbarten Preise und nicht die realen Kosten.

Kurzfristig wollen eine Erhöhung der Abwassergebühren auch trotz der Preissteigerungen verhindern, anstatt dessen wollen wir die Leistungsverträge mit Hansewasser überprüfen, um die Gebühren auf das Niveau der realen Kosten zu senken. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die Rekommunalisierung der Abwasserentsorgung 2028 vorbereiten und Auslagerungen, die diese erschweren, verhindern. Organisatorisch wollen wir in der Geschäftsleitung von Hansewasser ein*e weitere*n Geschäftsführer*in einsetzen, um die Interessen der öffentlichen Hand dort zu vertreten.

Faire Löhne bei der Müllentsorgung und Straßenreinigung

Im Jahr 2018 gab es die Chance, die Müllabfuhr und die Straßenreinigung vollständig in die öffentliche Hand zurückzuführen. Die damalige Regierung hat nur 49,9% der Müllentsorgung und Straßenreinigung in öffentliche Hand zurückgeführt. Die Mehrheit hält weiterhin das Unternehmen Nehlsen.

Das Problem an dieser Konstruktion: Für die gleiche Arbeit werden Menschen unterschiedlich entlohnt. Vermeintlich teure Beschäftigte werden durch schlechter bezahlte Beschäftigte ersetzt, indem ihre Aufgaben von einer GmbH ohne Tarifbindung übernommen werden. Diesen Praktiken gilt es 2028 durch die vollständige Übernahme der
Nehlsen Anteile ein Ende zu setzen.

Wir fordern, dass auch bei der Stadtreinigung das Prinzip gleicher Lohn für gleiche

Arbeit gilt und alle Beschäftigten der DBS-Tochterunternehmen nach TvöD oder gleichwertig bezahlt werden. Die Lieferung des Bremer Bioabfalls nach Osnabrück wollen wir durch die Verwertung in einer städtischen Verwertungsanlage vermeiden.

Faire Gebühren bei der Trinkwasserversorgung

Was für die Abwasserentsorgung gilt, gilt auch für die Trinkwasserversorgung. Auch hier werden hohe, durch Gebühren finanzierte Gewinne erzielt. Das kann sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven durch Rekommunalisierung geändert werden, denn auch hier laufen die Leistungsverträge aus. Neben der Vorbereitung der Rekommunalisierung 2028 wollen wir unmittelbar die Leistungserträge und die aufgerufenen Preise der Trinkwasserversorgung durch die SWB überprüfen, um die Gebühren auf das Niveau der realen Kosten zu senken.

Energieversorgung

Fernwärme ist ein zentraler Energieträger für die Bewältigung der Energiewende. Für einen verstärkten Einsatz braucht es erhebliche Anstrengungen beim Netzausbau. Bremen
muss sich aktiv und konkret dafür einsetzen. Deshalb wollen wir die stille Beteiligung an Wesernetz in aktive Anteile umwandeln und die Fernwärmenetze rekommunalisieren. Darüber hinaus ist es sinnvoll die Gründung eines neuen kommunalen
Energieversorgungs-unternehmen ins Auge zu fassen.

Antrag W 27: 27. Verwaltung und Personal

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

27. Verwaltung und Personal

Der Öffentliche Dienst ist das Rückgrat des Bundeslandes und zentral für die anstehenden Herausforderungen, etwa bei der Armutsbekämpfung und den nötigen Maßnahmen im Klimaschutz.

In den vergangenen vier Jahren konnte der seit 1993 andauernde Personalabbau gestoppt
und umgekehrt werden: In Bremen arbeiten nun erstmals wieder mehr Menschen in der Kernverwaltung als im Jahr 2000. Dies ist auch dringend notwendig und bleibt eine zentrale Forderung von DIE LINKE: Ein handlungsfähiger Staat wird gebraucht: Für Dienstleistungen und Hilfen aller Art, für Bildung und Gesundheit, für soziale und öffentliche Sicherheit, für Planung und Organisation. Der jahrelange Personalabbau

der Vergangenheit hat zu erheblichen Kompetenzverlusten geführt, die die öffentliche Hand dann durch (teure) Auftragsvergaben an private Anbieter und Beratungsunternehmen kompensieren musste.

Die Aufgaben und Chancen für die Bewältigung der Klimakrise, Digitalisierung und der allgemeine Fachkräftemangel führen dazu, dass sich die Freie Hansestadt Bremen noch besser als attraktiver Arbeitgeber und Dienstherr positionieren muss. Häufig konkurriert die öffentliche Hand als Arbeitgeber - etwa im Bereich der Stadtplanung, der Architektur, des Ingenieurwesens mit Betrieben aus der Privatwirtschaft, die deutlich besser bezahlen. Um auch in Zukunft zusätzliches und qualifiziertes Personal zu rekrutieren müssen weiterhin Anreize, zum Beispiel Zulagen für besondere Mangel-Berufe, geschaffen werden.

Wir wollen in-sourcen statt outsourcen: Ausgliederungen wie die GND und der Abfallwirtschaft sollen wieder in die Muttergesellschaft überführt werden. Die Zahl der Beschäftigten in den Ausgliederungen ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich und stetig gestiegen, vor allem Frauen sind hier beschäftigt und der Gender-Pay-Gap liegt erheblich höher als in der Kernverwaltung. In einer ganzen Reihe von Unter-Gesellschaften findet so Tarifflucht statt, die wir nicht akzeptabel finden.

Wir setzen uns für die Schließung der Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen ein. Denn auch im öffentlichen Dienst sowie für die Unternehmen mit Landesbeteiligung muss selbstverständlich gelten: Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit. Das Landesgleichstellungsgesetz ist in diese Richtung weiterzuentwickeln.

Bremen muss auch selbst mehr ausbilden: Über neue und ausgebaute Duale Studiengänge, die auch in Teilzeit absolviert werden können, wollen wir mehr junge Menschen für die Arbeit in der Verwaltung gewinnen.

Die Ausbildung im öffentlichen Sektor, bei Eigenbetrieben und in den Ausgliederungen muss aktiv und angemessen vergütet werden (PIA bei KiTa), Pflichtpraktika müssen ebenfalls gemäß den Standards der DGB-Jugend vergütet werden.

Das Bremische Personalvertretungsgesetz hat sich bewährt und sollte in Bezug auf die Freistellung von Personalrät*innen an das Betriebsverfassungsgesetz angeglichen werden. eine Aufweichung der Allgemeinzuständigkeit der Personalräte werden wir nicht mittragen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Tarifergebnisse für Angestellte des öffentlichen Dienstes zeit- und inhaltsgleich auf die Beamt*innen übertragen werden. In der Zeit unserer Regierungsbeteiligung wurde dies erstmals seit Jahren wieder garantiert.

Der Öffentliche Dienst Bremens steht gleichzeitig auch in Konkurrenz zu anderen Ländern und Kommunen und dem Bund. Hier ist sehr darauf zu achten, dass nicht die

Stelle etwa im Bremer Jugendamt nicht schlechter vergütet wird als in Hamburg. Wir wollen eine Kommission einsetzen, die bis 2025 eine grundlegende Überprüfung der Amtsangemessenheit von Eingruppierungen und der Wettbewerbsfähigkeit von Zulagen vornimmt, in der Schlechterstellungen von einzelnen oder Beschäftigtengruppen ausgeschlossen werden sollen. In dieser Kommission soll der Gesamtpersonalrat paritätisch mitbestimmen.

Der Senat soll zeitgemäße, praktikable und im Sinne des Arbeitsschutzes sichere Regelungen für Home-Office mit den Personalvertretungen vereinbaren.

Der Öffentliche Dienst Bremens steht gleichzeitig auch in Konkurrenz zu anderen Ländern und Kommunen und dem Bund. Hier ist sehr darauf zu achten, dass die Stelle etwa im Bremer Jugendamt nicht schlechter vergütet wird als in Hamburg. Wir wollen eine Kommission einsetzen, die bis 2025 eine grundlegende Überprüfung der Amtsangemessenheit von Eingruppierungen und der Wettbewerbsfähigkeit von Zulagen vornimmt, in der Schlechterstellungen von einzelnen oder Beschäftigtengruppen ausgeschlossen werden sollen. In dieser Kommission soll der Gesamtpersonalrat paritätisch mitbestimmen.

Antrag W 28: 28. Bürgerbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

28. Bürgerbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik

Die Stadtteile Bremens sind lebendige Orte, in denen die Menschen gemeinsam wohnen, arbeiten und sich treffen. In den Quartieren stehen wie nirgends sonst politische Entscheidungen und deren Auswirkungen so dicht und direkt beieinander. Dies kann man besonders in Ortsbeiratssitzungen erkennen, wo Bürger*innen das Recht haben, selbst zu sprechen, eigene Ideen vorzutragen und Forderungen zu stellen.
Beiratspolitiker*innen stehen damit in der vordersten politischen Reihe und sind jederzeit für Bürger*innen ansprechbar. Diese Stadtteil-Parlamente sind somit nicht nur bloße Verwaltungsebene. Deshalb brauchen wir starke Beiräte, über die die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

Wir fordern die Stärkung der Ortsteilbeiräte. Bremen muss diskutieren, ob diese **Gremien in Bezirksverordnetenversammlung nach dem Hamburger oder Berliner Modell umgewandelt** werden. Für die Arbeit der Beiräte müssen Voraussetzungen geschaffen

werden, damit die ehrenamtlich Aktiven bereit sind sich zu engagieren:
Dazu gehört eine optimale Ausstattung der Stadtteil-Politiker*innen. Ohne elektronische Geräte ist es heute nahezu unmöglich, in den Beiräten gute Arbeit zu leisten. Wir fordern unter anderem die kostenfreie Bereitstellung von **Tablets für alle Mitglieder des Beirats.** Weiterhin schlagen wir für die Aufwandsentschädigung ein
Verfahren vor, mit dem nicht mehr die jeweilige Sitzung abgerechnet wird. Die Sitzungsgelder könnten durch differenzierte Pauschalbeträge abgelöst werden, die jedoch nicht auf die SGB-II-Bezüge angerechnet werden sollten. Die Höhe der monatlichen Pauschalbeträge richtet sich nach der Stellung des jeweiligen Beiratsmitglieds.

Analog zur Stadtbürgerschaft soll diese Aufwandsentschädigung an die jährliche **Inflationsrate angepasst** werden. Beiratsmitglieder, die während ihrer Legislatur Kinder im eigenen Haushalt betreuen, erhalten monatlich zusätzlich einen weiteren Pauschalbetrag, bis ihre Kinder in eine weiterführende Schule eintreten. Gleiches gilt Beiratsmitglieder, die pflegebedürftige Angehörige versorgen. Analog zur Stadtbürgerschaft soll diese Aufwandsentschädigung an die jährliche Inflationsrate angepasst werden.

In den Bremer Stadtteilen leben seit Jahren auch viele Menschen, die weder die deutsche noch eine andere EU-Staatsbürgerschaft haben. Obwohl sie sich im Quartier wohl fühlen und dort bestens integriert sind, dürfen sie sich in die Politik nicht in
gleicher Weise einbringen wie alle anderen und sind deshalb nicht an politischen Entscheidungen und Prozessen beteiligt. Wir setzen uns dafür ein, dass **alle Menschen,**
die seit fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben und aktuell in Bremen leben, auch das **Wahlrecht für die Beiräte** erhalten.

Beiräte dürfen zwar zu vielen Belangen, die den Stadtteil berühren, mitreden. Sie wollen aber selbst entscheiden über Themen, die Auswirkungen auf das Quartier haben. Wir schlagen vor, dass die bisherigen Beteiligungsrechte möglichst weitgehend in Entscheidungs- und Zustimmungsrechte umgewandelt werden.

Wir halten an der Forderung fest, dass **alle Stadtteile ein eigenes Ortsamt** erhalten und diese mit ausreichendem Personal ausgestattet werden. Die **Wahlzeit der Leitungen dieser Ortsämter** soll auf acht Jahre reduziert werden, weil die derzeitige Amtsdauer aus unserer Sicht viel zu hoch ist.

Neben den so genannten Globalmitteln haben die Stadtteile derzeit nur noch ein **Stadtteilbudget** für den Bereich Verkehr, über das sie verfügen können. Wir unterstützen die Beiräte in ihrem Wunsch, weitere Stadtteilbudgets zu erhalten.

Während der Corona-Pandemie konnten oftmals keine Präsenz-Sitzungen der Beiräte stattfinden. Die Tagungen wurden online über Video-Konferenzen durchgeführt. Um die Öffentlichkeit trotzdem zu beteiligen, wurden diese Gremium-Sitzungen in die Sozialen
Medien gestreamt – mit großem Erfolg. Die Beiräte sollten auch nach der Pandemie die

Möglichkeit erhalten, ihre dann wieder in Präsenz durchzuführenden **Sitzungen zu streamen.** Die Ortsämter müssen rechtlich, technisch und finanziell in die Lage versetzt werden, die Online-Übertragungen selbst vorzunehmen.

Antrag W 29: 29. Inneres

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

29. Inneres

Unser Ziel in der Innenpolitik ist die Wahrung der Grund- und Menschenrechte vor zu tiefgreifenden staatlichen Befugnissen bei gleichzeitig guter Personalausstattung der
entsprechenden Sicherheitsbehörden. In Bremen und Bremerhaven wurden in den vergangenen vier Jahren so viele Polizist*innen ausgebildet und eingestellt, wie seit
Jahrzehnten nicht. Parallel dazu wurde ein Polizeigesetz verabschiedet, was die Bürgerrechte und den Datenschutz entscheidend verbessert. Das Verbot von sog. Racial Profiling (Kontrollen anhand von Äußerlichkeiten wie der Hautfarbe), die gesetzliche Kennzeichnungspflicht und die Schaffung einer unabhängigen Polizeibeauftragten gehören zu den Erfolgen LINKER Regierungsbeteiligung.

Wir verfolgen einen breiter gefassten Sicherheitsbegriff, der auch auf Prävention und
soziale Gerechtigkeit fußt. Deshalb haben wir uns auch dagegen gewehrt, rein mit ordnungspolitischen Maßnahmen und Polizeikontrollen die sozialen und drogenpolitischen Schieflagen am Hauptbahnhof zu bearbeiten. Verdrängungspolitik verschärft diese Probleme durch Behinderung der Straßensozialarbeit, auch braucht es Ausweichmöglichkeiten in Form von Toleranzflächen.

Innere Sicherheit darf keine Privatsache sein, die vom Geldbeutel abhängt. Deshalb braucht eine bürger*innennahe Polizei gute und moderne Ausstattung (Wachen, Fuhrpark usw.) und genügend Personal. Um die Zielzahl im Polizeidienst in Bremen und Bremerhaven zu erreichen, braucht es eine kontinuierliche Ausbildungsplanung, die auch einen kritischen Umgang mit Rassismus und Menschenfeindlichkeit einschließt, und
eine Stärkung der Hochschule für öffentliche Verwaltung. Kurzfristig müssen auch mehr
Quereinsteiger*innen eingestellt werden. Wir wollen den Berg an Überstunden bei der Polizei zeitnah ausbezahlen und amtsangemessene Besoldung in allen Bereichen

realisieren. Ein wichtiger Schritt dahin war die Abschaffung des einheitlichen Beförderungstermins. Auch tarifbeschäftigte Quereinsteiger*innen sind für den Polizeidienst nötig.

Die Institution Polizei bedarf rechtstaatlicher Einhegung, dafür bedarf es auch unabhängiger Ermittlungsstellen statt des Prinzips „Kolleg*innen ermitteln gegen Kolleg*innen“. Ablehnend stehen wir einer Ausweitung anlassloser Videoüberwachung, staatlichem Einbruch in IT-Systeme („Staatstrojaner“) und der Ausweitung von Tasern (Elektroschock-Waffen) gegenüber. Auch die Befugnis zur Telekommunikationsüberwachung
im Gefahrenabwehrrecht muss auf den eng begrenzten Rahmen des neuen Polizeigesetzes beschränkt bleiben. Bestehende Videoüberwachungsanlagen sollen wissenschaftliche evaluiert und der Datenschutz bei den Sicherheitsbehörden streng kontrolliert und verbessert werden. Der Einsatz der Bodycams muss technisch so ausgerichtet sein, dass
sie auch dem oder der polizeilichen Gegenüber für eine etwaige Beweismittelsicherung in konfrontativen Einsätzen hilft. Bei Einsätzen mit Menschen in psychischen Krisen soll möglichst immer geschultes Fachpersonal begleitend tätig sein, auch um den Einsatz der Schusswaffe durch die Polizei zu vermeiden. Wir wollen den Tod von Mohamed Idrissi nach Abschluss der strafrechtlichen Verfahren parlamentarisch aufarbeiten und sicherstellen, dass die notwendigen Konsequenzen in Ausbildung und Vorgehen der Polizei gezogen werden.

Das Waffenrecht muss verschärft werden, damit es weniger Waffen in Privathaushalten gibt.

Wir wollen ein Modellprojekt zur kontrollierten Verwendung von Pyrotechnik im Weser-Stadion ermöglichen. Systematische Schikane von Polizei- und Ordnungsbehörden gegen Fußballfans, wie es sie in der Vergangenheit bei zahlreichen Spielen gab, lehnen wir ab.

Wir sprechen uns für die Auflösung des Verfassungsschutzes auf, weil Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Bekämpfung von Terrorismus klar definierte Aufgaben der Polizei sind und der Inlandsgeheimdienst immer wieder – insbesondere beim NSU – den eigenen Quellenschutz vor die Sicherheit der Menschen stellt. Auch verdrängt die Arbeit des Verfassungsschutzes wissenschaftlich fundierte und zivilgesellschaftliche Expertise zu Demokratie und menschenfeindlichen Gefahren. In den vergangenen vier Jahren konnte
eine Ausweitung der Befugnisse des LfV und eine weitere Vergrößerung der Behörde verhindert werden. Das Bremische Verfassungsschutzgesetz muss nach dem Urteil des Bayrischen Verfassungsgerichtes grundlegend überarbeitet werden, weil eine unabhängige Kontrolle der eingriffsintensiven Überwachungsmaßnahmen und eine wirklich
tragfähige parlamentarische Kontrolle bislang fehlt. Die Angebote im Bereich Deradikalisierung und Prävention im Spektrum des Islamismus müssen verstetigt und erweitert werden. Vor allem Lehrkräfte brauchen diese Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Träger.

Wir wollen ein Bremisches Versammlungsfreiheitsgesetz beschließen, mit dem die Rechte von Versammlungsteilnehmer*innen klar definiert und geschützt werden. Die Rechte der Versammlungsteilnehmer*innen und Versammlungsleitung sollen weitreichend gestärkt und ein polizeiliches Kooperationsgebot verankert werden. In diesem Zuge das Vermummungsverbot abschaffen, mindestens aber auf eine Ordnungswidrigkeit herabstufen.

Die Berufsfeuerwehr muss so aufgestellt werden, dass die vorgegebenen Zeitrahmen und Personalstärken im Rettungsdienst und im Brandschutz eingehalten werden können. Deshalb war der Neubau von zwei Wachen wichtig, der auch mit zusätzlichem Personal hinterlegt werden muss. Wichtig ist auch eine kritische Überprüfung der Ausbildungsinhalte und – Anforderungen und eine Höhergruppierung der Eingangsbesoldung. Die strukturellen Probleme mit Rassismus, Frauen- und Queerfeindlichkeit hat aber auch deutlich gezeigt, dass die innere Führungskultur unbedingt verändert werden muss, um eine diversere Belegschaft zu ermöglichen.

Die Freiwilligen Feuerwehren leisten sehr wichtige ehrenamtliche Arbeit, insbesondere im Jugendbereich. Auch sie brauchen eine zeitgemäße Ausstattung, es kann nicht sein, dass die Fahrzeuge teilweise älter als 30 Jahre sind oder Wachen nur Männertoiletten haben.

Der Katastrophenschutz muss für Notlagen besser ausgestattet werden

Beim Stadt- und Standesamt sowie der KfZ-Zulassung sind die Wartezeiten zu lang. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bürgerservice reibungslos funktioniert und noch stärker auf Online-Dienstleistungen orientiert wird. Gleichzeitig müssen die Dienstleistungen für alle schnell erreichbar sein und werden.

Beim Migrationsamt dauern die Verfahren aktuell zu lange. Deshalb muss hier im Sinne der Betroffenen dringend nachgesteuert werden.

Antrag W 30: 30. Queer

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

30. Queer

DIE LINKE steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung respektiert und aktiv fördert. Sie setzt sich

für die Überwindung bestehender geschlechtlicher Rollenzuschreibungen sowie für die vollständige rechtliche Gleichstellung queerer Menschen ein. DIE LINKE in Bremen und Bremerhaven steht für eine Verknüpfung sozialer, antirassistischer und queer-feministischer Kämpfe.

Alle Menschen unserer Gesellschaft haben Anspruch auf eine gleichberechtigte Teilnahme an dieser. Ein Landesantidiskriminierungsgesetz soll diese Teilhabe im Rahmen rechtlich-öffentlichen Handelns herstellen und durchsetzen. Der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität und der sexuellen Orientierung muss deshalb Bestandteil eines solchen Gesetzes sein.

Im medizinischen Bereich spricht sich DIE LINKE für ein verbessertes Angebot in der Psychotherapie, der Hormonvergabe und anderer medizinischer Leistungen für trans*- und intersexuelle Menschen aus. Mittelfristig wäre eine Bündelung sämtlicher medizinischer Behandlungen im Rahmen der Transition an einem der öffentlichen Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven wünschenswert.

Familien und die Konstellationen, aus denen sie entstehen und in denen sie gelebt werden, sind vielfältig.

Leider sind vor Allem Regenbogenfamilien oft von Diskriminierung betroffen und heterosexuellen Familien-Modellen rechtlich nicht gleichgestellt. Dabei ist klar: es ist egal, welche Sexualität oder Geschlechtsidentität Menschen haben, um als Bezugsperson für ein Kind Verantwortung zu übernehmen. In Bremen braucht es besser ausgestattete Beratungsangebote für queere Familien und queere Menschen mit Kinderwunsch.

Fachkräfte mit Bezug zu Kindern und Familien wollen wir durch Qualifizierungsangebote
für die Lebensrealität und Bedarfe queerer Familien sensibilisieren. DIE LINKE will, dass sich Bremen im Bundesrat weiterhin dafür einsetzt, die rechtliche Diskriminierung von lesbischen und transidenten Eltern im Abstammungsrecht abzuschaffen und die Übernahme der Kosten von Kinderwunschbehandlung als Krankenkassenleistung auch für lesbische und andere queere Familienkonstellationen anzuerkennen.

Queere Geflüchtete brauchen besonderen Schutz. Menschen, die ihre Heimatländer aufgrund von Verfolgung wegen ihres Geschlechts oder der sexuellen Orientierung verlassen mussten, müssen einen dauerhaften Aufenthaltsstatus erhalten. Zudem sind sichere, eigenständige Unterkünfte und Freizügigkeit bei der Wahl des Wohnorts nötig,
um queeren Geflüchteten ein sicheres Leben zu ermöglichen.

In Behörden und Verwaltung braucht es Ansprechpersonen, die für den Umgang mit migrantischen LGBTIQ*-Personen ausgebildet sind. Wir wollen die queer-migrantische Beratung und Selbsthilfe am Rat&Tat-Zentrum dauerhaft finanziell absichern. Wir wollen die Ansprechperson für LGBTIQ* bei der Bremer Polizei langfristig finanziell absichern und fordern die Ausweitung auf eine zweite Stelle. Wir wollen die Schulaufklärung durch das Rat&Tat-Zentrum dauerhaft finanzieren und bei Bedarf ausbauen.

DIE LINKE möchte das Budget für queere Kulturprojekte erhöhen und spricht sich für die Etablierung eines queeren Kulturorts in Bremen aus.

Im Landessportbund und den Vereinen sollen Queer-Ansprechpersonen benannt werden. Der
Umgang mit und die Prävention von Homophobie und Trans*feindlichkeit sollen fester Bestandteil bei der Ausbildung von Übungsleiter*innen und Trainer*innen werden. Dies soll sich auch im Sportunterricht an Schulen widerspiegeln. Besonders großer Nachholbedarf besteht bei Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Ansprechpersonen für LSBTIQ* -Personen in Werkstätten für behinderte Menschen beispielsweise sind genauso überfällig wie spürbare Fortschritte in der Selbsthilfeförderung.

Bremerhaven braucht neben Beratungsangeboten und Schulaufklärung in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt dringend einen Treffpunkt für queere Jugendliche.

Antrag W 31: 31. Frieden und Internationales

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

31. Frieden und Internationales

Die Bremer Landesverfassung enthält ein explizites Friedensgebot, dem sich DIE LINKE verpflichtet fühlt.

Wir stehen für Abrüstung, Deeskalation in Kriegen und Konflikten und für eine europäische wie internationale Sicherheitsarchitektur. Aufrüstung und Militarisierung
lehnen wir ab. Deshalb wendet sich DIE LINKE gegen die Erhöhung von Rüstungsausgaben wie z.B. das 100-Milliarden Paket und 2-Prozent-Ziel, dem Bremen im Sommer 2022 auf unsere
Initiative nicht zugestimmt hat. Diese Festlegung von erheblichen Haushaltsmitteln führt – zusammen mit dem im Gesetz verankerten 2-Prozent-Ziel der NATO - auch dazu, dass bei Einhaltung der Schuldenbremse an anderer Stelle gekürzt werden muss. Diese Mittel stehen fortan nicht mehr für Gesundheit, Bildung, Soziales und die Abwendung der Klimakrise zur Verfügung.

Bremen ist zu Recht Mitglied der Städteinitiative gegen Atomwaffen und setzt sich für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages ein.

Über Bremens Häfen werden pro Jahr etwa 1.000 Container mit Munition in diverse

Länder verschifft. Wir wollen, dass diese Rüstungsexporte durch ein Landesgesetz gestoppt werden. DIE LINKE wird mit öffentlichem Protest / Demonstrationen weiterhin ihre Anti-Kriegs-Haltung zum Ausdruck bringen.

DIE LINKE setzt sich für Rüstungskonversion, also für die Umstellung der Rüstungsindustrie in Bremen auf zivile und ökologisch sinnvolle Produktion ein. Hierzu müssen zeitnah Konversionsprojekte mit einem Konversionsfonds gestartet werden, die von eine*r Konversionsbeauftragten begleitet werden.

Universität und Hochschulen sollen nicht für Rüstungsvorhaben forschen, deshalb stehen wir entschieden für den Erhalt und die Einhaltung der Zivilklausel im Hochschulgesetz und für die Einrichtung einer Professur für Friedensforschung und zivile Konfliktlösung.

Dass Jugendoffiziere nicht an Schulen für die Bundeswehr werben dürfen, ist richtig und wichtig. An dieser Regelung halten wir fest.

Internationales

Bremens Städtepartnerschaften haben sich bewährt, wir wollen sie stärken und insbesondere den zivilgesellschaftlichen Kontakt (etwa mit Tolerado in Danzig) verstärken. Im Sinne der internationalen Solidarität müssen die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) schnell umgesetzt und in einem Nachhaltigkeitskonzept des Senates verankert werden. Wir wollen das BIZ, BEN und das Nord-Süd-Forum finanziell stärken.

Antrag W 32: 32. Bremen-Nord

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

32. Bremen-Nord

Stadtentwicklung für Bremen-Nord

Rund 100 000 Einwohner*innen machen Bremen-Nord zur kleinen Großstadt, jedoch ohne entsprechende Strukturen. Der Mangel an Arbeitsplätzen, Einkaufs- und Kulturangeboten
fördert eine Entwicklung hin zur reinen Schlafstadt. Randständige und vernachlässigte
Wohngebiete mit relativ günstigem Wohnraum beschleunigen die soziale Spaltung. Das möchten wir ändern. Der Niedergang vieler Großbetriebe bis in die jüngste Zeit führte
einerseits zu hoher Arbeitslosigkeit, andererseits zu großen brachliegenden Flächen.

Gewerbliche Nachnutzungen gelingen nur zu geringen Teilen, z.B. bei der Bremer Vulkan. Oft erfolgt eine Umwandlung in Wohngebiete, so im ehemaligen Steingutquartier
oder am Rönnebecker Weserufer. Im letztgenannten Planungsgebiet soll auf die Sozialbindungsquote mit dem Argument verzichtet werden, im Stadtteil befänden sich bereits ausreichend Sozialwohnungen. Das halten wir für falsch, bedeutet es doch, die
»Sahnestücke« mit Weserblick nur für Vermögende vorzusehen, während sich andere mit Geschosswohnungen in Randlagen zufriedengeben müssen. Auch so wird die Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm weiter befördert. Die Sozialbindungsquote (30 Prozent neuer Wohnungen müssen für 30 Jahre verbilligt zur Miete angeboten werden, sofern mehr als 20 Wohneinheiten entstehen) reicht längst nicht aus, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu beseitigen. Vielmehr muss der Ausverkauf öffentlichen Grunds auch in Bremen-Nord gestoppt werden – so zum Beispiel rund um Markthalle und Finanzamt am Sedanplatz –, um mit gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften attraktive
Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen. Dazu sind geeignete Gebäude und Baugrundstücke gezielt aufzukaufen, der Trend des Ausverkaufs des »Tafelsilbers« Baugrund ist umzukehren. Öffentlicher Grund sollte höchstens langfristig verpachtet werden, um sich städtebauliche Gestaltungsräume auch in Zukunft zu sichern. Wir sprechen uns für den Rückkauf weiterer Vonovia-Wohneinheiten durch Brebau oder GEWOBA aus, etwa im Hegeweg oder der Hakenwehrstraße.

An der Schönebecker Aue mit der angrenzenden Gleisbrache und den nahen gelegenen Kleingärten sprechen wir uns wir eine öffentliche Planung aus, die Erholung, Kultur und Sport zusammendenkt.

Wir sprechen uns dafür aus, bei künftigen Bauvorhaben die Frage der Barrierefreiheit stärker mitzudenken.

Die Ansiedlung von Lebensmittel- und anderen Märkten ist gekennzeichnet durch eine Häufung an wenigen Standorten. Zum Einkauf sind dadurch private oder öffentliche Verkehrsmittel notwendig, weil wohnortnahe Geschäfte zum Beispiel in Schönebeck und dem Alwin-Lonke-Quartier fehlen. Das bereitet bei schlechtem ÖPNV-Netz besonders große Probleme. Es muss sichergestellt werden, dass die Abfahrtszeiten der Busse auf eintreffende Bahnen aus dem Zentrum abgestimmt sind, mit genügend Zeit auch für beeinträchtigte Menschen, zwischen den Haltestellen zu wechseln. Im Fall von Verspätungen müssen Busse ihre Abfahrtszeiten entsprechend anpassen können, dies gilt
gerade beim letzten Bus in der Nacht. Mit dem Argument der S-Bahn-Linie ins Zentrum wurden Busverbindungen in der Fläche Bremen-Nords eingespart, zum Teil – wie beim Wohngebiet Aumunder Wiesen – ganze Wohngebiete von der Versorgung abgenabelt. Auch in
Randlagen mit geringen Fahrgastzahlen muss der ÖPNV seiner Versorgungspflicht nachkommen, und zwar mit Taktzeiten, die einem städtischen Wohnen angemessen sind.

DIE LINKE spricht sich für eine Fährverbindung zwischen Farge und der Waterfront aus,

mit Anlegepunkten in Blumenthal, Vegesack und Burglesum. Diese Schnellfähre sollte genauso Teil des ÖPNV sein wie die Fährverbindungen zwischen Bremen und der Wesermarsch.

Bremen-Nord gesundheitspolitisch, sozial und kulturell aufwerten

Das Klinikum Bremen-Nord sollte zu einem Krankenhaus mit medizinischer Vollversorgung weiterentwickelt werden. DIE LINKE spricht sich in diesem Zusammenhang nach wie vor gegen den Abzug der Level-II-Frühchenversorgung aus. Zudem werden mehr Hebammen mit deutlich besseren Arbeitsbedingungen sowie Dolmetscher*innen in diesem Bereich gebraucht. Bremen-Nord braucht eine deutlich bessere kinder- und fachärztliche Versorgung. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) sollte regional kleinteiliger geordnet werden. Durch eine eigene KV Bremen-Nord wäre eine bedarfsgerechte ärztliche Versorgung möglich. DIE LINKE spricht sich für eine bessere Kita-Versorgung aus, besonders im unterversorgten Vegesack und Burglesum. Wir lehnen jedoch die Ansiedlung privater, profitorientierter Konzerne wie FRÖBEL kategorisch ab. Stattdessen fordern wir mehr öffentliche Einrichtungen unter dem Dach von KiTa Bremen und halten Mini-Kitas bei mittelständischen und größeren Unternehmen für denkbar.

Besonders in sozial benachteiligten und stark migrantisch geprägten Ortsteilen werden personell besser ausgestattete Grundschulen gebraucht. Auch zusätzliches sozialpädagogisches Personal ist dringend erforderlich, um dem Anspruch der Inklusion flächendeckend gerecht zu werden. Wir befürworten die geplante Zentralisierung der Berufsschulen auf dem BWK-Gelände in Blumenthal und fordern verlässliche Zeitfenster für den Umzug der Berufsschulstandorte. Auch 17 Jahre nach ihrer Gründung setzt die private Jacobs University kaum positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort. Der so genannte Science Park ist endlich als Gewerbefläche zu entwickeln, die Sportflächen auf dem Oeversberg müssen langfristig gesichert und bedarfsgerecht erneuert werden. DIE LINKE spricht sich für eine Eingliederung der Jacobs University in die Strukturen der öffentlichen Hochschulen Bremens aus. Eine weitere direkte oder indirekte öffentliche Förderung für eine private Jacobs University lehnen wir ab.

Freizis und Jugendeinrichtungen wie das Mädchenprojekt Lilas Pause leisten einen enorm wertvollen Beitrag zur Entwicklung und Stärkung junger Menschen. Sie müssen dringend personell und finanziell deutlich bessergestellt werden, um den Bedarfen gerecht zu werden und sich weiter entwickeln zu können. Kulturräume wie das NUNATAK in Blumenthal müssen langfristig gesichert werden. Bremen-Nord braucht mehr davon, besonders für junge Menschen. Die Einrichtungen des Kulturbüros und hier besonders das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus brauchen wieder höhere finanzielle Zuwendungen, um einen guten Mix aus Begegnungsstätte und Raum für anspruchsvolle kulturelle Events anbieten zu können. Dies schließt die zeitnahe Wiederaufnahme eines Mittagstischs ausdrücklich ein.

Antrag W 33: 33. Bremerhaven

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

33. Bremerhaven

(weiterer Antrag)

Antrag W 34: 34. Umwelt- und Naturschutz

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

34. Umwelt- und Naturschutz

Umweltschutz ist Lebensqualität. Eine Stadt mit vielen gesunden Grünflächen, guter Luft und weniger Lärm ist eine lebenswerte Stadt. Das muss für alle Stadtteile und für alle Einkommensgruppen gelten. Wir akzeptieren nicht die herrschende sozial-ökologische Spaltung, wonach Stadtteile und Wohnlagen, die von geringeren Einkommen geprägt sind, systematisch mit höherer Lärmbelastung, schlechterer Luft und weniger Grün in der Umgebung leben sollen. Umweltstandards müssen einheitlich gelten. Stadtteile mit höheren Belastungen brauchen Kompensationsstrategien.

Den Grüngürtel schützen, die blau-grüne Infrastruktur ausbauen

Wir wollen den weitgehend geschlossenen „Grüngürtel“, der die städtische Siedlungszone in Bremen umgibt, schützen und seine vielfältigen ökologischen Funktionen (Biotopfunktion, Klima, Wasserkreislauf, Überschwemmungsflächen) erhalten.
Ein weiteres Ausgreifen von Entwicklung und Erschließung in den unbebauten Außenbereich soll es nicht mehr geben. Das in dieser Legislaturperiode beschlossene Gewerbeentwicklungsprogramm ist das erste, das sich zu diesem Ziel bekennt. Daran halten wir fest. An den verkehrlichen Verbindungen zu Niedersachsen wollen wir keine Siedlungsagglomeration fördern, die den Grüngürtel gefährdet.

Von hohem sozial-ökologischen Wert ist ebenso die blau-grüne innerstädtische

Infrastruktur mit ihren vielfältigen Leistungen (Erholung, Freiraum, Mikroklima, Wasserhaushalt, Luftschneisen). Diese Leistungen wollen wir ausbauen und entsprechende Planungsziele in einem städtischen Grünplan bündeln. Das trägt dazu bei, die Stadt attraktiver und resilienter gegen allgemeine Klima- und Umweltveränderungen zu machen. Für uns ist es deshalb umso wichtiger unsere Parks, Grünstreifen, Bäume und Kleingärten zu erhalten und auszuweiten, den Anbau essbarer Früchte zu fördern und Blühstreifen anzulegen. Insbesondere in Stadtteilen mit wenig öffentlichem Grün, wie z.B. der Bahnhofsvorstadt, muss geprüft werden, wo Flächen entsiegelt und Grünflächen angelegt werden können. Kleingärten müssen in ihrer Bedeutung für das Stadtklima, die Biodiversität und ihrer sozialen Bedeutung noch stärker geschützt und ausgeweitet werden. Umwidmungen im Rahmen des Flächennutzungsplanes lehnen wir genauso ab, wie die Bebauung von Kleingartengebieten
für gewerbliche Zwecke.

Gleichzeitig ist es wichtig die Pflege unseres **öffentlichen Grüns** stärker unter den Aspekten der Biodiversität und der Klimaanpassung zu betrachten. Unser Umweltbetrieb (UBB) spielt hier eine zentrale Rolle und muss finanziell in die Lage versetzt werden, die vielfältigen und wichtigen Aufgaben auch leisten zu können. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass der UBB wieder für alle öffentlichen Grünflächen in Bremen,
auch das Straßenbegleitgrün und die Schienenbegrünung, hauptverantwortlich ist, so wie das Gartenbauamt in Bremerhaven und möglichst wenig über Fremdvergaben geschieht.

Biodiversität und Ökoysteme fördern

Der Verlust von Arten und Biodiversität ist neben der Klimakrise der Bereich, wo die planetaren Belastungsgrenzen bereits weit überschritten sind. Städten kommt hier eine
zunehmend wichtigere Funktion zu. Die Bremer Biodiversitätsstrategie muss ständig angepasst und konsequent umgesetzt werden. Auf den Einsatz von Pestiziden muss in Bremen konsequent verzichtet werden. Wir setzen uns für ein Pestizidverbot auf Bundesebene ein. Das Verbot von Schottergärten, auch bestehenden, muss zwingend umgesetzt werden. Wir wollen Biodiversität auch stärken, indem wir „Natur auf Zeit“ fördern und ermöglichen, d.h. den Bewuchs von Flächen, die derzeit nicht für Bebauung
benötigt werden oder wo geplante Entwicklungsmaßnahmen erst in vielen Jahren anstehen.

Zudem wollen wir einen **Entsiegelungsplan nach dem Vorbild Berlins**: Einführung eines Katasters zur Ver- und Entsiegelung, breite Straßenzüge sollen Grünstreifen bekommen,
Parkplätze in Parks verwandelt werden, Rasengitter angelegt werden. Die Begrünung von
Fassaden und Dächern bei öffentlichen und nicht öffentlichen Gebäuden und Hallen mit insektenfreundlichen Pflanzen muss weiter und stärker gefördert werden. Die Forschung

hierzu verstärkt werden. Ziel muss sein möglichst wenige neue Flächen zu versiegeln, wo möglich zu entsiegeln und alle Flächen, die begrünt werden können, zu begrünen. Den Neubau von Autobahnen, einschließlich der A20, lehnen wir ab.

Umweltschutz und Klimaschutz ist immer auch Küstenschutz. Die Vertiefung der Außen- und Unterweser ist eine massive ökologische Belastung, weil die Fließgeschwindigkeit durch Vertiefung und Begradigung immer weiter zugenommen hat und den Lebensraum Fluss, gerade auch der Nebenflüsse der Weser, massiv negativ beeinträchtigt. Wir lehnen die Vertiefung der Unterweser zwischen Bremen und Brake ab. Die derzeit geplante und beantragte Vertiefung der Außenweser auf 13,5 m Fahrrinnentiefe ist die letzte mögliche Ausbaustufe, eine weitere Vertiefung kommt nicht in Frage. Die Renaturierungsmaßnahmen für die Nebengewässer müssen ausgeweitet werden. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie muss zwingend umgesetzt werden. Der Nitrateintrag aus der Landwirtschaft muss zwingend minimiert werden.

Den Neubau des Deiches an der linken Weserseite werden wir weiterhin kritisch begleiten. Wichtig ist für uns hier insbesondere die Beibehaltung des Deiches als grüne Oase inmitten der Stadt.

Für ein gesundes und klimagerechtes Stadtleben

Eine Aufweichung bestehender Grenzwerte z.B. beim Lärmschutz lehnen wir ab. Den Lärmaktionsplan wollen wir daraufhin überprüfen, wie mehr verbindliche Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden können, um Lärm allgemein und in den besonders betroffenen Wohnlagen nachhaltig zu reduzieren.

Wildes Deponieren von Müll wollen wir konsequent unterbinden. Es muss gewährleistet sein, dass die Stadtreinigung illegal entsorgte Müllablagerungen schnell beseitigt.

Wir wollen, dass Bremen bis zum Jahr 2038 zu einer kreislauforientierten Stadt wird. Dazu gehört die Vermeidung der Neuversiegelung von Flächen durch den vorrangigen Neubau auf Bestandsflächen.

Für die nachhaltige Nutzung von Geräten und anderen Gebrauchsgegenständen, wollen wir
Reparatur-Werkstätten wie die Klimawerkstatt unterstützen. Hier wird Nachhaltigkeit im Kleinen durch die Verlängerung der Lebensdauer von Geräten ermöglicht und Wissen über die Klimakrise und klimasensibles Handeln zugänglich gemacht. ·

Agrarwende und Ernährungswende

Für einen konsequenten Umwelt- und Klimaschutz gehört auch eine konsequente **Agrarwende** hin zu ökologischer Landwirtschaft und flächenbasierter Tierhaltung. Für Bremen ist der Erhalt der typischen landwirtschaftlichen Nutzung von hoher Bedeutung für den Landschaftsschutz, da es sich im „Grüngürtel“ überwiegend um Kulturlandschaften handelt. Ein Drittel der Landesfläche Bremens wird landwirtschaftlich betrieben, hauptsächlich durch kleinere und mittlere bäuerliche Familienbetriebe, von denen einige schon komplett auf Ökolandbau umgestellt haben. Wir wollen die anderen Betriebe, die noch auf konventionelle Landwirtschaft setzen, durch Förderung und Unterstützung von einem Umstieg überzeugen. Durch einen Wechsel von intensiver zu extensiver Landwirtschaft schützen wir das Klima und die

Biodiversität. Wir wollen insbesondere auch die Vermarktung regionaler Produkte und so die Einnahmen der Landwirt*nnen fördern. Der Einsatz von jeglichen Pestiziden muss
gestoppt werden, das Ausbringen von Dünger stärker eingeschränkt werden. Einige Bereich der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bremens sind (ehemalige) Moore, etwa 4000 Hektar Fläche in Bremen und 600 Hektar in Bremerhaven. Diese Moore müssen als natürliche CO2-Senken und aus Gründen der Biodiversität wieder vernässt werden. Auch hier ist die Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen wichtig. Neue Straßen durch die Moorgebiete lehnen wir ab.

Agrarwende bedeutet aber auch ein Umdenken bei den Verbrauchern. Die Lebensmittelverschwendung muss ein Ende haben. Deshalb wollen wir als LINKE das sogenannte Containern entkriminalisieren. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf nachhaltig reduzierte Lebensmittel ein und für ein Ende von nicht nachhaltigen Subventionen. Stadtgärten und Urban Farming müssen stärker unterstützt werden, Hauswirtschaft und Gartenbau als Teil der Umweltbildung gefördert werden. Die Verpflegung von Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen, Kantinen, Krankenhäusern etc. sollte auf die Planetary Health Diät mit wenig tierischen Produkten umgestellt werden, wo möglich sollte auf regionale Lebensmittel zurückgegriffen werden.

Antrag W 35: 35. Verbraucher*innenschutz, Konsum und Lebensweise

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

35. Verbraucher*innenschutz, Konsum und Lebensweise

Verbraucher*innen wirksam zu schützen, hat einen neuen Stellenwert und erfordert den verstärkten Einsatz öffentlicher Mittel. Wir wollen eine gute Infrastruktur praktischer Bürger*innennähe, für Lebensqualität, Lebenshilfe, Transparenz und gestärkte Verbraucher*innenrechte. Verbraucherschutz heute bedeutet, über Konsumgüter
und deren Lieferketten, Inhaltsstoffe, Preisgestaltung besser informiert zu sein. Er bedeutet Schutz vor missbräuchlichen Angeboten im Internet, mehr Medien(kompetenz)bildung, verstärkte Beratungsangebote zu Fragen von Energieverbrauch
und Digitalisierung, Regulierungen von Finanzprodukten und Preisexplosionen bei Gütern des täglichen Bedarfs. Wir wollen gute Beratungsangebote für Mieter*innen und

Menschen, die gesetzliche Entwicklungen bei der Rente oder im Leistungsbezug nachvollziehen oder ihre finanzielle Situation im Rahmen der Möglichkeiten verbessern
wollen. Verbraucherschutz bedeutet nicht nur mehr digitale Service-Strukturen, Regulierung und Vermittlung von Online-Angeboten, sondern auch den Ausbau von dezentralen Anlaufstellen, die niedrigschwellig und wohnortnah für Fragen und Erledigungen des Alltags aufgesucht werden können: ob für Mobilität, ob als Post- oder Bankschalter, ob als breit aufgestellte Verbraucherzentrale oder erreichbare Recyclingstationen und Reparatur-Cafés. Er bedeutet Behördenschreiben, die verständlich und mehrsprachig zu lesen sind, auch für Menschen mit Einschränkungen. Schutz von Verbraucher*innen bedeutet in bestimmten Räumen auch den Ausschluss kommerzieller Werbung. Er bedeutet mehr denn je, dass Preisentwicklungen wie am Strom- und Gassektor nicht zulasten der Menschen mit wenig Geld ausgestaltet werden, sondern durch gerechte Verteilungsmechanismen, die untere und mittlere Einkommensgruppen sowie kleinere Betriebe entlasten.

Verbraucher*innenschutz vor Ort

Wir haben mit dem Modellvorhaben zur unabhängigen Rechtsberatung im Quartier wichtige
Anlaufstellen in den Stadtteilen, etwa in Gröpelingen und im Schwizer Viertel, geschaffen, die wir mit weiteren Standorten und mobilen Angeboten weiterentwickeln wollen.

Ein besonderes Anliegen ist für uns, dass starke Budgets zur Abfederung von Prozesskostenrisiken bei Musterfeststellungsklagen vor Gericht vorgehalten werden.

Verbraucher*innenschutz von Anfang an

Verbraucherschutz ist auch eine Frage der Bildung von Anfang an. Für Kinder und Jugendliche muss es sowohl im schulischen wie im Freizeit-Bereich mehr Möglichkeiten geben, um sich altersgerecht über Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung, Ernährungsrisiken, Konsumverhalten sowie Schuldenfallen zu informieren. Wir halten es
für geboten, dass Kitas, Schulen und außerschulische Lernorte ihre Angebote und Räume
nicht an kommerzielle Partner knüpfen, sondern diese Orte werbefrei bleiben. Junge Erwachsene bzw. Auszubildende und Student*innen wünschen sich mehr Unterstützung bei der Suche nach eigenem Wohnraum, auch hier wollen wir tätig werden.

Konsum stärker an sozialen und Nachhaltigkeitszielen ausrichten

Der Enquete-Bericht der Klimakommission hat sich dafür ausgesprochen, nachhaltige Kreislaufwirtschaft auch im Land Bremen auszubauen. Projekte zirkulären Wirtschaftens, wie z.B. Repair-Cafés und Bauteil-Börsen, werden wir weiter unterstützen.

Ankerstelle Verbraucherzentrale

Die Verbraucherzentrale wurde unter linker Regierungsbeteiligung gestärkt, das soll

so bleiben. Die institutionelle Förderung muss entsprechend der Preissteigerungen der
letzten Jahre erhöht werden, es braucht mehr Personal für neue Aufgaben: für Klimaschutz, um das Wissen und die Handlungsbereitschaft der Verbraucher*innen nachhaltig zu erhöhen; speziell im Bereich der Elektromobilität zeigen sich Bedarfe, hier unabhängig über Tarife, Ladesäulen, Finanzierungen, bauliche Vorkehrungen etc. informieren zu können.

Hochwertige Ernährung für alle: regional, saisonal und ökologisch

Wir als LINKE setzen uns für eine gesunde und für alle leistbare Ernährung ein. Dabei
setzen wir auf regionale, saisonale und ökologisch produzierte Lebensmittel.

Unsere Ernährung beeinflusst uns als Menschen sowohl körperlich als auch psychisch. Gesunde und dabei nachhaltige Ernährung darf dabei nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene für eine Mehrwertsteuersenkung auf sieben Prozent für gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel ein. In der Gemeinschaftsverpflegung von Kitas, Schulen, Mensen und Krankenhäusern aber auch den Kantinen setzen wir uns langfristig für die Planetary Health Diet ein, mit der eine Reduzierung tierischer Nahrungsmittel einhergeht. Die regionale, saisonale und ökologischen Ausrichtung der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung muss konsequent umgesetzt werden. Dafür müssen KiTas und Schulen angemessene staatliche Mittel für die Verpflegung der Kinder erhalten. Zudem möchten wir die Verpflegung in Kitas und Schulen kostenlos anbieten, bei gleichzeitiger hoher Qualität.

Das Bewusstsein für eine gesunde und nachhaltige Ernährung muss früh geschärft werden. Gemeinsames Kochen und der eigene Anbau von Gemüse können hierzu beitragen. Deswegen möchten wir Schul- und Kitagärten fördern, Hauswirtschaftsunterricht und Gartenbau an den Schulen stärken und Stadtgarten- und Urban gardening Projekte stärker unterstützen.

Zur Ernährung gehört auch die Versorgung mit gesunden Getränken. Die meisten Getränke
sind stark zuckerhaltig, das gesündeste Getränk ist in Deutschland mit seinen hohen Standards für Trinkwasser Leitungswasser. Dieses wird aber leider immer noch zu wenig
kostenlos ausgegeben. Wir möchten eine flächendeckende Versorgung mit Trinkwasserbrunnen sicherstellen. Zudem möchten wir die Gastronomie und den Einzelhandel dabei fördern Leitungswasserspender aufzustellen.

Unser Ernährungsstil mit hoher Lebensmittelverschwendung und einem zu hohen tierischen Anteil hat aber auch erhebliche Folgen für unsere Umwelt und unser Klima. Die meisten Fehlentwicklungen werden aber hier nur auf Bundes- und EU-Ebene zu lösen sein. Falsche Subventionen, der Export tierischer Lebensmittel und die damit einhergehende Zerstörung regionaler und lokaler Strukturen in Ländern des sogenannten
globalen Südens, der massive Import von Soja und anderen Agrarprodukten zum Erhalt

unserer Massentierhaltung und die Marktmacht einiger weniger (globaler) Großkonzerne können nicht durch Bremer Maßnahmen geändert werden und auch nicht durch individuelle Entscheidungen.

Wir setzen uns daher auf Bundesebene für die Entkriminalisierung des Containerns ein.
In Bremen wie auch im Bund setzen wir uns für regionale Kreisläufe in der Lebensmittelproduktion ein. Dazu gehört auch die regionale Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung und der Einsatz für schärfere Beschränkungen der Konzernmacht einzelner Schlachthöfe, Molkereien und Handelskonzernen. Wir wollen den Ausstieg aus der exportorientierten Agrarpolitik und eine schärfere Regulierung des Imports von Agrarprodukten für die Tiernahrungsindustrie. Ohne eine Systemwende werden wir keine Agrar- oder Ernährungswende schaffen können.

Die Lebensmittelüberwachung muss intensiviert und die Kontrollergebnisse transparent veröffentlicht werden.

Bei öffentlichen Veranstaltungen wie dem Freimarkt soll verpflichtend auf Mehrweg statt auf Plastik gesetzt werden.

Antrag W 36: 36. Tierschutz

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

36. Tierschutz

Tierschutzrechte konsequent anwenden, Tierschutz verstärken!

Der Schutz von Tieren sowohl von Haustieren, als auch von Nutztieren gehört für uns LINKE zum Selbstverständnis einer sozial-ökologischen Partei. Tiere haben selbst nicht die Möglichkeit sich zu schützen und ihre Rechte einzufordern, umso wichtiger ist es, dass die Gesellschaft hier genau hinschaut und Gesetzte streng kontrolliert und umgesetzt werden.

In Bremen setzen wir uns für die Einstellung der Primatenversuche an der Universität Bremen ein. Bisher hinderte uns geltendes Bundesrecht an einem Verbot der Versuche, daher werden wir uns auch zukünftig für ein strengeres Tierschutzrecht einschließlich strengerer Tierversuchsverbote einsetzen, ebenso wie für eine Reform des Hochschulgesetzes. Trotz des Bundesrechts werden wir auf Landesebene nichts unversucht lassen, um weitere Versuche an den Makaken zu verhindern.

Aber auch im privaten Bereich muss genau hingeschaut werden. Gerade während der Coronapandemie haben sich viele Menschen alleine gefühlt und sich daher ein Haustier angeschafft. Oft wurde dabei erst zu spät gemerkt, dass ein Hund oder eine Katze teuer und anspruchsvoll in der Haltung sind. Die Folgen spürt vor allem das Tierheim Bremen, da die überforderten Tierhalter*innen ihre Tiere dort abgeben. Wir LINKEN setzen uns daher für eine auskömmliche Finanzierung des Tierheims ein. Fördergelder müssen angehoben und verstetigt werden, damit das Tierheim auch in außergewöhnlichen Situationen wie der Pandemie reagieren kann.

Tierhalter*innen, insbesondere Hundehalter*innen, müssen aber auch in die Pflicht genommen werden. Viele Auffälligkeiten von Hunden geschehen nicht durch die Rasse, sondern durch eine schlechte Haltung. Es ist daher wichtig, zu prüfen, ob ein*e Hundehalter*in auch die richtigen Sachkenntnisse hat, um ein Tier zu halten. Daher wollen wir als LINKE einen verpflichtenden Sachkundenachweis einschließlich Hundeschulung einführen. Dieser schafft auch die Möglichkeit die in der Kritik stehende Rasseliste abzuschaffen.

Auch Tauben gehören zu den zu schützenden Haustieren. Ihre Überpopulation in der Stadt sorgt für zahlreiche Probleme, die Voraussetzungen dafür haben aber die Menschen geschaffen. Die Tiere selbst sind die Leidtragenden. Wir wollen in Bremen an
den zentralen Orten öffentliche Taubenschläge nach Augsburger Vorbild einführen. Nur so kann dem Taubenproblem sinnvoll begegnet werden.

Die meisten rechtlichen Bedingungen im Tierschutz werden allerdings auf Bundesebene geregelt. Deswegen werden wir uns als LINKE in Bremen auf Bundesebene für ein strengeres Tierschutzrecht, inklusive des Verbots des Internethandels mit Tieren, des
Verbots des Imports von lebenden Wildtieren, strengere Haltungs- und Transportbedingungen und einer Kennzeichnungsplicht einsetzen. Auch die Vergabe von Fördergeldern muss stärker an Umwelt-, Sozial- und Tierschutzkriterien gekoppelt werden, Subventionierungen die diesen Kriterien entgegen stehen müssen sofort abgeschafft werden.

Außerdem setzen wir uns auf Landes- als auch auf Bundesebene für die Stärkung regionaler Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung ein und wollen die Konzernmacht einzelner Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzerne stärker beschränken.